

SPD

2013

Hubertus Heil Bundestag Januar 2013 (SPD): HHB0113

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17217.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundesminister für Wirt-
2 schaft, der Sie ja sein sollen, Herr Rösler, ich finde einen Satz in Ihrer launigen Rede von
3 eben sehr bemerkenswert, nämlich den schönen Satz, es sei nicht schlimm, wenn Schau-
4 spieler Deutschland verließen. Ich sage Ihnen, es wäre gut, wenn schlechte Laiendarstel-
5 ler diese Regierung verließen. Das sage ich Ihnen ganz deutlich Wenn es wirklich so
6 wäre, Herr Rösler, dass die Wachstumsentwicklung in diesem Land etwas mit Ihnen zu
7 tun hätte, dann müssten wir einmal einen Blick auf die Wachstumsentwicklung in Ihrer
8 Amtszeit werfen: Sie sind mit 3 Prozent gestartet, haben dann 0,7 Prozent gehabt, und
9 müssen jetzt auf 0,4 Prozent herunter. Wenn es so wäre, dass Sie mit dem Wirtschafts-
10 wachstum in Deutschland etwas zu tun hätten, dann müsste man sagen: Durch Sie ist das
11 Wachstum in Deutschland noch stärker geschrumpft als die Wahlergebnisse der FDP.

12 Wir haben hier keine Rede eines Bundeswirtschaftsministers erlebt, sondern die eines
13 FDP-Vorsitzenden, der um sein nacktes Überleben als Politiker kämpft. Das, Herr Rösler,
14 ist angesichts der wirtschaftlichen Lage in diesem Land nicht angemessen. Gucken wir
15 uns die wirtschaftlichen Daten an! Sie mussten die Wachstumserwartung für dieses Jahr
16 auf 0,4 Prozent herschrauben. Das hat nicht nur Gründe in Deutschland, sondern das
17 hat vor allen Dingen damit zu tun, dass die Krise, die wir bis dato besser überstanden
18 haben als andere Volkswirtschaften in Europa, jetzt nach Deutschland zurückkommt.

19 Wir als Exportnation erleben, dass die Nachfrage im Ausland, vor allen Dingen in der
20 Euro-Zone, zusammengebrochen ist. Das hat Folgen für die deutsche Wirtschaft. Deshalb
21 müssen Sie sich nicht zurechnen lassen, dass in anderen Ländern tatsächlich auch Fehler
22 gemacht wurden – das ist nicht Ihr Problem –, aber Sie, Frau Merkel, haben in den letzten
23 drei Jahren die Krise in Europa nicht gelöst, sondern mit der Art und Weise, wie Sie sie
24 gemanagt haben, diese Krise verschärft. Daher tragen Sie, Frau Merkel, die Verantwor-
25 tung für die wirtschaftliche Entwicklung, die jetzt nach Deutschland zurückkommt.

26 Wir haben erlebt, dass Sie sich drei Jahre lang in Deutschland auf guten konjunkturellen
27 Entwicklungen, auf Entscheidungen der Vorgängerregierung ausgeruht haben. Sie haben

28 keine Zukunftsvorsorge getroffen. Sie haben tatsächlich von dem Mut Ihrer Vorgänger-
29 regierungen für Veränderungen in diesem Land profitiert. Sie haben davon profitiert, dass
30 die Große Koalition mit Olaf Scholz veränderte Regeln zur Kurzarbeit eingeführt hat, Sie
31 haben davon profitiert, dass wir Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht haben. Das
32 hat Deutschland in den letzten drei Jahren stabilisiert.

33 Aber Sie, Herr Rösler, haben in diesen Jahren die Chance verpasst, sich für schwierigere
34 Zeiten zu wappnen. Ich kann Ihnen das an einzelnen Stellen nachweisen. Sie haben es ja
35 geschafft, nach drei Jahren guter konjunktureller Entwicklung und nach recht positiven
36 Entwicklungen am Arbeitsmarkt jetzt bei der Bundesagentur für Arbeit ein Milliardende-
37 fizit in die Kasse zu reißen.

38 Sie müssen sich fragen lassen, ob das tatsächlich das ist, was wir brauchen; denn mög-
39 licherweise brauchen wir wieder veränderte Regeln zur Kurzarbeit, und zwar weit über
40 das hinaus, wie Sie jetzt zaghaft einräumen, was in diesem Land notwendig ist. Es ist
41 sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Deshalb werden wir entspre-
42 chende Vorschläge in den Deutschen Bundestag einbringen.

43 Was haben Sie in drei Jahren guter konjunktureller Entwicklung mit der Art und Weise,
44 wie Herr Schäuble mit dem Haushalt umgegangen ist, gemacht? Sie hätten die Neuver-
45 schuldung in diesem Land stärker senken können, aber Sie haben mit Buchungstricks
46 versucht, Ihre Haushaltszahlen zu schönen, indem Sie beispielsweise die Kasse der Kre-
47 ditanstalt für Wiederaufbau plündern, und zwar gegen die über Jahrzehnte hinweg prak-
48 tizierte Übung.

49 Die KfW, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, wird in Zukunft dringend gebraucht, und
50 die braucht tatsächlich Unterstützung in diesem Land und keinen Bundesfinanzminister,
51 der seine klebrigen Finger in das Portfolio der KfW steckt.

52 Nein, meine Damen und Herren, Zukunftsvorsorge sieht anders aus. Wir brauchen eine
53 aktive Wirtschaftspolitik, die jetzt anpackt, die auch dafür sorgt, dass das, was strukturell
54 in diesem Land notwendig ist, stattfinden kann. Die deutsche Wirtschaft muss wettbe-
55 werbsfähig bleiben, gar keine Frage. Dafür brauchen wir stärkere Unterstützung für In-
56 vestitionen in Deutschland, beispielsweise steuerliche Forschungsförderung; die haben
57 Sie versprochen, aber an dieser Stelle eben nicht geliefert. Wir brauchen nicht nur eine

58 stärkere Wettbewerbsfähigkeit, sondern wir bleiben in Deutschland auch hinsichtlich der
59 Binnennachfrage weit unter unseren Möglichkeiten. Der Schlüssel dazu sind nicht irgend-
60 welche Stellschrauben allein im Steuersystem, der Schlüssel dazu ist, dafür zu sorgen,
61 dass wir eine faire Entwicklung bei Löhnen und Gehältern in diesem Land bekommen.
62 Wir brauchen eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, damit die Menschen tatsächlich faire
63 Löhne bekommen. Das stützt die Kaufkraft und die Binnennachfrage in diesem Land.
64 Auch das verweigert diese Bundesregierung.

65 Ich schaue einmal in diesen Jahreswirtschaftsbericht, in dieses Dokument Ihrer Untätig-
66 keit, und zitiere mit der Erlaubnis des Herrn Präsident aus dem Bericht, Seite 47. Frau
67 Merkel, hören Sie gut zu; denn das ist kennzeichnend für Ihre Regierung. – Sie werden
68 erlauben müssen, dass eine Opposition einer Regierung aus Ihrem eigenen Bericht vor-
69 liest. Oder macht Sie schon das nervös? Ich lese Ihnen einen Satz auf Seite 47 vor – Zitat
70 –: Die Meinungsbildung zu einer allgemeinen gesetzlichen Lohnuntergrenze ist innerhalb
71 der Regierungskoalition nicht abgeschlossen.

72 Wie lange diskutieren wir in Deutschland über den gesetzlichen Mindestlohn? Sie müssen
73 hier vorankommen. Sie sind eine Koalition der wechselseitigen Blockade. Aber Sie schaf-
74 fen keinen gesetzlichen Mindestlohn in diesem Land.

75 Sind Sie zu Ende, Herr Lindner? Herr Dr. Lindner, ich danke Ihnen für die Gelegenheit,
76 auf diese – ich sage es einmal so – Zwischenbemerkung – auf diese Zwischenintervention
77 – zu antworten. Das mache ich sehr gern. Ich will Ihnen Folgendes sagen: Was den Bun-
78 deshaushalt betrifft, so haben Sie die Chance verpasst, tatsächlich dafür zu sorgen, dass
79 wir von der hohen Neuverschuldung in Deutschland herunterkommen. In Zeiten guter
80 konjunktureller Entwicklung haben Sie Folgendes gemacht: Sie haben mit Ihrer Hotel-
81 steuer Klientelinteressen bedient.

82 Sie haben gleichzeitig mit dem unsinnigen Betreuungsgeld 2 Milliarden Euro verschleu-
83 dert. Sie verschleudern Steuergeld, weil Sie den Mindestlohn nicht einführen. Was ist
84 denn die Realität? Die Realität ist, dass immer mehr Menschen in Deutschland zwar Voll-
85 zeit arbeiten, aber sich dann ergänzend dazu Arbeitslosengeld II, also Steuergeld, vom
86 Amt abholen müssen.

87 Wir sagen: Mit einem Mindestlohn hätten wir Steuermehreinnahmen für Investitionen.
88 Diese Investitionen sind bei Kommunen, Ländern und im Bund notwendig: in Schulen,
89 in Bildung, in Infrastruktur. Diese Möglichkeiten verspielen Sie mit der Art und Weise,
90 wie Sie Politik gemacht haben. Sie haben das Ergebnis von drei Jahren guter Konjunktur
91 verfrühstückt. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Deshalb, Herr Lindner, herzlichen Dank
92 für diese Gelegenheit. Wenn wir über die wirtschaftspolitische Bilanz von Herrn Rösler
93 und dieser Bundesregierung reden, dann müssen wir auch über Energiepolitik in diesem
94 Land reden. Herr Rösler, Sie haben eben gesagt: man müsste einmal, man sollte einmal.
95 Deutschland könnte mit einer gelungenen Energiewende, die im Kern eine Riesenchance
96 für dieses Land ist, in einer Welt, die einen großen Energiehunger hat, Ausrüster der Welt
97 sein: bei erneuerbaren Energien, bei Energieeffizienz, bei modernen Energieversorgungs-
98 systemen.

99 Sie haben in Ihrer Amtszeit aus der Chance der Energiewende ein wirtschaftliches und
100 ein soziales Risiko für Deutschland gemacht. Die Strompreise steigen, die Versorgung-
101 sicherheit ist gefährdet, und Rösler und Altmaier als Mitglieder dieser Bundesregierung
102 zanken sich wie zwei Kinder um – Das passiert Ihnen natürlich nie. Herr Hinsken, es regt
103 mich wirklich auf, wie sich Herr Altmaier und Herr Rösler wechselseitig blockieren,
104 wenn es um die notwendigen Maßnahmen geht. – Wo ist denn Ihr Masterplan zur Ener-
105 giewende? Die Art und Weise, wie Sie die Energiewende gegen die Wand fahren, wird
106 zu einem wirtschaftlichen Risiko in diesem Land.

107 Die Strompreise sind dramatisch gestiegen, insbesondere für Unternehmen, die nicht von
108 den Ausnahmeregelungen profitieren, die Sie auf eine Art und Weise ausgeweitet haben,
109 die nur noch unsinnig zu nennen ist. Die Stromzahler, die Verbraucher und diese Unter-
110 nehmen, haben die Kosten dafür zu wuppen. Wir erleben, dass es zum sozialen Problem
111 wird, wenn Strompreise steigen.

112 Wo sind Ihre Sofortmaßnahmen, und wo ist Ihr Masterplan, um die Energiewende zum
113 Erfolg zu führen? Nein, Herr Rösler, das nenne ich Energiewendeverlager. In der Art und
114 Weise, wie Sie das machen, werden Sie zum wirtschaftlichen Risiko. Wenn Sie das nicht
115 glauben, dann fahren Sie einmal in unsere niedersächsische Heimat und informieren sich
116 darüber, wie gerade die SIAG Nordseewerke in die Insolvenz getrieben wurden, weil Sie

117 die Planungs- und Investitionssicherheit für die Energieversorgung in Deutschland ka-
118 puttgemacht haben. Das ist die Schadensbilanz Ihrer Energiepolitik.

119 Unterm Strich erleben wir zurzeit eine Situation, die wir realistisch einschätzen müssen.
120 Deutschland hat gute Voraussetzungen, aus dieser schwierigen Situation herauszukom-
121 men. Aber das liegt nicht an dieser Bundesregierung, sondern daran, dass wir in diesem
122 Land eine breite industrielle Wertschöpfungskette haben: von den Grundstoffindustrien
123 über die kleinen und mittelständischen Unternehmen bis zu den Hightechschmieden.

124 Wir haben in Deutschland die Möglichkeit, mit der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeit-
125 gebern und Gewerkschaften, die es bei uns gibt, vernünftige Lösungen zu finden. Was
126 wir brauchen, ist eine politische Rahmensetzung und eine aktive Wirtschaftspolitik, die
127 diese Voraussetzungen und Chancen nutzt. Wir dürfen nicht zugucken, wie die Energie-
128 preise steigen und eine Spaltung von Gesellschaft und Arbeitsmarkt entsteht.

129 Zum Thema Fachkräftesicherung habe ich eben nur warme Worte gehört, Herr Rösler.
130 Was ist denn notwendig, um die Spaltung am Arbeitsmarkt abzuwenden? Wir haben zur-
131 zeit die Situation, dass auf der einen Seite immer mehr Unternehmen, vor allem kleine
132 und mittelständische Unternehmen, in einzelnen Regionen händeringend qualifizierte
133 Fachkräfte suchen und auf der anderen Seite Menschen in prekärer Arbeit und Langzeit-
134 arbeitslosigkeit abgehängt sind. Diese Spaltung der Gesellschaft zu überwinden, wäre
135 Aufgabe dieser Bundesregierung. Aber Sie legen nichts vor. Im Gegenteil: Sie vertiefen
136 die Spaltung, weil Sie die prekäre Arbeit in Deutschland mit Ihren unsinnigen Maßnah-
137 men zu den Minijobs noch ausweiten, weil Sie sich dem Mindestlohn verweigern und
138 weil Sie keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen und für Stamm-
139 und Leihbelegschaften in Unternehmen ermöglichen. Das ist der Zusammenhang. Sie ha-
140 ben nicht begriffen, dass wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit keine Ge-
141 gensätze, sondern wechselseitige Bedingungen sind. Wir brauchen eine vorausschauende
142 Wirtschaftspolitik, die die Chancen dieses Landes nutzt, statt zuzugucken, wie die Ge-
143 sellschaft dabei zerfällt.

144 Herr Rösler, wenn ich daran denke, welche Gesetzgebungsinitiativen Sie in den letzten
145 drei Jahren an die Wand gefahren oder gar nicht erst ergriffen haben, dann muss ich sa-

146 gen: Wir haben leider Gottes im Moment einen Totalausfall im Bundeswirtschaftsminis-
147 terium, der zum Risiko für dieses Land wird. Deshalb brauchen wir den Politikwechsel
148 in der Wirtschaftspolitik in Deutschland. – Herr Kauder, angesichts Ihrer Zwischenrufe
149 müssen Sie heute wirklich sehr nervös sein.

150 Ich sage Ihnen, Herr Kauder: Wenn wir ernsthaft über die wirtschaftliche Situation in
151 diesem Land diskutieren wollen, dann werden auch Sie in diesem Zusammenhang nicht
152 bestreiten können, dass wir einen Bundeswirtschaftsminister haben, der ein Problem für
153 diese Koalition geworden ist. Er ist mehr mit der Krise seiner Partei als mit der Krise der
154 Wirtschaft beschäftigt. Das nimmt viel Arbeitskraft weg.

155 Wenn andere Teile der Regierung das kompensieren würden, wäre es gut. Aber die Wahr-
156 heit ist: Sie sind eine Koalition, die sich bei den Themen wechselseitig blockiert. Beim
157 Mindestlohn sagen die einen hü, die anderen hott. Bei der Fachkräftesicherung gibt es
158 keine Initiative, bei der Energiewende wechselseitige Blockaden, bei der steuerlichen
159 Forschungsförderung einen Totalausfall, und bei der Krise, die wir in Europa zu bewälti-
160 gen haben, gab es – daran sei erinnert – das unverantwortliche Gerede durch den Bundes-
161 wirtschaftsminister im vergangenen Jahr, das die Krise eher verschärft hat.

162 Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen den Politikwechsel in der Wirtschafts- und
163 in der Sozialpolitik in Deutschland. Der Jahreswirtschaftsbericht ist ein Dokument der
164 Handlungsunfähigkeit dieser Regierung. Wir müssen darüber reden, wie wir in dieser
165 Gesellschaft die Chancen, die wir haben, tatsächlich nutzen können. Deutschland ist bis-
166 her Gott sei Dank ein starkes Land. – Deutschland ist ein starkes Land trotz dieser Regie-
167 rung, Herr Hinsken. – Wir brauchen schleunigst den Wechsel im Land. Wir brauchen
168 veränderte Mehrheitsverhältnisse. Durch die Niedersachsenwahl am Sonntag ist das im
169 Bundesrat schon möglich. Aber wir brauchen sie auch im Bund, damit Deutschland wirt-
170 schaftlich wieder auf Erfolgskurs kommt, statt bei 0,4 Prozent Wachstum weiterzudüm-
171 peln. Sie nehmen Wirtschaftspolitik nicht ernst. Genau das ist Ihr Problem.

172 Herzlichen Dank.

Peer Steinbrück Bundestag Januar 2013 (SPD): PSB0113

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17217.pdf>

1 Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Rie-
2 senhuber, ich glaube, wir kennen uns seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Nehmen Sie
3 mir deshalb das folgende Kompliment als aufrichtig ab: Sie sind mit Abstand der elegan-
4 teste Tänzer am Podium dieses Deutschen Bundestages.

5 Der gerade debattierte Jahreswirtschaftsbericht, meine Damen und Herren, zeigt sehr
6 deutlich eine Verunsicherung der deutschen Wirtschaft hinsichtlich der Perspektiven für
7 dieses Jahr und wahrscheinlich auch noch für das nächste Jahr. Diese Verunsicherung ist
8 natürlich ganz maßgeblich geprägt von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen
9 wir es in Europa mit Blick auf die Situation in vielen europäischen Partnerländern zu tun
10 haben. Das ist kein Wunder, kein Wunder bei den wirtschaftlichen Verflechtungen, mit
11 denen wir es zu tun haben, und kein Wunder bei einem so exportgetriebenen Wachstums-
12 und Wirtschaftsmodell, wie wir es in Deutschland haben.

13 Fünf Jahre nach Ausbruch der internationalen Finanzkrise, 2007/08 eskalierend, haben
14 wir es immer noch mit deren nicht bewältigten Folgen zu tun. Die Krise stellt die Frage
15 nicht nur nach dem Zusammenhalt in Europa, sondern auch nach der Zukunft in Europa.
16 Sie hat einige Länder nicht nur in eine Rezession, ja in eine Depression, sie hat einige
17 Länder in eine Situation der Austerität getrieben, angesichts der sich die Frage nach der
18 sozialen und politischen Stabilität dieser Länder stellt. Deshalb bleibe ich dabei, dass
19 diese Krise sehr viel mehr kosten könnte als Geld. Das wird gelegentlich unterschätzt in
20 all den europapolitischen Debatten, die wir führen.

21 Die ungelöste Krise hat auch etwas mit der Ursachenanalyse gerade dieser schwarz-gel-
22 ben Bundesregierung zu tun. Viel zu lange hat die Regierung von Frau Merkel so getan,
23 als ginge es im Wesentlichen um eine Verschuldungskrise anderer Länder, einzelner Staa-
24 ten. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Die fällt Ihnen und den deutschen Steuerzah-
25 lern jetzt auf die Füße; denn die Konsequenz dieser Ursachenanalyse ist, dass wir mit
26 unserem politischen Gewicht, mit unserer ökonomischen Kraft in Europa einen Sparkurs,
27 Konsolidierungszwänge durchgesetzt haben, was von den betroffenen Ländern zuneh-
28 mend nicht nur als nachteilig, sondern sogar als gefährlich empfunden wird.

29 Diese Länder fragen sich, ob das Spardiktat, für das wir verantwortlich sind, eine lebens-
30 bedrohende Dosis oder eine lebensfördernde Dosis enthält. Das ist exakt die Frage, vor
31 der wir stehen.

32 Die Krise in Europa ist also nicht maßgeblich auf eine Verschuldungskrise zurückzuführen,
33 sondern sie ist in weiten Teilen nach wie vor eine Krise labiler Banken und unge-
34 zählter Finanzmärkte. Das lässt sich leicht belegen; denn in der sehr kurzen Zeit zwi-
35 schen Oktober 2008 und Dezember 2010 wurden die Banken europaweit mit insgesamt
36 – stellen Sie sich das einmal vor! – 1,6 Billionen Euro Staatshilfen gerettet. Das entspricht
37 ziemlich exakt dem Jahreseinkommen aller Deutschen zusammen. Hier liegt deshalb der
38 Hase im Pfeffer.

39 Es gibt Finanzinstitute in Europa, denen es gelungen ist, Infektionskanäle in die Staats-
40 Haushalte zu legen. Sie haben ein Drohpotenzial, das lautet: Wenn ihr mich nicht rettet,
41 bricht eure Volkswirtschaft zusammen; und im Übrigen bin ich so groß, dass ich gar nicht
42 scheitern darf, und deshalb werden mich die Staaten finanzieren müssen. – Diejenigen,
43 die die Haftenden in letzter Instanz sind, sind die Steuerzahler in diesen Staaten. Die
44 Folge ist die steigende Schuldenlast gewesen, die jetzt aber als Ursache dargestellt wird,
45 obwohl sie eine Konsequenz, eine Folge dieser Entwicklung ist.

46 Das beste Beispiel ist übrigens Irland. Irland galt einmal als Musterknabe der Europäi-
47 schen Wirtschafts- und Währungsunion. Ich kann mich erinnern, dass es vor über zehn
48 Jahren Empfehlungen aus den Reihen der FDP gab, wir sollten uns an Irland ein Beispiel
49 nehmen, auch und gerade ordnungspolitisch, auch und gerade hinsichtlich der Deregulie-
50 rung und der Privatisierung. Es ist erstaunlich, dass das Kurzzeitgedächtnis einigen Par-
51 teien mehr nützt als anderen, wenn man sich daran erinnert, dass die FDP uns dieses Ir-
52 land in mehreren Reden im Deutschen Bundestag als nachahmenswert vorgehalten hat.

53 Irland musste inzwischen Mittel in der sagenhaften Größenordnung von 269 Prozent sei-
54 ner jährlichen Wirtschaftsleistung aufwenden, um seine Banken zu stützen – fast 270
55 Prozent; das entspricht fast dreimal seiner jährlichen Wirtschaftsleistung –, um die iri-
56 schen Banken vor einem Kollaps zu bewahren. Deshalb war es kein Wunder, dass die
57 irische Staatsverschuldung, die im Jahre 2007 mit 25 Prozent, gemessen am Bruttoin-
58 landsprodukt, relativ niedrig war, nun inzwischen über 100 Prozent beträgt.

59 Die Finanzmarktkrise als Verursacher der Staatsverschuldung kommt aber in der Analyse
60 der Bundesregierung schlichtweg nicht vor. Ich zitiere die Bundeskanzlerin aus einer Re-
61 gierungserklärung vom Oktober des letzten Jahres: ... die Probleme, mit denen wir zu
62 kämpfen haben, ... sind auf eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, – nicht falsch – sie
63 sind auf die Überschuldung einzelner Mitgliedstaaten sowie auch auf Gründungsfehler
64 des Euro zurückzuführen.

65 Das alles ist nicht zu dementieren. Der Punkt ist aber: Der labile Bankensektor und die
66 Finanzmarktkrise kommen dabei nicht vor. Das Gegenteil stimmt aber nicht nur für Ir-
67 land, wie Sie wissen. Das Gegenteil stimmt auch für Spanien, das übrigens vorher eine
68 günstigere Verschuldungsquote hatte als Deutschland. Und der nächste Fall, der uns hier
69 im Deutschen Bundestag beschäftigen dürfte, wird, wie ich befürchte, im März Zypern
70 sein. Es hat einen Bankensektor, dessen Bilanzsumme so aufgebläht ist, dass sie fünf- bis
71 sechsmal so hoch wie die jährliche zypriotische Wirtschaftsleistung ist. Auch andere Fak-
72 toren, die im Fall von Zypern eine Rolle spielen, werden uns in den Debatten hier noch
73 sehr stark beschäftigen.

74 Das Ergebnis dieser Politik ist, dass sich die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzah-
75 ler sowie auch die anderer europäischer Länder in einer riesigen Haftungsunion befinden
76 und vom Geschäftsgebaren einzelner Banken abhängig sind. Sie sind abhängig von Fehl-
77 entscheidungen der Risikoignoranz, der Renditejagd dieser Banken und haften in letzter
78 Instanz. Das ist grotesk und verletzt zunehmend das Gerechtigkeitsempfinden der Bürge-
79 rinnen und Bürger.

80 Das berührt eine Gretchenfrage der sozialen Marktwirtschaft, nämlich, ob in einer sozia-
81 len Marktwirtschaft Haftung und Risiko zusammenfallen. Deshalb sage ich häufiger, dass
82 diese Krise nicht nur Geld und Vertrauen kosten kann, sondern eventuell auch das Ver-
83 trauen in unsere wirtschaftliche Ordnung, weil viele Menschen den Eindruck haben, dass
84 sie die Geschädigten sind und für Schäden haften müssen, die andere verursacht haben,
85 die aber zu deren Folgekosten nicht herangezogen werden.

86 Bei der Bundesregierung wird die neue Bankenunion zu einer Umwälzanlage von Kapital
87 aus den Staatshaushalten in Bankbilanzen; denn anstatt beim Europäischen Rat Ende Juni
88 2012 endlich einen europäischen Abwicklungsmechanismus zu etablieren und damit die

89 Staatshaftung zu beenden oder zumindest deutlich einzugrenzen, haben die Bundesregie-
90 rung und die Koalitionsfraktionen zugestimmt, dass der Europäische Stabilitätsmechanis-
91 mus in Zukunft – jetzt kommt es – Banken direkt rekapitalisieren kann, und das, obwohl
92 weite Teile von Ihnen im Haushaltsausschuss vorher aus einer richtigen Erkenntnis her-
93 aus explizit das Gegenteil beschlossen haben. Jetzt haften die Steuerzahler in Deutschland
94 nicht nur für die Banken im eigenen Land – siehe das Finanzmarktstabilisierungsgesetz
95 und Folgegesetze, die wir hier gemeinsam beschlossen haben –, sondern auch für Banken
96 in der gesamten Euro-Zone.

97 Richtig ist, Sie haben eine Konditionierung vorgenommen, Herr Schäuble und Frau Mer-
98 kel. Sie haben die Konditionierung vorgenommen, dass vorher eine Bankenunion ge-
99 schaffen werden muss. Es fällt auf, wie lange Sie die Schaffung der Bankenunion vor sich
100 herschieben, sodass diese Union garantiert nicht vor dem magischen Datum im Septem-
101 ber 2013 gegeben sein wird – das hätte nämlich zur Folge, dass Banken dann direkt reka-
102 pitalisiert werden könnten und eine gewisse Empörungswelle auch bei deutschen Steuer-
103 zahlerinnen und Steuerzahlern zu erwarten wäre –, sondern erst im Folgejahr nach der
104 Bundestagswahl. Das ist das, was ich als Schleiertanz bezeichne, Herr Kauder.

105 Was, so frage ich, nützt eine bessere Bankenaufsicht auf europäischer Ebene, wenn das
106 Kind bereits in den Brunnen gefallen ist und der Steuerzahler weiterhin der Haftende in
107 letzter Instanz ist? Sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern im Sinne von Wahrhaftigkeit
108 endlich, was Sie im Juni beschlossen haben. Sie haben mit Ihrer Zustimmung auf dem
109 Europäischen Rat Ende Juni 2012 eine Staatshaftung für Bankenrisiken in Europa ge-
110 schaffen.

111 Wir brauchen, meine Damen und Herren, einen klaren Blick auf den Kern dieser Krise.
112 Fünf Jahre nach dem Bankrott von Lehman sind die Infektionskanäle aus den Bankenbi-
113 lanzen in die Staatshaushalte immer noch nicht trockengelegt. Das heißt, wir brauchen
114 endlich einen Schutz der öffentlichen Haushalte vor den Gefahren der Finanzmärkte. Wir
115 brauchen ein Ende der Staatshaftung, und wir brauchen eine Beendigung des Erpres-
116 sungspotenzials großer, systemrelevanter Banken, die uns auch hier im Deutschen Bun-
117 destag Entscheidungen abnötigen, weil wir wissen, dass ein Scheitern dieser Banken
118 Konsequenzen hätte, die wir dem öffentlichen Wohl schlechterdings nicht mehr zumuten
119 können.

120 Wir brauchen einen wirksamen Schutz der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler als Haf-
121 tende in letzter Instanz. Sie legen heute einen Antrag vor mit dem Titel: „Schärfere und
122 effektivere Regulierung der Finanzmärkte fortsetzen“. Nehmen Sie es mir nicht übel –
123 fern jedes Florettangriffs –, aber Sie haben sich mit dem Begriff „fortsetzen“ einfach ver-
124 griffen. Sie erwecken nämlich den falschen Eindruck, als hätten Sie bereits in den letzten
125 drei Jahren Grundlegendes oder gar Wegweisendes zur Regulierung der Finanzmärkte
126 unternommen. Das haben Sie nicht!

127 – Ihre Broschüre oder Ihre Anträge mögen ja schön sein. Das ist ja alles in Ordnung. In
128 denen muss man auch nicht wahrhaftig sein. – Gemach, Gemach, keine Aufregung, keine
129 Blutdrucksteigerung.

130 – Das, was Sie in diesem Antrag aufführen, ist ganz interessant. Sie führen beispielsweise
131 das Restrukturierungsgesetz auf, weiterhin die Bankenabgabe, die Reform der Vergü-
132 tungssysteme und ein Verbot ungedeckter Leerverkäufe. Das sind jedoch Reformmaß-
133 nahmen, die aus der Zeit der Großen Koalition resultieren. Dafür haben Sie gar kein Ur-
134 heberrecht.

135 Sie sollten mit dem Urheberrecht vorsichtiger sein. Die Maßnahmen sind alle in der Gro-
136 ßen Koalition angelegt worden. Die Vorarbeiten zum Restrukturierungsgesetz in
137 Deutschland stammen noch aus der Feder von Frau Zypries und von mir. Die Bankenab-
138 gabe ist angelegt worden in der Großen Koalition. Dem Thema des Verbots von Leerver-
139 käufen habe ich mich erstmals zugewandt.

140 – Entschuldigen Sie, Sie haben das dann nachgemacht, und das werfe ich Herrn Schäuble
141 auch gar nicht vor. Das hat er ja richtig gemacht.

142 – Entschuldigen Sie, ich würde sehr vorsichtig sein; denn ich hatte mich auch mit anderen
143 Ländern darüber abgestimmt, dass das Ganze nicht nur auf Deutschland zu begrenzen ist,
144 sondern sich auch auf Europa erstreckt. Unbenommen dessen: Das, was Sie hier betrei-
145 ben, ist schlicht und einfach die Verletzung von Copyrights. Die Reformen stammen alle
146 aus der Großen Koalition.

147 Im Übrigen verweisen Sie auf Initiativen, die durchaus richtig sind: die Regulierung von
148 Ratingagenturen, Hedgefonds und Derivatemärkten – nur, dies sind alles Initiativen der

149 Europäischen Kommission, und Sie kommen gar nicht darum herum, diese nach europä-
150 ischem Recht umzusetzen.

151 Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die
152 Grünen haben wir hier einen Antrag zu einem Aspekt vorgelegt. Die weiteren Aspekte
153 finden sich in umfangreicheren Papieren, zu denen ich auch etwas gesagt oder beigetra-
154 gen habe. Wir äußern uns hier in unserem Antrag ganz gezielt zu einer europäischen Ban-
155 kenunion und zeigen die wirklichen Probleme und Lösungen auf. Wir fordern eine euro-
156 päische Abwicklungsbehörde, ein europäisches Abwicklungsregime und einen Restruk-
157 turierungsfonds, meine Damen und Herren, der nicht von den Steuerzahlern gespeist wird
158 – nein! –, sondern von den Banken selber und damit die deutschen Steuerzahler entlastet.

159 Eine europäische Bankenaufsicht ist wichtig. Ich sage kein böses oder kritisches Wort
160 dazu. Selbstverständlich ist es richtig, dass die europäische Bankenaufsicht befördert
161 wird. Ich bin sehr froh darüber, dass die Lösung herausgekommen ist, die sich jetzt an-
162 bahnt, die sich jedenfalls in einem ersten Schritt auf die systemrelevanten, großen Banken
163 erstreckt. Es ist auch richtig, die Bankenaufsicht bei der EZB anzusiedeln, wenn es eine
164 klare Trennung der Zuständigkeiten gibt. Aber in der Haftungsfrage verbessert sich durch
165 die Verbesserung der Bankenaufsicht zunächst einmal gar nichts. Vielmehr entspricht der
166 Umgang mit der Haftungsfrage dem Satz des von Herrn Schäuble und mir sehr respek-
167 tierten Chefs der Bank of England, Mervyn King, der gesagt hat: „Global in life, but
168 national in death.“ Das gilt für die Banken: Sie sterben immer noch auf nationaler Ebene,
169 mit der Folge, dass Steuerzahler und Steuerzahlerinnen dafür aufkommen müssen.

170 Wir brauchen eine europäische Abwicklungsbehörde, um künftig die von der EZB beauf-
171 sichtigten systemrelevanten Banken in einem grenzüberschreitenden Verfahren geordnet
172 restrukturieren oder auch abwickeln zu können. Das ist übrigens eine Forderung, die gar
173 nicht so originell ist; sie ist in den Reihen meiner Fraktion schon vor drei, vier Jahren
174 geäußert worden. Ich würde gerne wissen: Was haben Sie denn seitdem gemacht, um das
175 auf der europäischen Ebene durchzusetzen?

176 Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe in diesem Haus ist es, die Steuerzahlerinnen
177 und Steuerzahler in Europa zu schützen, vor den Risiken in Europa, aber auch vor Steu-
178 erbetrug und Steuerhinterziehung. Herr Solms ist vorhin darauf eingegangen. Ich will

179 Ihnen die Zahlen in Erinnerung rufen: Allein in Deutschland fehlen aufgrund illegaler
180 Steuerpraktiken nach seriösen Schätzungen jährlich bis zu 150 Milliarden Euro; in ganz
181 Europa, sagen einige Fachleute, sind es 900 Milliarden Euro. Das heißt, eine Reihe von
182 Problemen, mit denen wir uns hier beschäftigen, gäbe es nicht, wenn wir bei der Erzielung
183 dieser Steuerzahlungen erfolgreicher wären.

184 Wenn ein so traditionsreiches Haus wie die Schweizer Wegelin-Bank offen zugeben
185 muss: „Wir haben betrogen“, wenn Beihilfe zum Steuerbetrug zum Geschäftsmodell ge-
186 worden ist, dann ist der Weckruf in meinen Augen unüberhörbar. In meinen Augen gehört
187 es zur Wiederherstellung der Grundprinzipien der Marktwirtschaft – darum geht es –, das
188 Thema der Bekämpfung des Steuerbetruges sehr ernst zu nehmen und uns nicht durch
189 den Entwurf eines deutsch-schweizerischen Steuerabkommens ablenken zu lassen, das
190 nichts anderes als einen Ablasshandel darstellen würde – mehr nicht. Sie wedeln mit
191 Mehreinnahmen; aber Sie sind bereit, dafür Grundprinzipien über Bord zu schmeißen.
192 Was Sie verschweigen, ist, dass Steuerstraftäter laut diesem Entwurf nach dem Willen
193 der Bundesregierung auch noch Rabatt bekommen sollten. Was Sie verschweigen, ist,
194 dass diese Steuerstraftäter anonym bleiben sollten, dass sie der Strafverfolgung entzogen
195 werden sollten. Sie von der Bundesregierung wollten Steuerbetrüger entkriminalisieren
196 und zugleich der deutschen Steuerfahndung Fesseln an die Füße legen, um zu verhindern,
197 dass sie auch mithilfe von Steuer-CDs das tut, wozu sie da ist.

198 Steuergerechtigkeit, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine Frage der Staatseinnah-
199 men – darauf will ich hinaus –, sondern sie ist, ebenso wie die Bändigung des Raubtier-
200 kapitalismus, von dem Helmut Schmidt schon vor über zehn Jahren gesprochen hat, sehr
201 viel mehr: Steuergerechtigkeit ist eine Demokratiefrage. Sie betrifft die Balance und das
202 Gleichgewicht in unserer Gesellschaft. Vielen Dank.

Thomas Oppermann Bundestag Juni 2013 (SPD): TOB0613

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17249.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,
2 ich bin einigermaßen schockiert, dass Sie sich ein, zwei Wochen nach Bekanntwerden
3 dieser Vorfälle immer noch völlig ahnungslos präsentieren und ganz offenkundig nicht
4 das richtige Problembewusstsein für diese Frage entwickelt haben.

5 Wenn das, was Edward Snowden berichtet hat, zutrifft, wenn US-Geheimdienste beliebigen
6 Zugriff nicht nur auf die Verbindungsdaten, sondern auch auf die Kommunikationsinhalte
7 über die US-amerikanischen Internetfirmen wie Google, Apple, Facebook, Skype
8 usw. haben, wenn es zutrifft, dass britische Dienste 200 transatlantische Glasfaserverbindungen
9 überwachen und Informationen aus diesen speichern können, wenn die Verbindungsdaten
10 und sogar die Inhalte von Millionen Telefongesprächen, E-Mails und Videos überwacht
11 und gespeichert werden, dann ist das der umfassendste Eingriff in die Grundrechte
12 deutscher Staatsbürger, den wir bisher erlebt haben.

13 Die Bundeskanzlerin hat in diesem Zusammenhang festgestellt, das Internet sei Neuland.
14 Das mag sie so sehen. Aber was kein Neuland ist, ist unsere Verfassung. Das Grundgesetz
15 schützt die informationelle Selbstbestimmung, das Grundgesetz garantiert das Fernmeldegeheimnis,
16 und das Bundesverfassungsgericht hat aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht das Grundrecht
17 auf die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme abgeleitet.
18

19 Über allem steht der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Das bedeutet: Der schrankenlose
20 Zugriff von Nachrichtendiensten auf die privaten Informationen von Bürgerinnen und
21 Bürgern ist eindeutig illegal und verfassungswidrig. Das ist jedenfalls nach deutschem
22 Recht so. Gleichwohl haben Sie als Bundesregierung die Pflicht, gegenüber der britischen
23 und der amerikanischen Regierung zu intervenieren und die Rechte deutscher Staatsbürger
24 zu schützen.

25 Herr Friedrich, ich will Ihnen gar nicht persönlich zum Vorwurf machen, dass Sie das
26 alles nicht wussten.

27 Aber ich finde es unerträglich, dass der deutsche Innenminister von solchen Sachverhal-
28 ten aus der Zeitung erfährt. Ich finde es schwer erträglich, dass unsere Nachrichtendienste
29 nicht wissen, was da passiert; und die Kanzlerin ist auch noch ahnungslos. Dabei geht es
30 hier ja nicht um Cyberangriffe aus Russland oder China – in solchen Fällen hätte ich das
31 noch gelten lassen –, sondern es geht um Grundrechtseingriffe durch die Dienste befreun-
32 deter Staaten. Großbritannien ist Mitglied der Europäischen Union, und mit den Ameri-
33 kanern zusammen sind wir in der NATO verbunden. Wir verteidigen ein gemeinsames
34 Wertesystem, und dazu gehören auch die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger.
35 Wir werden mit unseren Verbündeten darüber reden müssen, wie die Freiheitsrechte ein-
36 gehalten werden können. Klar ist natürlich: Wir brauchen auch funktionierende Nach-
37 richtendienste, die uns rechtzeitig vor Anschlägen warnen und schützen. Aber Nachrich-
38 tendienste sind an Gesetz und Recht, an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebun-
39 den. Das Sammeln von Informationen über terroristische Anschläge rechtfertigt keine
40 Totalüberwachung der Bürgerinnen und Bürger.

41 Ende der Woche tagt der Europäische Rat. Ich habe die klare Erwartung, dass die Bun-
42 deskanzlerin die mit dem britischen Spähprogramm verbundene Problematik anspricht,
43 und zwar so klar, dass es auch Konsequenzen hat. Herr Friedrich, Frau Leutheusser-
44 Schnarrenberger, von Ihnen erwarte ich mehr, als nur einen Brief an die Botschaft zu
45 schicken und abzuwarten, welche Antwort Sie bekommen, sowie ein bisschen öffentliche
46 Besorgnis und Empörung zu zeigen. Das reicht natürlich nicht. Wir erwarten, dass Sie
47 sich mit Ihren Amtskollegen an einen Tisch setzen und die Rechtslage und die Faktenlage
48 aufarbeiten, damit wir präzise Informationen über das erhalten, was da passiert. Das ist
49 Ihre Aufgabe.

50 Wir wollen wissen: Wie umfassend und intensiv wird in die Grundrechte deutscher
51 Staatsbürger eingegriffen? Auf welcher Rechtsgrundlage geschieht das? Welche Schutz-
52 vorkehrungen gibt es? Und wie können wir zu vergleichbaren Rechtsvorschriften kom-
53 men?

54 Nicht nur private Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die mittelständischen Unterneh-
55 men in Deutschland machen sich große Sorgen. Sie haben zu Recht Angst vor Wirt-
56 schaftsspionage. Dadurch gehen diesen Unternehmen Milliardenwerte verloren. Ihre In-
57 vestitionen in Forschung und Entwicklung werden entwertet. Wenn schon befreundete

58 Nachrichtendienste es so leicht haben, wer schützt unsere elektronische Kommunikation
59 dann vor weniger freundlich gesinnten Zeitgenossen?

60 Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts hat gestern den Hinweis gegeben, die Bür-
61 gerinnen und Bürger sollten europäische Clouds nutzen. Gibt es die überhaupt in ausrei-
62 chender Anzahl? Es gibt eine riesige Nachfrage nach sicherer elektronischer Kommuni-
63 kation. Wir müssen die Rahmenbedingungen so setzen, dass diese Nachfrage befriedigt
64 werden kann.

65 Wenn Sie jetzt von einem Internetsicherheitsgesetz sprechen, frage ich mich: Wo ist denn
66 der Gesetzentwurf? Ich habe eben nach der Drucksache gesucht. Herr Bundesinnenmi-
67 nister, die Wahlperiode ist fast vorbei. Sie hatten vier Jahre Zeit. Diesen Gesetzentwurf
68 haben Sie Ihren Innenministerkollegen auf den Tisch gelegt, aber Sie haben sich gegen-
69 über der FDP nicht durchsetzen können. Dieser Gesetzentwurf ist nicht einmal in den
70 Bundestag eingebracht worden, und dies ist bekanntlich die letzte reguläre Sitzungswo-
71 che in dieser Legislaturperiode.

72 Wenn Sie jetzt damit kommen, dann ist das ein Armutszeugnis. Damit gestehen Sie ein,
73 dass Sie hier nicht rechtzeitig gehandelt haben. Wir brauchen eine europäische Cybersi-
74 cherheitsstrategie. Dafür müssen Sie Rahmenbedingungen setzen, rechtliche und ökonomische! Wir müssen die Daten und Informationen in unserer Kommunikation besser
75 schützen können. Vor allen Dingen brauchen wir, meine Damen und Herren – dies soll
76 meine letzte Bemerkung sein –, europäische Sicherheitsstandards. Dazu gehört auch, dass
77 die EU-Datenschutzrichtlinie dringend überarbeitet wird. Diese Regierung hat das ver-
78 hindert, weil sich Frau Leutheusser-Schnarrenberger und Herr Friedrich darüber nicht ei-
79 nigen konnten.
80

81 Das Internet ist global, und die Angriffe aus dem Internet sind auch global. Der Schutz
82 vor solchen Angriffen ist national, und der Datenschutz ist auch national. Das ist absurd.
83 Das müssen wir überwinden. Wir müssen eine europäische Cybersicherheitsstrategie und
84 einen europäischen Datenschutzstandard entwickeln, der uns in die Lage versetzt, den
85 Datenschutz international, auch gegenüber den Vereinigten Staaten, durchzusetzen. Da-
86 ran hätten Sie arbeiten müssen. Vier Jahre lang haben Sie nichts davon getan.

Kanzlerduell Merkel gegen Steinbrück 2013: PSK13

Quelle: https://www.youtube.com/watch?v=qjNG_clZFH4 (eigene Transkription)

1 **Herr Steinbrück:** Das stellt sich ja erst noch raus. Das wird sich ja erst entscheiden. Das
2 entscheiden allein die Wählerinnen und Wähler. Und wir stellen uns beide vor. Mich be-
3 wegt die Vorstellung von einem Land, das in der Tat aus dem Stillstand heraus kommt.
4 Mich bewegt das Bild von einem Land, das wirtschaftlich stark ist, weil es sozial gerecht
5 zugeht. Das mehr in seinen ökonomischen Wohlstand und in seine gesellschaftliche Zu-
6 sammenarbeit investiert. Ich hab die Vorstellung von einem Land, in dem jeder von seiner
7 Hände Arbeit leben kann. In dem das Normalarbeitsverhältnis, das unbefristete, das sozi-
8 alversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis auch der Normalfall ist, in dem man
9 würdig altern kann. Mein Plan von diesem Land ist ein gesellschaftlicher Zusammenhalt,
10 der ein sehr starkes Fundament hat. Nämlich handlungsfähig kommun . Das ist nicht ge-
11 geben und unternehmende Unternehmen, ein sehr chancengerechtes Bildungssystem. Das
12 haben wir nicht. Eine Sozialpartnerschaft, vor allen Dingen auch ein starkes ehrenamtli-
13 ches Engagement. Und auf diesem Fundament sollen die Menschen eigenverantwortlich
14 ihre Lebensentwürfe schreiben können. Unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrem
15 Geschlecht, auch ihrer Hautfarbe und auch ihrer sexuellen Orientierung. Und dazu bedarf
16 es einer Regierung, die geführt wird. Die nicht im Kreis fährt wie in den letzten vier
17 Jahren, ohne Richtung, ohne Richtlinie. Die handelt und nicht sich von einem Gipfel zum
18 anderen hangelt. Das würde ich gerne anders machen. Die Menschen haben heute die
19 Möglichkeit, einen Test zu machen und meine Bitte ist: Lassen Sie sich nicht einlullen!
20 Frau Merkel wird Ihnen ein Land beschreiben, das auf gutem Wege ist, in dem vieles
21 abgewartet wird und ausgesessen wird. Ich glaub das nicht. Sie wissen, dass man darüber
22 Zukunft nicht gewinnen kann. Und das, was ich von vielen Menschen gehört habe, wäh-
23 rend ich unterwegs gewesen bin. Die wollen heute Abend, dass wir ihre Nöte, ihre Sorgen,
24 ihre Fragen diskutieren. Dazu werde ich so präzise Antworten wie möglich geben und
25 nicht nur heute Abend, sondern wenn ich das Vertrauen bekomme, auch zukünftig als
26 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

27 **Herr Steinbrück:** Die Menschen interessiert Politik, nicht Nebensächlichkeiten und
28 nicht Petitessen, die sie normal bemüht haben. Die Leute wollen über Politik reden, die
29 Leute wollen über Politik reden und über die Sorgen, die sie haben. Und sie stellen fest,

30 dass die Beschäftigung insgesamt sich in der Tat ganz gut entwickelt hat, aber das Ar-
31 beitsvolumen in Deutschland zum Beispiel nicht. Das hat abgenommen. Wir haben einen
32 Niedriglohnsektor, wie kaum ein anderes europäisches Land. Wenn ich Ihre Frage gerne
33 beantworten dürfte Frau Will? 7 Millionen Menschen verdienen unter 8 Euro 50. 1,4 Mil-
34 lionen Menschen verdienen so wenig, dass sie aufgestockt werden müssen. Viele Men-
35 schen fragen nach bezahlbarem Wohnraum. Sie wollen wissen, was ist mit der Pflege?
36 Was ist mit meiner Alterssicherung? Was ist eigentlich mit den Aufstiegschancen meiner
37 Kinder? Werden die von einem Werkvertrag in den anderen gebracht oder auch mit Blick
38 auf die Energiepreisentwicklung. Was ist mit unserer Infrastruktur? Verfällt die eigentlich
39 wie uns einige bestätigen. All dies sind Aufgaben, die in den letzten vier Jahren liegen
40 geblieben sind.

41 **Herr Steinbrück:** Durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, die gleiche
42 Bezahlung von Frauen und Männern, die gleiche Bezahlung von Leiharbeit und Stamm-
43 belegschaften, hätten die Menschen mehr Geld. Es würde mehr Kaufkraft geben. Das
44 heißt, all das was ich dort beschreibe, ist nicht nur sozial gerecht, sondern es ist auch
45 ökonomisch vernünftig. Würde die Kaufkraft stärken. Es würde dazu beitragen, dass viele
46 Menschen eine eigene Altersvorsorge betreiben können. Und der Staat würde entlastet
47 werden. Er hätte minder Ausgaben und mehr Einnahmen. Insbesondere auch die Sozial-
48 kassen.

49 **Herr Steinbrück:** Das tu ich nicht. Wir wollen ja nicht alle Steuern für alle erhöhen. Das
50 ist die Geisterbahn, in die uns unsere politischen Kontrahenten hineinführen wollen. Na-
51 türlich um allen Deutschen Angst zu machen. Aber wir haben in den letzten 10, 15 Jahren
52 ja folgende Entwicklung gehabt, nämlich dass es eine deutliche Schere zwischen Arm
53 und Reich gibt. Die großen Gewinner sind die hohen Einkommens- und Vermögensbe-
54 sitzer und da sagen wir, die haben eine Verantwortung dafür, für vier Zwecke auch stärker
55 für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beizutragen: für Bildung, als den Schlüs-
56 selfaktor der Zukunft unseres Landes. Für die Infrastruktur. Für die Kommunen, die teil-
57 weise finanziell marode sind. Und zum Schuldenabbau. Das sind die vier Zwecke, wes-
58 halb wir sagen, dass die fünf oberen Prozent der Einkommensbezieher und derjenigen,
59 die in der Vermögensentwicklung die Gewinner sind stärker herangezogen werden.

60 **Herr Steinbrück:** Ja. Die CDU/CSU und die FDP versucht den Eindruck zu erwecken,
61 als ob die Sozialdemokratie mit einer kalten Hand und versucht in alle Portemonnaies
62 und alle Handtaschen reinzugreifen. Das ist erkennbar Propaganda. Ich habe auch nicht
63 die Absicht bei der Unternehmensbesteuerung etwas zu tun, was diese Unternehmen da-
64 ran hindert ihr Eigenkapital zu verbessern oder zu reinvestieren. Davon kann gar keine
65 Rede sein. Bei Mindestlöhnen, um darauf zurückzukommen, wenn Sie erlauben, ist das
66 was Frau Merkel als Lohnuntergrenze will, etwas ganz anderes als ein flächendeckender
67 gesetzlicher Mindestlohn. Das ist ein Flickenteppich von Branche zu Branche, von Re-
68 gion zu Region. Und vor allen Dingen: es gibt viele Menschen, die bereits nach einem
69 Tarifvertrag bezahlt werden. Aber unter 8,50 Euro. Und die gucken durch die Röhre. Das
70 sind die Gelackmeierten bei der Lohnuntergrenze von CDU/CSU.

71 **Herr Steinbrück:** Ja und gleichzeitig beschäftigt die Menschen aber, wie sieht es mit
72 meiner Zukunft aus? Wie sieht es mit der Pflege meiner Angehörigen und von mir aus?
73 Wann war die letzte Pflegereform? Wie sieht es aus mit der Bekämpfung gegen die Al-
74 tersarmut? Was ist mit der Finanzlage meiner Kommune? Wie wird eigentlich diese Ener-
75 giewende gestaltet? Kommen wir da eigentlich voran? Ja oder nein? Das sind alles Fra-
76 gen, die die Menschen gleichzeitig beschäftigt. Wenn auf der anderen Seite ziemlich deut-
77 lich ist, dass 30 bis 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler, möglicherweise sehr viele
78 von Ihnen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, in den nächsten zwei bis drei Wochen
79 entscheiden, ja dann ist auch nichts entschieden. Dann sind diese Umfragen auch ziemlich
80 Makulatur. Was die Steuereinnahmen betrifft, ja die sprudeln. Aber man wird dieses
81 Staatsschiff nicht fahren können nach Konjunktur. Sondern wir haben es mit erheblichen
82 Risiken aus Europa zu tun. Wir haben es mit erheblichen Risiken zu tun, wenn die Zinsen
83 mal wieder ansteigen. Mein Nachfolger ist in den goldenen Zeiten. Das Staatsanleihen
84 platzieren kann fast zum Realzins von Null. Und wir haben es mit erheblichen Entlastun-
85 gen auf dem Arbeitsmarkt zu tun. Und trotzdem hat die Neuverschuldung in diesen vier
86 Jahren dieser Legislaturperiode einer Frau Merkel um 100 Milliarden Euro beim Bund
87 zugenommen. Übrigens das ganze Gemeinwesen um 20 Prozent: Bund, Länder, Kommu-
88 nen, Sozialversicherung. Um 20 Prozent hat die Staatsverschuldung zugenommen in die-
89 sen vier Jahren, die von relativ günstigen Rahmenbedingungen geprägt waren. Das war
90 nicht sehr ehrgeizig.

91 **Herr Steinbrück:** Ich komme auf Griechenland gleich zurück, aber sie müssen mir er-
92 lauben, dass ich auf die PKW-Maut nochmal eingehe. Frau Merkel hat gesagt, die Ein-
93 führung einer PKW-Maut für Ausländer ist schwierig. Nein: sie geht gar nicht. Und das
94 was Herr Seehofer da vorgeschlagen hat, ist entweder von einer erstaunlichen Unkenntnis
95 geprägt – oder aber er muss gleichzeitig eine PKW-Maut für die Inländer einführen. Und
96 wenn er dann für die PKW-Inländer ... Besitzer etwas einführt, dann wird er es kompen-
97 sieren wollen, z.B. vielleicht durch den Wegfall der KFZ-Steuer. Nur das bedeutet, dass
98 die normalen Mittelklassefahrer Autobesitzer sehr viel mehr draufzahlen würden als die-
99 jenigen, die in den oberen Autoklassen dann beheimatet sind. Das heißt, was da stattfin-
100 det, ist ein gewisser Irrsinn. Und ich würde ganz gerne schon bei dieser Sendung wissen
101 wie denn dies funktionieren soll mit einer PKW-Maut für Inländer, Frau Merkel. Denn
102 Sie werden ja von Herrn Seehofer wahrscheinlich vor die Situation gestellt werden, dass
103 er sonst keinen Koalitionsvertrag unterzeichnet. Ich würde gerne wissen, welche Conse-
104 quenzen das für Sie

105 **Herr Steinbrück:** Ich stimme ausdrücklich zu und sende schöne Grüße nach München
106 zu Herrn Seehofer.

107 **Herr Steinbrück:** Ich habe den Wählerinnen und Wählern sehr früh gesagt, dass uns
108 diese Stabilisierung der Eurozone Geld kosten wird. Ich hab sehr früh gesagt, wir sind in
109 einer Haftungsunion. Ich hätte mir eine ähnlich deutliche Ansprache auch von Frau Mer-
110 kel gewünscht. Wir sind in einer Haftungssituation seit dem Ankauf der ersten griechi-
111 schen Staatsanleihe im Mai 2012. In dem Augenblick haftet die Bundesrepublik Deutsch-
112 land mit 27%. Es wird uns etwas kosten. Die Frage ist, wofür geben wir das Geld aus.

113 **Herr Steinbrück:** Das weiß keiner, weil wir abwarten müssen, ob die griechischen oder
114 portugiesischen Anleihen bedient werden oder nur teilweise bedient werden. Das wissen
115 sie erst am Ende der Laufzeit.

116 **Herr Steinbrück:** Bezogen auf das, was wir bisher über die Rettungsschirme und über
117 die KfW in Gang gesetzt haben, sind ungefähr 150 Milliarden Euro Anleihen, das lass
118 ich raus. Der entscheidende Punkt ist, ob nicht über die Ankündigung eines dritten Grie-
119 chenlandpaketes, wir uns eingestehen müssen, dass die die bisherige Krisenstrategie,
120 maßgeblich vorgetragen von dieser Bundesregierung gescheiter ist, weil sie diese Länder

121 nur in einen Teufelskreis nach unten bringt. Und was fehlt ist ein Aufbauprogramm. Was
122 fehlt ist ein Wachstumsimpuls. Und was fehlt ist insbesondere die Bekämpfung der Ju-
123 gendarbeitslosigkeit. Obwohl Frau Merkel im europäischen Rat im Februar diesen Jahres
124 eine Jugendgarantie ja mit verabschiedet hat. Die Frage ist, was ist daraus geworden?

125 **Herr Steinbrück:** Das ist ihnen und uns nur zu wünschen. Was aber bedeutet, dass man
126 den Griechen nicht immer weiter nur die Konsolidierungskeule über den Kopf ziehen
127 kann, sondern den Griechen behilflich sein muss langsam wieder Wind unter die Flügel
128 zu kriegen. Deutschland ist auch mal geholfen worden. Ist vergessen. Deutschland ist sehr
129 massiv geholfen worden, nach dem 2. Weltkrieg. Marshall-Programm im Wesentlichen
130 oder alleine Westdeutschland leider nicht Ostdeutschland. Und wir Deutsche sollten uns
131 dran erinnern, dass diese Länder uns auch die Hand gereicht haben zur europäischen Ei-
132 nigung. Daes sie sich gefreut haben über die deutsche Wiedervereinigung. Und daraus
133 ergibt sich, wie ich finde eine europapolitische Verantwortung diesen Ländern behilflich
134 zu sein. Und zwar nicht nur mit einem Konsolidierungskurs der sie auf Krankenlager
135 nagelt.

136 **Herr Steinbrück:** Aus einer europapolitischen Verantwortung. Aus einer europapoliti-
137 schen Verantwortung. Und ich weiß von einem Interview Frau Merkel, dass Sie gegeben
138 haben, was erst noch gesendet wird, dass Sie der SPD eine europapolitische Unzuverläs-
139 sigkeit vorwerfen. Das hat uns schon sehr getroffen. Denn wir waren es, die Ihnen auch
140 mitgeholfen haben einen notwendige 2/3 Mehrheit im deutschen Bundestag zu erreichen.
141 Und jetzt äußern Sie sich in einem solchen Interview über die Unzuverlässigkeit der SPD
142 in der Europa-Politik. Das wundert mich doch.

143 **Herr Steinbrück:** Warum werfen Sie dann der SPD europapolitische Unzuverlässigkeit
144 vor? Ich verstehe es nicht.

145 **Herr Steinbrück:** Daran ist Angela Merkel nicht direkt schuld, sondern die Zinspolitik
146 wird erstmal gemacht von der europäischen Zentralbank.

147 **Herr Steinbrück:** Die Krisenstrategie hat dazu geführt, dass diese Länder sich nicht er-
148 holt haben. Die Wachstumsraten sind nach wie vor sehr schlecht, die Arbeitslosigkeit
149 geht hoch. Die Jugendarbeitslosigkeit geht hoch und damit ist die EZB in der Konsequenz

150 dieser Krisenstrategie, die in meinen Augen gescheitert ist und unter maßgeblicher Fe-
151 derführung der Bundesrepublik Deutschland, mit unserem politischen Gewicht, mit un-
152 serem ökonomischen Gewicht vertreten von Frau Merkel, gezwungen zu einer Zinspoli-
153 tik, die in der Tat dazu führt das Sparer nur noch sehr niedrige und mickrige Zinsen und
154 Kapitallebensversicherungen zunehmend nicht mehr attraktiv sind. Das ist die Folge ei-
155 nes falschen Krisenmanagements in Europa.

156 **Herr Steinbrück:** Nein das ist die Einschätzung von vielen. Die Zinspolitik ist eine der
157 Schrauben, die die europäische Zentralbank in der Hand hat und die europäische Zentral-
158 bank ist eine der wenigen intakten Institutionen, die wirkliches Krisenmanagement be-
159 trieben haben über den Aufkauf von Staatsanleihen. Hart an der Grenze zu dessen was
160 man als direkte Staatsfinanzierung bezeichnen kann und eine Nullzinspolitik, die genau
161 dieses Ergebnis hat, was viele Sparer bekümmert. Mehr als das stört. Wobei umgekehrt
162 natürlich diejenigen, die über Kredite Investitionen finanzieren, diejenigen die Hypothe-
163 kenkredite für ein Eigenheim aufnehmen, sich freuen können über die niedrigen Zinsen.

164 **Herr Steinbrück:** Ich hätte eine andere Krisenstrategie verfolgt. Das ist doch der Aus-
165 gangspunkt. Ich hätte gesagt, natürlich muss es zu einer Konsolidierung der öffentlichen
166 Haushalte kommen, aber bitte doch nicht in einer tödlichen Dosis für diese Länder. Was
167 übrigens zunehmend erkannt wird, auch in den Reihen von CDU/CSU, dass diese Dosis
168 tödlich sein kann. Aber sie muss doch begleitet werden von einer Doppelstrategie durch
169 Impulse für diese Länder. Von mir aus nennen wir das ein Marshall-Programm 2. Für
170 Sofortmaßnahmen, die die Jugendarbeitslosigkeit betrifft. In vielen Fällen ist doch diese
171 Krise gar keine Verschuldenskrise. Es ist eine Bankenkrise in vielen Ländern: in Irland,
172 in Zypern und vor allen Dingen auch in Spanien. Und wo bleibt dann der ehrgeizige An-
173 satz, diese Banken endlich zu regulieren? Gegebenenfalls abzuwickeln. Zwar nicht auf
174 Kosten der Steuerzahler. Nein auf Kosten der Gläubiger und Eigentümer der Banken.

175 **Herr Steinbrück:** Stimmt doch nicht. Natürlich können wir mehr tun. Wir können zum
176 Beispiel Verjährungsfristen verlängern. Wir können dafür Sorge tragen, dass es in
177 Deutschland ein Unternehmenssteuerrecht gibt, das die Beihilfe deutscher wie auch an-
178 derer Institute, die in Deutschland Beihilfe leisten zum Steuerbetrug und Steuerhinterzie-
179 hung vor den Karren ziehen kann. Wir können dazu beitragen, dass aufgrund unserer
180 Rechtslage zum Beispiel das Ausmaß in den Briefkastenfirmen von deutschen Firmen

181 woanders auftauchen, das das beschränkt oder sogar vermieden wird. Wir können zum
182 Beispiel ein anderes oder hätten gerne ein anderes Doppelbesteuerungsabkommen mit
183 der Schweiz abgeschlossen. Wo nicht eine Anonymisierung bleibt. Wo nicht eine an-
184 schließende Amnestie für Steuersünder von Deutschland in Gang gesetzt worden wäre.
185 Oder Herr Schäuble dazu bereit war, der deutschen Steuerverwaltung und Fahndung und
186 Staatsanwaltschaften den Kauf von Steuer-CDs zu verbieten. Der größte Druckpunkt
187 den es gibt. All dies hätte man anders gestalten können. So im Übrigen, ja, das war ein
188 Ausflug in meiner Westernfilmerfahrung. Aber er hatte sich ja auch zugespitzt. Er hat
189 dieser Debatte einen Boden gegeben und sie aus der „Leisetreteri“ herausgeführt, weil
190 dieser Steuerbetrug ein kriminelles Delikt ist und sich die ganzen ehrlichen Steuerzahler
191 als die Dummen vorkommen, wenn sie hören, dass Jahr für Jahr eventuell 30 Milliarden
192 Euro an Einnahmen nicht entstehen, weil die Oberen glauben sie stünden über dem Ge-
193 setzblatt und den dort festgelegten Steuerverpflichtungen Deutschlands.

194 **Herr Steinbrück:** Nein. Der Satz von Frau Merkel und der CDU: Sozial ist was Arbeit
195 schafft, ist nicht die Meinung der SPD und nicht von mir. Sozial ist was gute Arbeit
196 schafft, die anständig entlohnt wird. Die Zunahme des Missbrauchs von Leiharbeit, von
197 Werkverträgen ist ein zentrales Thema. Es spaltet unseren Arbeitsmarkt. Es spaltet Ge-
198 sellschaft. Es sorgt dafür, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft brüchig wird. Der aber
199 eine wesentliche Voraussetzung ist, auch für unser ökonomisches Wohlergehen. Und des-
200 halb ist die SPD der Auffassung, dass dieser Missbrauch von Leiharbeit, Zeitarbeit,
201 Werkverträgen, Minijobs eingegrenzt werden muss.

202 **Herr Steinbrück:** Wieso? All das Frau Illner, die Agenda 2010 ist, wie ich glaube ein
203 Beitrag, ich will das jetzt gar nicht überbewerten, ein Beitrag warum Deutschland ganz
204 gut steht im europäischen Vergleich. Da rate ich dazu, dass die SPD das Selbstbewusst-
205 sein vertritt. Die Agenda 2010 war sehr viel mehr als nur eine Arbeitsmarktreform. Aber
206 im Rahmen dieser Arbeitsmarktreform ist es zu Fehlentwicklungen gekommen und übri-
207 gens Gerhard Schröder selbst, hat gar keine Mühe zu sagen, dass solche Fehlentwicklun-
208 gen dann auch von der SPD korrigiert werden. Und mit mir als Bundeskanzler werden
209 diese Fehlentwicklungen korrigiert.

210 **Herr Steinbrück:** Nein. Da müssen Sie jetzt mit mir zu Wikipedia gehen und das mir
211 nachweisen Herr Klöppel. So läuft es nicht. Die SPD ist übrigens damals der Auffassung

212 gewesen, dass die Agenda 2010 durchaus schon mit einem flächendeckenden gesetzli-
213 chen Mindestlohn hätte begleitet werden müssen. Aber dafür hatten wir keine Mehrheit
214 im Bundesrat und offen ist zu legen, dass die Gewerkschaftsbewegung damals auch noch
215 der Auffassung war, dies kollidiere mit der Tarifvertragsfreiheit. Aber das war damals ein
216 Thema. Jetzt korrigieren wir diesen Fehler, insbesondere auch mit Blick auf das Ausmaß,
217 in dem selbst Leiharbeitsstellen umgewandelt werden in Werkverträge. Das muss man
218 sich mal vorstellen.

219 **Herr Steinbrück:** Nein. Denn das sind ja alles schöne Schachteln, die Frau Merkel da
220 ins Schaufenster gestellt hat. Und da steht dann drin: Lebensleistungsrente. Das ist ja
221 nicht mal Beschlusslage der CDU. Die CDU hat kein Rentenkonzept.

222 **Herr Steinbrück:** Ja. Frau Merkel hat noch 21 Tage Zeit. Mehr nicht. Bei den Gewerk-
223 schaften Anfang dieses Jahres wo ich später war, hat sie ein Rentenkonzept angekündigt.
224 Daraus ist nichts geworden. Die Lebensleistungsrente ist ein Plakat von Frau von der
225 Leyen. Abgesehen von auch ziemlich zynischen Gehalts. Denn das sind nicht mehr als
226 15-20 Euro in der Grundsicherung. SPD bietet an eine Solidarrente von 850 Euro. Die
227 Lohnuntergrenze von Frau Merkel, haben wir vorhin schon drüber geredet, hat nichts zu
228 tun mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Das ist ein Flickenteppich
229 von den Tarifvertragsparteien. Viele die in Tarifverträgen sind und unter 8,50 verdienen,
230 haben gar nichts davon. So zum Beispiel das Jahr der Pflege ist auch ausgerufen worden.
231 Das Jahr der Pflege. Alle waren wirklich erstaunt darüber, dass jetzt endlich was getan
232 wird. Die letzte Pflegereform kommt aus dem Jahr 2008 von Ulla Schmidt. Was es gege-
233 ben hat ist eine private Zusatzversicherung. Monatliche gefördert mit 5 Euro von Herrn
234 Baar. Pflege-Baar. Mehr nicht. Was übrigens die Meisten sich nicht leisten können. Wo-
235 rauf ich hinaus will ist, da sind viele bunte Schachteln im Schaufenster und das Problem
236 ist das sich die Wählerinnen und Wähler motivieren möchte in die Schachteln reinzug-
237 ehen.

238 **Herr Steinbrück:** Ein Heilmittel habe ich nichts gesagt aber immerhin. Im Übrigen, wir
239 haben glaube ich in 21/22 Mitgliedsstaaten der europäischen Union haben wir einen flä-
240 chendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Und darüber sind die auch nicht untergegan-
241 gen oder im Atlantik oder Mittelmeer verschwunden.

- 242 **Herr Steinbrück:** Was bezwecken Sie mir denn gegenüber mit der Frage?
- 243 **Herr Steinbrück:** Glauben Sie im Ernst dass ich darauf je in meinem Leben nochmal
244 eingehe?
- 245 **Herr Steinbrück:** Bitte. Diskutieren Sie das gerne unter sich, aber...
- 246 **Herr Steinbrück:** Nein, es hat schon eine Angleichung gegeben. Ich denke, man wird
247 den Weg weitergehen müssen. Es kann nicht sein, dass die Pensionen für diejenigen im
248 öffentlichen Dienst besser behandelt werden oder stärker steigen als die aus der Umlage
249 finanzierten gesetzlichen Rentenversicherungen. Ich kann mich erinnern, dass in meiner
250 Zeit als Ministerpräsident eine solche Anpassung in Nordrhein- Westfalen schon Mal er-
251 folgt ist und diesen Weg wird man unter Gleichbehandlungs- und Gerechtigkeitsaspekten
252 weitergehen müssen.
- 253 **Herr Steinbrück:** Ja, aber ich erkläre Ihnen, dass das für mich selbstverständlich ist. Ich
254 will ja keine Unwuchten dort haben und ich weiß dass viele die sozialversicherungspflich-
255 tig beschäftigt sind, die Rentenversicherungsbeiträge gezahlt haben, sehr genau hingucken
256 wie das auch im öffentlichen Dienst ist.
- 257 **Herr Steinbrück:** Die Pensionen müssen in ihrer Entwicklung fair gekoppelt werden an
258 das, was in der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung stattfindet.
- 259 **Herr Steinbrück:** Dass die Zuwächse bei den Pensionen im öffentlichen Dienst nicht
260 überproportional sein können gegenüber den Entwicklungen des Rentenniveaus.
- 261 **Herr Steinbrück:** Ich weiß das nicht aus dem Kopf welche Zahlen im Einzelnen. Das
262 können Sie ja nicht aus mir rauskitzeln hier.
- 263 **Herr Steinbrück:** Es reicht doch völlig die qualitative Aussage, dass es eine faire Be-
264 handlung geben muss. Einen Drift, eine Schere es zwischen der Pensionen im öffentlichen
265 Dienst und in der gesetzlichen umlagefinanzierten Rente nicht geben darf. Die Aussage
266 ist doch in sich, wie ich finde, in sich schlüssig.
- 267 **Herr Steinbrück:** Nein, die Beschlusslage der SPD ist, dass das Rentenalter auf 67 in
268 der Perspektive bis 2029 erhöht werden soll unter der Bedingung, dass wir weitere Fort-
269 schritte bei der Beschäftigung sozialversicherungspflichtiger über 60-jähriger haben und

270 diese Entwicklung lässt sich ganz positiv an. Und dann ist irgendwann ein Überprüfungs-
271 zeitraum festzulegen wo festgestellt wird, ob diese Entwicklung weiter positiv voran-
272 schreitet oder nicht, und daraus sind dann Konsequenzen zu ziehen.

273 **Herr Steinbrück:** Doch, gerade gerne mit Frau Schwesig. Aber es ändert nichts daran,
274 dass es eine klare Beschlusslage des SPD-Parteitag gibt, ich glaube aus dem Dezember
275 2011, wo das so dargestellt ist, wie ich es schildere mit Blick auf die Kopplung an die
276 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 60-65 Jährigen. Es kommt
277 darauf an, dass wir Brücken bauen, weil wir wissen, nicht jeder kann bis 67 arbeiten und
278 diejenigen haben kaputte Knochen, entschuldigen Sie, ich würde das ganz gerne ausfüh-
279 ren. Die haben kaputte Knochen, sind ausgebrannt. Wir bauen eine erste Brücke, indem
280 wir in unserem Rentenkonzept, das einzige Rentenkonzept, das vorliegt von einer Partei,
281 sagen, diejenigen die 45 Versicherungsjahre haben, Versicherungsjahre, nicht Beitrags-
282 jahre, die sollen mit 63 abschlagsfrei in die Rente gehen können. Das ist eine Brücke vor
283 dem Hintergrund des normendemographischen Drucks, der auf unserer Altersversorgung
284 lastet.

285 **Herr Steinbrück:** Ja zwei Legislaturperioden im Amt sein.

286 **Herr Steinbrück:** Ja ich bin ins Gelingen verliebt Herr Raab.

287 **Herr Steinbrück:** Sie meinen jetzt die Flexibilisierung? Da kommen wir vielleicht eines
288 Tages hin und zwar mit den Argumenten, die Sie genannt haben. Den Argumenten, dass
289 viele sagen „ich möchte gerne etwas länger arbeiten. Ich kann auch etwas länger arbeiten.
290 Ich fühle mich auch noch fit.“ Und einige sagen „Nein. Du kannst nicht mehr von mir
291 erwarten, dass ich als Pflegerin mit 64 oder 65 noch diesen 90 Kilo schweren Steinbrück
292 hebe.“ Und ich möchte auch nicht unbedingt, dass ein Busfahrer im intensiven Stadtver-
293 kehr noch einen Schulbus fährt. Das will ich auch nicht. Das heißt, es wird darum gehen
294 in der weiteren Debatte, solche Flexibilisierungen zuzulassen. Im Übrigen: Die Mütter-
295 rente, die Frau Merkel angesprochen hat, die hätte sie ja in dieser Legislaturperiode ja
296 verwirklichen können. Sie hätte nur einen Gesetzentwurf vorlegen müssen und dann hätte
297 die SPD sich sehr konstruktiv mit der Anerkennung von Erziehungszeiten der 1992 ge-
298 borenen Kinder beschäftigt. Sie hätten allerdings in diesem Gesetzesentwurf auch be-
299 gründen müssen wie das finanziert werden soll. Denn ein Rentenpunkt hätte bedeutet 6,5

300 Milliarden Euro. 2 Rentenpunkte hätte die Finanzierung von 13 Milliarden Euro dann zur
301 Begründung bringen müssen.

302 **Herr Steinbrück:** Man muss sich daran erinnern, dass Her Altmeyer, als der zuständige
303 Minister über ein Wochenende ziemlich viel Zielten aus dem Busch gekommen ist und
304 ja teilweise seine eigenen Kabinettsmitglieder nicht in den Film gesetzt hat. Und die Bun-
305 desländer auch nicht. Und das hat schon dazu geführt, dass es erhebliche Verwerfungen
306 gibt. Aber ansonsten fangen wir mal damit an, dass nach allgemeiner Expertenmeinung,
307 das Management dieser Energiewende ein Desaster ist in Deutschland. Und das sagt nicht
308 die Abteilung Agitation und Propaganda der SPD, sondern des augenblicklichen Mana-
309 gements. Das ist die größte Investitionsbremse, die wir haben. Energiemanager haben
310 einen dicken Hals, weil sie in Berlin ungefähr vier oder fünf Ministerien anlaufen müssen,
311 um rauszukriegen was die energiepolitische Haltung der Bundesregierung ist. So ansons-
312 ten, über die einzelnen Schritte, ja. Wir werden so schnell wie möglich die Stromsteuer
313 senken müssen, damit die Menschen schnell eine Entlastung haben bei den Strompreisen.
314 Aber der zweite Schritt wird sein müssen, eine umfassende Novelle des EEG. Auch mit
315 der Beseitigung der Überförderungstatbeständen, mit Blick auf zu viele Ausnahmetatbe-
316 stände. Ich stimme zu, wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien harmonisieren
317 mit dem Ausbau der Leitungen. Wir werden einen sehr viel stärkeren Akzent setzen müs-
318 sen, auf Energieeffizienz. Und wir werden dafür Sorge tragen müssen, dass mit Blick auf
319 die Erzeugungskapazitäten, auch von Gaskraftwerken, von Kohlekraftwerken, die wir als
320 Regelenergie brauchen, auch mehr Marktwirtschaft wieder einzieht. So dass es Investoren
321 gibt, die auch in diese Kraftwerke Stand-by investieren.

322 **Herr Steinbrück:** Nein. Aber wir dürfen uns bezogen auf den Industriestandort Bundes-
323 republik Deutschland auch von den Grünen unterscheiden. Die SPD ist dafür, dass diese
324 industrielle Wirtschaftsschaffungskette erhalten bleibt, mit den sehr hoch qualifizierten
325 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Und ich rede von Wirtschaftungskette, nicht nur
326 von einzelnen Unternehmen. Das ist einer der Gründe, warum wir im Vergleich zu ande-
327 ren europäischen Ländern sehr stark dastehen. Weil wir nach wie vor ein sehr starkes
328 produzierendes Gewerbe haben, mit sehr vielen auch produktionsorientierten Dienstleis-
329 tungen, die in einem sehr viel größeren Umfang zur jährlichen Wirtschaftskraft beitragen,

330 als zum Beispiel im Mutterland der industriellen Revolution: Großbritannien oder auch
331 in Frankreich.

332 **Herr Steinbrück:** Na erstmal ist dafür Sorge zu tragen, dass er nicht weiter steigt. Und
333 schon allein das ist ein Problem.

334 **Herr Steinbrück:** Ich kann mich erinnern an ein Interview von Frau Merkel und das sage
335 ich ohne Arg, weil von dem damaligen Kenntnisstand her argumentiert. Da hieß es, dass
336 wir eine Steigerung von maximal 3,5 Cent pro Kilowattstunde haben, mit Blick auf die
337 Förderung der erneuerbaren Energien. Wir gehen jetzt einer Entwicklung entgegen, wo
338 das bis 6 steigen kann. 6 Cent pro Kilowattstunde. Das ist zu dämpfen. Aber ich verspre-
339 che nichts vollmundig, was ich nicht halten kann.

340 **Herr Steinbrück:** Ich werde eine Steigerung zu vermeiden suchen. Aber ich werde nicht
341 vollmundig etwas in den Raum stellen, was ich nicht halten kann. Wir werden jetzt erst-
342 mal dran arbeiten müssen, dass es nicht zu weiteren Steigerungen kommt.

343 **Herr Steinbrück:** Ich bin privat versichert und habe eine Beihilfe.

344 **Herr Steinbrück:** Ich sage voraus, dass das augenblickliche Krankenversicherungssys-
345 tem in fünf bis sechs Jahren an die Wand fährt, wenn wir nicht zu Änderungen kommen.
346 Wir werden gesetzliche und private Krankenversicherungen zusammen führen müssen,
347 in einer Bürgerversicherung, wo jeder einzahlt nach seiner Leistungsfähigkeit. Ich sehe
348 mit einer gewissen Genugtuung, dass die CDU/CDU offenbar von ihrem Kopfpauscha-
349 len-Modell Abstand genommen hat, wo die Sekretärin genauso viel hätte zahlen müssen
350 wie der Vorstandsvorsitzende. Darüber entfällt auch diese duale Auseinandersetzung wer
351 ist krankenversichert: privat oder wer ist gesetzlich.

352 **Herr Steinbrück:** Überhaupt nicht. Im Gegenteil. Es könnte sein, dass es zu einem sehr
353 viel besseren Ausgleich auch von Risiken kommt. Und da dafür auch zu einer günstigeren
354 Situation einer solchen Bürgerversicherung. Wir haben im Augenblick eine sehr einsei-
355 tige Risikoverteilung. Im Übrigen die Krankenversicherungsbeiträge der gesetzlichen
356 Krankenversicherung steigen, insbesondere für die älteren Mitbürger und Mitbürgerin-
357 nen. Geradezu an Zeitpunkten, wo sie eigentlich geringere Beiträge hätten zahlen wollten.

358 Und wir haben auch eine Auswirkung darüber, in der medizinischen Versorgung im länd-
359 lichen Raum. Warum? Weil die Ärzte natürlich alle dorthin ziehen, wo sie die günstigen
360 privat Versicherten haben und das ist im Ballungsraum. Und daher entleert sich darüber
361 der ländliche Raum.

362 **Herr Steinbrück:** Ich kann mich an den, an das Zitat zwar nicht erinnern Herr Raab, aber
363 ich will das auch gar nicht dementieren, sondern es ist in der Tat eine Ersatzleistung. Ganz
364 erstaunlich.. Statt eine umfassende Pflegereform zu machen, auf die ich gerne zwei drei
365 Worte verlieren möchte, wird angeboten eine private Zusatzversicherung, die die meisten
366 Menschen gar nicht bezahlen können. Die können sich das gar nicht leisten. Und die wird
367 gefördert mit 5 Euro im Monat, mit 60 Euro im Jahr. Donnerwetter. Ist das ein Durch-
368 bruch gewesen bei den Pflegeproblemen. Wir laufen in einen Pflegenotstand. Wir brau-
369 chen in den nächsten Jahren 120 000 mehr Pflegerinnen und Pfleger. Die kriegen wir aber
370 nicht, wenn wir sie nicht besser bezahlen. Wenn wir ihre Arbeitsbedingungen nicht erfül-
371 len. Wir müssen einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff begründen, wo die Demenzer-
372 krankungen mit reinkommen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die älteren Mitbürge-
373 rinnen und Mitbürger so lange wie möglich in ihren vertrauten häuslichen Verhältnissen
374 sein können. Wir müssen etwas für die Angehörigen tun. Und wir müsse nicht zuletzt
375 etwas für das Pflegepersonal tun. Es gibt nach wie vor die obskure Situation, absurd ist
376 es, einige die sich ausbilden lassen, übrigens auch als Erzieherinnen und Erzieher, teil-
377 weise mitfinanzieren müssen ihre Ausbildung. Was nicht geschehen darf, ist das wir die
378 Studiengebühren für die akademischen Auszubildenden abschaffen, aber in diesen beruf-
379 lichen Zweigen, die hoch wichtig sind, Erziehungsberufe und Pflegeberufe, Kranken-
380 pflege genauso wie Altenpflege, wir einige junge Leute nach wie vor veranlassen, dass
381 die mitbezahlen müssen ihre Ausbildung. Das sind nur drei oder vier Elemente einer um-
382 fassenden Pflegereform. Wir warten auf eine solche Pflegereform nachdem doch diese
383 Bundesregierung mit Frau Merkel im Jahr 2011 das Jahr der Pflege ausgerufen hat. Das
384 ist wieder so eine Schachtel im Schaufenster und dann gucken wir da rein und da ist nichts
385 drin.

386 **Herr Steinbrück:** Gar kein Problem. Aber ich bin für eine tatsächliche Wahlfreiheit. Ich
387 bin für die tatsächliche Wahlfreiheit, der einer alleinerziehenden Frau, die erkennbar ohne

388 Ausbau von Kinderbetreuung gar keine Chancen hat, diese Wahlfreiheit wirklich zur Gel-
389 tung zu bringen. Und mich wundert, dass es eine staatliche Transferleistung geben soll,
390 für jemanden der eine andere staatliche Leistung nicht in Anspruch nehmen soll. Dieses
391 Betreuungsgeld ist arbeitsmarktpolitisch falsch und es ist auch integrationspolitisch
392 falsch. Integrationspolitisch brauchen wir gerade ein Angebot für die Kinder eher auch
393 aus sozial schwächeren Schichten oder Kinder mit Migrationshintergrund, die Betreu-
394 ungsangebote bekommen. Auch mit Blick auf Sprachkompetenz. Und vor dem Hinter-
395 grund der demographischen Entwicklung müssen wir allen Frauen faire Chancen bieten
396 erwerbstätig zu sein. Wir brauchen dies dringend. Und das können sie nur, wenn es eine
397 bessere und eine umfangreichere Kinderbetreuung gibt und deshalb werden wir als erstes
398 dieses Betreuungsgeld abschaffen, schon im Rahmen der ersten 100 Tage mit mir als
399 Bundeskanzler und dieses Geld hineinstecken in den Ausbau der Kinderbetreuung, in die
400 frühkindliche Bildung und auch in das Erziehungspersonal.

401 **Herr Steinbrück:** Nein Herr Raab, wir haben es nach wie vor nicht geklärt, das was die
402 NSA selber zu erkennen gibt, dass sie millionenfach Daten abfischt, inwieweit das deut-
403 sche Bürger betrifft und damit deutsche Grundrechte verletzt werden. Wir haben nach
404 wie vor ungeklärt, ob deutsche Unternehmen abgefischt werden. Es gibt einen englischen
405 Nachrichtendienst, der sich dies geradezu zur Aufgabe gestellt hat. Wir wissen nach wie
406 vor nicht, ob auch deutsche Dienststellen abgefischt werden, ob z.B. europäische Einrich-
407 tungen verwandt werden oder abgehört werden, während wir mit den Amerikaner ver-
408 handeln, über ein transatlantisches Freihandelsabkommen. All dies ist ungeklärt.

409 **Herr Steinbrück:** Nur weil Herr Pofalla mit einer Art Persilschein der NSA herumwedelt
410 und sich auf die Apfelsinenkiste des Marktplatzes stellt und sagt: „Hiermit ist die NSA-
411 Ausspäh-Affäre beendet“, ist dies keineswegs beendet. Wir haben nach wie vor zu prüfen:
412 Welcher Schaden ist entstanden und was wird getan, um diesen Schaden abzuwehren?
413 Und ich muss gestehen, ich als Bundeskanzler wäre nicht auf die Idee gekommen, in einer
414 Bundespressekonferenz angesichts dieser Dramatik und dieses Ausmaßes der Persönlich-
415 keitsverletzung zu sagen: „Ich warte ab“. Sondern ich hätte erwartet, dass eine deutscher
416 Regierungschef eine Regierungschefin so schnell wie möglich für Aufklärung sorgt und
417 Abhilfe.

418 **Herr Steinbrück:** Ich habe den ja gerade erneut erhoben. Da ist Schaden, da entsteht
419 Schaden an der Bundesrepublik Deutschland.

420 **Herr Steinbrück:** Frau Merkel hat ihren Amtseid wahrzunehmen, ja.

421 **Herr Steinbrück:** Entschuldigen Sie, da muss ich einhaken dürfen.

422 **Herr Steinbrück:** Nein, er hat ja auch nicht Asyl hier beantragt und er wäre zu behandeln
423 wie jeder andere, wenn er Asyl beantragt hätte und dazu hätte er nach Deutschland kom-
424 men müssen. Insofern stand das nicht an. Er hat sehr viel Zivilcourage bewiesen, er hat
425 zivilen Ungehorsam bewiesen. Er musste wissen, dass er amerikanische Gesetze verletzt
426 und in Kauf nimmt, dass er darüber auch in den USA verurteilt werden kann. Aber er war
427 sehr behilflich, eine Debatte zu führen, die geführt werden muss. Ich will zurückkommen
428 auf das, was Sie gerade ausgetauscht haben. Wenn ich zwischen Bonn und Berlin von mir
429 aus telefoniere über Satelliten oder auch E-Mails verschicke, dann suchen die sich nicht
430 den kürzesten Weg, sondern den günstigsten Weg. Und das bedeutet, dass sie teilweise
431 über Satellitenkommunikation, über Transatlantikkabel oder insbesondere auch über Ser-
432 ver, über Internetgiganten abgewickelt werden, die in den USA sitzen. Und nach Aussage
433 der Amerikaner, amerikanischer Quellen können die amerikanischen Behörden 75 Pro-
434 zent des gesamten Internetverkehrs in den USA abfischen, speichern und auswerten. Und
435 davon sind selbstverständlich Rechte deutscher Staatsbürger betroffen, was denn sonst?
436 Natürlich.

437 **Herr Steinbrück:** Es wird darüber nicht nur Grundrechte verletzt, deutsche Grundrechte
438 wie Postfernmeldegeheimnis, Briefgeheimnis Artikel 10, sondern das ist auch strafrecht-
439 lich relevant in Deutschland. Und das wird bisher von der Bundesregierung, wie ich finde,
440 mit einer Lässigkeit behandelt werden, was ich von meinen Bewertungen auch nicht zu-
441 rücknehme.

442 **Herr Steinbrück:** Nein. Und ich würde es auch höchst bedauern, wenn die Amerikaner,
443 ohne ein entsprechendes völkerrechtliches Mandat zu haben, sich isoliert zu einem Mili-
444 tärschlag entscheiden würden, weil ich glaube, dass die Lage der Menschen in Syrien
445 nicht verbessert, das damit die Gewalt ja nicht beendet ist und vor allen Dingen, dass die
446 Völkergemeinschaft auseinander getrieben wird und der UN-Sicherheitsrat und die ganze
447 UN dabei entwertet wird und ich habe dabei deshalb die Hoffnung, dass nächste Woche

448 auf dem G20 Treffen, an dem Frau Merkel teilnimmt, mindestens am Rande sich die
449 wichtigsten Partner zusammensetzen um zu erörtern, wie dann der Druck auf Syrien er-
450 höhen werden kann. Jenseits und unter der Schwelle eines militärischen Strafaktes, den
451 ich nicht für richtig halte.

452 **Herr Steinbrück:** Ich würde nur als Bundeskanzler nur auf der Grundlage eines völker-
453 rechtlichen Mandates agieren und selbstverständlich nach einer entsprechenden Be-
454 schlusslage des deutschen Bundestages.

455 **Herr Steinbrück:** Nein. Ich würde jedenfalls dafür Sorge tragen, dass die deutschen
456 Truppeneinheiten, auch die Patriot-Einheiten an der türkisch-Syrischen Grenze in keins-
457 ter Weise involviert sind und in der Tat das Bundeswehroffiziere, darum geht es ja, die
458 teilweise zu den Besatzungen der Avax-Maschinen gehören, nicht in die Verlegenheit die
459 Bundesrepublik Deutschen bringen, auch nur indirekt an einem solchen Militärschlag,
460 der ich wiederhole, kein völkerrechtliches Mandat hätte, beteiligt sind. Und ich habe die
461 große Hoffnung, dass wir auf dem G20-Treffen eine Art Vierer-Gruppe zusammenbrin-
462 gen, die auch in der Lage sind auch auf Russland und China nochmal zuzugehen vor dem
463 Hintergrund eines völkerrechtswidrigen Aktes, wie es ihn so in diesem Jahrhundert noch
464 nicht gegeben hat.

465 **Herr Steinbrück:** Das will ich ja nicht haben. Sondern ich möchte.

466 **Herr Steinbrück:** Das ist ja zunächst mal ein Beleg dafür, wie Sie die eigentliche Regie-
467 rung von Frau Merkel einschätzen.

468 **Herr Steinbrück:** Erstmal finde ich das eine tolle Nachricht. Die sagen nämlich, dass die
469 augenblickliche Schwarz-Gelbe Regierung im Vergleich zu früheren Großen Koalitionen
470 also schlechter ist. Das beflügelt mich. Das finde

471 **Herr Steinbrück:** Gut. Was den Leuten Respekt abgewinnt, ist wenn jemand Haltung
472 zeigt und eine klare Peilung hat und nicht laviert, wenn er nicht rumschwafelt, wenn er
473 nicht für das und das zur Verfügung steht, sondern klar sagt was ich will. Ich will Sekt
474 oder Selters. Entweder ich gewinne das mit einer Rot-Grünen Bundesregierung.

475 **Herr Steinbrück:** Ja uns ist doch klar. Nach dieser Veranstaltung mich Herr Raab.

476 **Herr Steinbrück:** Wieso. Woher wissen Sie das? Das entscheiden doch die Wählerinnen
477 und Wähler und nicht wir hier.

478 **Herr Steinbrück:** Woher wissen Sie das? Gehören Sie zu denjenigen die Kommentare
479 schon fertig geschrieben haben und am Sonntagabend

480 **Herr Steinbrück:** Nein ich stehe für dass, was ich gesagt habe. Ich bin darin verlässlich.
481 Es gibt von mir einen klaren Text, eine klare Ansage. Die Menschen sollen wissen, Sie
482 liebe Zuschauerinnen und Zuschauer sollen wissen woran Sie mit mir sind.

483 **Herr Steinbrück:** Sie sind offenbar Wahrsagerin Frau Illner und wissen das alles schon
484 wie es ausgeht. Ich halte die Linkspartei für nicht koalitionsfähig. Das kann sich eines
485 Tages ändern, aber sie erscheint mir wie drei Parteien in einer. Eine ostdeutsche Links-
486 partei, die auch bereit ist auf kommunaler Ebene und auf der Landesebene Verantwortung
487 zu übernehmen. Übrigens auch für teilweise unangenehme Entscheidungen. Zweitens
488 eine kommunistische Plattform und drittens eine Sektierer Gruppe aus Westdeutschland,
489 für die offenbar die SPD der „Gott sei bei uns“ ist und die ich teilweise früher in Studen-
490 tenzeiten schon als Sektierer kennengelernt habe in den unterschiedlichsten Splitterpar-
491 teien von KPDML bis zu anderen Organisationen. Mit denen will ich Deutschland nicht
492 verlässlich regieren im Außenverhältnis wie auch nach innen. Das ist teilweise ein
493 Wunschdenken in der Finanz- und Wirtschaftspolitik und würde die deutsche Reputation
494 als verlässlicher außen und bündnispolitischer Partner in Europa und darüber hinaus
495 schwächen.

496 **Herr Steinbrück:** Nein. Die Schlussfolgerung lautet: jetzt noch die verbleibenden fast
497 20 Tage zu kämpfen und Wahlkampf zu machen. Und das macht die SPD sehr gut. Wir
498 haben mittlerweile fast 2 Millionen Hausbesuche gemacht. Die Veranstaltung, die ich mit
499 besuchen darf, die zeigen eine erhebliche Neugier der Menschen. Die wollen ihre politi-
500 schen Themen, ihre Fragen beantwortet wissen und ich versuche so präzise wie möglich
501 zu sein. Das sind sehr dialogisch gehaltene Veranstaltungen. Nicht mehr vom hohen Pult
502 her und wir machen diesen Wahlkampf weiter und dann gucken wir bitte erst auf die 2.
503 Und 3. Hochrechnung und haben nicht vorher schon den Eindruck alles ist entschieden.
504 Und ich für meinen Teil.

505 **Herr Steinbrück:** Herr Klöppel. Ich bin auf diesen 22. September fixiert und ich bin ins
506 Gelingen orientiert. Und so machen Sie Wahlkampf und so mache ich Wahlkampf. Mit
507 200 Prozent von dem was ich bringen kann.

508 **Herr Steinbrück:** Ich glaube Sie haben Frau Merkel ziemlich missverstanden. Sie
509 möchte gerne diese Liebesheirat mit der FDP fortsetzen. Bloß an der Außenlinie laufen
510 sich die Scheidungsanwälte die vier Jahre rauf und runter.

511 **Herr Steinbrück:** Das haben Sie vor vier Jahren schon mal gesagt. Immer diese Bedro-
512 hung Das haben Sie vor vier Jahren genauso gesagt. In der Runde mit Herrn Steinmeier.

513 **Herr Steinbrück:** Jetzt liebe Wählerinnen und Wähler haben Sie es in der Hand. Sie
514 alleine, Sie alleine entscheiden über die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Nicht
515 irgendjemand anders. Sie alleine. Nicht Umfragen und nicht Kommentatoren. Ich bin vor
516 44 Jahren zur SPD eingetreten, weil ich etwas mit zum Aufbruch beitragen wollte. Für
517 ein Land, das weltoffener, toleranter, chancengerechter ist und das nach innen und außen
518 friedfertig ist. Das waren meine Gründe, in die SPD einzutreten. Und ich glaube, dass wir
519 heute wieder einen solchen Aufbruch brauchen. Denn wir haben vier Jahre weitgehenden
520 Stillstand erlebt. Vieles ist liegengeblieben. Vieles ist ausgesessen worden. Und wir leben
521 von der Substanz und das möchte ich gerne ändern. Dazu bedarf es einer Regierung, die
522 geführt wird. Einer Regierung, die nicht im Kreisverkehr nur verhaftet ist ohne Richtung
523 und ohne Richtlinien, sondern die handelt. Deshalb möchte ich mit Ihnen als Bundes-
524 kanzler der Bundesrepublik Deutschland dafür Sorge tragen, dass wir zum Besseren uns
525 entwickeln. Ich möchte gerne mit Ihnen dafür Sorge tragen, dass das sozial Gerechte
526 übereinstimmt mit dem ökonomisch Vernünftigen. Das kann uns gelingen: auf dem Ar-
527 beitsmarkt, bei den Renten, bei der Sorge, bei den Investitionen für Infrastruktur, bei der
528 Kinderbetreuung und auch in und mit Europa. Ich hab mit vielen Bürgerinnen und Bür-
529 gern gesprochen in den vergangenen Monaten über meine Reisen, nach Ost West Nord
530 Süd, die mir gesagt haben, sie wollen eine größere Gemeinwohlorientierung. Die gesagt
531 haben, dass Einiges aus dem Ruder gelaufen ist. Sie haben eine Sehnsucht nach den ei-
532 gentlichen Werten der Sozialen Marktwirtschaft: Maß und Mittel, Balance. Dass die Steu-
533 erzahler nicht die Dummen sind. Dass die Steuerzahler nicht haften für die Finanzzocke-
534 rei von Banken und ihrer Risikoignoranz. Dafür steh ich. Sie haben die Chance, am 22.9.
535 mit ihrem Votum für mich und die SPD dafür Sorge zu tragen, dass wir Tatkraft zeigen

536 für einen neuen Kurs, in dem in Deutschland nicht nur besser, sondern auch anders regiert
537 wird. Mein Plan von Deutschland ist: Gerechter, weil stärker. Meine Vorstellung von
538 Deutschland ist: Wir wollen gerechter sein und gleichzeitig auch diese Gesellschaft zu-
539 sammenhalten. Wir wollen mehr WIR weniger als ICH. Das ist mein Plan von Deutsch-
540 land und dafür werbe ich um Ihre Unterstützung am 22.9.

Peer Steinbrück Elefantenrunde 2013: PSE13

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=WUU-eIJ7LMw> (eigene Transkription)

1 **Herr Steinbrück:** Die SPD hat immer ein bisschen dazugewonnen. Nicht so viel wie wir
2 uns gewünschte haben. Aber noch einmal: ich glaube wir haben einen ganz guten Wahl-
3 kampf gemacht.

4 **Herr Steinbrück:** Ja. Gemessen an dem, was wir 2009 hatten, aus einer schwierigen
5 Lage für die SPD. Im Klartext gesprochen: Wir sind natürlich nicht zufrieden. Wir sind
6 auch enttäuscht. Ich mache auch keinen Hehl daraus, dass ich mir ein besseres Ergebnis
7 gewünscht hätte. Aber nur für Asche auf unser Haupt ist auch nicht Platz.

8 **Herr Steinbrück:** Das stimmt nicht. Wenn man meinen politischen Werdegang verfolgt,
9 weiß man, dass ich bereits als nominierter Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen
10 versucht habe, für die SPD das sozial Gerechte mit dem ökonomisch vernünftigen zu
11 verbinden. Zu sagen, dass diese Gesellschaft zusammen gehalten werden muss und dass
12 das gefährdet ist. Wir haben es mit einer Spaltung des Arbeitsmarktes zu tun, mit einem
13 undurchlässigen unterfinanzierten Bildungssystem, mit teilweise Kommunen in größter
14 finanzieller Schwierigkeit sind. Entschuldigung. Trotzdem darf ich aber darauf hinwei-
15 sen, dass das Themen sind, die diese Republik beschäftigt, die zukünftige Herausforde-
16 rungen sind.

17 **Herr Steinbrück:** Das habe ich versucht zu beantworten, indem diese Identität bei mir
18 schon vor 10 oder 11 Jahren gewesen ist, weil es diese Themen gewesen sind, die ich
19 transportiert habe.

20 **Herr Steinbrück:** Der Ball ist im Spielfeld von Frau Merkel. Und ich werde ihr ihre
21 Aufgaben nicht abnehmen können und wollen. Sie ist die Gewinnerin dieser Wahl. Denn
22 dafür habe ich meine Glückwünsche auch adressiert. Wenn sie eine absolute Mehrheit
23 hat für die Union und sie will diese absolute Mehrheit wahrnehmen, dann ist das alleine
24 die Entscheidung der Union, der Gremien der Union. Meiner Partei würde ich dann raten
25 allerdings nicht zur Verfügung zu stehen für eine Große Koalition, sondern dann in die
26 Opposition zu gehen und eine starke Opposition zu spielen, wenn die Union die absolute
27 Mehrheit hat.

28 **Herr Steinbrück:** Nein. Das wäre überbewertet. Davon macht man nicht die Zukunft
29 dieses Landes abhängig und die Regierungsfähigkeit dieses Landes. Aber ich mache kei-
30 nen Hehl daraus, dass dieser Satz mich ziemlich enttäuscht hat, vor dem Hintergrund der
31 sehr konstruktiven Haltung, die die SPD in europa-politischen Fragen wahrgenommen
32 hat. Aber das ist durchdekliniert. Das ist Gegenstand des Wahlkampfes gewesen. Wir
33 aber nicht wegweisend sein für Regierungsbildungen. Noch einmal: Die SPD hat genauso
34 wenig Veranlassung wie im Augenblick Frau Merkel sich auf Koalitionsspielchen einzu-
35 lassen. Der Ball ist im Spielfeld der Wahlgewinnerin und das ist Frau Merkel und die
36 Union. Und es bleibt abzuwarten, was sie daraus macht.

37 **Herr Steinbrück:** Das haben wir ausgeschlossen und das schließe ich auch für die Zu-
38 kunft aus. Unbenommen dessen, dass auf diesem Klavier immer so ein paar Propaganda-
39 Töne von der CDU angestimmt worden sind, die SPD würde doch von hinten durch die
40 Brust ins Auge. Diese verlässlichen Aussagen wieder zurücknehmen. Nein. Die Links-
41 Partei ist für uns nicht koalitionsfähig in mehrfacher Hinsicht: außenpolitisch, europapo-
42 litisch, bündnispolitisch aber auch mit Blick auf ihre wirtschafts- und finanzpolitische
43 Vorstellung.

44 **Herr Steinbrück:** Ich weiß nicht was 2017, 2018, 2020 ist. Insofern gibt es von mir keine
45 ultimativen Festlegungen über einen Zeitraum von einer Dekade.

46 **Herr Steinbrück:** Ja ich hab das ausgeschlossen. Sie können nachfragen so viel Sie wol-
47 len.

48 **Herr Steinbrück:** Das kann ich nicht erkennen. Sondern ich bleibe dabei: Ich hätte mir
49 gewünscht, dass meine Partei den wie ich finde erheblichen Beitrag sehr viel stärker sich
50 zugeschrieben hätte. Ein wesentlicher Betrag dafür ist, dass Deutschland vergleichsweise
51 gut da steht in Europa. Auf der anderen Seite: Meine Partei hat auch die Klugheit lernfä-
52 hig zu sein. Wir haben über die Arbeitsmarktreform es auch mit Fehlentwicklung auf dem
53 Arbeitsmarkt zu tun. Der Sektor des Dumpinglohnbereichs, der Missbrauch von Leihar-
54 beit, Zeitarbeit, Minijobs, Werkverträge; dort hat zugenommen. Dafür gibt es einen Kor-
55 rekturbedarf. Dafür haben wir politische Lösungen angeboten. Dafür sind wir nicht so gut
56 belohnt worden, wie wir uns das vorstellen im Hinblick auf dieses Wahlergebnis. Aber
57 diese Haltung halte ich in sich für ziemlich schlüssig und auch für richtig.

58 **Herr Steinbrück:** Nein. Meine Partei hat einen Überprüfungszeitpunkt gewählt laut ihrer
59 Parteitagbeschlüsse, der darauf abzielt wie ist die Entwicklung des Sozialversicherungs-
60 pflichtigbeschäftigten zwischen 60 und 65 und von diesem Überprüfungszeitpunkt macht
61 sie es abhängig wie es mit der Rente mit 67 weitergeht. Ich habe in nachvollziehbarer Art
62 in dem Wahlkampf sehr deutlich gemacht, dass wir uns der Problematik der älterwerden-
63 den Gesellschaft stellen müssen. Insbesondere auch mit Blick auf die Verdopplung der
64 Rentenbezugsdauer innerhalb von 30 Jahren. Und eine so verantwortungsbewusste Partei
65 wie die SPD davor nicht einfach flüchten kann.

66 **Herr Steinbrück:** Nein. Ich bin ziemlich sicher, dass Torsten Schäfer-Gümbel genau
67 weiß wie die Entwicklung auch vor 4-5 Jahren gewesen ist und daraus seine Konsequen-
68 zen zieht. Andere Einlassungen von ihm kenne ich nicht. Insofern bleibt auch dort das
69 Wahlergebnis abzuwarten. Es kann ein langer Abend werden. Aber ich glaube, dass die
70 SPD im Sinne ihrer Aussagen genauso verlässlich ist wie auf Bundesebene.

71 **Herr Steinbrück:** Aber Sie müssen doch mal erklären wie Sie das europarechtlich ma-
72 chen wollen Frau Hasselfeldt. Sich einfach nur zurückzuziehen und auf die Aussage von
73 Herrn Seehofer verweisen reicht hier nicht. Wir alle hier an diesem Tisch wissen, dass
74 wir europarechtlich eine PKW-Maut für Ausländer nicht hinbekommen, wenn Sie nicht
75 gleichzeitig eine für Inländer einführen. Und diese Fragen sind Sie bis zur Schließung der
76 Wahllokale schuldig geblieben. Die Antwort darauf.

77 **Herr Steinbrück:** Die bessere Formulierung ist ich bleibe an Deck der SPD. Ich habe
78 Verantwortung für die SPD übernommen. Ich fühle diese Verantwortung nach wie vor.
79 Insbesondere nach der grandiosen Unterstützung in einem Wahlkampf, den ich als sehr
80 beflügelnd empfunden habe. Insofern ist an diesem Abend die Rolle von Herr Steinbrück
81 zusammen mit der engeren Parteiführung nicht beendet.

82 **Herr Steinbrück:** Ich bin ja bereit Verantwortung zu übernehmen. Aber das reduziert
83 sich ja nicht darauf, dass ich zwingend noch einmal Bundesminister in einem Kabinett
84 von Frau Merkel sein muss und das habe ich gesagt. Alles andere wird meine Partei ent-
85 scheiden. Das entspricht auch der Parteiendemokratie und der Notwendigkeit die Gre-
86 mien zu beraten sowie das andere Parteien auch tun. Ich habe für mich verlässlich gesagt,

87 dass ich nicht noch einmal eintrete als Bundesminister in ein Kabinett das von Frau Mer-
88 kel geführt wird. Das habe ich vier Jahre gemacht. Da haben wir vertrauensvoll zusam-
89 mengearbeitet. Das stelle ich nie in Abrede. Das habe ich getan um verlässlich zu sein.
90 Und ich möchte auch verlässlich bleiben. Das heißt, wenn ich das angekündigt habe,
91 glaube ich, dass Politiker zu ihrem Wort stehen müssen.

92 **Herr Steinbrück:** Ich habe in den letzten Wochen so viel Kaffeesatzleserei, so viel Psy-
93 chogramme, so viel Strategiespielchen erlebt, dass ich gelegentlich den Eindruck habe,
94 dass wir uns stärker um politische Inhalte kümmern sollten. Ich werde mich heute Abend
95 nicht daran beteiligen, diese ganzen Strategiespiele und diese ganzen Personalspielchen
96 weiter fortzusetzen.

97 **Herr Steinbrück:** Aber wenn ich es richtig sehe und wir nicht ein Ereignis vor uns haben,
98 dass diese Legislaturperiode nicht normal zu Ende geführt wird, stehen die nächsten Bun-
99 destagswahlen in vier Jahren an. Deshalb geben Sie doch der SPD die Gelegenheit in
100 diesen vier Jahren herauszukristallisieren in weiten Abstimmungen mit welchem Personal
101 sie dann antritt.

Martin Schulz Bundesparteitag November 2013: MSBP1113

Quelle: <https://docplayer.org/64264292-Protokoll-des-ordentlichen-bundesparteitags-der-spd-leipzig-november-2013.html>

1 **Martin Schulz, Beauftragter des SPD-Parteivorstandes für die Europäische Union:**
2 Vielen Dank, Torsten. – Liebe Genossinnen und Genossen, unser Leitantrag ist mit
3 „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“ überschrieben. In den letzten Jahren ist viel
4 Vertrauen in das europäische Einigungswerk verloren gegangen. Es gibt immer mehr
5 Menschen, die an der Europäischen Union, so wie sie heute ist, zweifeln. Es hat überhaupt
6 keinen Sinn, dass wir uns die Welt schönreden. Ja, die Europäische Union ist in einem
7 schlechten Zustand, und sie muss reformiert werden. Sie muss verbessert werden. Sie ist
8 weder sozial gerecht, noch ist sie effektiv. Und sie droht in Einzelteile zu zerfallen.

9 Wir sind gemeinsam mit der gesamten europäischen Sozialdemokratie aufgefordert, auf
10 diese Entwicklung eine Antwort zu geben: Es mag sein, dass Europa schlecht regiert wird.
11 Es mag sein, dass die Europäische Union nicht in einem guten Zustand ist. Es mag sein,
12 dass sie zu bürokratisch ist, und ganz sicher ist die EU nicht demokratisch legitimiert
13 genug.

14 Hinzu kommt, dass der Satz, dass es keine Alternative zum europäischen Einigungspro-
15 zess gibt, falsch ist. Die Ultrationalisten, die den europäischen Einigungsprozess, die
16 Kooperation von Nationen und Staaten über Grenzen hinweg, zurückabwickeln wollen,
17 werden in vielen Ländern stärker und formulieren ihre nationalistische Alternative.

18 In Den Haag hat sich vor wenigen Tagen eine europaweite Bewegung der Ultrationa-
19 listen gebildet. Diesen Parteien und ihren Leuten müssen wir in aller Deutlichkeit entge-
20 gentreten und ihnen und den Europäerinnen und Europäern sagen: Der Nationalismus hat
21 Europa immer nur Zerstörung, Krieg, Leid und Elend gebracht.

22 Genossinnen und Genossen, diese Herausforderung ist nichts Abstraktes, sie ist etwas
23 sehr Konkretes. Enrico Letta hat gestern berichtet, dass er – und das fand ich mutig - in
24 Italien eine afrikanisch stämmige Ministerin benannt hat. Ein symbolischer Schritt, der
25 von Abgeordneten der Lega Nord mit dem Satz beantwortet wurde: „Aber man kann doch
26 solche Leute nicht zum Minister machen“.

27 Auf die Frage eines italienischen Journalisten, Herr Balotelli sei doch auch ein Schwarzer,
28 antwortete ein Abgeordneter im Europa-Parlament: „Das ist ja schon ein Unterschied, ob
29 einer schwarz ist und gegen einen Ball tritt oder ob er Minister ist“. Wollen wir, dass im
30 nächsten Europa-Parlament dieser Geist regiert, oder wollen wir die Europawahl nutzen,
31 um diesen Leuten zu sagen: Für euch ist im sozial und demokratisch geprägten Europa
32 kein Platz. Darum geht es bei der Europawahl.

33 Europa ist eine faszinierende Idee! Sie bleibt historisch die richtige Antwort der zweiten
34 Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die erste Hälfte. Die Idee, dass Staaten und Völker über
35 Grenzen hinweg zusammenarbeiten und gemeinsame Institutionen und Organe aufbauen,
36 die einen Rahmen für einen fairen Interessenausgleich schaffen, ist aber nicht nur die
37 Antwort auf Jahrhunderte des Krieges und der Zerstörung. Sie ist zugleich die Antwort
38 auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

39 Die europäische Zusammenarbeit stellt sicher, dass die großen Mitgliedstaaten den klei-
40 nen Mitgliedstaaten keine Lektionen erteilen. Dass wirtschaftlich und politisch starke
41 Mitgliedstaaten ihre Stärke nicht gegen die Schwächeren ausspielen und sichergestellt ist,
42 dass die Großen und Kleinen auf gleicher Augenhöhe kooperieren. Diese Grundidee von
43 Europa ist weiter richtig und wird von den Europäerinnen und Europäern auch unterstützt.
44 Zugleich ist es aber so, dass immer weniger Menschen den Eindruck haben, dass diese
45 Idee in der EU hochgehalten wird: Wenn ich in Athen bin, sehe ich Menschen in Müll-
46 tonnen wühlen, weil sie etwas zu essen suchen. Zugleich wissen wir, dass reiche Griechen
47 in Berlin die teuersten Wohnungen kaufen und ihr Kapital ins Ausland gebracht haben
48 und keine Steuern bezahlen. Diese Art von Entwicklungen führen dazu, dass sich die
49 Leute von Europa abwenden.

50 Stattdessen muss es darum gehen, ganz konkret deutlich und erfahrbar zu machen, dass
51 Europa einen Mehrwert für soziale Gerechtigkeit haben kann. So müssen wir etwa in
52 Zukunft in Europa dafür sorgen, dass Unternehmen ihre Gewinne in dem Land versteu-
53 ern, in dem die Gewinne anfallen. Es kann doch nicht sein, dass Konzerne Milliardenge-
54 winne machen und durch Konzernstrukturen ihre Gewinne in Europa nicht versteuern
55 müssen. Es muss das simple und einfache Prinzip gelten: Dort, wo Unternehmen ihren
56 Gewinn erzielen, dort müssen sie Steuern bezahlen.

57 Außerdem müssen wir die Bekämpfung und Schließung der Steueroasen durch Europa
58 und in Europa vorantreiben. Das ist eine weitere zentrale Aufgabe, der wir uns stellen
59 müssen. Und bei sich Europa beweisen muss.

60 Liebe Genossinnen und Genossen, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben wir
61 in unserem Leitantrag und übrigens auch in den laufenden Koalitionsverhandlungen ganz
62 oben auf unserer Prioritätenliste gesetzt. Ich will euch erläutern, warum dies für uns ein
63 solch zentrales Anliegen ist: Folgendes Erlebnis hat mich tief bewegt. Ich habe in Madrid
64 30 junge Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 29 Jahren getroffen, zum Teil mit
65 zwei akademischen Abschlüssen - alle arbeitslos! Unter ihnen eine junge Frau, die mir
66 gesagt hat: „Ich habe zwei Abschlüsse. Ich bin Architektin und Psychologin, 26 Jahre alt,
67 und habe zwei Prädikatsabschlüsse.“

68 Ich habe sie gefragt: „Was machen Sie jetzt?“ „In Spanien“, sagte die junge Frau, „gibt
69 es für mich keinen Platz und keine Zukunft.“ Es ist dramatisch, dass es für eine 26-jährige
70 junge Frau, die zwei Abschlüsse hat, die Architektin und Psychologin ist, keine Möglich-
71 keit gibt, sich in Spanien eine Zukunft aufzubauen. Sie hat mir gesagt: „Ich wandere nach
72 Lateinamerika aus.“ Ich habe ihr nicht gesagt, dass der Botschafter des lateinamerikani-
73 schen Landes, in das sie auswandern will, mir wenige Tage zuvor gesagt hatte, dass sein
74 Land in diesem Jahr die Grenzen für Europäer und Europäerinnen schließen will.

75 Wir sind der reichste Kontinent der Erde und lassen zu, dass in manchen Ländern mehr
76 als 50% junger Männer und Frauen, die vielleicht am besten ausgebildete Generation,
77 arbeitslos sind. Das ist kein Problem, das uns in Deutschland und gerade uns als Sozial-
78 demokraten gleichgültig lassen kann. Das ist ein Problem, das den Zusammenhalt unserer
79 Gesellschaften und auch die Zukunft des europäischen Einigungsprozesses zerstören
80 kann.

81 Genossinnen und Genossen, dieses Problem lösen wir auch nicht dadurch, dass wir einige
82 dieser gut ausgebildeten jungen Menschen aktiv nach Deutschland holen. Damit organi-
83 sieren wir den Wegzug der am besten ausgebildeten Leute und schaden somit den euro-
84 päischen Volkswirtschaften mittel- und langfristig.

85 Deshalb muss es darum gehen, durch die europäische Strukturpolitik in diesen Regionen
86 Wirtschaftswachstum zu stimulieren, damit die jungen Leute wieder bei sich vor Ort Job-
87 perspektiven bekommen.

88 Außerdem müssen wir eine der wohl fatalsten Fehlentwicklungen der letzten Jahre korri-
89 gieren: Die einseitige Austeritätspolitik in Europa. Wir sehen doch, dass die drastischen
90 Haushaltskürzungen, die nunmehr in das fünfte oder sechste Jahr gehen viele Länder in
91 die Rezession getrieben haben und die Staatsschuldenkrise dadurch weiter verschärft
92 wurde.

93 Selbstverständlich ist die Sanierung der nationalen Haushalte notwendig. Haushaltssanie-
94 rung und der Abbau von Staatsschulden ist auch eine Gerechtigkeitsfrage, insbesondere
95 eine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Man muss kein Professor der
96 Volkswirtschaftslehre sein, um zu begreifen: Ohne Wirtschaftswachstum, ohne Verbes-
97 serung der Einnahmeseite des Staates, wird sich kein Haushalt sanieren lassen. Deshalb
98 brauchen wir wachstumsstimulierende Investitionen. Das ist die Grundvoraussetzung für
99 die Sanierung von Staatshaushalten.

100 Ich bin stolz darauf, dass es uns den laufenden Verhandlungen mit der Union gelungen
101 ist, eine Abkehr von dieser Politik durchzusetzen. Einer der zentralen Sätze des Europa-
102 kapitels für den möglichen Koalitionsvertrag wird lauten: Wir werden die nachhaltige
103 Haushaltssanierung kombinieren mit strategischen Investitionen in Wachstum und Be-
104 schäftigung. Wir werden den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit an die erste Stelle
105 der europapolitischen Aktivitäten einer neuen Bundesregierung setzen. Das ist die
106 Wende, die wir in Europa brauchen. Auch deshalb hat Enrico Letta gestern gesagt: Eu-
107 ropa schaut auf die derzeit laufenden Verhandlungen! Lasst uns die Europäerinnen und
108 Europäer, die uns interessiert folgen, nicht enttäuschen, Genossinnen und Genossen! Als
109 aktiver und starker Teil der Bundesregierung und mit einem guten Ergebnis bei der Eu-
110 ropawahl können wir der Entwicklung in Europa eine neue Richtung geben, hin zu mehr
111 sozialer Gerechtigkeit.

112 Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich um eine Funktion beworben, die es bis
113 dato bei nicht gab: Die Funktion des gemeinsamen Spitzenkandidaten der europäischen
114 Sozialisten und Sozialdemokraten für die Nachfolge von José Manuel Barroso an der

115 Spitze der EU-Kommission. Für meine Bewerbung gibt es insbesondere zwei Gründe:
116 Ich glaube erstens, dass die Auswahl des Kommissionspräsidenten, der höchsten Exeku-
117 tivfunktion, die es in der EU gibt, nicht länger einem Geheimzirkel überlassen bleiben
118 darf. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa haben ein Recht darauf, mitzubestimmen,
119 wer die Institution führt, von der sie häufig den Eindruck haben: Das ist eine anonyme
120 Macht, die in unser Alltagsleben hineinwirkt und bei der wir keine Mitwirkungsmöglich-
121 keiten haben. Deshalb glaube ich, dass die neue Möglichkeit im Lissabonner Vertrag,
122 wonach das Europaparlament den Kommissionspräsidenten wählt, eine Chance ist, um
123 die Menschen für die Europawahl und die Zukunft Europas zu interessieren. Ich hoffe,
124 dass die anderen europäischen Parteienfamilien ebenfalls starke Kandidatinnen und Kan-
125 didaten aufstellen.

126 Denn es geht um den politischen Wettbewerb in der Frage: Welches Europa wollen wir?
127 Wollen wir ein soziales, ein demokratisches Europa oder wollen wir ein Europa der
128 Marktfreiheiten, der Liberalisierung und der Privatisierung? Wir brauchen den Wettbe-
129 werb von Personen und Köpfen, die gegeneinander mit ihren politischen Programmen
130 antreten und sich um die Exekutivaufgabe in Brüssel bewerben, um die Demokratisierung
131 der EU, die wir dringend brauchen, voranzubringen. Deshalb bewerbe ich mich um dieses
132 Amt. Menschen müssen in Europa entscheiden können, wer in Brüssel die politische Füh-
133 rung innehat. Es darf nicht so sein, dass die 28 Staats- und Regierungschefs das allein für
134 sich reklamieren, wie Nicolas Sarkozy es im französischen Wahlkampf gemacht hat: „Le
135 gouvernement de l'Europe, c'est Angela et moi“, so sagte er damals. Die Regierung von
136 Europa, das sind Angela und ich. Nein, die Regierung von Europa muss die EU-Kom-
137 mission sein. Und an ihrer Spitze muss der- oder diejenige stehen, die nach der Europa-
138 wahl im Europäischen Parlament eine Mehrheit findet.

139 Zweitens bewerbe ich mich, weil ich Vertrauen zurückgewinnen will durch eine Reform
140 der EU-Kommission. Es gibt sie doch, diese faszinierende Idee von Europa. Das ökonomisch
141 zusammengeschlossene Europa, eine starke politische Union, muss die Antworten
142 auf die drängenden weltweiten Herausforderungen geben: Klimawandel, Migrationsfra-
143 gen, Steuerpolitik, Währungsbeziehungen, die weltweiten Handelsbeziehungen und de-
144 ren sozial gerechte Ausgestaltung - diese großen Herausforderungen des 21. Jahrhundert

145 kann kein einzelnes Land, auch nicht die Bundesrepublik Deutschland, alleine bewälti-
146 gen. Das geht nur im Zusammenschluss der 500 Millionen Menschen in 28 Staaten, die
147 sich auf gemeinsamen Werten zur Europäischen Union zusammenschließen.

148 In den weltweiten Handelsbeziehungen geht es besonders darum, dass die sozialen und
149 die ökologischen Standards und die Grundrechte, die wir verteidigen, nicht unter dem
150 Wettbewerbsdruck, dem Europa in der Welt ausgesetzt ist, unter die Räder kommen. Na-
151 türlich brauchen wir einen Binnenmarkt, zu dem jeder Zugang hat. Aber die Staaten, die
152 Zugang zu diesem Binnenmarkt haben, müssen auch akzeptieren, dass nicht der geringste
153 Sozial- und Ökologiestandard und der geringste Respekt vor den Grundrechten zum
154 Wettbewerbsvorteil werden darf. Ich will nicht, dass Frauen und Männer zusammen mit
155 ihren Kindern 15

156 Stunden am Tag in irgendeiner Bruchbude Hemden nähen, die dann zu europäischen Prei-
157 sen verhökert wer- den, aber diese Frauen und Männer in der Produktion nur mit einem
158 halben Dollar bezahlt werden. Ich will, dass Europa es nicht zulässt, dass die hemmungs-
159 lose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ein Wettbewerbsvorteil gegenüber unserer
160 industriellen Produktion ist. Darauf muss sich Europa konzentrieren – und nicht auf ir-
161 gendwelche Vorschriften, mit denen geregelt wird, ob in Restaurants Olivenöl künftig
162 nur noch in geschlossenen Kännchen auf die Tische gestellt werden darf oder nicht.

163 Auch deshalb brauchen wir eine Reform des bürokratischen Apparats der EU. Wir wer-
164 den nur dann Vertrau- en in die EU zurückgewinnen, wenn sich die Bürger nicht von der
165 EU gegängelt fühlen, sondern das Gefühl haben, dass die EU in ihrem Interesse handelt.
166 Und genau deshalb will ich diese EU reformieren.

167 Ich glaube, dass die Idee von Europa gefährdet ist. Aber sie ist nicht deshalb gefährdet,
168 weil die Menschen die Idee nicht wollen. Die Idee von Europa ist unbestritten. Es war
169 Wim Wenders, der in einer Diskussion mal zu mir gesagt hat: Herr Schulz, das hört sich
170 alles toll an, was Sie da sagen; das unterstreiche ich auch. Die Idee von Staaten und Na-
171 tionen, die über Grenzen hinweg zusammenarbeiten, ist unbestritten. Die meisten Men-
172 schen, die ich in Europa treffe, stehen zu dieser Idee. Aber aus dieser Idee ist – das hat
173 Wim Wenders gesagt – die Verwaltung geworden. Und jetzt meinen die Leute, die Ver-

174 waltung sei die Idee. Damit hat er Recht. Er bringt das Bauchgefühl von Millionen Men-
175 schen damit auf einen Nenner. Aber die Frage ist doch: Geben wir jetzt die Idee auf, oder
176 ändern wir die Verwaltung? Meine Schlussfolgerung ist: Wir müssen Europa entbürokra-
177 tisieren. Wir müssen Europa demokratisieren. Wir müssen Europa sozial gerechter ma-
178 chen. Dann werden sich die Leute auch wieder für die Idee begeistern.

179 In diesen Fragen darf man auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nicht
180 außer Acht lassen. Wir müssen erleben, dass in Schweden, einem traditionell gewerk-
181 schaftsfreundlichen und sozial gerechten Land Tarifverträge angefochten werden, und
182 zwar von Betrieben aus anderen Ländern, die unter Berufung auf die Angebotsfreiheit
183 und die Dienstleistungsfreiheit schwedische Tarifverträge unterbieten wollen.

184 Wir sind zwischenzeitlich in manchen Teilen nicht nur zu einem Europa der wandelnden
185 Scheinarbeitnehmer, sondern auch der wandelnden Scheinselbstständigen geworden, wo-
186 gegen wir meiner Meinung nach zwingend etwas unternehmen müssen. Dazu gehört ein
187 europäischer und nicht nur ein deutscher Mindestlohn. Es kann nicht sein, dass wir nur in
188 Deutschland den Mindestlohn durchsetzen, sondern klare Standards für Mindestlöhne
189 müssen auch in anderen Ländern gelten, um die Ausbeutung, die mit diesem Scheinge-
190 werbe verbunden ist, endlich zu beenden.

191 Wir haben, nebenbei bemerkt, bereits mit der CDU in dem Europakapitel der Koalitions-
192 vereinbarung festgelegt, dass die Entsenderichtlinie der EU mit diesem Ziel erneuert
193 wird.

194 Aber ich komme zu dem schwedischen Fall zurück. Da urteilt der Europäische Gerichts-
195 hof, dass die Binnenmarktfreiheiten der EU höherrangig seien als das Sozialrecht ihrer
196 Mitgliedstaaten. Ich wiederhole das: Die Freizügigkeit von Dienstleistungen, Waren und
197 Kapital sei höherrangig als die Sozialstandards der Mitgliedstaaten.

198 Und vor diesem Hintergrund möchte ich Euch einen Satz aus der Vereinbarung, die wir
199 gerade mit der CDU/ CSU in den Koalitionsverhandlungen geschlossen haben, nennen.
200 Und ich finde, es ist beachtlich, dass sie dem zugestimmt haben. Konkret heißt das: Die
201 nächste deutsche Regierung wird sich in Europa dafür ein- setzen, dass es eine Gleich-
202 rangigkeit der sozialen Grundrechte ihrer Mitgliedstaaten mit den Wettbewerbsfreiheiten
203 des europäischen Binnenmarktes gibt. Das ist einer der größten Fortschritte, die wir in

204 den letzten 20 Jahren in Europa erreicht haben. Kein Streikrecht, kein Tarifrecht ist we-
205 niger Wert als die Freiheit von Kapital und Transfer in Europa. Das ist das Prinzip, für
206 das wir kämpfen.

207 Dasselbe gilt auch für die Finanztransaktionssteuer, für die wir als europäische Sozialde-
208 mokraten und wir als SPD in besonderer Weise gekämpft haben. Die Finanztransaktions-
209 steuer ist eine Gerechtigkeitssteuer. Es kann nicht sein, dass man für den Kauf von einem
210 Pfund Tomaten auf dem Markt in Leipzig Mehrwertsteuer zahlt, aber für den Kauf eines
211 Aktienpakets in Frankfurt nicht. Das geht nicht. Auch ist die Finanztransaktionssteuer ein
212 Beitrag dazu, dass diejenigen, die maßgeblich die Krise verursacht haben - das war näm-
213 lich der Finanzsektor - an der Bewältigung der Krise und an ihren Lasten beteiligt wer-
214 den. Es kann nicht sein, dass immer nur kleine Steuerzahler die Haftung übernehmen
215 müssen. Das muss auch der Finanzmarkt tun.

216 Nur eine Bitte habe ich, Genossinnen und Genossen, macht aus der Finanztransaktions-
217 steuer nicht den Jäger 90 des 21. Jahrhunderts. Früher wurde der Jäger 90 für jede Finan-
218 zierung herangezogen. Wir haben die Finanztransaktionssteuer noch nicht. Wenn wir sie
219 einmal haben, dann können wir auch über die Nutzung der Gelder reden. Aber ich wäre
220 froh, wenn die nächste deutsche Regierung ihre Kraft in Brüssel zunächst einmal dafür
221 einsetzt, dass die Finanztransaktionssteuer nicht nur versprochen wird, sondern, dass sie
222 auch tatsächlich kommt. Das ist der entscheidende Punkt in den nächsten Monaten. Nichts
223 anderes.

224 Ich bewerbe mich für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten aus noch einem weiteren
225 Grund: Ich bin - das will ich hier nicht verhehlen - stolz darauf, dass meine Partei die
226 erste war, die mich als Kandidaten für diesen Posten vorgeschlagen hat. Aber ich bin auch
227 stolz darauf, dass 22 andere europäische Parteien ihre Unterstützung für meine Kandida-
228 tur durch Beschlüsse ihrerseits unterstrichen haben.

229 Das ist nicht irgendeine Floskel in irgendeiner Parteitage. Ich bin mir darüber sehr
230 wohl im Klaren. Und es ist auch nicht irgendetwas pathetisch Dahergesagtes. Glaubt es
231 mir. Es ist etwas, was mich tief bewegt, dass es so viele Menschen in Europa gibt, in
232 unserer Parteienfamilie, in der sozialdemokratischen Bewegung, die mir sagen: Wir ha-
233 ben Vertrauen in dich. Wir haben Vertrauen, dass du das packst, dass du das schaffst. Wir

234 wollen, dass du uns in diesen Wahlkampf führst, in den ersten gesamteuropäischen Wahl-
235 kampf, mit einer gesamteuropäischen Strategie durch eine gesamteuropäische Partei und
236 für eine gesamteuropäische politische Position. Das empfinde ich als eine große Ehre.
237 Und ich empfinde es als eine Verpflichtung.

238 Aber warum sage ich euch das? Weil es mich nicht nur persönlich angeht, sondern weil
239 ich auch ein deutscher Sozialdemokrat bin und es mir immer häufiger passiert, dass Leute
240 in Europa mir das sagen, was mir eine junge Schülerin in Straßburg in einer Schule gesagt
241 hat. Sie hat mir die Frage gestellt: „Wie können Sie denn kandidieren? Sie sind doch ein
242 Deutscher!“ - Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass es in Europa noch einmal so
243 weit kommt, dass die politische oder persönliche Kompetenz von jemandem wegen seiner
244 Nationalität angezweifelt wird. Aber so weit ist es wieder gekommen. Die junge Frau,
245 diese junge Französin, sagte mir in einer der europäisiertesten Städte, die es überhaupt
246 gibt, in Straßburg, in einer Schule, in der sie Deutsch lernt, in einwandfreiem Deutsch:
247 „Sie sind doch ein Deutscher!“ – Dies ist etwas, was mich zutiefst besorgt, dass Vorur-
248 teile, nationale Stereotype, Vorbehalte gegen die andere Nation, gegen die andere Sprache
249 in Europa wieder Einzug gehalten haben.

250 Ich kann nicht sagen, wer dafür verantwortlich ist; denn ich habe dafür noch keine Erklä-
251 rung gefunden. Aber ich weiß eines: Es gibt ein Land, das für Europa eine besondere
252 Verantwortung hat und das dieser besonderen Verantwortung nachkommt und nachkom-
253 men muss. Deshalb haben wir auch die besondere Verantwortung für Europa in unserem
254 Leitantrag und übrigens auch in unserem Europatext zu den Koalitionsverhandlungen
255 ganz nach vorne gestellt.

256 Die Verantwortung für Europa muss der allererste Punkt in unserem Denken als Deutsche
257 sein und bleiben. Das 20. Jahrhundert kannte den Ersten Weltkrieg mit seinen zig Milli-
258 onen Toten, in den Krieg gehetzt, nach- dem sie im Exerzierreglement von 1870 in dem
259 Glauben an Ehre und Ritterlichkeit auf dem Schlachtfeld er- zogen worden waren. Sie
260 wurden getötet und abgeschlachtet durch die Militärtechnik des 20. Jahrhunderts.

261 Dieses 20. Jahrhundert kannte Versailles mit einer Botschaft an uns Deutsche: Auf die
262 Knie! An den Pranger! Ihr seid schuld! Menschlich ist das sicher verständlich, aber es

263 war verheerend in den Auswirkungen. 1933 und 1945 waren die Folge eines Ultratio-
264 nalismus in diesem Lande, eines Rassismus, eines Ausrottungswillens gegenüber anderen
265 Nationen, Glaubensgemeinschaften, Rassen, mit der Anmaßung: „Wir sind besser. Des-
266 halb haben wir das Recht, euch zu töten“, mit Auschwitz als dem Tiefstpunkt der Zivili-
267 sationsgeschichte und dem Zweiten Weltkrieg mit über 50 Millionen toten Soldaten und
268 Zivilisten, ermordeten Menschen, Männern und Frauen und über 6 Millionen ermordeten
269 Juden.

270 Nach diesem Zweiten Weltkrieg, Genossinnen und Genossen, gab es kein zweites Ver-
271 sailles. Man hätte es vielleicht erwarten können, dieses erneute „Auf die Knie! Das habt
272 ihr gemacht! Ihr seid verantwortlich!“. Ich stehe heute rückblickend immer wieder vor
273 einem Rätsel und frage mich: Warum gab es eigentlich kein zweites Versailles am Ende
274 des Zweiten Weltkrieges? Dabei gab es ja auch damals durchaus Leute, die sagten, wir
275 machen aus Deutschland einen Agrarstaat. Es darf nie wieder eine staatliche Einheit
276 Deutschlands geben. Lasst uns dieses Land zerschlagen. Aber sie haben sich nicht durch-
277 gesetzt. Warum? Weil es die Männer und Frauen in anderen Ländern gab, in Frankreich,
278 in Italien, in den Beneluxstaaten, die die Auffassung vertraten: Wenn wir jemals Frieden
279 in Europa haben wollen, dann muss es den Deutschen ermöglicht werden, eine eigene
280 stabile Demokratie aufzubauen. Dann müssen wir dieses Land integrieren.

281 Genossinnen und Genossen, ich bin im Drei-Länder-Eck zwischen Maastricht, Aachen
282 und Lüttich aufgewachsen. Dies waren damals keine populären Vorschläge in Belgien
283 oder in den Niederlanden. Im Gegenteil: Wer diese Vorschläge machte, wurde ausgepfif-
284 fen. Was - haben die Belgier gesagt - wir kriegen weniger Mittel als die Deutschen? Die
285 sind zweimal durch unser Land gerast, die haben hier alles in Schutt und Asche gelegt.
286 Die haben unsere Nachbarn verschleppt und getötet. Und jetzt sollen wir mit denen zu-
287 sammenarbeiten?

288 Die Leute, die für den deutsch-französischen, den deutsch-belgischen oder den deutsch-
289 niederländischen Ausgleich geworben haben, waren nicht populär. Und dennoch haben
290 sie sich durchgesetzt, weil ihre Antwort war: Ja, wir müssen die Deutschen integrieren.
291 Wir wollen Frieden auf dem Kontinent, und deshalb müssen die Deutschen diese Chance
292 haben. Es waren diese Männer und Frauen, die es uns Deutschen ermöglicht haben, erho-
293 benen Hauptes in die demokratische Völkerfamilie zurückkehren zu können.

294 Ich bin der Überzeugung, dass wir Deutsche deshalb eine besondere Verantwortung ha-
295 ben. Denn nur da- durch hat unser Volk, unsere Nation, nach allem, was im Namen dieses
296 Volkes geschah, noch einmal die Chance bekommen, auf gleicher Augenhöhe in dieser
297 Gemeinschaft von Staaten und Völkern über Grenzen hinweg zusammenarbeiten und mit-
298 arbeiten zu können. Und ganz besonders aus diesem Grund ist gerade für mich als deut-
299 schen Sozialdemokraten völlig klar: Dieser Weg des Demokratischen, des Toleranten,
300 des Sozialen und Gerechten, des respektvollen Umgangs zwischen den Völkern ist der
301 richtige soziale und demokratische Weg für Europa. Es ist der europäische Weg der So-
302 zialdemokratie, und in dieser europäischen Sozialdemokratie ist es die deutsche SPD, die
303 als führende Kraft und aus unserer Verantwortung und Tradition heraus, auf diesem Weg
304 weiter vorangehen muss.

305 Auf uns schauen viele andere Parteien in Europa. Sie schauen auch genau, was auf diesem
306 Parteitag getan und gesagt wird. Dass sie Vertrauen in einen Deutschen haben, hat viel
307 weniger mit mir, als mit dem Vertrauen unserer Freunde in Europa in die SPD zu tun.
308 Denn sie wissen: Wenn es eine Partei gibt, die den Satz, mit dem ich abschließen will,
309 zum Leitsatz ihres gesamten europapolitischen Handelns in ihrer 150-jährigen

310 Geschichte gemacht hat, dann ist es diese stolze deutsche Sozialdemokratie. Das ist der
311 Satz, mit dem ich abschließen und in diesen Wahlkampf ziehen will und auf den andere
312 Menschen in Europa warten: Wir wollen ein europäisches Deutschland und nie mehr ein
313 deutsches Europa. Dafür ziehe ich in den Wahlkampf, und dafür bitte ich euch um eure
314 Unterstützung.

UNION

2013

Dorothee Bär Bundestag Januar 2013 (CDU/CSU): DBB0113

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17217.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Da-
2 men und Herren! Es gibt ein Spiel, das bei Kindergartenkindern sehr beliebt ist. Sie ma-
3 chen wahnsinnig gern einen „Umgekehrtag“. Dann heißt es: Ich meine immer genau das
4 Gegenteil von dem, was ich sage. Wäre die Rede von Frau Dörner Teil eines solchen
5 Spiels gewesen, wäre sie absolut richtig gewesen; denn für jeden Satz, den Sie hier von
6 sich gegeben haben, gilt: Das Gegenteil davon wäre richtig gewesen.

7 Nur mit einem Satz haben Sie recht, Frau Kollegin, nämlich mit dem Satz: Wir haben es
8 satt. – Auch wir haben es satt. Wir haben es satt, dass Sie hier dauernd alles schlechtreden,
9 was diese Bundesregierung in den letzten Jahren an hervorragender Arbeit für die Fami-
10 lien in diesem Land geleistet hat.

11 Wir haben es auch satt, dass wir uns hier immer wieder mit Themen beschäftigen müssen,
12 die schon längst auf einem guten Weg wären, wenn Rot-Grün bzw. Grün-Rot in diesen
13 Bereichen keine Dauerblockade betreiben würde.

14 Sehr geehrter Herr Senator, für die Rede hätten Sie nicht aus Hamburg herkommen müs-
15 sen. Wenn Sie einfach Ihre Arbeit im Bundesrat gemacht hätten, wäre die Debatte heute
16 Abend überhaupt nicht notwendig. Am 20. November 2012 haben wir hier im Deutschen
17 Bundestag mit der Verabschiedung des Gesetzespakets zur innerstaatlichen Umsetzung
18 des Fiskalvertrages 580 Millionen Euro – sprich: 30 000 zusätzliche Betreuungsplätze –
19 auf den Weg gebracht. Am 14. Dezember 2012 wurde das großzügige Angebot des Bun-
20 des aber ohne Not und völlig überraschend im Bundesrat abgelehnt. Es stellt sich schon
21 die Frage, was dahintersteckt; denn das Vorgehen der Länder ist – vor allem vor dem
22 Hintergrund, dass beispielsweise Bayern dem Paket zugestimmt hat – wirklich unbegreif-
23 lich. Daran sieht man, meine Kolleginnen und Kollegen, dass es in keiner Weise um in-
24 haltliche Punkte geht. Hier spielen nur parteitaktische Gründe eine Rolle.

25 Das wird auf dem Rücken von Familien bzw. Kindern ausgetragen. Ich finde das sehr
26 schofel. Seit Jahren drängen die Länder uns, den Bund, dass wir uns noch stärker betei-
27 igen. Wir als Bund tun das schon, obwohl wir in keiner Weise zuständig sind. Trotzdem

28 sagen wir: Wir nehmen Geld in die Hand. Die Haushaltspolitiker werden bestätigen, dass
29 es nicht einfach ist, Geld für Aufgaben in die Hand zu nehmen, für die eigentlich die
30 Länder und Kommunen zuständig sind. Zusätzlich hat unsere Ministerin in den Verhand-
31 lungen noch einmal Geld herausgeholt. Die Kollegin von den Grünen – Frau Dörner, die
32 jetzt nicht zuhört – behauptet, sie habe es gemacht. Nein. Wer war es? Frau Ministerin
33 war es. Auch das gehört zur Wahrheit. – Sie wissen doch überhaupt nicht, in wie vielen
34 Gesprächen die Frau Ministerin darauf gedrängt hat, dass noch zusätzliches Geld kommt.

35 Ich muss sagen, sie hat nicht nur das Ganze versprochen, sondern auch gehalten. Deswe-
36 gen sage ich ein ganz herzliches Dankeschön an das Haus, besonders aber an die Minis-
37 terin und an den Staatssekretär. Herzlichen Dank an Sie beide! Wir wollen unserer Ver-
38 antwortung gerecht werden. Deswegen müssen wir unser Vorhaben heute noch einmal
39 diskutieren. Wir wollen das in der nächsten Sitzungswoche abschließen. Auch von den
40 Ländern erwarten wir Kooperationsbereitschaft. Sie kommen aus einem Land, das jetzt
41 wieder Empfänger im Rahmen des Länderfinanzausgleichs wird. Von daher wäre ich so-
42 wieso ganz vorsichtig mit solchen Forderungen und würde nicht von Hamburg nach Ber-
43 lin reisen. Ich würde erst einmal versuchen, zu Hause meine Hausaufgaben zu machen.

44 Ich möchte – dazu nutze ich gerne meine Redezeit – noch einen weiteren Punkt anspre-
45 chen, weil mir das wichtig ist. Wesentlich wichtiger, als solche unnötigen Debatten auf-
46 grund von Blockadehaltungen zu führen, ist es, finde ich, dass wir uns über solche Punkte
47 unterhalten, die die Ministerin gestern im Rahmen der Vorstellung des Familienreports
48 vorgestellt hat. Dabei geht es darum, dass wir jungen Frauen und Männern im Land Mut
49 machen, sich für Kinder zu entscheiden. Ich freue mich sehr, dass im gestern von der
50 Ministerin vorgestellten Familienreport eine Trendwende zu erkennen ist, dass unter an-
51 derem auch Akademikerinnen in diesem Land wieder mehr Kinder bekommen.

52 Solch positive Debatten müssen wir hier führen. Es sollten keine Debatten wie die sein,
53 die der Senator hier geführt hat. Er selber hat leider dazu beigetragen, dass wir uns im
54 Klein-Klein verlieren. Wir müssen diejenigen sein, die sagen: Es lohnt sich, eine Familie
55 zu gründen. An der Befragung sieht man auch – das war gestern das Spannende –, dass
56 der Bund seine Hausaufgaben gemacht hat. Denn von den Eltern wird nicht gesagt: Wenn
57 wir uns nicht bewusst für ein Kind entscheiden, liegt das an fehlenden Plätzen. – Das wird
58 weiter hinten erwähnt. Es liegt auch nicht daran, dass zu wenig Geld da ist, sondern in

59 erster Linie daran, dass beispielsweise der richtige Partner fehlt. Dazu können wir kein
60 Gesetz verabschieden. Wir können aber mit unserer Politik bzw. mit unseren Reden hier
61 für ein positives Klima sorgen. Dieses positive Klima vermisse ich in Ihren Reden und
62 bei Ihrer Arbeit. Das finde ich sehr schade. Deswegen ist es gut, dass CDU/CSU und FDP
63 im September diese erfolgreiche Politik weiterführen können.

64 Vielen Dank.

Dr. Wolfgang Schäuble Bundestag Januar 2013: WSB0113

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17217.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Steinbrück, wir haben gut zu-
2 sammengearbeitet in der Regierung der Großen Koalition. Ich habe ein Grundverständnis
3 – das mag altmodisch sein – einer gewissen Solidarität zwischen Amtsvorgängern und
4 Amtsinhabern.

5 Das macht es mir ein bisschen schwer, auf Sie einzugehen. Da ich Protestant bin, habe
6 ich auch ein bisschen Mitleid. Das macht es mir darüber hinaus schwer, auf Sie einzuge-
7 hen. Was werfen Sie uns eigentlich vor? Im ersten Teil Ihrer Rede werfen Sie uns vor,
8 wir hätten alles falsch gemacht. Im zweiten Teil Ihrer Rede werfen Sie uns vor, wir hätten
9 nur das gemacht, was Sie gemacht haben. Entweder das eine oder das andere, aber doch
10 nicht beides zusammen und das auch noch in einer Rede. Das geht doch nicht.

11 Natürlich sind Lehren zu ziehen aus der Finanz- und Bankenkrise, die ihren Ursprung
12 übrigens in Amerika, bei Lehman Brothers, und nicht im Euro-Raum hatte. Daran muss
13 man auch einmal erinnern. Natürlich ist das Ziehen der Konsequenzen mit dem Ziel einer
14 besseren Regulierung des Finanzmarkts eine große Aufgabe, die übrigens nicht über
15 Nacht bewältigt werden kann. Vielmehr müssen in einem langwierigen beharrlichen Pro-
16 zess auf globaler, europäischer und nationaler Ebene die richtigen Konsequenzen gezo-
17 gen werden.

18 Angesichts der Volatilität in den modernen Finanzmärkten geht es doch gar nicht anders.
19 Ich kann hier jede Regel einführen, aber wenn mit einem Knopfdruck alle Aktivitäten aus
20 Deutschland heraus verlagert werden, habe ich nichts erreicht. Infolgedessen geht es doch
21 nicht so einfach, wie Sie es hier gesagt haben.

22 Es hat doch keinen Sinn, den Menschen, wie es die Linken in Ihrer Partei tun, mit uralten
23 klassenkämpferischen Parolen einzureden, nur die Banken seien an allen Problemen
24 schuld. Das haben wir schon 100 Jahre lang gehört, und das war schon immer falsch. Das
25 hat schon einmal Deutschland und Europa geteilt, und das ist überwunden. Das sind so
26 alte Hüte, dass ich mich eigentlich wundere, dass Sie uns das hier vorgetragen haben.
27 Ursache der Euro-Krise ist, dass wir in der gemeinsamen europäischen Währungsunion

28 unterschiedliche Finanzpolitiken in den Ländern haben. Das ist nicht nur im Euro-Raum,
29 sondern überall in der Welt der Fall. Im Übrigen ist die Staatsverschuldung außerhalb des
30 Euro-Raums höher als innerhalb des Euro-Raums. Großbritannien hat eine höhere Staats-
31 verschuldung als der Durchschnitt des Euro-Raums. Die Vereinigten Staaten von Ame-
32 rika will ich gar nicht erwähnen.

33 Ich füge hinzu, dass mir die Politik der neu gewählten japanischen Regierung ziemlich
34 große Sorgen bereitet. Wir haben ein Übermaß an Liquidität in den globalen Finanzmärk-
35 ten. Dieses wird durch ein falsches Verständnis von Notenbankpolitik weiter geschürt.
36 Das alles sind unsere Herausforderungen und unsere Aufgaben, denen wir uns stellen.

37 Wir haben ein unterschiedliches Maß an Wettbewerbsfähigkeit in den europäischen
38 Volkswirtschaften. Das ist in einer gemeinsamen Währungsunion natürlich ein Riesen-
39 problem, das in Angriff genommen werden muss.

40 Natürlich haben wir den Fehler gemacht – wir alle, sowohl in der Regierung als auch in
41 der Opposition; ich war auch lange genug dabei –, zu glauben: Je weniger Regulierung,
42 umso besser für den Finanzplatz Deutschland. Am Schluss hatten wir überall auf der Welt
43 so wenig Regulierung, dass die Finanzmärkte begonnen haben, sich ohne Regeln und
44 Grenzen selbst zu zerstören. So ist die Wirklichkeit, und das müssen wir ändern.

45 Es ist aber nicht getan mit einer einfachen Beschimpfung der Banken oder mit der Be-
46 hauptung, dass die Finanzinstitute Infektionskanäle in die Staatshaushalte in Europa ge-
47 legt hätten. Das ist eine Verschwörungstheorie, die nun wirklich zum Himmel schreit,
48 und zwar schreit sie nach Erbarmen. – In Spanien haben wir eine Immobilienkrise, aus-
49 gelöst übrigens möglicherweise durch ein falsches Verständnis von Wachstumsförde-
50 rung, indem man nämlich glaubt, dass man mit schuldenfinanzierten Anreizprogrammen
51 in den Immobiliensektor eingreifen kann. Das Entstehen der spanischen Immobilienblase
52 können Sie doch exakt verfolgen. Diese wiederum hat den spanischen Sparkassensektor
53 so infiziert, dass sich daraus weitere Probleme ergeben haben.

54 Irland ist ein Sonderproblem. Die spanische Immobilienkrise hat übrigens ziemlich viel
55 Ähnlichkeit mit dem Entstehen der Subprimekrise in den Vereinigten Staaten von Ame-
56 rika – um auch daran zu erinnern.

57 Ich sage noch einmal: Wir sind auf dem richtigen Weg, Schritt für Schritt. Wir sind nicht
58 über den Berg, aber wir sind auf dem richtigen Weg, die Vertrauenskrise in Bezug auf
59 den Euro – denn aus all dem ist eine Vertrauenskrise entstanden – Schritt für Schritt zu
60 lösen. Die realen Zahlen um den Jahreswechsel belegen dies. Die Haushaltssituation in
61 allen Ländern – mit Programm oder auch in solchen Ländern ohne Programm – hat sich
62 verbessert. Die Unterschiede bei den Lohnstückkosten sind geringer geworden. Das be-
63 trifft das Thema Wettbewerbsfähigkeit und die zu großen Verzerrungen. Die Zinsdiffe-
64 renzen werden geringer. Das Vertrauen in die Finanzmärkte kommt Schritt für Schritt
65 zurück. Wir sind nicht über den Berg, aber wir sind auf dem richtigen Weg.

66 Aber eines dürfen wir nicht machen – und das ist der grundlegende Unterschied –: exakt
67 die Fehler fortsetzen, die zu der Krise geführt haben. Sie haben einen richtigen Satz ge-
68 sagt. Die Gretchenfrage jeder wirtschaftlichen Ordnung ist: Haftung und Entscheidung,
69 Risiko und Chance dürfen nicht auseinanderfallen. Das ist im Finanzsektor so – „too big
70 to fail“, das kennen wir –, und das gilt natürlich auch für eine Politik der Vergemeinschaf-
71 tung in Europa: keine Vergemeinschaftung von Haftung, wenn wir nicht auch eine Ver-
72 gemeinschaftung der Entscheidung beschließen. Wer Schulden machen kann, für die an-
73 dere das Risiko tragen, macht sie. Deswegen ist Ihr Weg der Vergemeinschaftung von
74 Haftung ein Weg, der die Krise verschlimmert, statt sie zu lösen.

75 Ich habe mit dem Sachverständigenrat darüber diskutiert. Sie übernehmen ja den Vor-
76 schlag des Sachverständigenrates. Ein Altschuldentilgungsfonds, wie vom Sachverstän-
77 digenrat vorgeschlagen, setzt, um es rechtlich zu sagen, zumindest eine Vertragsänderung
78 voraus, denn mit dem Bail-out-Verbot ist er nicht zu vereinbaren; dafür müsste man die
79 Verträge ändern.

80 Aber unterstellen wir einmal, dass wir das Risiko der zusätzlichen Haftung – das sind
81 über 60 Prozent der Gesamtverschuldung der Mitgliedsländer in der Euro-Zone – in einer
82 Größenordnung des deutschen Bruttoinlandsprodukts zulasten der deutschen Wirtschaft
83 übernehmen würden. Die unmittelbare Folge wäre, dass die deutsche Wirtschaft die Last
84 nicht mehr tragen könnte, dass wir heruntergeratet werden würden und dass das Vertrauen
85 in die Solidität der deutschen Wirtschaft zerstört würde. Damit zerstören Sie übrigens
86 Europa; denn wir sind der Anker für Europa. Das dürfen wir schon aufgrund unserer Ver-
87 antwortung für Europa nicht machen. Deswegen ist Ihr Vorschlag nicht zu verwirklichen.

88 Nächstes Beispiel. Sie schlagen in Ihrem Antrag einen europäischen Bankenfonds mit
89 einem Volumen von 200 Milliarden Euro vor, den die Banken schnell auflegen sollen.
90 Sie wissen genau: Wenn die Banken zu den Anforderungen – zusätzliches Eigenkapital,
91 Umsetzung von Basel III; wir sind ja in der Endphase der Verhandlungen mit dem Euro-
92 päisichen Parlament; es geht in Europa halt nicht so schnell, wie ich mir das wünschen
93 würde, aber das Parlament muss seine Rolle wahrnehmen – noch 200 Milliarden Euro
94 zusätzliches Kapital aufbringen sollen, dann wird das eine dramatische Kreditverknapp-
95 ung für die gesamte europäische Wirtschaft zur Folge haben; das heißt, wir erleben einen
96 weiteren wirtschaftlichen Absturz, und das, wo wir gerade dabei sind, uns aus der welt-
97 wirtschaftlichen Konjunkturdelle herauszubewegen. Das wäre das Dümme, was man
98 machen kann, völlig unverantwortlich.

99 Sie müssen sich inzwischen schon so weit nach links bewegen, dass Sie von Herrn Trittin
100 rechts überholt werden. – Reden Sie doch nicht andauernd dazwischen, das nützt sowieso
101 nichts.

102 Selbst Herr Trittin hat gesagt, es wird einige Zeit dauern, bis die 200 Milliarden Euro
103 aufgebracht werden können. Daraufhin haben Sie einen noch intelligenteren Vorschlag
104 gemacht. Sie haben gesagt: Der europäische Bankenfonds soll für diese 200 Milliarden
105 Euro Anleihen ausgeben. Wer nimmt die? Wie werden sie refinanziert? Durch die EZB.
106 Sagen Sie doch gleich: Wir lösen die Probleme, indem wir die Banknotenpresse anwerfen
107 und so viel Geld drucken, wie wir brauchen. Sie untergraben jedes Vertrauen in die Ste-
108 tigkeit unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Exakt deswegen werden wir das nicht ma-
109 chen.

110 – Das ist ein grundlegender Unterschied. Darüber werden wir noch öfter streiten. Wenn
111 Sie wollen, dass die Notenbank nicht nur für die Stabilität des Geldes, in erster Linie für
112 die Preisstabilität, verantwortlich ist, sondern wir mit der Banknotenpresse alle unsere
113 wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und sonstigen Probleme lösen, dann schaffen Sie
114 Inflation als Grundlage aller politischen Entscheidungen.

115 Aus genau diesem Grund haben wir schon vor 60 Jahren, zu Beginn der Bundesrepublik
116 Deutschland, den politischen Mehrheiten die Banknotenpresse entzogen, die Unabhän-

117 gigkeit der Notenbank beschlossen und eine Beschränkung auf das eng ausgelegte geld-
118 politische Mandat vorgenommen. Dabei hat uns die Erkenntnis gelehrt, dass politische
119 Mehrheiten lieber Geld ausgeben, als den Bürgern die Rechnung für die Ausgaben zu
120 präsentieren.

121 Wenn Sie das ändern wollen, können wir darüber streiten. Ich sage Ihnen: Die große
122 Mehrheit der Deutschen weiß, dass Inflation die schlimmste soziale Ungerechtigkeit ist
123 und wir nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur auf der Grundlage von Stabilität errei-
124 chen.

125 Jeder internationale Vergleich belegt doch inzwischen, dass die Länder, die eine einiger-
126 maßen verantwortliche Finanzpolitik betreiben, wirtschaftlich sehr viel besser dastehen
127 als die anderen. Warum lassen Sie sich durch diese Tatsache nicht belehren?

128 Wir wissen inzwischen – das hat selbst der frühere Chefökonom des Internationalen Wäh-
129 rungsfonds, Herr Rogoff, nachgewiesen –, dass ab einer bestimmten Höhe der Staatsver-
130 schuldung eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung Wachstum nicht mehr fördert,
131 sondern mittelfristig behindert. Genau deswegen machen wir das nicht. Weil wir das nicht
132 machen, sind wir im europäischen Vergleich diejenigen mit den besten Stabilitätserfolgen
133 und den besten nachhaltigen Wirtschaftserfolgen. Genau diese Politik werden wir fortset-
134 zen.

135 – Ich weiß, warum Sie dauernd dazwischenreden.

136 – Oh Gott, Sie sind ja sowieso – Das lohnt ja gar nicht.

137 – Sie wollen das nicht hören. Wir hören uns Ihre Auffassungen doch auch mit großer
138 Ruhe an. Wir hören aufmerksam zu, setzen uns damit auseinander und sagen, warum wir
139 Ihre Auffassungen für falsch halten. Das ist der Sinn einer parlamentarischen Debatte. Es
140 ist nie angenehm, wenn man gesagt bekommt, dass ein anderer nicht die eigene Meinung
141 teilt. Trotzdem sage ich Ihnen: Wir können mit realen ökonomischen Zahlen und mit Er-
142 folgen belegen, dass unser Weg zwar anstrengend ist, er uns aber Schritt für Schritt vor-
143 anführt. Das ist auch in der Debatte über den Jahreswirtschaftsbericht sichtbar geworden.
144 Deswegen werden wir exakt diesen Weg weitergehen.

145 Wir haben jetzt einen einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus für die systemrelevan-
146 ten Institute geschaffen. Dieser Mechanismus macht aber nur Sinn, wenn die Bankenauf-
147 sicht mindestens die gleiche Qualität wie die in Deutschland hat. Natürlich gibt es Länder
148 in Europa, in denen die Bankenaufsicht nicht die Qualität unserer Bankenaufsicht er-
149 reicht. Deswegen sage ich Ihnen: Der Mechanismus einer europäischen Bankenaufsicht
150 ist mit Blick auf grenzüberschreitende Problematiken richtig, aber nur unter der Voraus-
151 setzung, dass die Bankenaufsicht so gut ist wie die, die wir haben. Es kann nicht sein,
152 dass wir auf europäischer Ebene ein schlechteres Niveau haben. Das ist auch die Position
153 der Europäischen Zentralbank. Daher müssen die Regeln für die Trennmauer zwischen
154 Geldpolitik und Bankenaufsicht so streng wie möglich sein. Wir haben auf der Grundlage
155 der geltenden Verträge – das haben Sie anerkannt – das Bestmögliche, das Optimale her-
156 ausgeholt. Deswegen werden wir das Schritt für Schritt umsetzen.

157 Im Übrigen bleibt es dabei: Die Interpretation der Beschlüsse zur direkten Bankenreka-
158 pitalisierung war falsch, Herr Steinbrück. Auch in der Entscheidung der Staatsund Regie-
159 rungschefs vom frühen Morgen des 29. Juni 2012 – ich habe den Tag noch gut in Erinne-
160 rung – steht ausdrücklich: Wenn eine europäische Bankenaufsicht die Arbeit aufgenom-
161 men hat, unter Beteiligung der EZB, dann können die Banken bei Erfüllung der übrigen
162 Voraussetzungen des ESM-Vertrages direkt Kapital bekommen. Die übrigen Vorausset-
163 zungen sind: Der ESM bleibt Lender of Last Resort, das heißt subsidiär. Nur wenn die
164 Banken sich das Kapital nicht selbst besorgen können und auch der Mitgliedstaat das
165 Kapital nicht besorgen kann, kann der Mitgliedstaat beim ESM einen Antrag stellen.
166 Dann muss ein Anpassungsprogramm vereinbart werden, ein Memorandum of Under-
167 standing. Nur so und nicht anders geht es. Würden wir es anders machen, wäre der ESM
168 innerhalb von vier Wochen völlig leergelaufen. Damit würden wir alles vergemeinschaf-
169 ten. Das wäre exakt der falsche Weg; es wäre eine Fehlinterpretation der Beschlüsse. Es
170 gibt manche in Europa, die das wollen. Deswegen muss ich hier klarstellen: Wir werden
171 es nicht machen. Die Verträge sind völlig anders zu verstehen.

172 Ein letztes Wort, weil Sie auch in dieser Debatte noch auf das Thema der Steuerhinter-
173 ziehung zu sprechen gekommen sind. Herr Kollege Steinbrück, Steuerhinterziehung ist –
174 das wissen Sie – ein Riesenproblem. Auch Sie haben in Ihrer Amtszeit – das habe ich
175 Ihnen nie vorgeworfen – an der Wirklichkeit nicht sehr viel ändern können. Die moderne

176 Verflechtung der Wirtschaft bringt unglaubliche Möglichkeiten mit sich. Denken Sie an
177 die Mehrwertsteuer. Für die organisierte Kriminalität ist die Ausnutzung der Tatsache,
178 dass wir die Mehrwertsteuer notwendigerweise nach vereinbarten Entgelten erheben, ein
179 unglaubliches Geschäftsmodell. Denken Sie daran, dass mit der großen Mobilität der Ge-
180 schäftsaktivitäten im Internet – ich habe das Thema zum ersten Mal aufgegriffen und auf
181 die G-20-Ebene gehoben – eine starke Erosion der Steuerbasis verbunden ist.

182 Ich muss jetzt aber noch etwas zur Schweiz sagen. Das Abkommen ist gescheitert; es
183 konnte nicht zum 1. Januar in Kraft treten. Sie haben dazu aber schon wieder etwas ge-
184 sagt, was mit meinem Respekt vor Ihnen einfach nicht zu vereinbaren ist. Sie sagen etwas,
185 von dem ich nicht glaube, dass das von dem „richtigen Steinbrück“ stammt. Sie waren
186 federführend dafür zuständig und verantwortlich, dass bei der Besteuerung von Kapital-
187 erträgen eine Abgeltungsteuer eingeführt wurde. Wenn ein deutscher Steuerpflichtiger
188 bei deutschen Banken und Sparkassen bzw. Raiffeisenbanken Kapitalerträge erzielt, be-
189 halten diese von den Kapitalerträgen – von den Zinsen, Dividenden etc. – die Kapitaler-
190 tragsteuer ein und führen sie an das Finanzamt ab. Gäbe es das Abkommen, dann hätten
191 wir seit dem 1. Januar in der Schweiz exakt dieselbe Praxis; dann würden auch Schweizer
192 Banken das machen. Wir haben das Abkommen jetzt aber nicht. Sie haben es blockiert
193 und verhindert. Deswegen sind wir seit dem 1. Januar darauf angewiesen, dass uns die
194 Schweizer Banken freiwillig die Daten nennen – oder auch nicht. Wenn Sie Steuerhinter-
195 ziehung bekämpfen wollen, müssen Sie zu internationaler Kooperation bereit sein. Inter-
196 nationale Kooperation kann nur heißen, dass die Regeln, die bei uns gelten, auch im Nach-
197 barland gelten. Das genau haben Sie zerstört.

198 Es gibt nur einen Grund dafür: parteipolitisch motivierten Missbrauch.

199 Herzlichen Dank.

Dorothee Bär Bundestag Juni 2013 (CDU/CSU): DB0613

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17250.pdf>

1 Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Her-
2 ren! Der 9. November 2012 war ein großartiger Tag für die Familien in unserem Lande,
3 weil wir am 9. November des letzten Jahres in zweiter und dritter Lesung über das Be-
4 treuungsgeld abgestimmt haben. Das Gesetz ist vom Deutschen Bundestag und vom Bun-
5 desrat beschlossen worden, es steht im Bundesgesetzblatt und wird am 1. August 2013 in
6 Kraft treten. Und deshalb werden am 1. August 2013 die ersten Familien in Deutschland
7 in den Genuss des Betreuungsgeldes kommen.

8 Es erfüllt mich mit großem Stolz, dass wir als CDU/ CSU-FDP-Regierung in dieser Le-
9 gislaturperiode ein so großartiges Gesetz abschließen konnten. Das ist ein Gesetz, das
10 sich weit mehr als zwei Drittel der jungen Männer und Frauen wünschen. Deswegen mu-
11 tet es schon etwas seltsam an, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, wenn
12 Sie jetzt Ihr Wahlkampfgetöse auf dem Rücken der Familien austragen wollen.

13 Ich finde es ganz beeindruckend, wenn Sie ständig so große Aussagen treffen wie diese:
14 Der muss verteidigt werden, die muss verteidigt werden, diese und jene Randgruppe muss
15 unter dem ganz besonderen Schutz der Opposition stehen. Aber die Mehrheit der Men-
16 schen in Deutschland, die Familien, die Mütter, die Väter, wird von Ihnen immer unter
17 Generalverdacht gestellt und mit Schmutz beworfen.

18 Jetzt im Wahlkampf geschieht dies erneut. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das tut
19 weh. Es ist für mich ganz erschreckend, wenn ich sehe, dass die einzige Lobby, die die
20 Familien in diesem Lande haben, auf der rechten Seite des Parlaments sitzt. Diese Legis-
21 laturperiode wird als die Legislaturperiode in die Geschichte eingehen, in der die Fami-
22 lien am meisten profitiert haben.

23 Das ist erst der Anfang; denn wir werden diese Koalition auch in der nächsten Legisla-
24 turperiode fortführen und noch draufsatteln für die Familien in diesem Lande. Bemer-
25 kenswert ist: Heute geht es um einen Gesetzentwurf, der die Abschaffung des Betreu-
26 ungsgeldes beinhaltet. Sie wissen doch ganz genau – vielleicht wissen Sie es nicht, weil

27 Sie sich von der veröffentlichten Meinung auf Ihrer Seite des Hauses falsch instrumenta-
28 lisieren lassen –, dass Sie es nicht schaffen werden, das Betreuungsgeld abzuschaffen.
29 Und trotzdem wollen Sie wider besseres Wissen und mit dieser bewussten Täuschung in
30 den Wahlkampf ziehen und den Menschen vorgaukeln, dass hier etwas beschlossen wor-
31 den sei, das die Bevölkerung nicht möchte.

32 Das Schöne dabei – ich habe so etwas in den vielen Jahren, in denen ich Politik für die
33 Bevölkerung machen darf, noch nie erlebt – die unendlich vielen Dankesbriefe, die wir
34 bekommen haben und in denen es heißt, dass wir die Einzigen seien, die für eine echte
35 Wahlfreiheit eintreten. Denn wir schreiben niemandem vor, wie er zu leben hat. Wir ak-
36 zeptieren die verschiedenen Lebensmodelle. Wir akzeptieren es, wenn eine Frau oder ein
37 Mann kurz nach der Geburt des Kindes wieder arbeiten gehen möchte. Niemand vor uns
38 hat den Kitaausbau so vorangetrieben wie wir.

39 Wir akzeptieren es aber auch, wenn man sich für ein anderes Modell entscheidet. Warum
40 gönnen Sie den Familien nicht ihre eigene Entscheidung, und warum gönnen Sie es den
41 Familien nicht, selber zu entscheiden, was gut für ihre Kinder ist? Wenn für den kleinen
42 Paul etwas gut ist, muss es für die kleine Anna nicht gut sein; denn die Menschen müssen
43 unterschiedlich bewertet werden. Wir bewerten auch die Kinder unterschiedlich. Wir sind
44 die Einzigen, die sagen: Wir denken vom Individuum aus. Wir wollen keine kollektive
45 Gleichmacherei. Es ist infam, was Sie sich hier leisten.

46 Ich bin sehr froh darüber, dass ich heute noch einmal die Gelegenheit habe, zum Betreu-
47 ungsgeld zu sprechen. Zum Abschluss einer Legislaturperiode ist nichts schöner, als ein
48 Gesetz zum Ende zu bringen, bei dem einem das Herz aufgeht. Dies erfüllt mich mit ganz
49 großer Freude.

50 Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders bei zwei Männern bedanken, die in die-
51 ser Sache ganz große Mitstreiter waren, die aber leider Gottes beide das Parlament ver-
52 lassen werden. Ich darf mich zunächst ganz herzlich bei unserem Staatssekretär bedan-
53 ken.

54 Lieber Hermann Kues, es war nicht nur mir, sondern der ganzen Arbeitsgruppe eine Rie-
55 senfreude, mit dir zusammenarbeiten zu dürfen. Du bist ein Staatssekretär, der – im Ge-
56 gensatz zu anderen Ministerien – für jedes einzelne Thema alleine verantwortlich ist. Du

57 bist bei jedem Thema sprechfähig. Du warst einer der ganz großen Mitkämpfer für die
58 Wahlfreiheit, für das Betreuungsgeld. Lieber Hermann, wir werden dich in der nächsten
59 Legislaturperiode vermissen.

60 Ich darf mich auch ganz herzlich bei meinem Kollegen Norbert Geis bedanken. Lieber
61 Norbert, auch du wirst nicht mehr für den Deutschen Bundestag kandidieren. Ich möchte
62 mich auch bei dir ganz herzlich für dein Engagement bedanken, für deine absolute Über-
63 zeugungstäterschaft, wenn es darum geht, für das Wohl der Familien in diesem Lande zu
64 kämpfen. Wir werden auch dir hier im Parlament ein ehrendes Andenken bewahren und
65 werden weiterhin sehr gern außerparlamentarisch mit dir zusammenarbeiten. Auch an
66 dich ein ganz herzliches Dankeschön!

67 Herr Präsident, ich möchte jetzt eine Minute früher aufhören, weil ich Norbert Geis für
68 seine Rede eine Minute Redezeit schenken möchte.

69 Herzlichen Dank

Dr. Hans-Peter Friedrich Bundestag Juni 2013 (CSU): HPFB0613/1

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17249.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schutz der Privatsphäre
2 ist Ausfluss der Grundrechte unserer Verfassung. Deswegen ist der „gläserne Bürger“ mit
3 unserem Verfassungsverständnis in diesem Lande nicht zu vereinbaren. Staatliches Han-
4 deln, das Handeln aller Behörden, auch der Sicherheitsbehörden, auch der Nachrichten-
5 dienste, muss sich streng an Gesetz und Recht halten. Und: Diese Behörden werden vom
6 Parlament und von den Gremien, die dazu vom Parlament eingesetzt worden sind, kon-
7 trolliert. Die Aufregung in Deutschland über Presseberichte, wonach die USA und auch
8 die Briten angeblich flächendeckend, pauschal Inhalte von Kommunikation speichern,
9 analysieren und ausspähen – und das Hand in Hand mit den Internetunternehmen –, ist
10 deswegen sehr verständlich. Hieraus ergeben sich Fragen.

11 Die erste und wichtigste Frage an die Amerikaner und an die Briten ist natürlich: Was ist
12 dran an diesen Presseberichten? Wir hatten zunächst nur Meldungen, die in der Presse
13 rauf und runterdiskutiert wurden. Wir haben nun erste öffentliche Stellungnahmen vom
14 Chef der NSA und aus Großbritannien vom Koordinator der Geheimdienste erhalten, in
15 denen sie darauf hinweisen, dass diese Presseberichte zumindest so, wie sie geschrieben
16 sind, nicht zutreffen. Wir haben inzwischen auch Antworten der deutschen Niederlassun-
17 gen von Internetunternehmen erhalten, in denen sie uns darauf hinweisen, dass es nach
18 ihrer Kenntnis niemals ein flächendeckendes Abgreifen oder einen flächendeckenden Zu-
19 griff auf ihre Daten gegeben hat. Dass es Einzelanfragen im Rahmen der vorgesehenen
20 Gesetze und des Rechts gegeben hat, steht außer Frage. Aber das ist auch normal, glaube
21 ich.

22 Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ganz unabhängig davon, was die
23 Aufklärung und Beantwortung all dieser Fragen ergeben wird: Richtig ist, dass wir immer
24 um die Balance von Freiheit und Sicherheit ringen müssen. Es gilt dabei der Satz: Es gibt
25 keine Freiheit ohne Sicherheit. Wenn die Menschen Angst haben müssen, dass sie in der
26 U-Bahn in die Luft gesprengt werden, wenn die Menschen Angst haben müssen, dass ihre
27 Häuser ausgeräumt werden, während sie im Urlaub sind, wenn sie Angst haben müssen,
28 dass ihre Kinder auf dem Weg zur Schule entführt werden, dann ist die Freiheit bedroht.
29 Deswegen braucht Freiheit auch Sicherheit.

30 Es kommt aber auf die richtige Balance an. Richtige Balance heißt: Man darf das Sicher-
31 heitsstreben nicht so weit überziehen, dass die Freiheit Schaden nimmt. Unsere Sicher-
32 heit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist bedroht. Sie ist bedroht durch organi-
33 sierte Kriminalität, sie ist bedroht durch internationalen Terrorismus. Ich darf meinen
34 Kollegen, den Innenminister aus Frankreich, der der sozialistischen Partei angehört, zi-
35 tieren, der noch im Mai gesagt hat: Es gibt ein weltumspannendes Netz an Terrorismus,
36 das uns bedroht, das uns nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland und in
37 ganz Europa bedroht. Das ist ein Faktum, an dem keiner vorbeikann.

38 Deutschland ist glücklicherweise in den letzten Jahren von großen Anschlägen verschont
39 geblieben. Wir verdanken das unter anderem auch den Hinweisen unserer amerikanischen
40 Freunde. Ich will nur an die Sauerland-Gruppe erinnern, die rechtzeitig dingfest gemacht
41 wurde, noch bevor sie großen Schaden anrichten konnte. Diese Zusammenarbeit zwi-
42 schen den deutschen Sicherheitsbehörden, denen unserer europäischen Nachbarn und
43 Partner sowie den Sicherheitsbehörden der USA bildet die Grundlage der Sicherheit, die
44 wir in den letzten Jahren erreicht haben; dadurch wurde Gott sei Dank bisher verhindert,
45 dass es in Deutschland einen Anschlag mit vielen Toten gegeben hat, wie das in anderen
46 Ländern der Fall war.

47 Aber, meine Damen und Herren: Es muss immer sichergestellt werden – das hat die Bun-
48 deskanzlerin, glaube ich, beim Besuch des amerikanischen Präsidenten gesagt –, dass
49 auch die Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten auf Recht und Gesetz be-
50 ruht, und vor allem, dass alles verhältnismäßig ist. Das heißt, dass das Ziel, das man er-
51 reichen will – Sicherheit –, mit dem Eingriff in die Privatsphäre vereinbar ist. Man muss
52 hier die richtige Balance finden.

53 Ich möchte Ihnen einmal unser gemeinsames europäisches Rechtsverständnis hierzu dar-
54 legen: Erstens. Nach europäischem Recht ist es zulässig, dass Verbindungsdaten von
55 Kommunikation – keine Inhalte! – flächendeckend zwischen sechs Monaten und zwei
56 Jahren gespeichert werden. Wir brauchen diese Speicherung, um durch Zugriff auf die
57 Daten Netzwerke von Terroristen und Extremisten ausmachen zu können.

58 Zweitens. Entscheidend ist nicht diese Speicherung, sondern die Frage, wer Zugriff auf
59 die Daten hat. In Bezug auf die Frage, wer Zugriff auf diese Daten hat, hat das Bundes-

60 verfassungsgericht – Sie haben das eben richtig eingeworfen – genaue restriktive Vorga-
61 ben gemacht. An diese restriktiven Vorgaben müssen sich selbstverständlich auch der
62 Gesetzgeber und in der Folge die Behörden halten. Drittens. Man darf auf Kommunika-
63 tionsinhalte zugreifen, aber nur wenn es eine richterliche Anordnung bzw. eine Anord-
64 nung der G-10-Kommission, einer demokratisch von diesem Parlament bestimmten
65 Kommission, gibt. Dann darf man auch auf die Inhalte der Kommunikation von organi-
66 sierten Kriminellen, von Rauschgifthändlern, von Waffenhändlern und von Terroristen
67 zugreifen. Das alles ist möglich. Meine Damen und Herren, ich weiß oder gehe davon
68 aus, dass auch unsere amerikanischen Freunde ein ähnliches Rechtsverständnis haben und
69 sich ihre Gesetze an diesem Rechtsverständnis orientieren.

70 – Ich habe bisher keine Hinweise, die daran zweifeln lassen, dass das Rechtsverständnis
71 einer der ältesten Demokratien der Welt dem Rechtsverständnis ähnelt, das wir in Europa
72 haben.

73 – Da darf man in der Tat Beifall klatschen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es
74 mag sein, dass wir bei der Frage der Quantität der zu erhebenden Daten unterschiedliche
75 Auffassungen haben. Ja, das ist richtig; aber wichtig ist, dass sich Behörden, Sicherheits-
76 dienste – wer auch immer! – in den USA, in Europa, in Deutschland stets an Recht und
77 Gesetz zu halten haben und – das ist das Entscheidende – unser Parlament – Sie alle –
78 sowie die Parlamente in Großbritannien und in den USA, deren Abgeordnete von den
79 Bürgern demokratisch gewählt sind, kontrollieren, was die Geheimdienste machen. Das
80 ist eine Tatsache, an der auch Sie nicht vorbeikommen. – Liebe Frau Künast, was ist denn
81 das hier wieder für eine Hybris? Wollen Sie einer der ältesten Demokratien erzählen, wie
82 sie ihre Behörden kontrollieren muss?

83 Selbstverständlich hat der amerikanische Kongress ein eigenes Interesse, die eigenen Be-
84 hörden zu kontrollieren; das ist doch ganz selbstverständlich. Die brauchen doch Ihre
85 Belehrungen nicht.

86 Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zur schlechten Nachricht. Ja, bitte, Herr Strö-
87 bele! Dabei wäre ich fast fertig gewesen. Herr Ströbele, bisher stammen alle Angaben zu
88 der Frage, in welcher Quantität und welcher Qualität dort etwas gemacht wird, aus ir-
89 gendwelchen Presseveröffentlichungen, deren Inhalt von den Zuständigen in den USA

90 bestritten wird; sie sagen in öffentlichen Äußerungen: Wir halten uns an Recht und Ge-
91 setz. – Das ist das Faktum. Ich habe Ihnen jetzt erklärt, was unser Rechtsverständnis ist,
92 was unsere Rechtslage ist und was für ein Rechtsverständnis und welche parlamentari-
93 sche Kontrolle – wir glauben, dass sie die auch durchführen – wir von unseren Partnern
94 und Freunden erwarten.

95 Wir haben Fragen gestellt. Die Fragen sind, wie gesagt, von den Internetunternehmen
96 beantwortet worden. Sie sagen klipp und klar: Wir haben nicht flächendeckend Daten zur
97 Verfügung gestellt. –

98 Das ist das Gegenteil von dem, was in der Presse steht. Auch die Zuständigen in Washing-
99 ton haben erklärt: Das, was dort steht, ist so nicht zutreffend; wir halten uns an Recht und
100 Gesetz. – Es handelt sich dort um eine Rechtsordnung, von der ich glaube, dass sie unserer
101 ähnlich, mit unserer vergleichbar ist; ich habe jedenfalls keine anderen Hinweise.

102 Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommt die wirklich schlechte Nachricht:
103 All das, was man der NSA unterstellt, ist offensichtlich technisch möglich, und alles, was
104 technisch möglich ist, ist auch durch die organisierte Kriminalität und durch Terroristen
105 nutzbar, nur mit dem Unterschied, dass sie nicht von Parlamenten kontrolliert werden und
106 sich nicht an Gesetze halten. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir unsere Daten, unsere
107 Leitungen, unsere Netze, unsere Infrastruktur widerstandsfähig machen. Darüber rede ich
108 hier seit Monaten. Wir müssen dafür sorgen, dass Spionage und Sabotage in den Netzen
109 nicht vorkommen können.

110 Deswegen, meine Damen und Herren, habe ich ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg
111 gebracht, das genau das verhindern soll, nämlich dass kritische Infrastruktur in Deutsch-
112 land zum Schaden des ganzen Landes beschädigt und sabotiert werden kann. Wir hatten
113 die ersten Sachverständigenanhörungen dazu, die sehr positiv verliefen.

114 Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Gesetz muss spätestens nächstes Jahr im
115 Gesetzblatt stehen. Da bitte ich Sie alle, soweit Sie dann noch hier sind, um Ihre Unter-
116 stützung.

117 Vielen Dank.

Dr. Hans-Peter Friedrich Juni 2013 Teil 2 (CSU): HPFB0613/2

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17251.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wassermassen bei der Flut 2013
2 waren größer als die bei der Flut 2002. Aber wir waren diesmal besser aufgestellt, wir waren
3 besser ausgestattet, und die Organisation hat besser geklappt. Dennoch: Es war schon ein herz-
4 zerreißendes Bild, wenn man mit den Bewohnern dort stand und gesehen hat, wie, nachdem das
5 Wasser, das bis zum ersten Stock stand, zurückgegangen war, die Einrichtungsgegenstände –
6 das, was vorher Schlafzimmer, Wohnzimmer, Kinderzimmer war – auf die Straße getragen
7 werden mussten, weil sie Müll waren, und in Container kamen. Wenn die Menschen zurückka-
8 men, haben sie ganz unterschiedlich reagiert: die einen ganz still, die anderen weinend, die
9 anderen verzweifelt. Überall herrschte Fassungslosigkeit.

10 Da war es sehr wichtig, dass Bürgermeister, Landräte, Abgeordnete, Minister den Menschen
11 sagen konnten: Ihr seid nicht allein; euch wird geholfen. – Das war eine wichtige Botschaft.
12 Dass sie abgegeben werden konnte, verdanken wir den vielen, vielen Tausend Helfern der Frei-
13 willigen Feuerwehren, des THW, der Katastrophenschutzorganisationen, die nicht nur in die-
14 sem Einsatz tätig sind, sondern sich auch über viele Jahre ständig auf solche Einsatzfälle vor-
15 bereiten, die viel von ihrer Freizeit, von ihrer Kraft, von ihrer Energie hingeben, um sich aus-
16 bilden zu lassen. Ihnen gehört unser Dank für ihre Leidenschaft und für ihren Idealismus.

17 Wie gut das klappt, konnten wir, Andi Scheuer und ich, übrigens in Passau erleben, wo Bun-
18 despolizei, THW, Freiwillige Feuerwehr, Bundeswehr nebeneinander ihre Boote und Einsatz-
19 züge hatten und wo Hand in Hand gearbeitet wurde. Mit Wasserwerfern hat die Bundespolizei
20 die Bevölkerung mit Trinkwasser versorgt.

21 Das war eine wirklich große, auch organisatorische Leistung. Aus Bundessicht kann man sagen:
22 Die Investitionen in unser THW haben sich gelohnt und lohnen sich.

23 Ich möchte an dieser Stelle ganz klar sagen, dass die Einsatzkosten, die in diesem Zusammen-
24 hang angefallen sind, der Bund selbst trägt. Weil es da irgendwelche komischen Gerüchte gibt,
25 wiederhole ich: Der Bund trägt die Einsatzkosten des THW im Zuge der Fluthilfe selbst; das
26 möchte ich nur zur Klarstellung sagen, entgegen all den Gerüchten, die es da geben mag.

27 Ich möchte mich auch bei den Arbeitgebern bedanken, die die Helfer des THW und der Feuer-
28 wehr freigestellt haben. Das haben sie nicht nur in Anbetracht der jetzigen Flut, in der akuten
29 Situation getan, sondern sie stellen sie vielfach auch zu Ausbildungszwecken und für Einsätze,
30 die in der Zwischenzeit stattfinden, frei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade die

31 Mittelständler und die Handwerksbetriebe vermissen diese Leute schmerzlich. Auf der anderen
32 Seite muss man ihnen natürlich sagen: Ihr habt mit diesen Idealisten, mit diesen gut ausgebil-
33 deten Leuten auch wertvolle Mitarbeiter in euren Betrieben.

34 Ich bedanke mich bei den Arbeitgebern ganz herzlich für ihre Kooperationsbereitschaft. Ich
35 selber habe als Dienstherr des THW zusammen mit den Arbeitgebern schon Veranstaltungen
36 organisiert, um einerseits diesen Dank auszudrücken und andererseits die Bereitschaft der Ar-
37 beitgeber zu wecken. Die Profis von THW, Bundespolizei und Bundeswehr haben – ob das in
38 Rosenheim war, ob das in Deggendorf war, ob das in Pirna war – weit über das hinaus gearbei-
39 tet, was sie leisten müssen. Die Bundespolizei war über die Dienstzeiten hinaus Tag und Nacht
40 im Einsatz. Auch das ist ein wunderbares Beispiel für den Einsatzwillen in unserem Land.

41 Wir werden – das wird gerade auf den Weg gebracht – für die Fluthelfer eine Fluthelfermedaille
42 stiften. Wir werden hoffentlich schon in den nächsten Wochen die ersten dieser Medaillen und
43 Urkunden vergeben können; sie sind ein kleines Zeichen unseres Dankes. Die Länder haben
44 signalisiert, dass sie das in ihrem Bereich auch machen wollen.

45 Bewährt hat sich auch die Arbeit des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophen-
46 hilfe. Das Lagezentrum dort hat hervorragend gearbeitet. Was die 1,7 Millionen Helfer bewerk-
47 stellt haben, ist beeindruckend. Bartholomäus Kalb und ich standen am Ortseingang in Fi-
48 scherdorf. Dort konnten wir zuschauen, wie sich die freiwilligen Helfer, die aus allen Teilen
49 Deutschlands kamen, bei den Studentinnen und Studenten der FH Deggendorf registrieren las-
50 sen konnten.

51 Sie wurden dann Häusern, wo sie helfen konnten, zugeteilt. Das war wirklich eine wunderbare
52 Erfahrung. In Döbeln hat ein älterer Herr zu mir gesagt: „Ich hätte nicht geglaubt, dass es noch
53 eine solche Solidarität in unserem Land gibt. Nachdem ich das alles gesehen habe, bin ich op-
54 timistisch für die Zukunft Deutschlands.“ Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist eine
55 wichtige Botschaft. Entgegen allen Behauptungen, dass in diesem Land nur Egoisten und Ich-
56 linge leben würden, gibt es hier eine große Solidarität. Darüber können wir uns freuen, und
57 darauf sollten wir auch stolz sein.

58 Lassen Sie mich zum Abschluss noch sagen, dass der Stab „Fluthilfe“ im Bundesministerium
59 des Innern ein Internetportal eingerichtet hat – es ist über die Internetseite des BMI erreichbar
60 –, wo jeder, der Schäden erlitten hat, sich informieren kann. Dort erfährt man, wo man Hilfe
61 bekommt und wo man Anträge stellen muss. Wichtig ist jetzt die Botschaft an die Menschen,

62 dass sie nicht alleingelassen werden, dass ihnen geholfen wird. Allen, die das möglich machen
63 – auch Ihnen in diesem Haus –, ganz herzlichen Dank dafür!

Dr. Wolfgang Schäuble Bundestag Juni 2013 (CDU): WSB0613

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17251.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Flut war eine schlimme Katastrophe. Aber es
2 hat sich auch gezeigt, dass unser Land in schwierigen Zeiten zusammensteht und große Her-
3 ausforderungen bewältigen kann.

4 Ich will an dieser Stelle noch einmal allen danken, die in der Stunde der Herausforderung in
5 unglaublich eindrucksvoller Weise zusammengestanden sind und nicht lange gefragt haben: der
6 Bundeswehr, dem Technischen Hilfswerk, der Bundespolizei, den Länderpolizeien, den Frei-
7 willigen Feuerwehren und den unglaublich vielen ehrenamtlichen Helfern. Auch die Bevölke-
8 rung insgesamt hat viel geleistet. Wir haben eine große Naturkatastrophe besser bewältigt, als
9 wir das, wenn wir uns vorher Gedanken darüber gemacht hätten, zu hoffen gewagt hätten. Da-
10 rauf können wir ein Stück stolz sein, dafür können wir dankbar sein. Die freiheitliche Gesell-
11 schaft hat sich als leistungsfähig erwiesen.

12 Das Bund-Länder-Verhältnis hat sich als handlungsfähig erwiesen. Es war zwischendurch wie
13 immer ein bisschen herausfordernd – das ist in Ordnung –, aber es zeigt sich: Wenn wir ge-
14 samtstaatliche Verantwortung anstreben, dann können wir im Bundestag schnell zu Entschei-
15 dungen kommen. Auch dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Es ist keine Kleinigkeit,
16 in einer Woche ein Gesetz in erster, zweiter und dritter Lesung zu beschließen.

17 Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, der Nachtragshaushalt gehört dazu. Deswe-
18 gen ist es gut, wenn Sie ihm heute zustimmen, auch wenn Sie gestern im Haushaltsausschuss
19 in dieser Frage noch etwas verwirrt gewesen sind.

20 Frau Kollegin Höhn, Sie haben Ihre Rede ein bisschen genutzt, um uns die grüne Grundsatz-
21 programmatik im Allgemeinen darzustellen. Das war sehr eindrucksvoll, aber ich will Ihnen
22 doch sagen: Auch die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft gehört dazu. Sonst wären wir näm-
23 lich nicht in der Lage, so schnell so umfassende Hilfe auf die Beine zu stellen.

24 Als Finanzminister sage ich Ihnen: Wenn es eine Situation rechtfertigt, dass man kurzfristig die
25 Verschuldung erhöhen muss, dann eine solche Notsituation. Hier greifen die automatischen
26 Stabilisatoren, über die wir uns im Grundsatz alle einig sind. Deshalb habe ich wirklich nicht
27 verstanden, warum Ihre erste Reaktion auf die Katastrophe gewesen ist: Jetzt müssen wir die
28 Steuern erhöhen. – Nichts wäre unklüger. Wir brauchen nämlich nicht nur hohe Steuersätze,
29 die Sie befriedigen, sondern wir brauchen vor allem Steuereinnahmen. Die bekommen wir nur,
30 wenn wir eine leistungsfähige Wirtschaft haben. Die dürfen wir nicht kaputtmachen.

31 Mit diesem Nachtragshaushalt können wir die entstandenen Kosten finanzieren. Das fällt dem
32 Finanzminister nicht leicht, aber es ist die richtige Entscheidung. Wir bleiben trotzdem in gro-
33 ßem Abstand zur Schuldenbremse, was wir uns am Anfang der Legislaturperiode gar nicht vor-
34 stellen konnten.

35 Eines muss ich nun doch einmal sagen: Der Kollege Steinbrück ist mein Vorgänger gewesen,
36 und als mein Vorgänger war er wesentlich besser als Kanzlerkandidat; aber das ist eine andere
37 Geschichte.

38 – Nein, Frau Kollegin Künast, ich zeige Ihnen, was ich meine. – Ja, ja, das weiß ich schon. Sie
39 haben doch gestern dagegen gestimmt, weil Sie der Meinung waren, dass die Aufnahme neuer
40 Schulden nicht zu verantworten ist. Und Herr Kollege Steinbrück hat gestern gesagt, wir hätten
41 in den vier Jahren dieser Legislaturperiode die Schulden des Bundes um insgesamt 100 Milli-
42 arden Euro erhöht. Das trifft zu; so hoch ist die addierte Neuverschuldung.

43 – Herr Kollege Oppermann, es hilft nichts, es wird nicht besser, durch jeden Zwischenruf wird
44 es nicht besser. Ich sage es Ihnen. Der Finanzplan des Bundes für die Jahre 2009 bis 2013 vom
45 7. August 2009 – Finanzminister Herr Steinbrück, Innenminister Wolfgang Schäuble – ich kri-
46 tisiere es doch gar nicht; ich sage es Ihnen nur –, der sah 86,1 Milliarden Euro Neuverschuldung
47 für den Haushalt 2010, 71,7 Milliarden Euro für 2011, 58,7 Milliarden Euro für 2012 und 45,9
48 Milliarden Euro für 2013 vor. Das macht zusammen 262,4 Milliarden Euro. Das ist die Bun-
49 destagsdrucksache 16/13601. An diesen Daten können Sie übrigens erkennen, wie erfolgreich
50 wir in dieser Legislaturperiode gewesen sind.

51 Daraus folgt: Wir haben rechtzeitig gehandelt, um in der Stunde der Not handlungsfähig zu
52 sein. In dieser Stunde der Not hat sich unser Land bewährt: Aufgrund einer vorsorgenden Poli-
53 tik, einer leistungsfähigen Wirtschaft und zunehmend solider werdenden Staatsfinanzen sind
54 wir handlungsfähig gewesen. Darum und dank der gesamtgesellschaftlichen Solidarität konnten
55 wir den von der Katastrophe Betroffenen schnell und unbürokratisch helfen. Dafür haben wir
56 alle zusammengewirkt.

57 Herzlichen Dank.

Kanzlerduell Merkel gegen Steinbrück 2013: KAM13

Quelle: https://www.youtube.com/watch?v=qjNG_clZFH4 (eigene Transkription)

1 **Frau Merkel:** Ich glaube, dass da gut CDU rauskommen kann. Jedenfalls habe ich Argumente
2 dafür. Wenn wir einmal schauen, wie wir heute dastehen in Deutschland, dann ist das für viele
3 viele Menschen besser als das das vor vier Jahren der Fall war. Wir haben so viel Beschäftigte,
4 wie wir nie hatten. Und wir können heute, anders als vor einigen Jahren, jedem jungen Men-
5 schen auch einen Ausbildungsplatz in Aussicht stellen. Wir konnten unsere Haushalte konsoli-
6 dieren und werden ab 2015 in einer Lage sein, in der wir keine Schulden mehr machen. Wir
7 können einfach den Menschen in diesem Lande sagen, dass wir das schaffen können, dass es
8 weiter aufwärts geht. Und die Arbeit ist natürlich nicht zu Ende. Natürlich gibt es viele Sorgen,
9 viele Nöte, aber wir haben gezeigt, dass wir es können und das in einer schwierigen Zeit. In
10 einer Zeit, in der wir die schwerste europäische Krise hatten und Deutschland steht stark da.
11 Deutschland ist Wachstumsmotor. Deutschland ist Stabilitätsanker und diesen Kurs möchte ich
12 fortsetzen und ich glaube, dass das, was wir gezeigt haben, doch Menschen überzeugt.

13 **Frau Merkel:** Nein, das hat doch Herr Steinbrück doch jetzt wirklich nicht nötig, dass er mir
14 leid tut. Wir sind Politiker, insofern sind wir gewöhnt, dass wir durchaus mal kritisiert werden,
15 dass wir durch harte Zeiten gehen. Das ging mir so, das geht anderen so. Also ich mach mir da
16 gar keine Sorgen, sondern ich glaube die Frage, die heute wirklich zur Debatte steht, ist doch,
17 wem können die Menschen mehr vertrauen, dass es mit Deutschland weiter gut geht, dass das,
18 was auch im internationalen Umfeld an Sorgen und Schwierigkeiten ist, von uns gut bearbeitet
19 wird, gelöst wird und da war eine unglaublich ereignisreiche, vier Jahre jetzt liegen hinter uns
20 und da kann ich nur sagen: Wir haben das gut gemeistert alles in allem und wir brauchen auch
21 unser Land nicht schlecht zu reden, aber das heißt nicht, dass wir nicht weiter machen müssen.

22 **Frau Merkel:** Ich glaube, dass wir da die besseren Konzepte haben, denn die Frage ist doch
23 wie kommen Menschen zu mehr Geld? Und das kann nur über Arbeit sein. Natürlich muss jeder
24 von einem Vollzeitjob auch leben können, das wollen wir auch. Wir wollen allerdings, dass die
25 Mindestlöhne nicht einheitlich durch die Politik festgelegt werden, sondern dass die Tarifpart-
26 ner dies tun. Das haben wir für vier Millionen Menschen bereits gemacht in Deutschland, in
27 vielen Branchen: In der Leiharbeit, in der Pflege und das werden wir auch weiter tun. Und ich
28 bin der Meinung, dass wir alles daran setzen müssen, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben und
29 neu geschaffen werden und dass wir nichts tun dürfen, was Arbeitsplätze in Gefahr bringt. Und
30 die Steuererhöhungspläne der Sozialdemokraten und der Grünen bringen mit sich, dass die Ge-

31 fahr besteht, dass wir die gute Ausgangslage die wir jetzt haben, verschlechtern und nicht ver-
32 bessern. Denn es sind in der Tat Menschen die viel verdienen, aber das sind Selbstständige, das
33 sind Mittelständler, das sind Handwerker. All die, die dafür auch zeichnen, dass mehr Arbeits-
34 plätze in Deutschland entstehen. Und wir haben jetzt gerade gesehen, dass die Schere zwischen
35 Arm und Reich eben dann nicht mehr auseinander geht, wenn mehr Menschen in Arbeit kom-
36 men. Und es gibt von den Vollzeitbeschäftigten heute nur einen kleinen Teil der aufstocken
37 muss. Jeder einzelne ist zu viel. Das sag ich ganz ausdrücklich. Aber wir haben in den letzten
38 vier Jahren allein fast 1,9 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Davon 1,2 Millionen solche,
39 die Vollarbeit sind sozusagen. Und diesen Weg müssen wir fortsetzen, denn das ist nicht nur
40 eine Zahl, der Arbeitsplatz, sondern der Arbeitsplatz ist auch die Möglichkeit eines Menschen
41 sich zu verwirklichen, für seine Familie einzustehen, und deshalb werde ich nichts unterneh-
42 men, was da die Menschen in Schwierigkeiten bringt.

43 **Frau Merkel:** Ich bin der Meinung, dass diejenigen die in der sozialen Marktwirtschaft für die
44 Tarifverträge zuständig sind, mehr von den Arbeitsplätzen verstehen, auch bei den unteren Löh-
45 nen, als wir als Politiker. Es kann nicht sein, dass nach demjenigen der am lautesten ruft dann
46 jeweils der Mindestlohn erhöht wird. Das halte ich für falsch. Und ich bin auch der Meinung,
47 dass wir Projekte haben, wie Infrastruktur, Bildung, Kommunen, Schuldenabbau. Das ist ja gar
48 kein strittiger Punkt unter uns. Die Frage ist nur, ja Herr Raab das möchte ich gerade jetzt
49 erläutern. Dass wir jetzt, wo wir viel Beschäftigung haben, so viele Steuereinnahmen haben,
50 wie wir sie nie hatten und mit denen müssen wir auskommen und ich sage mit denen können
51 wir auch auskommen. Wenn wir jetzt diejenigen die Arbeitsplätze schaffen durch Vermögens-
52 steuer, durch höhere Spitzensteuersätze in eine Lage versetzen, wo sie nicht mehr mehr Ar-
53beitsplätze schaffen, dann haben wir zum Schluss Steuern erhöht, aber weniger Steuereinnah-
54men und das wäre genau der Fehler und deshalb setze ich hier darauf, möglichst viele Menschen
55 in Arbeit bringen. Diejenigen, die etwas unternehmen wollen in unserem Land, die Unterneh-
56mer, der Mittelstand, die Familienunternehmen, nicht sozusagen in Schwierigkeiten zu bringen
57 und daraus wird erwachsen, dass wir unsere Aufgaben besser erfüllen können. Und der Flicken-
58teppich von dem Herr Steinbrück eben sprach, dieser Flickenteppich den kennen wir in der
59 Tariflandschaft für alle Branchen heute. Der hat sich in der Bundesrepublik Deutschland be-
60währt. Das ist nämlich eine angepasste Lohnfindung. Und ich sage noch einmal: Gewerkschaf-
61ten und Arbeitgeber haben hier die Möglichkeit ihre Erfahrung einzubringen. Ich halte dies als
62 Ausdruck der sozialen Marktwirtschaft für die richtige Lösung.

63 **Frau Merkel:** Wir haben uns vorgenommen ab 2015 Schulden zurückzuzahlen. Die Schulden-
64berge sind entstanden von all unseren Vorgängern, muss man sagen. Spätestens seit den 60er

65 Jahren. Da muss wirklich gearbeitet werden und was wir jetzt geschafft haben in diesen letzten
66 vier Jahren, das ist ja wirklich relativ sensationell. Wir kamen aus der schwersten Wirtschafts-
67 krise, die Deutschland erlebt hat. Wir hatten 2009 noch eine Neuverschuldung angenommen
68 von über 80 Milliarden Euro. Und wir kommen jetzt 2015 zu einem Punkt, wo wir sagen wir
69 können beginnen Schulden zurückzuzahlen. Und diesen Weg möchte ich nicht aufgeben, denn
70 wenn wir jetzt Arbeitsplätze in Gefahr bringen, dann haben wir wieder weniger Steuerzahler.
71 Und wenn wir weniger Steuerzahler haben, haben wir weniger Steuereinnahmen und dann kön-
72 nen wir weder investieren noch Schulden zurückzahlen

73 **Frau Merkel:** Also, das was Horst Seehofer im Auge hat, ist eine Gebühr oder Maut für die
74 Ausländer, das ist europarechtlich schwierig. Er möchte die deutschen Autofahrer keineswegs
75 mehr belasten, weil die ja schon einen erheblichen Anteil auch zahlen, für die Finanzierung
76 sogar des Bundeshaushaltes. Ich glaube, es geht doch darum, dass wir unser Land erstmal nicht
77 so schlecht und in schwarzen Farben dauernd malen. Ich glaube, es geht darum, dass wir unser
78 Land nicht dauernd so schlecht malen, sondern das natürlich die Dinge von den konjunkturellen
79 Entwicklungen abhängen und deshalb weiß ja auch Herr Steinbrück, der damals Finanzminister
80 war, dass wir durch die Konjunkturprogramme 2008 es geschafft haben, ohne große Arbeitslo-
81 sigkeit durch die schwerste Krise zu kommen. Dann hatten wir. Darf ich noch zu Ende reden?
82 Das wir ohne große Verschuldung, ähm, ohne große Arbeitslosigkeit durch die Krise gekom-
83 men sind. Dass natürlich damals durch Kurzarbeitergeld und alles die Verschuldung gewachsen
84 ist, ist doch ganz klar. Und dann haben wir gemeinsam, Herr Steinbrück, einen Haushalt vor-
85 gelegt, der sollte für die nächsten vier Jahre von 2009 an 262 Milliarden neue Schulden machen.
86 Wir haben es mit 100 geschafft, da würde ich mal sagen: das ist ein sensationelles Ergebnis und
87 das darf man nicht aufs Spiel setzen. Und damit sie jetzt zufrieden sind: ich sage nochmal, wir
88 werden einen Weg finden, jetzt heute diskutieren wir erstmal darüber, dass wir in die Lage
89 kommen Koalitionsverhandlungen zu führen, das möchte ich gerne mit Horst Seehofer und
90 auch mit der FDP und dann werden wir ganz sicher einen Weg finden, dass alle miteinander
91 zufrieden sind. Und auch die Autofahrer.

92 **Frau Merkel:** Vielleicht gucken wir noch einmal worum es geht, wenn wir von Griechenland
93 sprechen. Da geht es um die schwerste Krise, die Europa hatte und warum setzt sich Deutsch-
94 land so für die Lösung dieser Krise ein? Weil der Euro Deutschlands Wohlstand sichert. Weil
95 der Euro Deutschlands Arbeitsplätze sichert. Weil das unser ganz individueller Vorteil ist. Und
96 deshalb ist Europa gut für uns und da sind Länder in Schwierigkeiten geraten und die Länder
97 sind in Schwierigkeiten geraten, ich komme gleich dazu, die Länder sind in Schwierigkeiten
98 geraten, weil man in Europa schon bei der Einführung des Euro Fehler gemacht hat und später

99 nicht auf Verlässlichkeit gesetzt hat. Und jetzt haben wir diese Länder unterstützt mit Garantien.
100 Bei Griechenland gab es auch einen freiwilligen Schuldenerlass der privaten Gläubiger. Als das
101 jetzige Griechenland-Paket eingeführt wurde, da hat der Finanzminister bereits darauf hinge-
102 wiesen und das haben die damals vorgelegten Tabellen gezeigt, dass es 2015/2016 noch einen
103 Finanzierungsbedarf gibt. Keiner weiß genau, wie sich Griechenland entwickelt. Keiner weiß
104 genau, wie sich die Dinge in Griechenland entwickeln und ich als Bundeskanzlerin habe die
105 Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass der Reformdruck auf Griechenland nicht nachlässt. Des-
106 halb diskutier‘ ich die Dinge, wenn sie anstehen. Ich sage auch, dass es sein kann, dass es ein
107 neues Griechenlandpaket gibt. Kein Mensch weiß wie groß es ist. Und wir sollten denen erstmal
108 vertrauen, die dort die Begutachtung machen, das ist die sogenannte Troika aus Internationa-
109 lem Währungsfond, Kommission und EZB. Und auf der Grundlage beraten wir dann, wenn es
110 soweit ist. Aber der Finanzminister hat bereits im Herbst 2012 gesagt: „Wir befassen uns nicht
111 zum letzten Mal mit Griechenland im Haushaltsausschuss.“ Und er hat im Parlament gesagt,
112 dass es sehr wohl sein kann, dass es ein weiteres Paket gibt.

113 **Frau Merkel:** Ja, die Konsequenzen kann ich kurz und knapp beantworten: mit mir wird es
114 keine PKW-Maut geben.

115 **Frau Merkel:** Das habe ich schon sehr, sehr lange und in vielen Interviews gesagt. Ich glaube
116 nicht, dass es richtig wäre, die Autofahrer weiter zu belasten. Ich glaube auch nicht, dass es
117 richtig wäre, dem Bund weitere Einnahmen vorzuenthalten. Wir haben genügend Aufgaben, da
118 stimme ich Herrn Steinbrück sehr zu, dass wir investieren müssen. Und insofern, mit mir wird
119 es eine Maut für Autofahrer im Inland nicht geben.

120 **Frau Merkel:** Also ich fand es gut und richtig, dass die SPD die meisten Entscheidungen zu-
121 gestimmt hat. Ist doch gar keine Frage. Das hat sie auch nicht uns zuliebe getan, sondern aus
122 innerer Überzeugung. Das ist auch gut, dass die Sozialdemokraten Europa nicht vergessen in
123 schweren Stunden. Es ist auch völlig unbestritten, dass uns geholfen wurde und das deshalb wir
124 auch helfen. Das ist ja ganz klar. Die Frage ist nur wie helfen wir? Helfen wir indem wir sozu-
125 sagen bedauern äußern über die schwierige Lage in diesen Ländern. Oder helfen wir, indem wir
126 ermuntern zu den notwendigen Reformen. Und es ist doch vollkommen klar, dass Griechenland
127 erhebliche, nicht nur finanzielle Defizite hatte, sondern das der gesamte griechische Staatsauf-
128 bau nicht den Anforderungen entspricht, die man heute in der Eurozone haben muss und da
129 bitteschön möchte ich jetzt doch noch mal ausführen, weil es wirklich ein zentrales Thema ist.
130 Da ist Griechenland aufgenommen worden in die Eurozone ohne dass es die Voraussetzungen
131 erfüllt hat. Da ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt auch ausgesetzt worden. Alles unter Rot-

132 Grün. Und jetzt heißt es doch nicht falsche Solidarität zu zeigen, sondern einem Prinzip zu
133 folgen und dieses Prinzip heißt: Leistung und Gegenleistung. Solidarität und Eigenverantwor-
134 tung. Und wenn wir das nicht durchhalten, dann werden wir sehen, dass diese Länder nicht
135 wieder mehr Arbeitsplätze haben und das ist ja auch vollkommen klar. Wir haben nicht nur dem
136 Rat der Fachkundigen, der sogenannten Troika, Internationaler Währungsfonds und Kommis-
137 sion, europäische Zentralbank, sind wir nicht nur gefolgt. Darauf beruhen ja unsere Program-
138 mentscheidungen. Sondern wir haben und das war ganz wesentlich von der SPD mitgestaltet,
139 ich weiß gar nicht warum Sie das nicht erwähnen: Ein Wachstumspakt verabschiedet. Wir ha-
140 ben die Mittel der europäischen Investitionsbank aufgestockt. Wir haben Strukturfonds flexib-
141 ler eingesetzt. Deutschland wird in den nächsten sieben Jahren mehr für Europa zahlen. Für die
142 Länder, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Aber das Geld muss sinnvoll eingesetzt werden.
143 Es muss Europas Wettbewerbsfähigkeit verbessern und Defizite oberhalb des Stabilitäts- und
144 Wachstumspakts dauerhaft gehen nicht. Deshalb haben Sie ja auch dem Fiskalpakt zugestimmt.
145 Der sagt: wir müssen stärker darauf achten, das Länder sich nicht verschulden und anschließend
146 Investoren gar keine Möglichkeit mehr haben sich so in Europa zu engagieren, dass sie in die
147 Lage versetzt werden dann auch ihr Geld zurückzubekommen.

148 **Frau Merkel:** Ich werfe Ihnen nichts vor. Das ist doch klar, weil Sie fast allem zugestimmt
149 haben und deshalb sage ich ganz einfach, wenn Sie, das muss ich allerdings sagen, Herr Stein-
150 brück. Wenn Sie, angesichts eines schon angekündigten, und Sie können die Protokolle der
151 Ausschüsse nachlesen, nochmaligen, eventuellen Griechenland-Rettungspakets einfach erklä-
152 ren, dass nunmehr die gesamte Europa-Politik gescheitert ist, dann kann ich nur sagen, dann
153 haben Sie wirklich nicht aus Überzeugung zugestimmt und das wissen Sie auch. Und wenn
154 nicht Wahlkampf wäre, hätten Sie so auch nicht gesprochen.

155 **Frau Merkel:** Wir müssen die Dinge mal kurz ordnen.

156 **Frau Merkel:** Die Garantie gilt. Ich glaube da sind wir uns einig. Und was jetzt die Ursachen
157 und Wirkungen anbelangt, das muss man in der Eurokrise schon noch mal genau diskutieren.
158 Wir in Deutschland wissen, dass wenn ein Land nicht mehr wettbewerbsfähig ist die Arbeits-
159 losigkeit steigt und damit die Spirale auch zu mehr Verschuldung und mehr Sorgen der Men-
160 schen beginnt. Deshalb gab es die Agenda 2010 als wir dann über 5 Millionen Arbeitsloses
161 dann später hatten und Gerhard Schröder, ich scheu mich nicht das zu sagen, hat sich um
162 Deutschland verdient gemacht. Wundern tut mich nur, dass die Erfahrung die wir doch gemacht
163 haben, wie es besser geworden ist, und es ist nicht sofort besser geworden, dass haben Sie ja
164 auch gesehen, sondern es hat 2-3 Jahre gedauert. Das man diese Erfahrung jetzt nicht weiter

165 gibt an die anderen Länder, sie ermutigt solche Reformen auch zu machen. Und wir sehen doch
166 jetzt die ersten zarten Pflänzchen des Wachstums und dem wird auch wieder mehr Beschäfti-
167 gung folgen. Das sind die ganz normalen Zyklen, wie sich die Dinge entwickeln und deshalb
168 heißt es diesen Kurs fortzusetzen. Nicht über Vergemeinschaftung von Schuldentilgungsfonds
169 zu sprechen, nicht über Euro Bons zu sprechen. Was immer wieder auch von der Sozialdemo-
170 kratie gemacht wird, sondern einfach zu sagen: Jeder muss seiner Eigenverantwortung gerecht
171 werden. Dann investieren wir in Forschung, dann investieren wir in Infrastruktur, dann inves-
172 tieren wir vor allen Dingen in Bildung der jungen Menschen. Das deutsche Berufsbildungssys-
173 tem wird zurzeit von der Bundesrepublik in all diese Länder exportiert. Ist sehr nachgefragt.
174 Und ein Wort zu den Zinsen. Herr Steinbrück als ehemaliger Finanzminister, weiß es: die Zin-
175 sen in Amerika sind noch geringer. Die Welt fordert und auf, ja, eine Politik zu machen, mit
176 der wir die Konjunktur auch ankurbeln. Und das was im Augenblick schwierig ist und in der
177 Tat für den deutschen Sparer schwierig ist, dass ist, dass in den südeuropäischen Ländern die
178 Zinsen viel höher sind, als bei uns. Und wir sehen jetzt glücklicherweise, dass die deutschen
179 Zinsen auch wieder etwas steigen, die südeuropäischen fallen und das ist dann wieder die Bot-
180 schaft dass der Euroraum wettbewerbsfähiger, gemeinschaftlicher wird. Und was wir erreicht
181 haben, dass man politisch weiß alle Investoren die in die Euroländer investieren wollen: Ja wir
182 stehen zum Euro. Ja wir bringen ihn auf einen Erfolgskurs. Aber ich möchte es so haben, dass
183 wir dann anschließend uns auch noch als Europäer anschließend auf der Welt noch sehen lassen
184 können unsere Produkte verkaufen können und das ist die Strategie und die muss weiter gehen
185 und darüber entscheiden die Zuschauerinnen und Zuschauer.

186 **Frau Merkel:** Erst noch einmal ein Wort zur Steuerhinterziehung, weil es sich gut trifft, dass
187 wir ja am Ende der Woche, die jetzt kommt, das G20-Treffen haben, und weil sich hier die 20
188 größten Wirtschaftsnationen der Welt darauf verständigen werden, dass man der Steuerhinter-
189 ziehung schärfer hinterher sein muss, weil es in der Tat alles andere ist als ein Kavaliersdelikt.
190 Das sei eine Katastrophe wie viel Geld uns verloren geht. Wir werden den automatischen In-
191 formationsaustausch unter allen Ländern vereinbaren und wir werden den Kampf gegen Steu-
192 eroasen, also Plätze an denen multinationale Konzerne zum Beispiel heute sind und überhaupt
193 keine Steuern zahlen, denen werden wir auch einheitlich regeln. Das ist ein riesen Fortschritt
194 und da ist lange dran verhandelt worden. Und dass wir da jetzt einen Schritt vorankommen ist
195 eine wirklich gute Botschaft, für die die in der Tat wirklich ehrlich ihre Steuern zahlen und
196 deshalb glaube ich sollte das noch mal erwähnt werden. Jetzt zu den Arbeitsplätzen. Wir haben
197 29 Millionen fast sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in Deutschland. Das ist eine
198 Zahl, wie wir sie nie hatten. Alleine glaube fast 1,9 Millionen mehr als das 2009 der Fall war.

199 Wir haben jetzt vom Statistischen Bundesamt zum ersten Mal gehört, dass die sogenannten
200 atypischen oder prekären Arbeitsverhältnisse ein wenig zurückgegangen sind. Aber wir haben
201 die gleiche Zahl von zeitlich befristeten Arbeitsplätzen, trotz viel höherer Gesamtarbeitsplatz-
202 zahl und wir haben erlebt, dass durch die Leiharbeit auch viele Menschen in dauerhafte Be-
203 schäftigung gekommen sind. Wir haben aber auch erlebt, dass die, durch die Agenda 2010 ein-
204 geführte Leiharbeit missbraucht wurde, massiv missbraucht wurde. Und deshalb haben wir jetzt
205 einen Mindestlohn in der Leiharbeit eingeführt. Deshalb haben wir gesetzliche verboten, dass
206 man Menschen, die dauerhaft beschäftigt waren, entlässt, die in einer Leiharbeitsfirma einstellt
207 und dann anschließend wieder im selben Betrieb arbeiten lässt. All das geht nicht mehr und das
208 ist richtig und wichtig. Und deshalb glaube ich, dass man sagen muss: es muss einerseits jeder
209 von seiner Arbeit leben können, wenn er Vollzeit arbeitet und andererseits müssen die Chancen
210 bestehen, dass Menschen in Arbeit kommen. Und dieser Weg ist erfolgreich gegangen worden
211 und deshalb glaube ich, dass wir insgesamt auf einem guten Weg sind, Das heißt nicht, dass
212 viele Menschen gerne mehr verdienen möchten und dass wir diese Chancen auch verbessern
213 müssen.

214 **Frau Merkel:** Ich antworte mit einem klaren „Ja“ um dann noch Zeit zu haben, was anderes
215 zu sagen. Ich finde doch, dass wir in der Tat unterschiedliche Konzepte haben, was den Min-
216 destlohn anbelangt. Wir sind uns einig, dass jeder Mensch durch Vollzeitarbeit so viel verdie-
217 nen muss, dass er davon leben kann, dass er nicht aufstocken muss. Ich finde auch, und das ist
218 CDU-Überzeugung, dass man, wenn man arbeitet, mehr haben muss, als wenn man nicht ar-
219 beitet. Und wir wissen dennoch, dass selbst bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro 40 Jahre
220 Arbeit nicht ausreichen, um eine Rente zu bekommen, die oberhalb sozusagen sozialer Zu-
221 schüsse liegt und aus diesem Grunde, und ich kann unser Regierungsprogramm da nur nochmal
222 zur Lektüre empfehlen, steht dort schwarz auf weiß geschrieben, dass jeder der 40 Jahre gear-
223 beitet hat und privat vorgesorgt hat über die Riester-Versicherung, dass der- oder diejenige auch
224 850 Euro Rente bekommen soll, damit wir etwas gegen die Altersarmut tun. Denn es ist nicht
225 fair, wenn man über 40 Jahre arbeitet und wir müssen in der Rente uns darauf vorbereiten, dass
226 der Altersaufbau unserer Gesellschaft sich verändert, dass wir mehr Ältere haben und die Rente
227 muss immer zweimal gerecht sein. Sie muss gerecht sein für die die sie heute bekommen und
228 sie muss aber auch gerecht sein für diejenigen die heute für die Rente aufkommen müssen.

229 **Frau Merkel:** Diese Zahl ist immer noch sehr gering, glücklicherweise, aber sie wird steigen
230 und deshalb haben wir die Antwort, nämlich...

231 **Frau Merkel:** Richtig. Sie ist vor allem deshalb gestiegen, weil diejenigen, die Erwerbsmin-
232 derung haben, also die früher aus dem Berufsleben ausscheiden, heute oft keinen Renten-
233 anspruch haben, der ausreicht. Deshalb müssen wir, und auch das ist Teil unserer Vorhaben, bei
234 der Erwerbsminderungsrente etwas machen, dass diese Menschen bessere Anerkennungszeiten
235 bekommen.

236 **Frau Merkel:** Weil wir jetzt an einem geschlossenen Rentenkonzept arbeiten und weil wir ja
237 auch in den nächsten vier Jahren noch Projekte vor uns haben und darüber sprechen wir heute
238 ja auch, und wir haben einen weiteren Beitrag gegen den Kampf gegen Altersarmut, dass wir
239 nämlich die Rentenankennungszeiten für Mütter, die ihre Kinder vor 1992 bekommen haben,
240 aufstocken wollen, von einem Jahr auf zwei Jahre. Diese Mütter bekommen heute nur 1 Jahr.
241 Alle Mütter, die ihre Kinder nach 1992 bekommen haben, 3 Jahre. Pro Jahr macht das pro
242 Monat ein Volumen, immerhin, von 28 Euro aus. Auch das ist ein Beitrag gegen Altersarmut.
243 Also: Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, 850 Euro für alle die 40 Jahre gearbeitet ha-
244 ben und privat vorgesorgt haben, plus bessere Anerkennung von Rentenerziehungszeiten. Das
245 ist unser Konzept und das werden wir umsetzen.

246 **Frau Merkel:** Also Ich finde da müssen jetzt die Polizisten, die Justizvollzugsbeamten, die
247 Lehrer und alle mal ganz genau hinhören. Das sind oft Menschen, die sehr sehr wenig verdie-
248 nen. Wenn man Pensionen hört denkt man immer an Staatssekretäre oder ähnliches oder an uns.
249 Es sind Menschen die ein sehr kleines Gehalt haben und die müssen jetzt schon mal aufmerk-
250 sam bei der SPD nochmal nachfragen was da in Planung ist, denn diese Pensionen werden
251 versteuert, das ist auch anders als das bei der Rente ist und wir dürfen nicht vergessen, dass
252 viele Menschen, die als Facharbeiter arbeiten auch noch eine Betriebsrente haben. Das heißt,
253 dass man nicht einfach Pension und gesetzliche Rente miteinander vergleichen kann und die
254 überwiegende Mehrzahl von Beamten bei uns in Deutschland sind Menschen mit einem sehr
255 kleinen Gehalt vom Soldaten über den Polizisten bis zum Justizvollzugsbeamten oder gegeben-
256 enfalls auch Feuerwehrmann. Also Achtung kann ich nur sagen.

257 **Frau Merkel:** Absolut das Gegenteil. Und wenn ich sehe, was in diesen Tagen in Fukushima
258 diskutiert wird, dann bin ich noch mehr davon überzeugt, dass es richtig war und ich habe ent-
259 schieden aufgrund einer völlig veränderten Situation. Und diese Entscheidung war dringend
260 notwendig. Ich möchte nur noch ein Wort sagen zu der Bezahlung der Rente: wir haben. Warum
261 haben wir die Anerkennung der Erziehungszeit jetzt noch nicht gemacht? Weil wir am Anfang,
262 vor vier Jahren oder drei Jahren, noch nicht die Puffer, die Rücklagen in der Rentenversicherung
263 hatten wie jetzt. Wir konnten den Rentenversicherungsbeitrag senken, haben trotzdem noch

264 Geld, weil wie so viele Arbeitsplätze haben, weil wir so viel Beschäftigte haben. Und jetzt ist
265 es erst in dieser Situation machbar. Jetzt kommt die Energie.

266 **Frau Merkel:** Wir sind uns einig, dass Strom bezahlbar sein muss. Und das die Versorgung
267 sicher sein muss. Und gleichzeitig will die übergroße Mehrzahl der Menschen in Deutschland
268 erfreulicherweise auch Parteiübergreifend, dass wir die Energiewende schaffen. Und die Welt
269 ist der Überzeugung, schaffen, wenn es einer schaffen kann, dann können es die Deutschen
270 schaffen. Das ist nicht einfach, aber wir können diesen Weg machen, und können damit auch
271 eines Tages bessere Exportchancen haben. Jetzt haben wir über die Jahre mit dem Gesetz der
272 erneuerbaren Energie in der Tat die Umlage immer weiter, hat sich erhöht. Dass die Photovol-
273 taik so eine rasante Entwicklung nimmt, war vor Jahr und Tag nicht bekannt. Als wir noch in
274 der Großen Koalition das Gesetz zur Förderung der Photovoltaik gemacht haben. Ich habe dem
275 genauso zugestimmt wie der Umweltminister Gabriel, haben wir nicht gewusst welcher Boom
276 daraus entsteht. Und jetzt heißt es wir brauchen dringend eine neue Welle des EEG. Ich hätte
277 sie gerne vor der Wahl gemacht, aber da ist es zu keiner Einigung gekommen. Das können nur
278 Bund und Länder gemeinsam. Also müssen wir es unmittelbar danach machen. Und wir müssen
279 den Ausbau erneuerbarer Energien anpassen, an den Ausbau von Leitungssystemen und anpas-
280 sen natürlich auch an die notwendige Grundlastversorgung. Das kann gelingen und dafür müs-
281 sen wir handeln und zwar möglichst morgen und wenn nicht dann sofort nach dem Wahltag.

282 **Frau Merkel:** Ja das kann ich. Wir haben einen Anspruch.

283 **Frau Merkel:** Wir haben einen Anspruch und der heißt, dass jeder Mensch die Gesundheits-
284 versorgung bekommt die er braucht. Und in Deutschland ist dies im großen Ganzen, Einzelfälle
285 kann ich nicht ausschließen, da komme ich gleich drauf, ist dies gewährleistet.

286 **Frau Merkel:** Ich hab mir das in der Vorbereitung natürlich nochmal angeschaut. Das Kran-
287 kengeld steigt Jahr für Jahr. Die Ausgaben für die Hilfsmittel, wozu auch Hörgeräte gehören,
288 auch. Auch die Ausgaben für die Kuren sind in keiner Weise gekürzt worden. Das heißt hier
289 muss natürlich dem Einzelfall nachgegangen werden. Wir haben im Übrigen auch ein Gesetz
290 gemacht, was die Rechte des Patienten stärkt und jeder der sich ungerecht behandelt fühlt, kann
291 sich hier auch bei der Bundesregierung oder bei den zuständigen Bundesausschuss melden. Ich
292 glaube, dass wir insgesamt stolz sein können auf unser Gesundheitswesen. Das wir stolz sein
293 können auf diejenigen die im Gesundheitswesen arbeiten, vor allen Dingen auch die Kranken-
294 schwester. Und ähnliches gilt für die Pflege. Und trotzdem haben wir Probleme, zum Beispiel
295 mit der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Deshalb haben wir ein Gesetz gemacht,
296 was die Versorgung mit Ärzten im ländlichen Raum verbessert. Wir werden sehr stark achten

297 müssen, dass die Telemedizin sich gut entwickelt. Wir haben jetzt gemeinsam übrigens jetzt
298 mit dem Bundesrat gerade 1 Milliarde mehr in die Krankenhäuser gegeben, damit die Tarifstei-
299 gerungen dort aufgefangen werden können. Da muss man weiter arbeiten, das ist gar keine
300 Frage, denn der medizinische Fortschritt ist Gott sei Dank sehr rasant. Aber insgesamt ist unser
301 Gesundheitssystem zuverlässig.

302 **Frau Merkel:** Ich bin auch privat versichert, ja.

303 **Frau Merkel:** Also da möchte ich dann doch etwas dazu sagen. Wir haben ein Pflegeneuord-
304 nungsgesetz verabschiedet. Das weiß, denke ich, Herr Steinbrück auch, weil wir genauso wie
305 die Sozialdemokraten der Meinung sind, jeder Mensch muss in Würde altern können. Wir ha-
306 ben den Demenzbegriff dort zum ersten Mal aufgenommen. Wir haben 650 000 Menschen die
307 mehr Leistungen bekommen. Es gibt zwischen Bund und Ländern ein Bündnis für die bessere
308 Ausbildung von Pflegekräften. Die Bundesagentur für Arbeit tut das, auch in Verlängerung der
309 Konjunkturprogramme, die wir mal gemeinsam beschlossen hatten. Das heißt also, dass auf
310 dem Gebiet nichts passiert ist falsch. Wir wissen allerdings auch, dass die Beiträge zur Pflege-
311 versicherung steigen werden, weil es mehr Menschen gibt die Pflege brauchen. Und das wir
312 auch etwas tun müssen, für den Fachkräfte, oder gegen den Fachkräftemangel. Also für mehr
313 Fachkräfte im Pflegebereich. Bund und Länder arbeiten hier bereits eng zusammen und wir
314 haben in dieser Legislaturperiode auch noch den Mindestlohn für Pflegekräfte eingeführt, damit
315 hier auch kein Dumping mehr nach unten möglich ist. Ich glaube, das sind einige Schritte und
316 das muss weiter entwickelt werden. Das ist völlig klar.

317 **Frau Merkel:** Also das Betreuungsgeld stammt aus der Zeit, aus der wir den Rechtsanspruch
318 auf einen Kita-Platz festgelegt haben. Das hat gar nichts mit den Verhandlungen mit Horst
319 Seehofer zu tun. Und das war nun in der Tat ein Vorschlag unserer Arbeitsministerin Ursula
320 von der Leyen damals zu sagen „Wir brauchen ausreichend Kinderbetreuungsplätze für Kinder
321 unter 3 Jahren.“ Die haben wir glücklicherweise jetzt wirklich in hohem Maße geschaffen. Das
322 wird weiter geschehen müssen. Über 800 000 neue Plätze. Und in dem Zusammenhang, weil
323 wir über überzeugt sind, dass Familien selbst entscheiden sollen, wie sie leben wollen, das ist
324 meine tiefe Überzeugung, haben wir in einem Gesamtpaket gesagt „Rechtsanspruch für jeden
325 der es möchte und jede die es möchte, auf einen Kita-Platz“. Und diejenigen die keinerlei staat-
326 liche Förderung für die Kinderbetreuung in Anspruch nehmen, bekommen das Betreuungsgeld,
327 unbeschadet der Frage, ob die Mutter oder der Vater arbeiten gehen oder nicht arbeiten gehen.
328 Und deshalb glaube ich ist uns hier etwas ganz ganz Wichtiges gelungen, denn jeder der Be-
329 treuung nachfragen möchte, hat jetzt das Recht darauf. Und ich bin eigentlich sehr froh. Wir

330 sollten nicht mehr alles in den düstersten Farben schildern, dass da ein gewisser Fortschritt
331 erzielt wurde.

332 **Frau Merkel:** Also das waren ja und sind schwerwiegende Vorwürfe und selbstverständlich
333 sind wir denen nachgegangen. Und, in der Tat, Herr Steinbrück, ich handle nicht erst und dann
334 denk ich nach, sondern ich mach das umgekehrt und denke erst mal nach, dann entscheide ich
335 und dann handle ich. Und in dem Falle ging es darum: Erstens, wird auf deutschem Boden
336 deutsches Recht eingehalten. Da hatten wir viele Fragen an die Amerikaner. Und der NSA hat
337 und hier Auskunft gegeben, auch gedeckt durch die zuständigen Mitarbeiter im Weißen Haus.
338 Also darauf muss ich erst mal vertrauen. Ich hab jedenfalls keinen Anlass, dem nicht zu ver-
339 trauen. Und wenn neue Vorwürfe aufkommen, werde ich dem natürlich sofort nachgehen. Es
340 ist erst einmal festzuhalten. Wenn es um Amtseide geht finde ich es schon wichtig: auf deut-
341 schem Boden haben wir im Augenblick keinen Anlass, zu sehen, dass die NSA flächendeckend
342 Deutsche ausspioniert. Richtig ist, was Herr Steinbrück sagt, dass außerhalb des deutschen
343 Staatsgebietes wir Länder haben, die ein völlig anderes Datenschutzrecht haben. Zum Beispiel
344 Großbritannien, zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika, zum Beispiel Irland. Und
345 deshalb ist die Sache natürlich sozusagen in mehreren Punkten abzuarbeiten: was passiert auf
346 deutschem Staatsgebiet und was passiert zum Beispiel in Europa. Und da arbeiten wir an einer
347 gemeinsamen Datenschutzverordnung für Europa, bei der wir als Deutsche sofort gesagt haben:
348 Wir müssen, wir werden dabei auch von Frankreich unterstützt, wir müssen sicherstellen, dass
349 Internetunternehmen, die in Europa tätig sind und Daten an dritte Staaten weitergeben, uns den
350 Europäern dies auch mitteilen, darauf verhandeln wir und das muss mit Intensität weiterge-
351 macht werden.

352 **Frau Merkel:** Also noch einmal, wenn Sie diese Mail schreiben und sie geht über die USA,
353 gelten unterwegs die Datenschutzrechte der Staaten, die dort...

354 **Frau Merkel:** Das kann sein, wenn das nach dem Datenschutzrecht. Ich weiß nicht. Nein, ob
355 sie gelesen wird, in welcher Weise sie erfasst wird. Jedes Land hat seine eigenen Dinge und
356 deshalb verhandeln wir international und deshalb hat zum Beispiel die Telekom Vorschläge
357 gemacht, wie man transparenter auch sehen kann, dass seine Mails nicht über den Atlantik erst-
358 mal gehen. Also hier haben wir noch viel zu arbeiten, ist doch gar keine Frage.

359 **Frau Merkel:** Also ich habe viele Dinge in dem Ausmaß nicht gesehen, das muss ich ganz
360 ehrlich sagen. Und bin sehr froh, dass es ja zum Beispiel in Amerika auch eine inneramerika-
361 nische Diskussion gibt, dass es Internetunternehmen gibt, die auch jetzt mal mit der Sprache

362 rausrücken und sagen, wie sie sich bedrängt fühlen. Und diese Diskussion wird uns auch helfen,
363 internationale Abkommen hinzubekommen.

364 **Frau Merkel:** Das habe ich jetzt wiederum nicht gesagt. Ich sage nur, dass wir den internatio-
365 nalen Datenschutz verstärken müssen. Und ob Herr Snowden nicht vielleicht auch ändern hätte
366 erzählen können, das möchte ich jetzt nicht bewerten.

367 **Frau Merkel:** Das ist ja auch grad der Grund, warum wir Abkommen wollen.

368 **Frau Merkel:** Also von Lässigkeit kann im Umgang überhaupt gar keine Rede sein, sondern
369 wir verhandeln mit Nachdruck, dass wir erst mal in Europa ein einheitliches Datenschutzrecht
370 bekommen. Da haben wir schon alle Hände voll zu tun. Und dann auch ein internationales Ab-
371 kommen. Und genau deshalb, weil wir nicht in jedem Einzelfall, wie wir es jetzt zum Beispiel
372 haben in Bad Aibling, einem Standort des BND, wo dann gesagt wird, wir halten deutsches
373 Recht ein. Sondern, weil wir es Schwarz auf Weiß haben wollen. Weil natürlich doch Vertrauen
374 verloren gegangen ist durch die ganzen Vorwürfe. Das sage ich auch, selbstverständlich. Ich
375 glaube, das sagen nicht nur wir hier, sondern das sagen sogar viele Menschen in Amerika. Und
376 die Internetfirmen sind ja geradezu froh, dass sie jetzt mal sozusagen rausrücken können, was
377 für Auflagen sie zum Teil auch haben.

378 **Frau Merkel:** Nein. Deutschland wird sich nicht beteiligen. Und Deutschland kann sich im
379 Übrigen auch nur beteiligen, wenn es ein NATO-Mandat gibt oder ein UN-Mandat gibt oder
380 ein europäisches Mandat. Wir versuchen alles. Und da bin ich deshalb auch sehr froh, dass wir
381 dafür Tage Zeit haben, dass wir den UN-Prozess jetzt nochmal in Gang zu bringen. Selbstver-
382 ständlich werde ich, so wie jetzt schon in dieser Woche mit dem russischen Präsidenten telefo-
383 niert habe, am Rande von G20 viele Gespräche führen. Wir haben schon das ganze G8 Treffen
384 im Juli damit verbracht, dass wir uns mit Syrien sehr stark beschäftigt haben und es muss ein
385 politischer Prozess in Gang kommen. Deutschland wird sich aber in keinem Fall an der Sache
386 beteiligen. Dennoch brauchen wir aber eine kollektive Antwort der UNO, auf den Missbrauch
387 und die Verletzung des Chemiewaffenabkommens und des Chemieeinsatzes. Und das ist nicht
388 irgendein kleines Vorkommnis, das ist ein wahnsinniges Verbrechen. Das ist eine Konvention
389 von 1925, die hier einfach gebrochen wurde. Da werde ich mit dem russischen Präsidenten und
390 dem chinesischem Präsidenten alles daran setzen, dass wir hier eine gemeinsame Antwort der
391 Vereinten Nationen bekommen.

392 **Frau Merkel:** Entschuldigung. Bei der UNO sind wir immer dabei. Wir sind dafür und das ist
393 Deutschlands Aufgabe. Eine gemeinsame Haltung der Völkergemeinschaft zu finden und alles

394 zu tun, damit die Völkergemeinschaft auf so einen Vorfall nicht gespalten reagiert und da wird
395 sich Deutschland als Mittler einbringen.

396 **Frau Merkel:** Ich möchte gerne die christlich-liberale Koalition fortsetzen. Das ist richtig. Ich
397 finde auch Herr Steinbrück kann sagen was er will, man muss ja niemanden zu was zwingen.
398 Ich möchte auch keine Große Koalition. Niemand strebt sie an. Ich finde nur die Begründung,
399 dafür das die SPD keine Große Koalition will, komisch, weil dann immer gesagt wird, das war
400 schlecht für meine Partei. Es geht immer als erstes um das Land, dann um die Partei und dann
401 um die Person. Und das finde ich beschwerlich, dass Herr Steinbrück offensichtlich sagt, mir
402 ist eine Koalition dann richtig und wichtig, wenn sie meiner Partei dient. Und ich sage ganz
403 einfach, eine Koalition muss dem Land dienen und das hat die christlich-liberale Koalition bes-
404 ser als die Große Koalition, obwohl die zu gegebener Zeit, damals in der Wirtschaftskrise da-
405 mals auch gut gearbeitet hat.

406 **Frau Merkel:** Ich habe gesagt ich möchte diese Koalition fortsetzen und da sich unter Journa-
407 listen eingebürgert hat, dass man sozusagen die höchste Steigerungsstufe wählen muss damit
408 man sie auch überzeugt, sage ich: allervollstes Vertrauen, dass ich diese Koalition mit der FDP
409 fortsetzen möchte, weil ich glaube, dass sie auch die einzige ist, die zu stabilen Verhältnissen
410 in Deutschland führen wird.

411 **Frau Merkel:** Wir haben nicht besonders erquicklich angefangen und sind jetzt zusammen
412 gewachsen. Wir haben in der Sache viele Erfolge gehabt. Deshalb habe ich gesagt die erfolg-
413 reichste Regierung. Für mich sind Arbeitsplätze sehr wichtig. Für mich ist Konsolidierung des
414 Haushaltes wichtig. Wir haben mehr für Forschung und Bildung ausgegeben. 13 Milliarden
415 alleine in dieser Legislaturperiode. Das alles sind Dinge, die Deutschlands Zukunft gestalten
416 und dass ist das was zählt. Im Übrigen haben wir bereits im Mietbereich was beschlossen. Näm-
417 lich die Kappung der Mietanstiege für diejenigen, die in einer Wohnung wohnen. Also ich bin
418 ganz optimistisch, dass wir die zentralen Probleme Deutschlands weiter lösen können.

419 **Frau Merkel:** Ich glaube man muss den Zuschauern nur nochmal sagen, dass Herr Steinbrück
420 über die Frage ob es Rot-Rot-Grün gibt, gar nicht mehr entscheiden wird. Das werden wenn
421 dann andere in seiner Partei tun.

422 **Frau Merkel:** Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir haben die Argumente heute Abend
423 ausgetauscht und jetzt sind Sie dran und können wählen. Sie kennen mich und Sie wissen, was
424 ich anpacken möchte und wie ich das mache. Und wir hatten vier gute Jahre für Deutschland

425 und ich möchte, dass auch die nächsten Jahre gute Jahre werden. Wir können das nur gemein-
426 sam schaffen, erfolgreich zu sein. Ich möchte, dass wir eine starke Wirtschaft haben. Ich
427 möchte, dass wir gute Arbeit haben. Ich möchte, dass wir mehr Bildung haben und ich möchte
428 neue Ideen. Gewiss möchte ich nicht höhere Steuern und neue Belastungen. Ich möchte ein
429 Deutschland, als größte Volkswirtschaft Europas sich dafür einsetzt, Mittler und Partner zu
430 sein. Gerade jetzt in Zeiten der Krise. Ich möchte ein Deutschland, dass sich so darstellt, dass
431 die Stärkeren den Schwächeren helfen, dass diejenigen die etwas leisten, auch wirklich belohnt
432 werden und dass wir unseren Kindern die besten Chancen bieten. Wenn Sie möchten, dass ich
433 auch weiter als Ihre Bundeskanzlerin arbeiten kann, dann bitte ich Sie um Ihre Unterstützung
434 und Ihre beiden Stimmen für die CDU. Wir können das alles nur gemeinsam schaffen. Und
435 jetzt wünsche ich Ihnen einen schönen Abend.

Dr. Angela Merkel Elefantenrunde 2013: AME13

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=WUU-eIJ7LMw> (eigene Transkription)

- 1 **Frau Merkel:** Also erst einmal werden Sie es mir abnehmen, dass ich mich freue über
2 unser Ergebnis und dass ich auch allen Wählerinnen und Wählern herzlich danken
3 möchte, dass Sie uns das Vertrauen gegeben haben. Und ich habe heute schon an anderer
4 Stelle gesagt: Wir werden mit diesem Vertrauen sehr sorgfältig umgehen. Wir müssen
5 jetzt das Endergebnis abwarten, was sich ergeben wird im Laufe des Abends. Und dann
6 werden wir weitersehen, was wir tun. Und ansonsten bedauere ich natürlich, wenn die
7 FDP nicht in den Bundestag kommen sollte. Auch da ist ja noch nicht das letzte Wort
8 gesprochen. Und wir haben zusammen gute Arbeit geleistet. Und ansonsten wird es noch
9 umfangreiche Analysen noch in den nächsten Tagen geben.
- 10 **Frau Merkel:** Nein das war kein Fehler. Das ist ganz selbstverständlich, dass Parteien
11 für sich werben. Allemal nach dem neuen Wahlrecht, wo die Zweitstimme auch noch mal
12 eine ganz andere Bedeutung hat. Und nehmen Sie es mir einfach mal ab: Ich freue mich
13 heute Abend erst einmal und das auch noch ein paar Stunden.
- 14 **Frau Merkel:** Ich möchte heute Abend all diese Spekulationen nicht beantworten, weil
15 ich wirklich auf das Endergebnis abwarten möchte. Dann möchte ich in meinen Gremien
16 die Dinge besprechen und dann muss man sehen wie wir weiterverfahren. Ich glaube,
17 dass das jetzt kein endgültiges Ergebnis ist und warten wir erstmal ab. Morgen werden
18 wir Ihnen dazu Auskunft geben.
- 19 **Frau Merkel:** Na auf jeden Fall das Endergebnis.
- 20 **Frau Merkel:** Das würde von uns gar nicht alleine abhängen. Vielleicht findet sich ja gar
21 keiner, der mit uns etwas machen möchte.
- 22 **Frau Merkel:** Wenn ich das nochmal sagen darf. Lassen Sie uns die Spekulationen weg.
23 Ich glaube da wird sich nochmal was ändern am Abend.
- 24 **Frau Merkel:** Also ich bin ja für vieles verantwortlich aber ich glaube ich bin nicht für
25 alles verantwortlich. Ich bedaure das, weil ich glaube, dass die liberale Partei dem Deut-
26 schen Bundestag immer gut getan hat. Und hätte mir wirklich von Herzen gewünscht,

27 dass die Liberale Partei, die FDP einzieht. Ich glaube auf der anderen Seite, dass die Li-
28 berale Partei in ihrer Geschichte immer wieder gezeigt hat, dass sie das aus eigener Kraft
29 kann. Und dass es überhaupt noch nie eine solche Diskussion gegeben hat, dass wir ge-
30 radezu unionsseitig verpflichtet wären, dazu aufzurufen FDP zu wählen. Ich kann mich
31 in meiner ganzen politischen Zeit daran nicht erinnern. Das die FDP sich um Zweitstim-
32 men bemüht hat, das ist klar. Da gab es ja zum Beispiel im Wahlkreis Bonn sogar Ab-
33 sprachen mit Unionsleuten. Aber das CDU seitig sozusagen gebeten wurde eine andere
34 Partei als die eigene zu wählen, dass kenn ich nicht. Und ich glaube die Ergebnisse sind
35 ja auch relativ knapp. Und deshalb bedaure ich es nochmal, aber ich kann mich dafür
36 nicht verantwortlich fühlen.

37 **Frau Merkel:** Herr Frey. Ich hab darum gebeten, dass ich erstmal das Endergebnis kenne.
38 Ich finde, das ist legitim. Damit man sagen kann, hat man eine absolute Mehrheit oder
39 nicht. Ich bin heute erfreut über unser Wahlergebnis. Hab mich ehrlich gesagt im Vorfeld
40 nicht Fragen von absoluten Mehrheiten beschäftigt. So. Das ist das erste. Das zweite ist,
41 dass es guter Brauch ist, in Parteien und da wir das auch mit der CSU zusammen machen,
42 dass wir in Kenntnis des Endergebnisses uns dann beraten werden, wie gehen wir strate-
43 gisch vor. Selbst wenn wir keine absolute Mehrheit haben, wovon ich jetzt mal ausgehe,
44 dann haben wir verschiedene Möglichkeiten der Gespräche. Und dann werden wir das
45 einheitlich besprechen und dann weitermachen. Aber Schritt für Schritt.

46 **Frau Merkel:** Also ich will vielleicht nochmal sagen, dass wir in der Christlich-Libera-
47 len-Koalition wirklich viele gemeinsame Erfolge hatten. Jeder hat da seine Handschrift
48 mit eingebracht. Wir haben immerhin 1,5 Millionen neue sozialversicherungspflichtige
49 Verhältnisse in Deutschland. Und bei allen Schwierigkeiten, die ich gar nicht in Abrede
50 stelle: von Leiharbeit, von Werkverträgen. Wo man auch viel Entwicklung immer wieder
51 aufgreifen muss, ist auch im Land eine Stimmung, wo viele Menschen auch sehen, dass
52 es vorangegangen ist. Und auch das muss ab und zu mal gesagt werden. Das ist manch-
53 mal, vielleicht auch in den letzten Wochen, völlig untergegangen. Und das heißt ja nicht,
54 dass man nicht weiter arbeiten muss. Und auch die FDP, weil sie heute Abend nicht dabei
55 sein kann, will ich sagen, hat sich in diese Regierungsarbeit mit eingebracht. Das sind
56 unsere gemeinsamen Erfolge gewesen. Und in der Europa-Politik haben wir viele Ge-
57 meinsamkeiten gehabt. Und auch mit der Opposition, das ist ja gar keine Frage. Jetzt will

58 ich nur deutliche machen: Ich habe bisher immer wieder gehört was mit der SPD so dra-
59 matisches passiert ist, als wir in der Großen Koalition zusammen gearbeitet haben und
60 dann will ich einfach sagen: Die SPD wird sich das heutige Ergebnis angucken und viel-
61 leicht auch sehen, dass es allein an mir nicht gelegen haben kann, dass es so war wie es
62 jetzt ist. Und sie war jetzt ja vier Jahre völlig frei und konnte alles machen was sie wollte.
63 Und insofern kann ich dafür nicht die volle Verantwortung übernehmen. Und ich sage
64 heute Abend nur eins: Es gibt viele, viele Menschen in Deutschland, die finden auch an-
65 gesichts der Schwierigkeiten die es um uns herum gibt, auch in einem bei allen Schwä-
66 chen, ganz gutem Land leben. Und vielleicht sollten wir das auch ab und zu trauen zu
67 sagen und nicht nur darüber sprechen was so dramatisch schlecht ist. Die Menschen fah-
68 ren in Urlaub in andere Länder. Sie sehen bestimmte Dinge. Sie sind vielleicht auch oft
69 realistisch und ich will überhaupt nicht alles beschönigen, aber so zu tun als wären wir
70 ungefähr eines der schwierigsten Länder auf der Welt, das ist auch ein bisschen kompli-
71 ziert.

72 **Frau Merkel:** Herr Steinbrück und Herr Trittin haben mich gut verstanden. Ich habe in
73 meiner höflichen Art versucht zu sagen, dass die Differenz des SPD-Ergebnisses zwi-
74 schen heute und nach der Großen Koalition, nicht so ist, dass man nicht alles bei mir
75 abladen kann.

76 **Frau Merkel:** Also. Das hat der Bundesfinanzminister im November des Jahres 2012 das
77 erste Mal gesagt. Ich habe mir alle Protokolle des Haushaltsausschusses, des Europaaus-
78 schusses angesehen. Er hat es im Deutschen Bundestag gesagt. Es ist dann vielleicht in
79 Vergessenheit geraten und in seiner ehrlichen Art hat er es unaufgefordert dann nochmal
80 gesagt. Worauf es ja tagelang debattiert wurde in allen Facetten. Und der Wähler und die
81 Wählerin waren sich völlig darüber im Klaren. Ob es uns jetzt europapolitisch genutzt
82 hat, dass wir so getan haben, als hätten wir davon noch nie was gehört, dass das Thema
83 Griechenland noch einmal auf die Tagesordnung kommen könnte, das weiß ich nicht.
84 Aber das ist egal. Keiner kann sagen, davon ist nicht gesprochen worden. Wir haben im-
85 mer und werden das auch weiter tun, über das was wir absehen können, gesprochen. Das
86 was ich nicht absehen kann, kann ich nicht besprechen. Und wir dürfen auch den Druck
87 auf die Reformen nicht vorzeitig weglassen. Wir haben jetzt zum Beispiel Diskussionen
88 in Slowenien, wo es um Bankfragen geht, wo es um Reformfragen geht. Wir haben ja in

89 Deutschland mit der Agenda 2010, das war mein Vorgänger Gerhard Schröder, auch viele
90 Reformen gemacht, die für viele Menschen sehr schwierig waren. Und die Rente mit 67
91 ist bei uns ungefähr so populär wie sie das in anderen Ländern Europas auch ist. Und
92 deswegen sage ich: wenn ich weiß, dass etwas etwas kostet dann werde ich was sagen.
93 Aber ich werde nicht vorsorglich etwas sagen, dass ich noch gar nicht weiß.

94 **Frau Merkel:** Ja. Das gibt es manchmal. Aber es gab auch schon früher in meinem poli-
95 tischen Leben Sachen, wo Züge aufeinander zugerollt sind und dann hat man Lösungen
96 gefunden. Wir werden eine finden, regierungsbildend. Wir werden daran nicht scheitern.
97 Ich finde nur, was wir jetzt nicht machen sollten: Wenn Ihre letzten Hochrechnungen
98 deutlich sagen, dass es keine absolute Mehrheit gibt. Dass wir nicht die Diskussion füh-
99 ren, als würden die Hochrechnungen etwas anderes sagen. Sie haben ja ein gewisses In-
100 formationsmonopol hier und das hat Ihnen ja erstmal gesagt, dass es knapp nicht so ist.
101 Das heißt also, die Koalitionsverhandlungen werden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht
102 zwischen uns beiden geführt. Und machen Sie sich keine Sorgen. Wir werden eine Lö-
103 sung finden. Der deutsche Autofahrer wird nicht mehr belastet. Wir brauchen mehr Geld
104 in den Infrastrukturfragen. Das ist unbestritten. Das ist ja weitgehend auch von alles so
105 gesagt worden in diesem Wahlkampf. Und den Rest besprechen wir.

106 **Frau Merkel:** Herr Frey. Das beantwortet sich doch von alleine, dass man sich um eine
107 stabile Regierung bemüht. Das ist doch selbstverständlich.

108 **Frau Merkel:** Ich suche nicht um Hilfe. Ich nehme die Verhältnisse so wie sie sind.
109 Deutschland ist auch ein Land, das nicht bekannt ist dafür absolute Mehrheiten zu haben
110 und dann wird man selbstverständlich Gespräche führen. Ich habe heute Abend gesagt
111 und ich möchte es gerne noch mal wiederholen: Die Union hat einen großen Vertrauens-
112 vorschuss von den Wählerinnen und Wählern bekommen und damit werden wir sehr ver-
113 antwortlich umgehen. Und wenn Sie gestern die Leute gefragt hätten, ob sie mit einer
114 absoluten Mehrheit rechnen hätten die meisten Ihnen gesagt „Nein“. Und das gehört mit
115 zu dem verantwortlichen Umgang und ich bin lange genug auch in der Politik um zu
116 wissen das Mehrheiten heute und gute Ergebnisse sehr flüchtig sind und ich werde alles
117 tun, damit der große Zuspruch den die Union heute bekommen hat, CDU und CSU, dass
118 wir damit die Menschen nicht enttäuschen.

119 **Frau Merkel:** Also ich weiß gar nicht. Wir werden selbstverständlich was wir uns vor-
120 nehmen, so wie ein Regierungsprogramm verschriftlicht haben, um noch mal etwas tech-
121 nisch zu sagen und Sie das alles nachlesen konnten. So wird man alles was man mitei-
122 nander bespricht aber die Frage stellt sich nicht. Glauben Sie es mir. Wir werden morgen
123 andere Fragen diskutieren. Und ich werde mich jedenfalls, in Absprache auch mit Horst
124 Seehofer, mit Gerda Hasselfeldt, mit Volker Kauder um stabile Verhältnisse in Deutsch-
125 land bemühen und keine Vabanque-Spiele eingehen.

126 **Frau Merkel:** Ja da bin ich ganz sicher. Wenn ich gewählt bin habe ich das den Wähle-
127 rinnen und Wählern gesagt. Das gehört auch zum vertrauensvollen Umgang mit den Stim-
128 men, die mir gegeben wurden, oder die uns als Union gegeben wurden, dass ich für die
129 vier Jahre zu Verfügung stehe. Ja. Es gibt nur. Was soll ich machen wenn geschrieben
130 wird „glauben Sie kein Dementi“, was soll ich da machen? Ich kann es nur den Menschen
131 immer wieder sagen und sie scheinen es mir auch geglaubt zu haben.

132 **Frau Merkel:** Ich sehe jetzt, dass wir heute ein sehr überwältigendes Votum der Wähle-
133 rinnen und Wähler bekommen haben, mitzugestalten die Politik in Deutschland. Ich sehe
134 die nächsten vier Jahre vor mir. Ich darf Ihnen versprechen, dass da viele Aufgaben auf
135 uns zukommen werden. Sowohl im Innern, als auch in Europa, als auch auf der Welt.
136 Und insofern ist meine Phantasie jetzt bis 2017 erstmal voll ausgelastet. Und darüber
137 hinaus bin ich nicht in der Lage zu denken heute Abend.

Gerda Hasselfeldt Elefantenrunde 2013: GHE13

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=WUU-eIJ7LMw> (eigene Transkription)

1 **Frau Hasselfeldt:** Also zu Furcht ist zwischen CDU und CSU ist überhaupt kein Anlass.
2 Wir haben in all diesen Jahren hervorragend zusammen gearbeitet und gerade auch in
3 dieser Legislaturperiode. Wir können über jedes Thema sprechen. Aber wir haben einen
4 gemeinsamen Wahlkampf geführt. Wir freuen uns gemeinsam. Wir freuen uns gemein-
5 sam über diesen großen Erfolg und Vertrauensbeweis. Und er hängt ganz wesentlich auch
6 mit der Bundeskanzlerin zusammen und deshalb will ich auch Ihr persönlich, nicht nur
7 der Union gesamt, sondern ihr persönlich dazu ganz herzlich gratulieren.

8 **Frau Hasselfeldt:** Also gehen Sie zunächst einmal davon aus, dass ist für mich ganz
9 wichtig, dass wir mit diesem guten Ergebnis verantwortungsvoll umgehen werden. Das
10 wir sehr wohl wissen wem wir das zu verdanken haben, nämlich dem großen Vertrauen
11 der Menschen in unsere bisherige Politik. Und das gilt für die inländische Politik, für die
12 Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik, die Sozialpolitik, genauso wie für die Europa-Poli-
13 tik. Das heißt: der Kurs, der bisher in den letzten 4 Jahren eingeschlagen wurde, der hat
14 sich bewährt, den haben die Menschen als richtig erkannt.

15 **Frau Hasselfeldt:** Wir haben auch in dieser Legislaturperiode schon eine ganze Menge
16 eingebracht. Beispielsweise das Betreuungsgeld in der Familienpolitik. Das heißt deutlich
17 gemacht. Es geht nicht nur um die Kinderbetreuung, die der Staat organisiert, der ist auch
18 ausgebaut worden dieser Bedarf und die Kindertagesstätten sind ausgebaut worden, son-
19 dern es geht auch um die gleiche Bewertung der Erziehungstätigkeit, die nicht in den
20 Kindertagesstätten gemacht wird. Das ist zum Beispiel Handschrift der CSU. Eine andere
21 Handschrift der CSU war und wird bleiben: die besseren Verkehrsinvestitionen, die Ver-
22 besserung der Verkehrsinfrastruktur und die Mütterrente, die wir in den letzten Monaten
23 dann noch eingebracht haben. Im gemeinsamen Regierungsprogramm verankert haben
24 und dies wird als erstes auch mit umgesetzt werden müssen.

25 **Frau Hasselfeldt:** Ich bin erstaunt, dass Sie überhaupt auf eine solche Idee kommen. Sie
26 sehen ja daraus, dass wir aus der gemeinsamen Arbeit, gerade in diese Legislaturperiode
27 gemeinsam gestärkt hervorgegangen sind. Wir haben als CSU enorm zugewonnen, um
28 die 50 Prozent jetzt in Bayern. Wir stehen noch besser da, bei der Bundestagswahl als

29 sogar eine Woche vorher bei der Landtagswahl. Und die CDU hat genauso zugenommen.
30 Wir haben gemeinsam gewonnen. Nach einer gemeinsamen Arbeit.

31 **Frau Hasselfeldt:** Das ist überhaupt kein Geheimnis, dass für uns die PKW-Maut für
32 Ausländer ein wichtiges Anliegen ist. Das hat unser Parteivorsitzender deutlich gemacht.
33 Wir haben das in mehreren Parteitagsbeschlüssen auch zum Ausdruck gebracht. Und es
34 hat auch im Wahlkampf eine große Rolle gespielt. Und zwar aus zwei Gründen wollen
35 wir das: und zwar nämlich weil wir einmal, unbestritten übrigens, mehr Investitionen im
36 Verkehrshaushalt brauchen und dafür mehr Mittel. Und zum zweiten weil wir in Öster-
37 reich, in Italien und in vielen anderen europäischen Ländern eine Maut oder Vignette zu
38 bezahlen haben. Umgekehrt die Ausländer die unsere Autobahnen benutzen aber nicht.
39 Aus diesen beiden Gründen ist unser Vorschlag berechtigt und dann müssen wir sehen
40 wie wir in den Koalitionsverhandlungen zu einem guten Ergebnis kommen. Ich bin da
41 sehr zuversichtlich, weil das Anliegen ja da ist um das Problem zu lösen.

42 **Frau Hasselfeldt:** Es geht nicht um die bayerischen Straßen. Deshalb habe ich den Kopf
43 geschüttelt, sondern um den Infrastrukturbedarf im ganzen Bundesgebiet. Und seien Sie
44 zuversichtlich, so wie wir es auch sind, dass wir eine gute Lösung finden werden.

45 **Frau Hasselfeldt:** Das ist auch noch nicht endgültig besprochen. Auch noch nicht auf
46 Europa-Ebene besprochen worden.

47 **Frau Hasselfeldt:** Jetzt lassen Sie uns doch zuerst einmal das Ergebnis abwarten und
48 dann reden wir über Dinge wie es rein formell weiter geht.

Jens Spahn Bundestag Dezember 2013 (CDU/CSU): JSB1213

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18005.pdf>

1 Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Koalition ist im Amt, und
2 wir beginnen gleich intensiv mit der inhaltlichen Arbeit, nämlich der Gesetzgebung im
3 Gesundheitsbereich.

4 Wir setzen mit diesen beiden Entwürfen für Arzneimittelgesetze zum einen das um, was
5 wir zwischen den Koalitionspartnern vereinbart haben. Viel wichtiger ist aber: Wir setzen
6 damit zum anderen auch das um, was in den Debatten der letzten Monate – ich glaube,
7 fraktionsübergreifend von denjenigen, die die gesundheitspolitischen Debatten verfolgen
8 – als das Richtige erkannt worden ist.

9 Worum geht es? Wir haben das jahrzehntelange Preismonopol der Pharmaindustrie in
10 Deutschland mit dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz ab 2011 im Grunde gebro-
11 chen und erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik gesagt: Ein neues Arzneimittel
12 hat nicht den Preis, den der Hersteller für die Patentlaufzeit festsetzt. – Wir sind die Tat-
13 sache angegangen, dass es in Deutschland – das wurde vielfach gesagt – die höchsten
14 Arzneimittelpreise in Europa gibt, und haben beschlossen, dass sich ein neues Arzneimit-
15 tel in Zukunft beweisen und zeigen muss, dass es besser als die Medikamente ist, die
16 bereits auf dem Markt sind. Deswegen führen wir eine Nutzenbewertung durch, anschlie-
17 ßend wird der Preis auf Basis dieser Nutzenbewertung verhandelt und festgelegt. Im Zuge
18 der Umsetzung dieses Gesetzes haben wir gesagt: Das soll auch für Medikamente gelten,
19 die schon vor 2011 auf dem Markt gewesen sind.

20 Nun stellt sich heraus – das bestreitet auch niemand –, dass es bei diesem sogenannten
21 Bestandsmarkt, also den Medikamenten von vor 2011, rechtliche, verfahrenstechnische
22 und auch praktische Probleme bei der Umsetzung einer solchen Nutzenbewertung gibt.
23 Deswegen und weil es für Hunderttausende Patientinnen und Patienten in Deutschland
24 Folgen hätte, deren Medikamente möglicherweise nicht mehr verfügbar wären, wenn die
25 Dinge nicht wissenschaftlich fundiert nach alter Rechtslage abgehandelt werden können,
26 macht es aus unserer Sicht Sinn, dass wir diesen Bestandsmarktaufruf beenden. Das ist
27 Bestandteil des einen Gesetzentwurfes.

1 Gleichzeitig sagen wir aber: Das, was wir im Bereich der Arzneimittel sparen wollten und
2 wollen, werden wir durch andere Instrumente im Sinne der Versicherten und der Bei-
3 tragszahler einsparen. Deswegen wollen wir das sogenannte Preismoratorium fortsetzen.
4 Das heißt, für diese Medikamente gilt der Preis vom 1. August 2009 weiter fort. Das
5 würde sonst zum Ende dieses Jahres beendet werden.

6 Das werden wir durch die Gesetzgebung jetzt recht zügig regeln können. Ich danke Grü-
7 nen und Linken in der Opposition ausdrücklich dafür, dass sie verfahrenstechnisch nichts
8 dagegen haben, sodass wir das noch in diesem Jahr sehr kurzfristig – heute in erster Le-
9 sung und morgen in zweiter und dritter Lesung – beenden und rechtssicher regeln können.
10 Denn es besteht Konsens darüber, dass die Preise in diesem Bereich Anfang des Jahres
11 nicht steigen sollen.

12 Wir wollen die Preise dann erst einmal bis 2017 auf diesem Niveau einfrieren und gleich-
13 zeitig den Zwangsrabatt von 6 auf 7 Prozent erhöhen. Er ist schließlich dem sehr hohen
14 Umsatz, den die Pharmaindustrie mit der gesetzlichen Krankenversicherung macht, ge-
15 schuldet.

16 Alles in allem – das ist, glaube ich, die entscheidende Botschaft – ist das ein klassischer,
17 guter Kompromiss, der besagt: Wir behalten das Instrument der Nutzenbewertung von
18 Arzneimitteln, wonach neue Medikamente zeigen müssen – das gilt auch in Zukunft wei-
19 ter –, dass sie besser sind als das, was wir schon haben; sie müssen ihren höheren Preis
20 rechtfertigen. Dabei bleiben wir, das setzen wir fort. Aber da, wo es in der Umsetzung
21 rechtliche und praktische Probleme gibt, korrigieren wir.

22 Gleichzeitig wollen wir es möglich machen, dass die Versicherten und die Beitragszahler
23 profitieren und auch sparen können. Deswegen beginnen wir heute mit der entsprechen-
24 den Gesetzgebung, die aufgrund der Fristabläufe dringend ist, und werden das dann ge-
25 meinsam in den nächsten zwei Tagen fortführen.

26 Ich will abschließend an dieser Stelle dem neuen Bundesgesundheitsminister ganz herz-
27 lich gratulieren. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion freuen uns auf eine gute Zusam-
28 menarbeit. Alles Gute!

Dr. Angela Merkel Bundestag Dezember 2013: AMB1213

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18005.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass ich meine
2 dritte Amtszeit als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland mit einer Regie-
3 rungserklärung zu Europa eröffne, das ist nicht allein Folge der Terminlage, sondern das
4 ist vor allem Ausdruck einer neuen Realität.

5 Erstens zeigt sich daran, dass zwischen Europapolitik und Innenpolitik heute kaum noch
6 sinnvoll unterschieden werden kann. Dies gilt umso mehr, weil wir eine Wirtschafts- und
7 Währungsunion haben, in der nationale Entscheidungen jeweils Auswirkungen auf alle
8 anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion und den gesamten Euro-Raum haben. Zwei-
9 tens drücken sich darin die größeren Informations- und Mitwirkungsrechte des Deutschen
10 Bundestages in der Europapolitik und die gewachsene Rolle der nationalen Parlamente in
11 ganz Europa aus.

12 Drittens ist dies eine Folge der gestiegenen Verantwortung Deutschlands für unseren gan-
13 zen Kontinent. Heute im Bundestag über Europa zu sprechen, das bedeutet auch, über die
14 Rolle Deutschlands in der Europäischen Union zu reden. Die Bundesregierung der Gro-
15 ßen Koalition will, dass Deutschland als Gründungsmitglied der Europäischen Union
16 weiterhin eine verantwortungsvolle und integrationsfördernde Rolle in Europa wahr-
17 nimmt. Für die Große Koalition ist und bleibt das europäische Einigungswerk eine der
18 wichtigsten Aufgaben dieser Legislaturperiode. Wir wollen, so sagt es der Koalitionsver-
19 trag, Deutschlands Zukunft gestalten, und wir wollen Europas Zukunft mitgestalten.

20 Dass ich meine dritte Amtszeit mit einer Regierungserklärung zu Europa beginnen darf,
21 freut mich auch deshalb sehr, weil wir am Ende des Jahres 2013 feststellen können: Eu-
22 ropa ist auf dem Weg zu Stabilität und Wachstum ein gutes Stück vorangekommen. Das
23 Jahr 2013 war ereignisreich, es war arbeitsreich, und es war auch erfolgreich für Deutsch-
24 land und für Europa. Europa konnte in diesem Jahr auf den Fortschritten der Vorjahre
25 aufbauen, und Europa kann die ersten Früchte ernten – ich betone allerdings: die ersten.

26 Erstens. Wir haben weitere Fortschritte gemacht, um die Euro-Zone zu stabilisieren und
27 das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion zu verbessern. Unser permanen-
28 ter Europäischer Stabilitätsmechanismus, der ESM, funktioniert. Es zeigt sich, dass das
29 Konzept „Hilfe gegen Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung“ wirkt. Wir haben
30 die wirtschafts- und haushaltspolitische Überwachung fortentwickelt. Wir haben mit dem
31 Fiskalvertrag eine Grundlage für solides Haushalten in Kraft gesetzt. Wir haben beschlos-
32 sen, eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung einzuführen, und wir haben die ge-
33 meinsame Währung attraktiv gehalten: Zum 1. Januar 2014 wird Lettland das 18. Mit-
34 glied der Euro-Zone werden.

35 Zweitens. Wir haben erhebliche Fortschritte gemacht, um ein solides und verantwor-
36 tungsvolles Finanzsystem zu schaffen. Die europäische Bankenaufsicht wurde auf den
37 Weg gebracht. Auf diese Weise werden wir Fehlentwicklungen im Bankensektor künftig
38 frühzeitiger aufdecken und besser korrigieren können, also bevor Gefahren für die ge-
39 samte Euro-Zone auftreten. Im Bereich der Finanzmärkte werden zahlreiche Tätigkeits-
40 felder neu oder verschärft reguliert. Dies gilt zum Beispiel für die Vorschriften zum Ei-
41 genkapital der Banken.

42 Drittens. Wir haben erhebliche Fortschritte gemacht, um ein politisch und wirtschaftlich
43 starkes, modernes und sozial gerechtes Europa zu schaffen. Mit dem Haushalt der Euro-
44 päischen Union, der gemäß der Einigung für die Jahre 2014 bis 2020 in Höhe von rund 1
45 Prozent der Wirtschaftsleistung der EU liegen wird, das heißt rund 1 Billion Euro, haben
46 wir einen entscheidenden Hebel für Zukunftsinvestitionen, für Investitionen in Wachs-
47 tum, Beschäftigung und Forschung. So können wir zum Beispiel die strukturellen Maß-
48 nahmen in den Mitgliedstaaten mit nationalen Mitteln und europäischer Unterstützung
49 unterlegen. Damit können wir zum Beispiel die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
50 auf eine neue Grundlage stellen. Wir haben dazu auch entsprechende Gipfel in Berlin und
51 Paris durchgeführt. Die Frage der Beschäftigung von jungen Menschen in Europa wird
52 auch in den nächsten Jahren eine der zentralen Herausforderungen sein. Wir wissen:
53 Durch Geld allein kann die Förderung der Jugendbeschäftigung nicht gelingen. Unser
54 Ziel ist es deshalb auch, durch Erfahrungsaustausch mögliche erfolgversprechende Kon-
55 zepte in ganz Europa zu verankern. Das gilt insbesondere für die duale Ausbildung; mit

56 dieser hat Deutschland ein herausragendes Konzept, um jungen Menschen dauerhaft Ar-
57 beit zu geben. Dieses Konzept werden wir im europäischen Austausch weiter verbreiten.

58 Wir sind überzeugt: Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen.
59 Wir haben uns deshalb dafür eingesetzt und auch erreicht, dass im neuen Finanzrahmen
60 für die Europäische Union die Ausgaben für Wettbewerbsfähigkeit und Forschung, wie
61 es dort heißt, gegenüber rund 91,5 Milliarden Euro in der aktuellen Periode auf rund 125,6
62 Milliarden Euro ansteigen. Das ist eine Steigerung um 37 Prozent. Auch die Ausgaben
63 für das Forschungsprogramm Horizon 2020 und das Mobilitätsprogramm Erasmus+ wer-
64 den gegenüber dem Jahr 2013 noch einmal real zunehmen. Bei Erasmus+, dem Aus-
65 tauschprogramm für junge Menschen, wird die Zunahme sogar 40 Prozent betragen. Da-
66 mit unterstützen wir europäisch den wichtigen Trend, auf der Ebene der Mitgliedstaaten
67 die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu steigern. In Deutschland haben wir im
68 Jahr 2012 mit 79,5 Milliarden Euro ein Rekordniveau bei den Forschungsinvestitionen
69 erreicht. Wir haben damit einen Anteil der Forschungsinvestitionen am Bruttoinlandspro-
70 dukt von 2,98 Prozent erreicht, das heißt, wir haben das 3-Prozent-Ziel, das für ganz Eu-
71 ropa gelten soll, fast geschafft. Das ist ein großer Erfolg.

72 Wir haben auch eine neue Strukturfondsförderung beschlossen. Sie erhält mit der makro-
73 ökonomischen Konditionalität eine neue Dimension. Das hört sich sehr technisch an; das
74 heißt aber nichts anderes, als dass es Auswirkungen auf die Vergabe von Strukturfonds-
75 mitteln haben kann, wenn Länder die Empfehlungen zur Entwicklung der Wettbewerbs-
76 fähigkeit, die seitens der Europäischen Union, der Kommission selbst, gegeben werden,
77 nicht einhalten. Ich glaube, das verschärft und verbessert die notwendigen Überwa-
78 chungsmechanismen und ist deshalb eine gute Weiterentwicklung. Wir haben im Juni
79 2012 einen Wachstums- und Beschäftigungspakt beschlossen – viele werden sich erin-
80 nern – und zum Beispiel die hierfür bereitstehenden Mittel bei der Europäischen Investi-
81 tionsbank um 10 Milliarden Euro aufgestockt. Am Freitagvormittag wird dann der Chef
82 der Europäischen Investitionsbank, Herr Hoyer, uns Bericht erstatten, was mit diesem
83 Geld in Richtung Wachstum und Beschäftigung jetzt schon auf den Weg gebracht wurde.

84 Viertens. In diesem Jahr wurden weitere erhebliche Fortschritte gemacht, um durch
85 Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung auf nationaler Ebene die Wettbewerbsfä-
86 higkeit einzelner Mitgliedstaaten zu verbessern. Die europäische Staatsschuldenkrise ist

87 ohne Zweifel noch nicht überwunden – das kann man nicht oft genug betonen –, aber wir
88 sehen erste Ergebnisse. Und wir sind überzeugt: Sie kann dauerhaft überwunden werden.
89 Die Europäische Kommission hat jetzt in ihrer Herbstprognose zum ersten Mal deutliche
90 Zeichen für einen vorsichtigen Beginn der wirtschaftlichen Erholung gesehen. Bei allen
91 Problemen, die wir noch haben, sind das doch, wie ich glaube, gute Nachrichten. Auch
92 die außenwirtschaftliche Situation des Euro-Raums als Ganzes hat sich verbessert. Wir
93 haben in einzelnen Ländern zum ersten Mal seit langem wieder Leistungsbilanzüber-
94 schüsse.

95 Mit Irland und Spanien haben wir zwei Länder, die Früchte ihres Reformkurses ernten
96 können: Sie können die europäischen Hilfsprogramme verlassen. Das zeigt, dass in diesen
97 Ländern wirklich viel passiert ist; ich kann hierzu nur gratulieren.

98 Wir sehen auch in Portugal positive Entwicklungen. Auch in den Programmländern Zy-
99 pern und Griechenland gibt es eine ganze Reihe von Fortschritten. Der Grundsatz, dass
100 Solidarität und Eigenverantwortung zusammengehören, hat sich damit bei der Krisenbe-
101 wältigung als richtig erwiesen.

102 Meine Damen und Herren, so erfreulich die Fortschritte auf dem Weg zu mehr Stabilität
103 und Wachstum auch sind, so sehr müssen wir uns doch darüber im Klaren sein, dass der
104 Aufschwung alles andere als schon garantiert ist. Das heißt, wir müssen durch Vorsorge-
105 politik die Ursachen beseitigen, die zu dieser Situation der Europäischen Union und des
106 Euro-Raums geführt haben. Die Ursachen sind vielfältig. Sie reichen von einer übermä-
107 ßigen Verschuldung einzelner europäischer Staaten über Defizite bei der Wettbewerbsfä-
108 higkeit, wirtschaftliche Ungleichgewichte und natürlich gravierende Fehlentwicklungen
109 auf den Finanzmärkten bis hin zu Konstruktionsmängeln der gesamten Europäischen
110 Wirtschafts- und Währungsunion. Deshalb werden wir uns als Bundesregierung weiter
111 für einen umfassenden politischen Ansatz einsetzen; es gibt nicht die eine Maßnahme,
112 mit der man krisenhafte Entwicklungen überwindet. Unser Ziel dabei ist ein gestärktes
113 Europa, ein Europa der Stabilität, des Wachstums und natürlich der sozialen Sicherheit.
114 Dazu ist es wichtig, dass wir die neu geschaffenen bzw. verbesserten Verfahren zur wirt-
115 schaftlichen und haushaltspolitischen Überwachung konsequent anwenden.

116 Aus unserer Sicht bleibt es die große Herausforderung der Europapolitik, die Konstrukti-
117 onsmängel in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu beheben und zu
118 überwinden, damit wir nie wieder in eine solche Krise hineinkommen. Da ist zum einen
119 die Bankenunion ein großes Thema. Deutschland unterstützt eine kluge Regulierung der
120 Finanzmärkte, insbesondere des Bankenbereichs. Wir haben immer wieder gesagt: Wir
121 wollen nicht, dass in Zukunft der Steuerzahler für strauchelnde Banken eintreten muss. –
122 Wir schaffen jetzt eine einheitliche Bankenaufsicht. Sie wird gerade, wie Sie wissen, bei
123 der Europäischen Zentralbank entwickelt. Die einheitliche Bankenaufsicht alleine reicht
124 aber nicht aus; wir brauchen natürlich auch einen einheitlichen Mechanismus zur Ab-
125 wicklung von Banken, falls Banken Schwierigkeiten haben. Damit beschäftigen sich die
126 Finanzminister heute in Brüssel noch einmal, nachdem sie das in der Euro-Gruppe heute
127 Nacht schon getan haben. Es gibt bereits – das ist von dem zu unterscheiden, was jetzt
128 mit dem gemeinsamen Bankenabwicklungsmechanismus gemacht wird – eine Sanie-
129 rungs- und Abwicklungsrichtlinie, das heißt eine Richtlinie, die besagt, wie in Europa
130 einheitlich Banken auf nationaler Ebene abgewickelt werden können, natürlich zuvor-
131 derst durch Zugriff auf die Eigentümer und Gläubiger. Die litauische Ratspräsidentschaft
132 hat am 12. Dezember 2013 die Voraussetzungen für eine Einigung geschaffen. Ich hoffe,
133 dass das Ganze im Trilog abgeschlossen werden kann.

134 Zum anderen gilt es natürlich, die Wirtschaftsunion zu stärken. Die Bankenaufsicht ist
135 die eine Sache – der Fiskalpakt existiert bereits –, aber jetzt geht es auch darum, die Wirt-
136 schaftsunion zu stärken. Dabei müssen wir folgende Frage beantworten: Wie können wir
137 aufbauend auf dem heute schon vorhandenen Verfahren, nötigenfalls aber auch darüber
138 hinausgehend, eine Situation schaffen, durch die sichergestellt wird, dass Mitgliedstaaten
139 gar nicht in eine wirtschaftspolitische Schieflage kommen können, vielmehr diese vor-
140 sorglich vermieden wird? Wir sagen, dass wir das schaffen können, indem notwendige
141 nationale Strukturreformen eingefordert werden können. Das heißt, wir müssen die bis-
142 lang weitgehend unverbindliche wirtschaftspolitische Koordinierung der nationalen Po-
143 litikbereiche deutlich stärken.

144 Sie alle wissen, dass wir jährlich im Frühjahr Empfehlungen erhalten, welche Verände-
145 rungen wir auf nationaler Ebene umsetzen sollten. Diese Empfehlungen werden von den

146 Mitgliedstaaten mehr oder weniger freudig aufgenommen – Deutschland ist diesbezüg-
147 lich nicht viel besser als alle anderen –, und dann geht das Leben weiter; denn Verbind-
148 lichkeit entsteht aus diesen Empfehlungen bislang nicht. Deshalb wollen wir daran arbei-
149 ten, dass es in Zukunft vertragliche Vereinbarungen mit der europäischen Ebene gibt, also
150 der Kommission. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Kommission einfach etwas in
151 solche vertraglichen Vereinbarungen hineinschreiben kann, sondern dass die Mitglied-
152 staaten mit der Kommission eine solche vertragliche Vereinbarung ausarbeiten. Weil es
153 hier meistens um nationale Zuständigkeiten geht – zum Beispiel bei der Sozialpolitik, bei
154 der Arbeitsmarktpolitik oder hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Verwaltungen –,
155 müssen natürlich auch die nationalen Parlamente zustimmen. Ansonsten erlangt das
156 Ganze keine Verbindlichkeit. Über solche vertraglichen Vereinbarungen werden wir auf
157 dem anstehenden Europäischen Rat zum wiederholten Male sprechen und langsam Fort-
158 schritte erzielen.

159 Viele fragen: Wozu brauchen wir das? – Ich sage: Wir brauchen das, weil Europas Glaub-
160 würdigkeit darunter gelitten hat, dass wir uns unglaublich viel vorgenommen haben, aber
161 sehr viel davon nie erreicht haben. Ich nehme als einfaches Beispiel das Ziel, jährlich 3
162 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschungsinvestitionen auszugeben. Dieses Ziel
163 ist im Jahr 2000 von den Staats- und Regierungschefs beschlossen worden. Deutschland
164 hat im Jahr 2012 zum ersten Mal sozusagen von unten an der 3-Prozent-Marke gekratzt.
165 Es gibt einige skandinavische Länder, die diese 3-Prozent-Marke erreichen oder sogar
166 darüber liegen; alle anderen sind zum Teil weit davon entfernt, 3 Prozent des Bruttoin-
167 landsprodukts in Forschung zu investieren. Wie will man eine Wirtschafts- und Wäh-
168 rungunion entwickeln, wenn zum Beispiel die Höhe der Investitionen im Bereich For-
169 schung total unterschiedlich ist? Wenn keine Verbindlichkeit entsteht und kein Plan exis-
170 tiert, wie man die Ziele schrittweise erreichen will, dann werden die 95 bislang in Europa
171 vereinbarten Indikatoren weiter nur auf dem Papier stehen; Glaubwürdigkeit und Ver-
172 trauen, dass das auch umgesetzt wird, werden sich aber nicht einstellen. Ich bin der Mei-
173 nung: Lieber weniger als 95 Indikatoren, vielleicht nur 5 oder 10, aber man arbeitet lang-
174 sam darauf hin, dass diese 5 oder 10 Indikatoren auch von allen eingehalten werden.

175 Wenn man zu einem echten qualitativen Sprung hinsichtlich der Verbindlichkeit käme –
176 das wird jetzt noch nicht passieren; wir werden darüber 2014 weiter verhandeln –, dann

177 könnten wir uns auch vorstellen, dass Wege und Mechanismen gefunden werden, um die
178 Länder zu unterstützen, die zur Erreichung dieser Ziele zusätzliche materielle Mittel be-
179 benötigen, weil sie anders nicht gleichzeitig den Weg der Haushaltskonsolidierung fortset-
180 zen könnten.

181 Meine Damen und Herren, das, was wir jetzt tun, geht im Grunde genommen auf Ver-
182 säumnisse von vor 20 Jahren zurück. Damals haben diejenigen, die die Wirtschafts- und
183 Währungsunion entwickelt haben, darauf hingewiesen: Es reicht nicht, einfach nur eine
184 vergemeinschaftete Geldpolitik zu haben, sondern ihr muss eine gemeinsame Wirt-
185 schaftsunionsunion zur Seite gestellt werden. Die Mechanismen der Wirtschaftsunion wurden
186 aber nur sehr schwach ausgestaltet. Es heißt zwar Stabilitäts- und Wachstumspakt, aber
187 die Indikatoren des Stabilitäts- und Wachstumspakts sind alle haushalterischer Natur; es
188 handelt sich nicht um wirkliche wirtschaftspolitische Indikatoren. Mit den Folgen der da-
189 mals nicht getroffenen Entscheidungen – es gab damals viele, die gewarnt haben: Das
190 wird nicht gutgehen – müssen wir uns heute befassen; denn wir dürfen nie wieder in eine
191 solche Situation kommen.

192 Meine Damen und Herren, wir haben in Europa die Situation, dass Deutschland oft vor-
193 geworfen wird, dass wir uns gegen bestimmte Entwicklungen sperren. Das ist nicht der
194 Fall. Wir zum Beispiel gehören zu denen, die sagen: Wir müssen, wenn die vertraglichen
195 Grundlagen nicht ausreichen, Verträge eben auch weiterentwickeln. Aber es gibt seit dem
196 Lissabon-Vertrag in Europa die Situation, dass jeder sagt: Wir können alles weiterentwi-
197 ckeln, nur die Verträge dürfen wir nicht ändern. Ich glaube, so wird man ein wirklich
198 funktionsfähiges Europa nicht entwickeln können.

199 Ich weiß, dass es zum Teil schwierig ist, Vertragsänderungen in den Nationen durchzu-
200 setzen. Aber wer mehr Europa will, der muss auch bereit sein, bestimmte Kompetenzen
201 neu zu regeln. – Ja, man muss gute Verträge machen, aber man kann sich nicht in einer
202 Welt, die sich dauernd verändert, auf den Standpunkt stellen, dass man irgendwann ein-
203 mal einen Lissabon-Vertrag gemacht hat und von Stund an nie wieder die Verträge ändern
204 will. Das wird nicht funktionieren.

205 Damit bin ich auch beim Punkt der sich verändernden Welt. Europa darf nicht nur das
206 tun, was es selbst für richtig hält, sondern Europa muss sich auch immer im globalen

207 Kontext sehen. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas bestimmen wir nicht alleine, sondern
208 sie wird mitbestimmt von der Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder. Deshalb müssen wir,
209 wenn es uns um Arbeitsplätze, um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Europa geht,
210 den Blick über Europa hinaus lenken.

211 Es wird am heutigen Tage aller Voraussicht nach eine Entscheidung der Kommission zu
212 einem Beihilfeverfahren wegen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Deutschland ge-
213 ben, in dem es darum gehen wird, dass energieintensive Industrien von der EEG-Umlage
214 befreit sind. Ich und ebenso der Bundeswirtschafts- und Energieminister – ich glaube, so
215 sagt man es jetzt – oder Energie- und Wirtschaftsminister – ich muss noch üben –, wir
216 beide werden der Kommission sehr deutlich machen: Deutschland möchte ein starker In-
217 dustriestandort bleiben. Wir brauchen wettbewerbsfähige Unternehmen. Hier geht es um
218 Unternehmen, und wenn es um Unternehmen geht, geht es um Arbeitsplätze. Deshalb
219 werden wir natürlich eng mit der Kommission zusammenarbeiten, aber wir werden auch
220 deutlich machen, dass Europa nicht dadurch stärker wird, dass auch in Deutschland Ar-
221 beitsplätze gefährdet werden. Mit diesem Angang werden wir unsere Position dort sehr
222 deutlich darlegen.

223 Im Februar wird der Europäische Rat eine Vorlage von Energiekommissar Oettinger be-
224 kommen, in der alle Subventionen, die in Europa für Strompreise gewährt werden, auf-
225 gelistet werden. Ich sage ganz schlicht und ergreifend: Solange es europäische Länder
226 gibt, in denen der Industriestrom billiger ist als in Deutschland, sehe ich nicht ein, warum
227 wir zur Wettbewerbsverzerrung beitragen. Das werden wir ganz genau so vertreten.

228 Meine Damen und Herren, wir haben erfolgreiche Verhandlungen bei der WTO gehabt.
229 Die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation hat in Bali erhebliche Fortschritte bei
230 der Handelspolitik erzielt. Das wird auch einem Exportkontinent, wie es Europa ist, sehr
231 helfen. Wir werden uns auf dem Rat auch mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Vertei-
232 digungspolitik befassen. Wir sind dafür, dass es einen umfassenden Ansatz von zivilem,
233 militärischem und entwicklungspolitischem Herangehen gibt. Dieser gemeinschaftliche
234 Ansatz muss zum Tragen kommen. Wir haben damit in Deutschland bei unserem Heran-
235 gehen in Afghanistan gute Erfahrungen gesammelt. Wir stimmen zu, dass die Sicherheits-
236 und Verteidigungspolitik effizienter, sichtbarer und wirksamer werden muss. Wir haben
237 in den Verhandlungen über neue Leitlinien Vorschläge unterbreitet.

238 Wir haben zum Beispiel die sogenannte Ertüchtigungsinitiative eingebracht; dabei geht
239 es darum, strategische Partner und Regionalorganisationen – ich denke jetzt zum Beispiel
240 an Regionalorganisationen in Afrika – auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung
241 zu unterstützen. Wir wollen, dass Regionalorganisationen überall auf der Welt von sich
242 aus in der Lage sind, regionale Konflikte zu bekämpfen. Wir zeigen durch unsere Aus-
243 bildungsmission in Mali, dass wir dazu einen Beitrag leisten.

244 Zu Ausbildung gehört natürlich auch immer Ausrüstung; auch darüber müssen wir uns
245 im Klaren sein, und darüber werden wir sicherlich noch gemeinsam diskutieren müssen.
246 Der malische Präsident hat mich vor einigen Tagen besucht. Wir bilden dort die Armee
247 aus. Wir haben 100 Ausbilder der Bundeswehr in Mali. Aber diese Soldaten haben, wenn
248 sie ausgebildet sind, nichts, womit sie dann auch wirklich ihre Tätigkeit verrichten kön-
249 nen. Jetzt wird es darum gehen, sie auch adäquat auszurüsten, damit sie in ihren regiona-
250 len Kämpfen dann überhaupt in der Lage sind, gleichwertig aufzutreten.

251 Meine Damen und Herren, auf dem Rat werden auch wieder Erweiterungsfragen zu be-
252 handeln sein. Hier geht es um Serbien. Serbien hat in starkem Maße umgesetzt, was not-
253 wendig ist, um den Normalisierungsprozess mit Kosovo fortzusetzen. Wir haben im Som-
254 mer verlangt, dass wirklich sichtbare Implementierungsschritte erfolgen. Das können wir
255 nach dem Bericht der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik vom 16. De-
256 zember dieses Jahres bejahen, sodass die erste Beitrittskonferenz im Januar 2014 zusam-
257 mentreten kann.

258 Wir werden uns auch mit Albanien befassen. Wir wollen die neue Regierung in Tirana
259 weiter bei ihren Reformbemühungen stärken, besonders beim Kampf gegen Korruption.
260 Wie andere Mitgliedstaaten halten wir es aber vor der Verleihung des Beitrittskandida-
261 tenstatus für nötig, dass weitere Schritte bei der Reformgesetzgebung und ihrer Umset-
262 zung getan werden.

263 Wir werden natürlich auch bei diesem Europäischen Rat auf unsere östliche Nachbar-
264 schaft schauen. Ich bedaure die Entscheidung von Präsident Janukowitsch, das weitrei-
265 chende Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen,
266 jedenfalls derzeit nicht zu unterzeichnen.

267 Aber das Angebot bleibt auf dem Tisch. Wir fordern, glaube ich, gemeinsam, dass die
268 Ukraine das garantiert, was wir von jedem Land erwarten: vernünftige Voraussetzungen
269 für die Wahrnehmung des Rechts auf Demonstration und Einhaltung der demokratischen
270 Grundregeln. Das werden wir auch entschieden einfordern.

271 Wir haben gesehen, dass die Ukraine mit Russland gestern ein weitgehendes Abkommen
272 abgeschlossen hat. Wir werden das überprüfen und es uns genau anschauen. Man muss
273 allerdings sagen – ich habe das in meiner Regierungserklärung zur Östlichen Partner-
274 schaft deutlich gemacht –: Wir müssen aus dem Entweder-oder herauskommen. Es darf
275 nicht sein, dass eine Situation entsteht, in der ein Land, das zwischen Russland und der
276 Europäischen Union liegt, eine Grundentscheidung fällen muss, die nur so verstanden
277 werden kann: entweder für den einen oder für den anderen. Hieran werden wir sicherlich
278 weiter intensiv arbeiten.

279 Die südliche Nachbarschaft rückt natürlich auch immer wieder in den Blick. Die tragi-
280 schen Ereignisse im Mittelmeer haben uns deutlich gemacht, wie dringlich die Zusam-
281 menarbeit mit den Transit- und Herkunftsstaaten ist. Von der litauischen Präsidentschaft
282 werden wir erste Ergebnisse darüber hören, was von der sogenannten Taskforce Mittel-
283 meer, die im Oktober eingesetzt wurde, vorgelegt worden ist.

284 Meine Damen und Herren, die neue Bundesregierung wird deutlich machen – das ist ja
285 unser Grundverständnis –: Deutschland wird auf Dauer nur stark sein, wenn auch Europa
286 stark ist. Der jetzt anstehende Rat zeigt, in wie vielen Dimensionen hier gearbeitet werden
287 muss. Wir werden uns dieser Arbeit intensiv stellen, gerade auch mit Blick auf das kom-
288 mende Jahr, ein Jahr, in dem wir einen Europawahlkampf haben werden. Ich kann dazu
289 sagen, dass die neue Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen alles tun werden,
290 damit die gedeihliche Entwicklung Europas gut fortgesetzt werden kann. In einer globa-
291 len Welt ist Europa unsere gemeinsame Heimat, an der wir arbeiten müssen. Ein starkes
292 Europa, ein bürgernäheres Europa, ein wettbewerbsfähiges Europa, ein gerechteres Eu-
293 ropa, das ist unser Ziel. Dazu wird der anstehende Rat hoffentlich einen kleinen Beitrag
294 leisten.

295 Herzlichen Dank.

DIE GRÜNEN

2013

Dr. Frithjof Schmidt Bundestag Januar 2013 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
FSB0113

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17219.pdf>

- 1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die internationale Gemeinschaft hat
2 sich seit der Londoner Konferenz Anfang 2010 mehrfach dazu bekannt, den ISAF-Einsatz
3 in Afghanistan bis Dezember 2014 zu beenden und die Kampftruppen abzuziehen.
- 4 Meine Fraktion hat diese Linie unterstützt. Es war und ist richtig, den Abzug im Geleitzug
5 mit unseren Partnern schrittweise umzusetzen. Deshalb haben wir uns deutlich gegen alle
6 Forderungen nach einem schnelleren Abzug gewandt. Da gab es einen Konsens mit den
7 Regierungsfractionen und der SPD, für den wir öffentlich gemeinsam geworben haben.
8 Das war gut so, gerade auch im Interesse der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, denen
9 unser Dank gebührt.
- 10 Das Mandat, das Sie uns jetzt vorlegen, ist das erste Mandat, das die Abzugsphase einlei-
11 tet und – gegebenenfalls – auch den Übergang zu einer Nachfolgemission vorbereitet.
12 Das ist eine neue Qualität, eine neue Aufgabenstellung, und daran muss dieses Mandat
13 gemessen werden. Herr de Maizière, Sie haben vor über einem Jahr hier im Plenum an-
14 gekündigt, dass Sie 2012 eine Planung für den Abzug der Bundeswehr vorlegen werden.
- 15 Sie haben gesagt – ich darf zitieren –: Deswegen werden wir im Laufe des nächsten Jahres
16 darüber diskutieren und die Pläne transparent vorlegen. Das, was Sie uns heute präsentie-
17 ren, erfüllt dieses Versprechen nicht einmal annähernd, im Gegenteil.
- 18 Sie möchten die Obergrenze der Stationierung bis zum 1. März 2014 lediglich auf 4 400
19 Soldatinnen und Soldaten reduzieren. Nur in der Begründung kündigen Sie den Wunsch
20 an, die Truppengröße möglichst auf 3 300 abzusenken, wenn die Umstände es erlauben.
21 Das bedeutet, dass am 1. März 2014 noch mindestens 3 300 Bundeswehrangehörige in
22 Afghanistan stehen werden; es können auch noch mehr sein. Diese Zahlen sind doch viel
23 zu hoch. Dann verbleiben gerade noch neun Monate bis zum Ende von ISAF.
- 24 Natürlich könnte man technisch in knapp neun Monaten dort auch über 3 000 Soldaten
25 abziehen. Wenn man viel Material einfach stehen lässt, eine überstürzte Optik – um nicht

26 zu sagen: eine fluchtartige Anmutung – nicht scheut, dann geht das vielleicht. Der politi-
27 sche Effekt wäre verheerend und destabilisierend, und deswegen haben Sie das offen-
28 sichtlich auch nicht vor.

29 Die hohen Zahlen im Mandat sind objektiv darauf ausgelegt, dass die Bundeswehr auch
30 2015 mit einer deutlich vierstelligen Zahl in Afghanistan im Einsatz bleiben soll. Das
31 verfestigt den Eindruck, dass Sie sich vom Ziel eines vollständigen Abzuges der Kampf-
32 truppen schon unausgesprochen verabschiedet haben. Wenn Sie so etwas anstreben, dann
33 sollten Sie das hier und heute auch klar aussprechen. Das gehört nämlich zur Mandats-
34 wahrheit und -klarheit.

35 Die Frage ist doch: In welcher Größenordnung strebt die Bundesregierung eine Beteili-
36 gung an einer geplanten Ausbildungsmission nach 2014 an? Dass Sie hohe Zahlen an-
37 streben, zeigt Ihre Reaktion auf die Überlegungen in der Obama-Administration hinsicht-
38 lich verschiedener Optionen für einen substanziellen Abzug der amerikanischen Truppen
39 2014. Da gab es scharfe Kritik durch Sprecher der Bundesregierung an den USA, das sei
40 realitätsfern. Das war kein Versehen.

41 Sie präjudizieren mit diesem Mandat, dass auch 2015 eine deutlich vierstellige Zahl von
42 Bundeswehrtruppen in Afghanistan bleibt. Das Mandat schafft politische und militärische
43 Sachzwänge, und das heißt de facto auch vollendete Tatsachen für die Zeit nach 2014.
44 Aber Sie tun gegenüber der Öffentlichkeit so, als wäre da gar nichts.

45 Diese Verwirrspiele mit Zahlen und Absichten erschüttern das Vertrauen der Bevölke-
46 rung in die Wahrhaftigkeit der Mandate, die wir hier beschließen. Aus all diesen Gründen
47 wird die große Mehrheit meiner Fraktion diesem Mandat heute nicht zustimmen.

48 Danke.

Agnes Brugger Bundestag Januar 2013 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ABB0113

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17219.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung ist entschlossen: Sie
2 will so bald wie möglich waffenfähige Drohnen für die Bundeswehr. Für den Verteidi-
3 gungsminister scheint es zwingend zu sein, bei jeder militärtechnologischen Entwicklung
4 mithalten zu müssen, um bloß nicht den Anschluss zu verpassen.

5 Aber es ist keine Zwangsläufigkeit, dass Deutschland bei der Entwicklung und beim Ein-
6 satz von jedem neuen Waffensystem dabei sein muss. Herr Minister, Sie wollten hier den
7 Eindruck erwecken, Sie arbeiteten abgeklärt und präzise die ganzen Argumente derjeni-
8 gen ab, die große Vorbehalte haben, was Drohnen angeht. Ich finde, Sie haben ein ganz
9 entscheidendes Argument offensichtlich nicht verstanden, nämlich dass der Einsatz be-
10 waffneter Drohnen massive Auswirkungen auf die Kriegsführung hat. Die Hemm-
11 schwelle zur Anwendung militärischer Gewalt kann dadurch drastisch sinken, und die
12 berechnete Zurückhaltung bei den politischen Entscheidungen über Militäreinsätze wird
13 beeinträchtigt. Davor können Sie nicht einfach die Augen verschließen, auch wenn Sie
14 selbst beteuern, dieser Dynamik der Gewalt widerstehen zu wollen; denn politisches und
15 militärisches Handeln wird nicht nur von Absichten und Interessen, sondern auch von den
16 zur Verfügung stehenden Fähigkeiten bestimmt. Daher ist immer größte Skepsis geboten,
17 wenn es um Aufrüstung geht, und – ja – auch und gerade Skepsis gegenüber sich selbst.

18 Wie schnell so ein Meinungsumschwung vonstattengeht, sieht man sehr gut in den USA.
19 Als Israel im Jahr 2000 während der zweiten Intifada zum ersten Mal durch den Einsatz
20 bewaffneter Drohnen Personen gezielt tötete, hat das die damalige US-Regierung als il-
21 legitim verurteilt. Heute dagegen sind gezielte Tötungen durch Drohnenangriffe das Mit-
22 tel der Wahl für den Friedensnobelpreisträger Obama – im Antiterrorkampf in Pakistan,
23 im Jemen und in Somalia. Die Zahl dieser völkerrechtswidrigen Angriffe, die auch viele
24 zivile Opfer fordern, ist während seiner Präsidentschaft massiv nach oben geschneit.

25 Schnell ist so die kritische Haltung der amerikanischen Politik und der amerikanischen
26 Gesellschaft verraucht. Sehr schnell ist man der Versuchung erlegen, seine Gegner lieber
27 bequem, einfach und anonym auszuschalten – Völkerrecht hin oder her.

28

29 Die entscheidende Frage lautet doch: Wofür braucht denn die Bundeswehr, die bereits
30 über Aufklärungsdrohnen verfügt, angeblich so dringend bewaffnete Systeme.

31 In ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage liefert Schwarz-Gelb darauf eine haarsträu-
32 bende Antwort. „Zur Abschreckung“, heißt es da ganz allgemein und offiziell. Diese Be-
33 gründung aus der rhetorischen Mottenkiste des Kalten Krieges ist doch wirklich abstrus.
34 – Das erkläre ich Ihnen gerne. – In Wirklichkeit schrecken Drohnenangriffe nicht ab,
35 sondern tragen im Gegenteil massiv zur Eskalation und Radikalisierung in Konflikten
36 bei.

37 Es gibt Studien renommierter Universitäten, die zeigen, dass durch die von den USA in
38 Afghanistan und Pakistan durchgeführten Drohnenangriffe der Extremismus befeuert und
39 die Rekrutierung neuer Kämpfer stark befördert wird.

40 – Dann lesen Sie einmal die Studien!

41 Ein weiterer Grund, der für die Beschaffung bewaffneter Drohnen aufgeführt wird, ist der
42 Schutz der Bundeswehrangehörigen durch Luft-Boden-Unterstützung. Ich möchte, Herr
43 Minister, an dieser Stelle eines klarstellen: Als Abgeordnete haben wir eine besondere
44 Verantwortung für den größtmöglichen Schutz der Soldatinnen und Soldaten, die wir als
45 Parlament in den Einsatz schicken.

46 Ich finde es unredlich, dass Sie uns das in Abrede stellen. Ich bin aber überhaupt nicht
47 davon überzeugt, dass die Beschaffung bewaffneter Drohnen diesem Zweck dient.

48 Auf unsere Frage, wie oft deutsche Truppen im Auslandseinsatz Unterstützung durch be-
49 waffnete Drohnen von Verbündeten erhielten, nannte die Bundesregierung genau zwei
50 Fälle in Afghanistan. In beiden Fällen wäre auch der Einsatz der bemannten Luftunter-
51 stützung möglich gewesen. Da waren auch keine Leben von deutschen Soldaten gefähr-
52 det. Bevor die Koalition Gelder für teure militärische Fähigkeiten freigibt, sollten, nein,
53 müssen Sie zuerst die Frage beantworten, an welchen Einsätzen sich die Bundeswehr in
54 Zukunft beteiligen soll. Darauf hat und gibt diese Bundesregierung keine Antwort.

55 Dabei ist es mit Blick auf die gravierenden und uns allen bekannten Auswirkungen auf
56 die Kriegsführung umso wichtiger, eine grundlegende gesellschaftliche und friedenspo-
57 litische Debatte über den Einsatz dieser automatischen Waffensysteme zu führen, und
58 zwar vor und nicht nach der Entscheidung über die Beschaffung bewaffneter Drohnen.

59 Genau diese Debatte haben wir Grüne in einem eigenen Antrag eingefordert. Sie, meine
60 Damen und Herren von der Koalition, haben das abgelehnt, und das unter höchst wider-
61 sprüchlichen Aussagen und ohne eine wirkliche Begründung.

62 Heute in der Afghanistan-Debatte habe ich aufgehört, als Abgeordnete der CDU/CSU,
63 genauso wie Frau Hoff gerade, dann doch wieder eine Diskussion in Bezug auf die Droh-
64 nen gefordert haben. Meine Damen und Herren der Koalition, ich nehme Sie jetzt einmal
65 beim Wort.

66 Wenn Sie das ernst meinen, dann dürfen Sie jetzt die Beschaffung eines zu Recht hoch-
67 umstrittenen Waffensystems, das zahlreiche ethische, völkerrechtliche und rüstungskon-
68 trollpolitische Fragen aufwirft, nicht einfach abnicken. Dann müssen Sie auch vom Kurs
69 dieser schwarz-gelben Regierung Abstand nehmen, die sich offensichtlich schon ent-
70 schieden hat; denn sie blendet die Risiken und Gefahren dieses neuen Waffensystems aus
71 und hechelt dieser technologischen Entwicklung kopflos hinterher.

72 Diese verantwortungslose Politik machen jedenfalls wir Grüne nicht mit und erteilen da-
73 her Ihren Plänen, waffenfähige Drohnen zu beschaffen, eine klare Absage.

Renate Künast Bundestag Juni 2013 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): RKB0613

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17249.pdf>

1 Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Ihre Rede hier wäre
2 selbst einem Erstsemester in den Rechtswissenschaften komisch aufgestoßen. Da geben
3 Sie zum Besten, dass die Exekutive an Recht und Gesetz gebunden ist. Ja, und dann, Herr
4 Minister? An welches Recht, an welches Gesetz, was sind die Regeln, und halten Sie sich
5 daran? Das sind doch die Fragen.

6 Es geht um Millionen von Verbindungsdaten, es geht um Inhalte, es geht um umfassende
7 Eingriffe. Aber Sie sind nicht einmal in der Lage, hier darzustellen, wie umfassend die
8 Eingriffe sind, was alles ausspioniert wird – geht es um Wirtschaftsspionage bis hin zum
9 Terrorismus, um den gesamten Privatverkehr all derer, die hier oben auf der Tribüne sit-
10 zen oder gerade im Livestream zuschauen? – und was mit diesen Daten passiert. Kein
11 Wort haben Sie dazu gesagt. Aber Sie haben einmal den Eid geleistet, unser aller Rechte
12 in Deutschland zu wahren. Wo bleiben Ihre entsprechenden Aktivitäten?

13 Sie erzählen uns hier wieder, dass Freiheit und Sicherheit zusammengehörten und es Frei-
14 heit ohne Sicherheit nicht gebe. Auf diesem Parkett könnte ich jetzt auch heruntänzeln.
15 Wir sind doch längst weiter. Wir wissen, dass es in diesem Spannungsverhältnis eine
16 Balance zu finden gilt. Wir kommen allerdings zu unterschiedlichen Ergebnissen, wie
17 diese Balance aussehen sollte. Außerdem geht es hier um einen realen Fall. Auch deshalb
18 ist uns mit einer Erstsemestervorlesung in Philosophie nicht gedient.

19 Im konkreten Fall werden wir alle zu gläsernen Bürgern: Anlasslos und schwellenlos wird
20 vermutlich alles gesammelt, was sich gerade aktuell im Netz tut. Das, Frau Leutheusser-
21 Schnarrenberger, ist kein Albtraum, kein Hollywoodfilm, sondern es ist offenbar Realität.

22 Jeder muss sich Sorgen machen. Sie haben allgemein philosophiert; aber was sagen Sie
23 eigentlich konkret zum Fall Snowden? Wie kann es eigentlich sein, dass ein Land jeman-
24 den, der lediglich sagt, was er arbeitet, zum meistgesuchten Menschen der Welt macht?
25 Dazu kam von Ihnen kein Wort.

26 Es kam auch kein Wort von Ihnen dazu, wie die britische Regierung mit den Fragen, die
27 die Bundesregierung gestellt hat, umgeht. Einer Tickermeldung nach ist die britische Re-
28 gierung nicht gewillt, die Fragen der Bundesregierung zu beantworten. Stattdessen emp-
29 fehle London der Bundesregierung als geeigneten Kanal bzw. geeignete Ebene für bila-
30 terale Gespräche die Nachrichtendienste selbst. Und das lassen Sie sich gefallen, Herr
31 Friedrich? Wir alle werden in unserer Kommunikation ausgespäht – als wären wir alle
32 Schwerverbrecher, Terroristen oder Wirtschaftsspione –, und nun sollen wir damit zufrie-
33 den sein, wenn sich die Geheimdienste in als klassifiziert eingestuften Gesprächen dar-
34 über austauschen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

35 Ich hätte erwartet, dass Sie Ihre Stimme erheben und an dieser Stelle klar sagen: Der
36 Schnüffelskandal ist kein bilaterales Problem zwischen uns und den USA oder zwischen
37 uns und Großbritannien, sondern hier gilt internationales Recht. Im Hinblick auf Groß-
38 britannien muss man doch auch darauf hinweisen, dass europäisches Recht einzuhalten
39 ist. Die Rechtsgrundlagen der Europäischen Union – schon die Binnenmarktregeln, nicht
40 erst die Grundrechtecharta, die Großbritannien ja nicht unterzeichnet hat – besagen, dass
41 wir alle das Recht haben, dass unsere persönlichen Daten geschützt werden. Deshalb ist
42 dieser Schnüffelskandal kein bilaterales Problem, sondern dieses Thema gehört – das ha-
43 ben wir in unserem Antrag geschrieben – auf die Tagesordnung des Europäischen Rates
44 in dieser Woche.

45 Wer so tut, als könnte man dieses Thema irgendwie bilateral bzw. in Gesprächen der
46 Geheimdienste miteinander klären, der will nicht ernsthaft aufklären und unsere Rechte
47 verteidigen, Herr Friedrich. Dieses Thema muss aber auf die Tagesordnung des Europäi-
48 schen Rates kommen. Wir wollen wissen, was passiert ist und passiert. Wir wollen laut
49 sagen, was rechtlich nicht geht. Wir wollen, dass diese Bundesregierung prüft, welche
50 rechtlichen Schritte gegenüber den USA bzw. Großbritannien eingeleitet werden können,
51 zum Beispiel ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Missachtung und Verletzung des
52 europäischen Rechts. Das muss ganz klar angesprochen werden.

53 Dazu kam von Ihnen kein Wort. Ich sage Ihnen: Wenn diese Schnüffelprogramme jetzt
54 nicht politisch und rechtlich zurückgewiesen werden, wenn wir unser Recht jetzt nicht
55 verteidigen, dann sind die Verfassungsrechte der westlichen Demokratien das Papier, auf
56 dem sie geschrieben stehen, am Ende nicht wert.

57 Wozu ist eine Regierung eigentlich da? Die Aufgabe einer Regierung ist es, Gesetze zu
58 machen, die Ausführung zu kontrollieren und unser aller Rechte zu vertreten, meine Da-
59 men und Herren. Es ist schön, Herr Schulz, dass Sie die Vorratsdatenspeicherung abge-
60 lehnt haben; aber dann erwarte ich von der FDP auch, dass sie an dieser Stelle genauso
61 klar sagt: Dieser Schnüffelskandal muss auf die Tagesordnung des Europäischen Rates,
62 und wir müssen prüfen, ob gegen Großbritannien ein Vertragsverletzungsverfahren ein-
63 geleitet werden kann.

64 Recht, meine Damen und Herren, soll und darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern
65 muss auch in der Realität praktiziert werden. Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle ganz
66 klar: Die Aufgabe der Bundesregierung ist zuerst, unsere Rechte hier und heute zu ver-
67 teidigen. Dann, lieber Thomas Oppermann, kann man über europäische Datenschutzricht-
68 linien und über eine europäische Cyberstrategie reden. Das ist immer richtig; denn nur so
69 können wir das Recht auf Datenschutz, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung,
70 tatsächlich verteidigen. Aber als Allererstes wollen wir wissen, was war, und wir wollen,
71 dass endlich das europäische Recht eingehalten wird.

Jürgen Trittin Elefantenrunde 2013: JTE13

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=WUU-eIJ7LMw> (eigene Transkription)

1 **Herr Trittin:** Ich sage an diesem Abend erstmal eins: Herzlichen Glückwunsch zur Bun-
2 deskanzlerin. Das war ein großer Wahlsieg, den Sie errungen haben. Und man muss an
3 so einem Abend auch mal dem Gewinner oder der Gewinnerin in diesem Fall gratulieren
4 können, wenn man das Spiel verloren hat. Wir wollten sie ablösen. Das ist uns nicht ge-
5 lungen. Wir sind wieder auf dem Niveau angelangt, auf dem wir 2005 gewesen sind. Wir
6 hatten uns mehr versprochen und das werden wir jetzt mal in Ruhe analysieren woran das
7 liegt.

8 **Herr Trittin:** Also. Ich weiß ja nicht wie viel Wahlkampfauftritte Sie von mir beobachtet
9 haben, aber ich habe im Wesentlichen zu 4 Themen gesprochen: ich habe dazu gespro-
10 chen, dass wir 100 Prozent in erneuerbare Energien brauchen. Das wir dafür sorgen müs-
11 sen, dass es mehr Geld für Bildung und Betreuung gibt. Das es weniger Massentierhal-
12 tung gibt und dass wir einen gesetzlichen Mindestlohn brauchen. Das waren die 4 Themen
13 und Wahlkampfschwerpunkte der Grünen. Die schienen mir auch so zu sein, dass wir auf
14 breite Zustimmung stießen, nur dass sich das nicht ausgezahlt hat, das wird man sehr
15 genau analysieren müssen. Man wird sich der Frage stellen müssen: wie kommt es bei-
16 spielsweise, dass alle 3 kleineren Parteien verloren haben an dieser Stelle. Einige noch
17 mehr, erheblich mehr als wir. Aber das wir nicht in einer Situation mehr waren, wie in
18 einer großen Koalition vor 4 Jahren. Das sind alles Dinge, die wird man in der Tat in
19 Ruhe analysieren müssen.

20 **Herr Trittin:** Sie haben eben das Szenario beschrieben und ich kann niemanden, keiner
21 Partei und meiner Partei schon gar nicht raten sich in eine Koalition hineinzubegeben, wo
22 es auf sie nicht ankommt, sondern sie nur als Nothelfer für die Schwierigkeiten in dem
23 einen Lager genutzt werden. Und wir stehen ja an diesem Abend in einer schwierigen
24 Situation. Ich glaube alle hier in diesem Raum Versammelten sind sich einig, dass man
25 froh ist, dass die Alternative für Deutschland bisher jedenfalls nicht im Deutschen Bun-
26 destag sitzt, weil wir keine anti-europäische Partei in diesem Bundestag haben wollen.
27 Ich muss nur darauf hinweisen: Es sind ja zum Teil die Reden gewesen, Volker Kauder

28 „Europa spricht Deutsch“, „Sparen bis man quietscht“. All dieses hat die Partei so stark
29 gemacht, dass sie jetzt an der Schwelle steht.

30 **Herr Trittin:** Wir haben uns in der Vergangenheit in der Europa-Politik immer so ver-
31 halten, dass wir gemäß unserer europa-politischen Überzeugung abgestimmt haben. Wir
32 haben im Wahlkampf gesagt „es wird auch nach dieser Bundestagswahl darüber hinaus-
33 laufen, dass wenn man Griechenland aus der Krise bringen will, dann muss da investiert
34 werden.“ Das wird nicht nur mit Sparen geschehen. Ich bin mir völlig sicher, dass das
35 über kurz oder lang so kommen wird. Wenn das so kommen wird, werden die Grünen
36 nicht gegen ihre eigene Überzeugung stimmen. Und ich nehme an die Sozialdemokraten
37 werden das genauso tun. Wir machen das von der Sache her abhängig. Wir müssen damit
38 gelegentlich in Kauf nehmen, dass wir da für Mehrheiten gesorgt haben, die die Kanzlerin
39 im eigenen Lager ungenügend hatte Nichts destotrotz ist das keine Frage, die zu Koaliti-
40 onen führt.

41 **Herr Trittin:** Sie haben vor 25 Jahren diese Position abgeräumt. Alles was Sie dieser
42 Tage darüber lesen, geht zurück auf Forschung die wir in Auftrag gegeben haben, weil
43 wir ein Interesse daran haben, dass dies aufgeklärt wird. Und deswegen bin ich da relativ
44 gelassen. Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu Herrn Riexinger machen: Ich glaube,
45 was nicht verstanden wird, ist: dass in diesem Lande niemand ernsthaft eine Regierung
46 bilden kann, die sich vornimmt bis zum Ende 2017 sich aus allen UN-Einsätzen zurück-
47 zuziehen. Das ist jedenfalls mit Grünen nicht zu machen. Wir wollen nicht uns aus Sudan,
48 aus dem Friedenseinsatz im Libanon und ähnliche Dinge zurückziehen. Und ich füge eine
49 weiteres hinzu. Ich glaube auch nicht, dass es in Deutschland, das ist das größte Land der
50 Europäischen Union, überhaupt vorstellbar ist, dass dieses Land sich so auf der Verant-
51 wortung stiehlt, dass es einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union in den Staatsbank-
52 rott gehen lässt. Und das sind die beiden Punkte, die schlicht und ergreifend, nichts mit
53 „Ausschließeritis“ zu tun haben, sondern das sind Positionen die wir nicht teilen werden
54 und Parteien, die so etwas vertreten, mit denen können wir keine Koalition bilden. Weil
55 wir sind Menschen, die wollen die Vereinten Nationen stärken und wir wollen mehr Eu-
56 ropa. Ein gestärktes Europa.

57 **Herr Trittin:** Sehen Sie, ich will ja hier niemandem vorgreifen. Aber ich habe gerade
58 von Frau Hasselfeldt gehört, dass einiges der wesentlichen Errungenschaften der Um-
59 stand ist, dass die CSU in dieser Regierung das Betreuungsgeld durchgesetzt hat. Ich kann
60 Ihnen sagen, Grüne sind aus der Mitte der Gesellschaft heraus der Auffassung, dass dieses
61 Betreuungsgeld abgeschafft gehört. Dass wir dafür sorgen müssen, dass dieses Geld in-
62 vestiert wird in die Betreuung und ein besseres Betreuungsangebot und das ihr in den
63 letzten Wochen durch politische Reden zwischen CSU, CDU und den Grünen zugeschüt-
64 tet worden seid, den Eindruck hatte ich jedenfalls nicht. Ich glaube wir werden erst einmal
65 sehr ruhig analysieren, dann werden wir gucken, wie wir welche politischen Schlussfol-
66 gerungen wir daraus ziehen, in welche politischen Richtungen wir uns verändern auch
67 müssen. Dann wird man gucken wer das macht. Das ist aber nichts, wo ich als jemand
68 der gerade vier Jahre in den Deutschen Bundestag gewählt worden ist, abseits stehen
69 werde.

Britta Haßelmann Bundestag November 2013 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
BHB1113

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18003.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und
2 Herren! Lieber Thomas Oppermann, ich glaube, in Sachen Basisdemokratie brauchen die
3 Grünen keine Belehrungen der SPD.

4 Mit dem Thema Urabstimmungen haben wir Erfahrungen, über die wir uns gerne austau-
5 schen können. Wir haben zwei Urabstimmungen durchgeführt und können Ihnen sagen,
6 was das bedeutet.

7 In Hinblick auf Hessen sei an der Stelle kurz erwähnt: Auch die Grünen in Hessen brau-
8 chen die Ratschläge der SPD-Bundestagsfraktion nicht, denn in Hessen wird eine Mit-
9 gliederversammlung über den Koalitionsvertrag entscheiden. Die Parteitage des Landes-
10 verbandes Hessen sind nämlich immer Mitgliederversammlungen für die gesamte Mit-
11 gliedschaft.

12 Nun aber zum Thema. Herr Grosse-Brömer, Sie haben sich gerade mit den beiden Ple-
13 narsitzungen und der Fragestunde, die das Parlament abhält, gerühmt. Meine Damen und
14 Herren, allen Abgeordneten, auch Ihnen von der Union und von der SPD, muss es doch
15 ein Anliegen sein, dass wir als Parlament endlich unsere Arbeit aufnehmen, dass Sie
16 Rechte und Pflichten haben, dass wir nicht länger im Stand-by-Modus bleiben und darauf
17 warten, dass die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen werden. Dieser erste Schritt ist
18 jetzt erfolgt. Der zweite Schritt ist: Wir warten auf Ressortzuschnitte. Erst danach können
19 wir vielleicht die Arbeit aufnehmen.

20 Das Problem ist doch: Bisher ist kein Zeitplan, den Sie der Parlamentarischen Geschäfts-
21 führerin der Linken und mir zugesagt haben, bisher ist nichts eingehalten worden. Wir
22 hatten klar vereinbart: Wenn Ihre Koalitionsverhandlungen abgeschlossen sind, dann ste-
23 hen die Ressortzuschnitte, dann können wir über die Ausschüsse verhandeln. – Nichts
24 davon ist der Fall. Gestern Abend haben wir erfahren, dass die Ressortzuschnitte erst nach
25 dem Mitgliederentscheid erfolgen. Das heißt, wir sind weiterhin im Wartemodus, und das
26 ist falsch, und zwar für das gesamte Parlament, nicht nur für die Oppositionsfraktionen.

27 Die Arbeitsfähigkeit des Bundestages muss hergestellt werden. Sie ist durch die Einrich-
28 tung des Hauptausschusses allein noch nicht gegeben. Wer hat denn die beiden Plenarsit-
29 zungen, wer hat die Fragestunde beantragt? Wir haben den Präsidenten angeschrieben
30 und beantragt, dass der Deutsche Bundestag tagt, sowohl am 18. November als auch am
31 28. November.

32 Wir waren es, die wollten, dass endlich eine Fragestunde stattfindet, nicht die Unions-
33 fraktion oder die SPD-Fraktion. So sieht es aus im Parlament, meine Damen und Herren.
34 Sonst hätten Sie sich weiterhin nur mit sich selbst beschäftigt.

35 Bei allem Verständnis dafür, dass man für Koalitionsverhandlungen – auch wir haben
36 diverse geführt – natürlich eine gewisse Zeit braucht: Das, was da jetzt stattfindet, ist ein
37 absoluter Wirrwarr.

38 Erst hieß es: Wir brauchen eigentlich keinen Hauptausschuss. – Dann heißt es: Wir brau-
39 chen ihn jetzt doch. – Die Gesetzentwürfe aus dem Bundesrat, die wir dort eigentlich
40 hätten beraten sollen, werden da gar nicht beraten. Sie werden nämlich heute vom Bun-
41 destag beraten und sollen, indem vom Hauptausschuss nur die vom Haushaltsausschuss
42 zu erledigende Prüfung durchgeführt werden soll, kurzerhand zur zweiten und dritten Le-
43 sung wieder an den Bundestag überwiesen werden.

44 Das ist eine Geschichte, die wir immer wieder thematisiert haben. Wir wissen, dass es
45 den Ländern sehr wichtig ist, dass wir die Bundesratsinitiativen, also das AIFM-Steuer-
46 Anpassungsgesetz und das Gesetz zur Änderung des Kinderbetreuungsfinanzierungsge-
47 setzes, noch in diesem Jahr verabschieden. Das ist für die Länder bedeutend. Aber dafür
48 nutzen Sie den Hauptausschuss gar nicht. Sie richten ihn als großes Sammelbecken für
49 jede unliebsame Initiative ein.

50 Das hat man doch am allerbesten an der NSA-Geschichte gesehen: SPD und Union waren
51 sich über unseren Entschließungsantrag zum Thema NSA-Abhörskandal uneinig. Sie von
52 der SPD haben hier flockige Reden darüber gehalten, was man alles tun muss und wie
53 wahnsinnig schwierig das alles ist. Am Ende waren Sie sich nicht darüber einig, wie man
54 mit dem Antrag der Grünen umgeht, und versenken ihn in einem Hauptausschuss. So
55 sieht es aus. Dies jetzt als wahnsinnig guten Parlamentarismus zu verkaufen, führt doch
56 völlig an der Sache vorbei. Ich bitte Sie!

57 Wir haben die Koalitionsverhandlungen abgewartet, die jetzt abgeschlossen sind. Bis auf
58 die fünf Abgeordneten meiner Fraktionen, die wir jetzt für den Hauptausschuss benennen
59 dürfen, müssen alle anderen warten, bis sie erfahren, wie sie Ausschussarbeit, wie sie
60 Parlamentsarbeit machen dürfen.

61 Im Übrigen wollen doch auch die vielen Abgeordneten Ihrer Fraktionen endlich wissen,
62 wann der Ressortzuschnitt steht. Er wird frühestens am 15. Dezember – der 16. Dezember
63 wird uns genannt – stehen, weil erst dann der Mitgliederentscheid der SPD beendet ist.
64 Bei allem Verständnis für Basisarbeit, Basisbefragungen und Mitgliederentscheid – wie
65 gesagt, da brauchen wir keine Belehrung –: Ich finde, das Parlament kann nicht so lange
66 warten. Wir wollen hier arbeiten, und wir wollen nicht länger im Stand-by-Modus sein.

67 Lassen Sie mich am Schluss, Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis, Sie selbst zitieren: Das
68 Bemühen, das alles bis zur Kanzlerwahl zu vertagen, halte ich weder für plausibel noch
69 für notwendig ...

70 So sehen wir es auch, und deshalb haben wir den Antrag auf Einsetzung der Ausschüsse
71 gestellt.

**Markus Kurth Bundestag November 2013 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
MKB1113**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18003.pdf>

1 Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nun sieht es also so aus, dass alle
2 Fraktionen im Deutschen Bundestag den Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversi-
3 cherung nicht weiter senken wollen. Bei näherem Hinsehen gibt es jedoch gewaltige Un-
4 terschiede. Auf der einen Seite sieht die Fraktion Die Linke ausweislich der Begründung
5 ihres Gesetzentwurfs die Aussetzung der Beitragssatzsenkung als Auftakt zu einer ganzen
6 Kette von Beitragssatzerhöhungen, um in Zukunft sämtliche rentenpolitischen Reformen
7 nicht nur zu verändern, sondern gleich abzuschaffen. Auf der anderen Seite wollen Union
8 und SPD mit den Geldern der Beitragszahler sozialpolitische Geschenke machen, die ei-
9 gentlich von der Allgemeinheit, das heißt von den Steuerzahlern, bezahlt werden müssen.
10 Sie machen Weihnachtsgeschenke, die nur die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler
11 finanzieren müssen.

12 Nur wir, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wollen die Gelder der Rücklage zusam-
13 menhalten und im Sinne der Versicherten einsetzen, und zwar für abschlagsfreie Erwerbs-
14 minderungsrenten, um die Rente mit 67 vernünftig zu flankieren, für ein angemessenes
15 Rehabudget, weil „Reha vor Rente“ sich rechnet und den Leuten ein längeres Verbleiben
16 im Erwerbsleben ermöglicht, und für eine Demografierücklage, um den Beitragssatzan-
17 stieg ab 2018, den wir erwarten, abzufedern und für Generationengerechtigkeit zu sorgen.

18 Wenn ich manches hier so verfolge, kommen mir Erinnerungen an meine Kindheit. Ich
19 bin im Rheinland geboren, in Bonn. Dort gibt es Karnevalsumzüge, und am Ende des
20 Karnevalszuges fährt der Prinzenwagen. Von ihm werden besonders viele Bonbons ge-
21 worfen, und diejenigen mit den stärksten Schultern und größten Beuteln, die sich vor-
22 drängeln, kriegen das meiste ab.

23 Wir erleben hier die Vorbeifahrt des rentenpolitischen Prinzenwagens, wir erleben, dass
24 die Großkoalitionäre mit vollen Händen das Geld der Beitragszahler an die verteilen, die
25 am lautesten schreien und sich vordrängeln. Das ist das Problem.

26 Damit wir uns nicht falsch verstehen: Natürlich kann man über Dinge wie die sogenannte
27 Mütterrente diskutieren. Es ist klar: Stichtagsregelungen bringen immer Ungerechtigkei-
28 ten mit sich. Einen Teil der Argumentation von Frau von der Leyen kann ich auch nach-
29 vollziehen. Und natürlich kann man über einen abschlagsfreien Rentenzugang mit 63 Jah-
30 ren nach 45 Beitragsjahren sprechen. Aber dann muss man auch ehrlich darüber reden,
31 wie man das finanziert. Das muss man bilanzieren. Es sind 10 Milliarden Euro, die Sie in
32 die Hand nehmen.

33 Wir haben – das hat uns im Wahlkampf leider nicht immer zum Wohle gereicht – vor
34 unserem Wahlkampf genau gerechnet, überlegt und mit Steuererhöhungen argumentiert.
35 Das haben Sie, meine Damen und Herren von der Union, sich erspart.

36 – Frau von der Leyen ruft mir von der Seite noch „Ja“ zu. – Sie haben gesagt: Wir erhöhen
37 keine Steuern. – Was Sie aber letzten Endes machen, ist, dass Sie die „Steuern der kleinen
38 Leute“ erhöhen; genau so haben Sie eben die Beitragssätze genannt. Das ist unehrlich.

39 Sie loben sich, dass Sie auf Sicht fahren. Ja, das ist immer das Argument der Regierung
40 Merkel gewesen. Nur, Ihr Sichtfeld ist furchtbar klein.

41 Sie sitzen nämlich krampfhaft am Lenkrad und schauen nur auf das nächste Stück der
42 Wegstrecke. Gerade bei der Rentenversicherung würde es sich lohnen, den Blick zu he-
43 ben, auf lange Sicht zu fahren und auch die Warnschilder am Rand zu beachten, die so-
44 zialpolitischen und die beitragsatzpolitischen Warnschilder.

45 Ist nicht erst letzte Woche am Mittwoch im Kabinett der Rentenversicherungsbericht der
46 Bundesregierung verabschiedet worden? Ist denn nicht ganz klar, welche Beitragssatzan-
47 stiege ab 2018 drohen? Das wissen Sie doch. Irgendwo auf dem Weg vom Kanzleramt
48 zum Willy-Brandt-Haus muss der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung wohl
49 abhandengekommen sein. Sonst könnten Sie so nicht handeln.

50 Sie von der SPD sprechen gern von der Koalition des kleinen Mannes. Frau Ferner, ich
51 schätze Sie – Sie haben jetzt noch einmal alles aufgezählt –, aber, was die Koalition des
52 kleinen Mannes betrifft, mal ehrlich: Der kleine Mann, der jetzt zwölf Jahre alt ist, der in
53 vier Jahren die Berufsausbildung beginnt und drei Jahre später in das Berufsleben eintritt,
54 wird sich für die Beitragssatzerhöhung bedanken, die Sie ihm eingebrockt haben, und für
55 die Beitragssatzerhöhungen, die Jahr für Jahr folgen werden.

- 56 Wenn ich das hier sehe, muss ich sagen: So viele Stimmen, die Sie haben, und so viel
57 Mutlosigkeit; so viele Stimmen, die Sie haben, und so viel Feigheit vor der Zukunft.

**Katrin Göring-Eckardt Bundestag Dezember 2013 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
KGEB1213**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18005.pdf>

1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Wochen demonstrieren Tausende
2 und Abertausende auf dem Maidan in Kiew. Sie harren aus in Kälte und ertragen die
3 Gegenwehr der Staatsmacht. Die Menschen auf dem Maidan und an vielen anderen Orten
4 kämpfen leidenschaftlich für europäische Werte. Genau darum geht es ihnen: ein Signal
5 für dieses gemeinsame Europa der Werte zu setzen.

6 Bei dem Konflikt in der Ukraine geht es um den souveränen Staat Ukraine. Nein, es geht
7 nicht um Entweder-oder, sondern es geht darum, dass die Ukraine ein selbstständiger, ein
8 europäischer Staat werden muss und werden darf. Dazu braucht sie von uns kein Viel-
9 leicht, kein Möglicherweise und kein Ja-aber, sondern sie braucht ein klares Bekenntnis:
10 Wir unterstützen die Zivilgesellschaft, wir unterstützen diejenigen, die für die europäi-
11 schen Werte kämpfen, wir unterstützen die Menschen auf dem Maidan, die für europäi-
12 sche Werte und für die Demokratie kämpfen.

13 Genau darum muss es gehen, wenn wir über europäische Politik in diesen Tagen reden.
14 Wir wissen angesichts der gegenwärtigen Bedingungen noch nicht, ob in der Ukraine im
15 Jahr 2015 überhaupt noch demokratische Wahlen, die erkämpft worden sind, stattfinden
16 können. Ich bin sehr dankbar, dass eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus dem
17 Deutschen Bundestag und aus dem Europaparlament in Kiew waren und deutlich ge-
18 macht haben: Ja, wir stehen an der Seite der Zivilgesellschaft. – Was das für diejenigen,
19 die dort ausharren, bedeutet, kann man, glaube ich, nicht hoch genug einschätzen. Ich
20 möchte gern, dass wir in dieser Legislaturperiode deutlich machen: Es geht nicht nur um
21 ein Europa der Wirtschaft und der Finanzen, sondern es geht eben auch um ein Europa
22 der Werte. Während der orangenen Revolution, Frau Merkel, haben auch auf den Tischen
23 der CDU/CSU-Fraktion Orangen als Zeichen der Solidarität gelegen. Heute erleben wir
24 solche Zeichen von Solidarität immer nur mit einem Untertitel und in Häkchen.

25 Herr Minister Steinmeier, Sie haben gestern davon gesprochen, dass Sie Russlands Aus-
26 nutzen der Notlage der Ukraine empörend finden. Das will ich unterstreichen. Aber ich
27 kann nur hoffen, dass es Ihnen damit ernst ist und dass Sie auch gegenüber Russland

28 tatsächlich Klartext reden, wenn es um Solidarität mit der Ukraine und der dortigen Zi-
29 vilgesellschaft geht.

30 Sie haben von Modernisierungspartnerschaft geredet. Allerdings ist ohne die Einhaltung
31 der Menschenrechte und ohne eine Demokratisierung Russlands eine solche Modernisie-
32 rung gar nicht möglich. Das ist Russland offensichtlich egal, nach innen wie nach außen.
33 Einem Land, das die Olympischen Spiele ausrichten wird, aber nach wie vor Menschen-
34 rechte missachtet und Menschen in Haft hält, die sich der Putin-Politik widersetzen, dem
35 müssen wir bei allen Verhandlungen und Gesprächen, egal worum es geht, deutlich ma-
36 chen: Nein, das akzeptieren wir nicht.

37 Es wäre wahrhaft ein gutes Signal, wenn Ihr Koalitionsvertrag beim Thema Osteuropa,
38 wie an vielen anderen Stellen auch, nicht nur ein Dokument des Vielleicht und Ja-aber
39 wäre. Er fällt sogar hinter das zurück, was die Mehrheit des Deutschen Bundestages, üb-
40 rigens über Fraktionsgrenzen hinweg, im Jahr 2012 beschlossen hat. Wichtige Passagen
41 zur Unterstützung der Zivilgesellschaft sind aus den Entwürfen wieder herausgestrichen
42 worden. Warum? Geht es wieder einmal weniger um Freiheitsrechte und Werte? Antwort-
43 ten auf die Frage, wie auf die repressive und modernisierungsfeindliche Politik Putins im
44 Land, aber auch gegenüber Nachbarländern wie der Ukraine reagiert werden soll, findet
45 man im Koalitionsvertrag dieser Legislaturperiode vergeblich. Ich finde, das ist auch ein
46 europäisches Armutszeugnis.

47 Ich glaube vor allem, dass die Geschundenen, diejenigen in den Knästen, die Homosexu-
48 ellen, die unter furchtbaren Repressionen leiden werden, das nicht verstehen können. Ich
49 sage Ihnen: Auch ich verstehe es nicht, dass der Kreml zum Modernisierungspartner wird,
50 obwohl Putin hinlänglich bewiesen hat, dass er an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
51 nicht interessiert ist, weder in Russland noch in seiner Nachbarschaft. Wir erwarten in
52 dieser Legislaturperiode von Ihnen, dass Sie das ändern, dass Sie klarmachen: Hier muss
53 eine andere Richtung eingeschlagen werden. Das sind wir denen schuldig, die auf dem
54 Maidan demonstrieren, und das sind wir denen schuldig, die überhaupt nicht jubeln kön-
55 nen, wenn andere Fähnchen in Sotschi schwenken.

56 Meine Damen und Herren, die EU ist Zivilmacht und sogar Trägerin des Friedensnobel-
57 preises. Aber statt zivile Krisenprävention zu betreiben, wird dieser Gipfel auch wie eine
58 Finanzspritze für die schwächelnde Rüstungsindustrie werden. In der EU bestehen heute

59 schon unzählige Doppelstrukturen und Überkapazitäten. Der Druck, das Zuviel an Rüs-
60 tungsgütern weiter ungebremst in Drittstaaten außerhalb der EU und der NATO zu ex-
61 portieren, besteht weiter. Vorsichtigen Schätzungen einer EU-Studie zufolge verschlingt
62 die Nichtkooperation der EU-Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich heute schon 26
63 Milliarden Euro; andere Schätzungen gehen sogar von 100 Milliarden Euro aus – eine
64 enorme Summe, die allein dadurch entsteht, dass es mangelnde Zusammenarbeit gibt.

65 Dennoch machen wir jetzt so weiter, statt Geld für notwendige europäische Investitionen
66 freizumachen, beispielsweise im Bereich der Energiewende, der erneuerbaren Energien
67 oder der Digitalisierung. Das wäre besser, als weiter in Maschinengewehre und Panzer
68 zu investieren. Das ist der falsche Weg, und deswegen sage ich ganz klar: Ziviles Europa
69 heißt auch, dass hier Kooperation statt Überkapazität angesagt ist, dass hier das Abbauen
70 und tatsächlich zivile Krisenprävention angesagt sind.

71 Ich will es ganz deutlich sagen: Kooperation bei Rüstungsprojekten heißt für uns nicht
72 Einstieg in den Drohnenkrieg. Da ist die Entwicklung gemeinsamer militärischer Fähig-
73 keiten kein Hintertürchen – sie darf kein Hintertürchen sein! –, mit dem Deutschland in
74 diesem Bereich plötzlich einfach mal mitmischen kann, ohne sich der innenpolitischen
75 Debatte zu stellen. Nein, hier muss weiter klar und deutlich sein: Der Einstieg in den
76 Drohnenkrieg darf nicht passieren und schon gar nicht durch ein Hintertürchen mit deut-
77 scher Hilfe.

78 Frau Bundeskanzlerin, nicht nur wir, sondern auch ganz Europa fragt sich: Welche Rolle
79 will Deutschland in der EU in Zukunft eigentlich spielen? Welche Vision für die Zukunft
80 der EU hat die alte und neue Kanzlerin? Sie haben am Anfang Ihrer Regierungserklärung
81 heute gesagt, dass es gut und richtig ist, dass sich die erste Regierungserklärung mit Eu-
82 ropa beschäftigt. Ja, mit Europa hat sie sich beschäftigt; eine Vision allerdings hat gefehlt.

83 Um welche Impulse geht es eigentlich? Die europäischen Partner wünschen sich doch zu
84 Recht ein konstruktives Deutschland und vor allem Klarheit. Bei beidem werden sie ent-
85 täuscht. Der Koalitionsvertrag zeigt, dass Ihnen da der Mut fehlt. Ich weiß nicht ganz
86 genau, ob es damit zu tun hat, dass so viel verhandelt worden ist. Man hat den Eindruck,
87 hier soll weiter durchlaviert werden. Lassen Sie mich dafür zwei Beispiele nennen, um
88 da eben nicht im Ungefähren zu bleiben. Erstes Beispiel. Sie kündigen vollmundig an,

89 die Banken endlich ohne Belastung der Steuerzahler abwickeln zu wollen. Es war aller-
90 dings Herr Schäuble, der dafür gesorgt hat, dass diese Abwicklung erst ab dem Jahr 2026
91 vollständig aus Beiträgen der Banken finanziert werden soll. Bis dahin – bis zum Jahr
92 2026 – haften weiter die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

93 Ich jedenfalls stelle mir Klarheit, was Bankenabwicklung und was die Frage der Verur-
94 sacher angeht, anders vor. Deswegen sage ich klar und deutlich: Nehmen Sie hier eine
95 Veränderung vor. Dieses Durchlavieren und Hinausschieben macht keinen Sinn.

96 Das zweite Beispiel, das ich anführen will: Sie haben darüber geredet, Frau Bundeskanz-
97 lerin, wie die Situation der Flüchtlinge in Europa ist. Passieren Tragödien wie vor ein
98 paar Monaten vor Lampedusa – dergleichen passiert ja immer wieder –, dann stellen sich
99 alle zusammen hin und sagen: Wir sind sehr betroffen. Das darf nie wieder passieren. –
100 Gleichzeitig machen Sie weiter mit einer Abschottungs- und Abgrenzungspolitik, die
101 nicht dazu führt, dass es eine Entspannung für die Flüchtlinge gibt, die über das Mittel-
102 meer zu uns kommen. Sie werden weiterhin zurückgeschickt, und sie werden weiterhin
103 nicht als Menschen behandelt, die in großer Not sind, sondern als Menschen, die wir nicht
104 gebrauchen können. Das hat mit menschenwürdiger Flüchtlingspolitik nichts zu tun.

105 Ich bin fest überzeugt, dass wir endlich dazu kommen müssen, dass wir innerhalb der EU
106 tatsächlich Solidarität üben, vor allen Dingen auch Solidarität mit den Aufnahmeländern.
107 Wir können Italien und die anderen Länder an den EU-Außengrenzen nicht mehr allein-
108 lassen. Da hilft es auch nichts, wenn wir weiter darüber reden, wie viele Flüchtlinge es
109 nun eigentlich sind, die wir tatsächlich aufnehmen und die andere tatsächlich aufnehmen.
110 Die Situation ist so, dass wir darüber nicht mehr lange nachdenken dürfen, sondern dass
111 wir sagen müssen: Wir brauchen hier einen wirklichen Neuanfang, der mit Kooperation
112 zu tun hat. Es geht nicht, dass wir sagen: Jetzt kann man das Problem vielleicht auch noch
113 auf die Türkei oder die nordafrikanischen Länder abwälzen.

114 Es muss dazu kommen, dass wir endlich Dublin II überdenken. Es muss dazu kommen,
115 dass wir eine realistische Aufnahmepolitik in der Europäischen Union vorantreiben, und
116 wir können das aus Deutschland heraus. Es muss dazu kommen, dass Flüchtlinge den Ort,
117 wo sie Asyl beantragen, tatsächlich frei wählen können. Es muss dazu kommen, dass in
118 Flüchtlingslagern nicht mehr Menschen sitzen, die ausgebildet sind, die jung sind, die
119 motiviert sind und die etwas tun wollen, dort aber Monat für Monat festgehalten werden

120 – unter wahrlich nicht sehr guten Bedingungen. Meine Damen und Herren, ich glaube,
121 Flüchtlingspolitik der EU ist etwas, was in den nächsten Monaten und Jahren endlich auf
122 eine realistische Grundlage, auf eine echte Einwanderungsgrundlage und vor allen Din-
123 gen auf die Grundlage wahrhafter Menschlichkeit und Solidarität gestellt werden muss.
124 Darauf kommt es an, und dafür ist zu kämpfen.

125 Frau Merkel und Herr Steinmeier, bei der Politik der EU und dem Beitrag Deutschlands
126 geht es immer um Wirtschaft und Finanzen, und das war auch heute wieder so. Um Öko-
127 logie sorgen Sie sich nur am Rande. Aber es geht vor allen Dingen um Werte und Frei-
128 heitsrechte: für die Jugendlichen, die sich nach wie vor vergessen fühlen, weil Kleinst-
129 programme nicht helfen, für die Flüchtlinge an den Außengrenzen – übrigens auch für
130 diejenigen, die innerhalb Europas auf der Flucht sind wie die Sinti und Roma, die aus
131 fürchterlichen Bedingungen aufgrund von Diskriminierung hierherkommen – und für die
132 Menschen auf dem Maidan, die unsere Werte verteidigen, auch gegen einen russischen
133 Diktator.

134 Ich möchte kämpfen für ein Europa der Freiheitsrechte, der Werte und der Demokratie.
135 Ich glaube, das ist jetzt dran. Die Frage von Wirtschaft und Finanzen werden wir weiter-
136 treiben müssen, aber das andere macht eigentlich unser gemeinsames Europa aus.

137 Vielen Dank.

DIE LINKE

2013

Dr. Gregor Gysi Bundestag Januar 2013 (DIE LINKE): GGB0113

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17217.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rösler, ich habe Ihrem Bericht zugehört.
2 Aber wissen Sie, was mich am meisten ärgert? Bevor Sie Ihren Bericht dem Kabinett
3 zeigen und bevor Sie ihn gestern dem Ausschuss gezeigt haben und heute dem Plenum,
4 beraten Sie mit allen Wirtschaftsbossen, ob der Jahreswirtschaftsbericht so in Ordnung
5 sei. Mein Gott! Brauchen Sie immer die Genehmigung der Wirtschaftsbesse? Wann stel-
6 len wir denn endlich wieder das Primat der Politik über die Wirtschaft her statt des Pri-
7 mats der Wirtschaft über die Politik? Das wird wirklich höchste Zeit. Ihr Bericht ist
8 schöngefärbt; das wissen Sie. Das liegt natürlich an der Wahl in Niedersachsen. Deshalb
9 sprechen Sie auch heute hier. Aber nun muss ich Ihnen eines sagen, meine Damen und
10 Herren von der FDP: Willy Brandt hat bei einer Bundestagswahl damit angefangen, seine
11 Wählerinnen und Wähler aufzufordern, mit den Zweitstimmen der FDP zu helfen, damit
12 sie über die 5-Prozent-Hürde kommt. McAllister und die CDU in Niedersachsen machen
13 jetzt dasselbe. Ich weiß nicht, ob Frau Merkel und die CDU bei der Bundestagswahl auch
14 dasselbe machen werden. Das heißt, Ihr Ergebnis basiert nicht auf eigener Leistung, son-
15 dern auf Leihstimmen. Wir haben es viel schwerer, weil weder Union noch SPD ihre
16 Wählerinnen und Wähler jemals aufrufen würden, mit der Zweitstimme die Linke zu
17 wählen. Wir müssen das ganz alleine schaffen. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir
18 hier eine größere Leistung erbringen.

19 Noch etwas: Das Ding hat eine Kehrseite. Wenn Union und FDP in den Landtag Nieder-
20 sachsen einziehen – damit rechnen jetzt viele –, haben Sie von Rot-Grün in Niedersachsen
21 höchstwahrscheinlich keine Mehrheit. Jetzt müssten Sie Ihre Wählerinnen und Wähler
22 doch aufrufen, mit der Zweitstimme die Linke zu wählen. Da Sie das aber nicht machen
23 werden, ersetze ich Sie und sage es ihnen selbst. Kommen wir einmal zu dem Bericht.
24 Das Bruttoinlandsprodukt ist immer der Gradmesser für die Leistungsfähigkeit einer
25 Wirtschaft. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sinkt von 3 Prozent im Jahr 2011
26 über 0,7 Prozent im letzten Jahr nach Ihrer Einschätzung, Herr Rösler, 2013 auf 0,4 Pro-
27 zent. Darf ich vielleicht noch an etwas erinnern? Sie haben den Fiskalpakt beschlossen.
28 Im Fiskalpakt steht, dass ein Staat nicht mehr als 60 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts
29 als Schulden haben darf. Gleichzeitig ist geregelt, dass man, wenn man darüber liegt –

30 wir liegen bei über 80 Prozent –, die Schulden pro Jahr um 5 Prozent zu senken hat. Ich
31 weiß noch, dass ich, als Herr Schäuble und ich beim Bundesverfassungsgericht saßen,
32 gefragt habe, welche Kürzungen eigentlich geplant sind; denn die Regelung bedeutet ja,
33 dass wir die Schulden jährlich um 25 Milliarden Euro senken müssen. Darauf hat er ge-
34 antwortet, dass das, was ich sage, völlig falsch sei, weil ja die Wirtschaftsleistung, das
35 Bruttoinlandsprodukt, so zunehmen kann, dass der Schuldenstand gemessen daran gerin-
36 ger wird; ich will das gar nicht weiter erklären.

37 – Ja, das stimmt. – Nur, das Problem ist: Dann brauchen wir eine Wirtschaftsleistungs-
38 steigerung von 1 Prozent pro Jahr. Sie gehen in Ihrer Prognose aber von einem Wachstum
39 von 0,4 Prozent aus. Wir hatten auch schon einmal Jahre mit Minuswerten. Was ist denn
40 dann? Sie müssen die Schulden abbauen. Das heißt, dann werden Sie wieder Sozialkür-
41 zungen vornehmen. Man hört ja auch schon von Geheimplänen im Bundesfinanzminis-
42 terium, Stichwort „Witwenrente“ und vieles andere. Genau so geht es nicht!

43 Ich sage Ihnen auch: Sie dürfen nicht vergessen, dass das sinkende Wachstum der Wirt-
44 schaftsleistung – 0,4 Prozent Wachstum in 2013 ist doch wirklich nicht erheblich – damit
45 zu tun hat, dass wir in einer Euro-Finanzkrise sind und dass Sie eine völlig falsche Politik
46 gegenüber Südeuropa machen. Sie bauen Südeuropa ab. Die Wirtschaftsleistung nimmt
47 dort ab. Die Steuereinnahmen nehmen ab. Von „sozial“ kann man gar nicht mehr reden.
48 Es wird immer extremer unsozial. Die Folge ist, dass die Exporte Deutschlands in diese
49 Länder zurückgehen. Ich habe mir das bei Opel angesehen. Bei Opel ist die Krise ange-
50 kommen; die Opelaner in Bochum werden aus diesen Gründen kaputtgemacht. Übrigens:
51 Ich habe auch mit dem Betriebsratsvorsitzenden von VW gesprochen. Der hat gesagt,
52 VW habe einen dramatischen Rückgang der Verkäufe nach Italien, Portugal usw., aber
53 könne das noch ausgleichen durch eine Steigerung des Exports nach China, nach Brasi-
54 lien und in die USA.

55 Wir leben doch über unsere Verhältnisse. Dieses Ungleichgewicht zwischen Export und
56 Import innerhalb der Euro-Zone kann nicht funktionieren. Wir alle wissen, dass der Ex-
57 port wahrscheinlich nachlassen wird. Dann gibt es nur eine mögliche Gegenmaßnahme:
58 Sie müssen die Binnenwirtschaft stärken. Die können Sie nur stärken, wenn Sie sich end-
59 lich sozialer verhalten und die Renten, Löhne und Sozialleistungen erhöhen. Es gibt kei-
60 nen anderen Weg, um die Binnenwirtschaft zu stärken; das wissen Sie auch.

61 Ich komme zum Arbeitsmarkt. Herr Rösler, was mich am meisten ärgert, ist, wenn Sie
62 überall sagen: Es gibt jetzt eine wunderbare Arbeitslosenstatistik. Im nächsten Jahr wird
63 es nur 60 000 Arbeitslose mehr geben. – Immerhin sagen Sie ja, dass es mehr geben wird.
64 Wissen Sie, was mich daran so stört? Wenn man es sich genauer ansieht, stellt man fest:
65 Das Problem ist, dass die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze in den letzten zehn Jahren abge-
66 nommen hat, Herr Kauder. Es sind 1,6 Millionen weniger geworden. Wenn Sie sagen
67 könnten, dass es mehr geworden sind, dann könnten Sie stolz sein. Es sind aber weniger
68 geworden. Das Einzige, was zugenommen hat, ist die prekäre Beschäftigung. Deshalb
69 können Sie eine bessere Statistik vorweisen.

70 Ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnsektor; das sind 7,9 Millionen. Da-
71 von sind 4,66 Millionen Vollzeitbeschäftigte. Diese Zahl hat seit 2005 um 677 000 zuge-
72 nommen. Die Leiharbeit weitet sich aus. Machen Sie etwas, um diese zu begrenzen? Nein,
73 nichts! Sie lassen alles laufen. Im Jahre 2003 hatten wir einmal 5,5 Millionen Minijobs.
74 Jetzt sind es 7,4 Millionen. Sie weiten dies noch aus, indem Sie die Verdienstgrenze von
75 400 Euro auf 450 Euro erhöht haben. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg um 1,6
76 Millionen; jetzt haben wir 8,7 Millionen.

77 Zudem haben wir 1,3 Millionen Aufstockerinnen und Aufstocker. Wissen Sie, was die
78 Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über die Jobcenter jährlich für die Aufstockerinnen
79 und Aufstocker zahlen? 10 Milliarden Euro. Man muss sich das einmal vor Augen führen:
80 Herr Brüderle, da geht ein Arbeitnehmer eine ganze Woche, einen Monat, ein Jahr den
81 ganzen Tag arbeiten und verdient damit so wenig, dass er zum Jobcenter gehen muss, um
82 zusätzlich Steuergelder zu erhalten. Das ist ein Skandal. Wer einen Vollzeitjob hat, muss
83 Anspruch auf einen Lohn haben, von dem er in Würde leben kann. Das wird höchste Zeit.

84 Dafür brauchen wir den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Ich garantiere
85 Ihnen, dass der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn trotz des Widerstandes der FDP
86 spätestens im Jahre 2014 beschlossen wird. Darum kommen Sie gar nicht umhin. Man
87 kann sich einem solchen Trend auf Dauer nicht widersetzen.

88 Auf der anderen Seite müssen wir uns mit den Reallöhnen beschäftigen. Die Reallöhne
89 sind in den letzten zehn Jahren um 4,5 Prozent gesunken. Bei den 10 Prozent, die am
90 schlechtesten verdienen, ist der Reallohn sogar um 9 Prozent gesunken. Die Armut nimmt

91 zu. – Natürlich nimmt sie zu. – Zwar ist die Arbeitslosenquote von 11,7 auf 7,1 Prozent
92 gesunken; doch in derselben Zeit, so das Statistische Bundesamt, ist das Armutsrisiko von
93 14,6 Prozent auf 15,3 Prozent gestiegen. Wie kommt das, wenn Sie doch eine so tolle
94 Arbeitslosenstatistik haben? Wieso nimmt die Armut zu? Ich sage Ihnen: Dass Vollzeit-
95 beschäftigte von Armut bedroht sind, hat es früher nicht gegeben. Jetzt aber ist es Realität.

96 Mich interessiert auch die andere Seite. Man könnte darüber diskutieren und sagen: Na
97 gut, das Vermögen in Deutschland nimmt insgesamt ab. Wenn das Vermögen abnimmt,
98 muss man sich überlegen, wie man es gerechter verteilen kann. – Aber das Gegenteil ist
99 der Fall. 1992 hatten wir in Deutschland ein Vermögen von 4,6 Billionen Euro; im Jahre
100 2012 betrug es 10 Billionen Euro. Seit der Finanzkrise im Jahre 2007 gab es eine Zu-
101 nahme von 1,4 Billionen Euro. Hier hat eine gigantische Umverteilung von unten nach
102 oben stattgefunden. Darum kommen Sie nicht herum. 0,6 Prozent der Haushalte in
103 Deutschland besitzen ein Vermögen von 1,9 Billionen Euro; das sind 20 Prozent. Die
104 unteren 50 Prozent der Haushalte besaßen 1998 einen Anteil von 4 Prozent am Gesamt-
105 vermögen; heute ist es nur noch ein Anteil von 1 Prozent. Erklären Sie doch einmal diesen
106 50 Prozent der Haushalte, weshalb sie immer stärker in Armut gestürzt werden? Warum
107 berichten Sie so etwas nicht, Herr Rösler?

108 Sie betreiben nur Schönfärberei. Das ist meines Erachtens nicht hinzunehmen. Sie wei-
109 gern sich, Vermögen zu besteuern. Meinen Sie nicht, dass es Zeit wird, dass die Kosten
110 für die Finanzkrise von denjenigen getragen werden, die sie erstens verursacht haben und
111 die zweitens davon profitieren?

112 – Ich rede nicht vom Mittelständler. Ich rede von den wirklich Vermögenden. – Herr
113 Fuchs, wir fordern eine Vermögensteuer von 5 Prozent auf ein privates Vermögen von
114 mehr als 1 Million Euro. Mein Gott, die merken gar nicht, wenn das abgebucht wird. Es
115 würde aber ein Stück weit mehr Gerechtigkeit in Deutschland entstehen.

116 Dasselbe gilt übrigens auch für Griechenland. Sie müssen einmal den griechischen Ar-
117 beitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Rentnerinnen und Rentnern, den Frauen, die
118 entbinden wollen, erklären, warum sie die Krise zu bezahlen haben. Welchen Schuldan-
119 teil haben diese Menschen an der Krise?

120 Ich erinnere mich daran, wie Herr Schäuble begründet hat, dass zur Sanierung des Haus-
121 haltes das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger gestrichen wird. Da habe ich Sie gefragt,
122 Herr Kauder, was die Hartz-IV-Empfänger falsch gemacht haben. Sie sollten sich hier
123 hinstellen und die fünf Gründe nennen, warum die Hartz-IV-Empfänger die Krise verur-
124 sacht haben. Das konnten Sie nicht. Es waren nämlich doch die Ackermänner, die die
125 Krise verursacht haben. Aber genau die werden nicht herangezogen. Das ist das Problem
126 der sozialen Ungerechtigkeit bei uns.

127 Jetzt steuern wir auf eine Altersarmut zu, und Sie von der CSU und der FDP weigern sich,
128 etwas dagegen zu unternehmen. Selbst der Vorschlag von Frau von der Leyen zur Zu-
129 schussrente wird abgelehnt. Das Rentenniveau soll bei 43 Prozent liegen. Viele verdienen
130 nur noch 1 000 Euro. Ich sage Ihnen, hier entsteht eine Armut, die nicht zu rechtfertigen
131 ist.

132 Herr Rösler, Sie haben den Jahreswirtschaftsbericht geschönt und ein bisschen frisiert.
133 Dasselbe haben Sie schon mit dem Armuts- und Reichtumsbericht gemacht. Der bleibt
134 trotzdem skandalös. Ich will gar nicht sagen, an welche Zeiten mich das erinnert, in denen
135 Berichte derart getürkt wurden. Das haben Sie doch nicht nötig.

136 Herr Bundestagspräsident, ich werde mir jetzt einmal notieren, wann Sie Geburtstag ha-
137 ben. Dann werde ich Ihnen eine neue Uhr schenken. Ich muss Ihnen Folgendes erklären:
138 Es gibt hier Leute, die elf Minuten reden, und das kommt mir dann wie eine halbe Stunde
139 vor. Bei mir rennt Ihre Uhr immer. Aber ich danke Ihnen trotzdem. Alles Gute.

Dr. Dietmar Bartsch Bundestag April 2013 (DIE LINKE): DBB0413

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17237.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr von Stetten, ich bedanke mich für die
2 Ankündigung. Wenn ich Herrn Brüderle und Ihnen zuhöre und wenn ich den Titel der
3 Unterrichtung lese: „Bericht über den Erfolg der Programme ...“, dann werde ich an eine
4 Zeit erinnert, die lange vorbei ist. Fragen Sie einmal die Ossi in Ihrer Fraktion; sie wis-
5 sen, wie das ist, wenn nur von Erfolgen berichtet wird. Halten Sie es lieber mit dem Alt-
6 bundeskanzler Kohl, der gesagt hat: „Entscheidend ist, was hinten rauskommt.“ Ich finde,
7 das sollte der Maßstab sein. Es reicht, eine Zahl zu nennen: 0,5 Prozent Wirtschaftswachs-
8 tum. Das ist faktisch nichts. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, die Sie hier zu verantwor-
9 ten haben.

10 Nur die realen Ergebnisse zählen wirklich. Völlig unbestritten ist: Der Mittelstand in
11 Deutschland hat viel geleistet. Ich war selber einige Jahre Unternehmensberater.– Ja, da
12 kann ich Ihnen viel erzählen. – Ich habe erlebt, wie dort agiert wird. Aber der Mittelstand
13 ist nicht nur eine Geisteshaltung, der Mittelstand ist viel differenzierter. Es gibt sehr un-
14 terschiedliche Unternehmen in diesem Bereich, sodass man sie nicht über einen Kamm
15 scheren kann.

16 Gerade weil der Mittelstand in der deutschen Wirtschaftslandschaft eine herausragende
17 Bedeutung hat, muss man ihn differenzierter fördern und zielgenauer agieren. Man muss
18 vor allen Dingen seine Wettbewerbsposition gegenüber den Großunternehmen stärken
19 und darf das nicht nur ankündigen, Herr von Stetten. Was ist denn geblieben von der
20 Steuervereinfachung, die Sie in Ihrem Wahlprogramm angekündigt haben? Wie sieht es
21 in der Realität aus? Nahezu nichts!

22 Ich will aus Ihrem Antrag zitieren. Dort steht: Deutlicher denn je zeigt sich, dass die
23 Selbstständigen und die kleinen und mittelgroßen Unternehmen ... insbesondere auch in
24 Ostdeutschland ... das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden.

25 Dieses Selbstlob steht in völligem Widerspruch zur Realität. Auch 23 Jahre nach der
26 deutschen Einheit ist die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern doppelt so hoch wie in

27 den alten Ländern, die Löhne befinden sich auf dem niedrigsten Niveau, wir haben wei-
28 terhin eine hohe Abwanderungsquote, und wir haben weiterhin 1,5 Millionen Pendlerin-
29 nen und Pendler. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

30 Die Bundeskanzlerin ist zwar nicht da, aber lassen Sie mich einmal konkret auf unser
31 gemeinsames Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen kommen. Mecklen-
32 burg-Vorpommern wird, wie andere norddeutsche Bundesländer, mit der finanziellen
33 Hilfe für die Werften jetzt alleingelassen. Der Bund will das Bürgschaftsprogramm nicht
34 weiterführen. Einen falscheren Zeitpunkt dafür kann es überhaupt nicht geben.

35 Jetzt, wo sich die Werften auf die Bereiche Spezialschiffbau und Offshoreprodukte aus-
36 gerichtet haben, streichen Sie das Programm. Das ist mittelstandsfeindlich; denn die
37 Werften bei uns in Mecklenburg-Vorpommern sind nichts anderes als Mittelstand. Sie als
38 FDP verhindern die Förderung.

39 Ich will Ihnen das an einigen Punkten darlegen: Der Mittelstand hat überall, aber beson-
40 ders in den neuen Ländern, Finanzierungsprobleme. Es geht um Finanzquellen, es geht
41 aber auch um Finanzierungsbedingungen. Die Finanzkrise hat die Probleme verstärkt. Fakt
42 ist – Sie wissen das –: Kreditanträge von Kleinunternehmen mit weniger als 1 Million
43 Euro Jahresumsatz werden deutlich öfter abgelehnt als Anträge von Unternehmen mit
44 mehr als 50 Millionen Euro Umsatz. Das sind letztlich wettbewerbsverzerrende Rahmen-
45 bedingungen zulasten der Mittelständler. Wir setzen deshalb vor allen Dingen auf eine
46 sichere Finanzierung durch Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken und nicht auf
47 Rettungsmilliarden für Großbanken und deren Aktionäre. Das haben Sie in den letzten
48 Jahren gemacht.

49 Die privaten Großbanken haben sich häufig aus dem normalen Geschäft mit dem Mittel-
50 stand zurückgezogen. Das ist gerade in den neuen Ländern zu beobachten. Da gibt es
51 diese Geschäftsbeziehungen faktisch nicht mehr. Gott sei Dank gibt es die Sparkassen
52 und Volksbanken, die das übernehmen.

53 Der öffentliche Finanzsektor muss stärker auf die Finanzierung des Mittelstandes ver-
54 pflichtet werden. Außerdem müssen wir die Rolle der Sparkassen weiter stärken, weil nur
55 darüber die notwendige Eigenkapitalquotenerhöhung und -stärkung möglich ist. Häufig

56 sind es Kleinstkredite, die benötigt werden, und die sind häufig sehr schwierig zu bekom-
57 men.

58 Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen, der auch unter den Mittelständlern unserer
59 Partei umstritten ist: das Thema Mindestlohn. Aber unsere Position ist klar: Wir sind und
60 bleiben bei unserer Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von
61 10 Euro, weil dadurch gleiche Wettbewerbsregeln für die Unternehmen geschaffen wer-
62 den. Es darf kein Geschäftsmodell sein, über Aufstocker Vorteile zu erzielen. Deshalb
63 brauchen wir einen flächendeckenden Mindestlohn, der im Übrigen auch die Kaufkraft
64 und die Nachfrage für Handwerk und Dienstleistung stärkt.

65 Die Energiewendepolitik ist für den Mittelstand ein ganz großes Problem. Eigentlich ist
66 das gar keine Energiewendepolitik; denn das einzig Zuverlässige an Ihrem Kurs ist, dass
67 für die Mittelständler nichts sicher, nichts planbar ist. Wer den Mittelstand fördern will,
68 der muss die Macht der Energiemonopole brechen und für stabile Strom- und Gaspreise
69 sorgen. Das ist Ihre Aufgabe, damit der niedrige Strompreis an der Leipziger Strombörse
70 auch beim Mittelständler ankommt. Sie begünstigen einseitig stromintensive Großunter-
71 nehmen. Das ist die Realität.

72 Außerdem brauchen wir mehr Aufträge für den Mittelstand; auch das ist klar. Schauen
73 Sie sich einmal Ihre Investitionspolitik in den letzten vier Jahren an: Bei jeder Haushalts-
74 beratung hat die Opposition zu Recht kritisiert, dass die Investitionen viel zu gering sind.
75 Mit Investitionen sanieren wir doch die Infrastruktur, tun wir etwas für Schulen, Kran-
76 kenhäuser etc. und schaffen damit Aufträge auch für den Mittelstand.

77 Wir brauchen auch ein anderes Vergabegesetz. Kleinere Lose sind notwendig, weil die
78 öffentlichen Auftraggeber – egal ob unter CDU, SPD oder der Linken – sonst überhaupt
79 keine Chance haben. Wenn Sie die regionale Wirtschaft wirklich fördern wollen, dann
80 brauchen wir diesbezüglich ein anderes Herangehen.

81 Die Linke hat im Übrigen seit vielen Jahren einen eigenen Unternehmerverband – OWUS
82 –, von dem wir viele Hinweise für unsere Politik bekommen, was sehr vernünftig ist, denn
83 diese Hinweise helfen uns dann auch gerade in der Sozialpolitik.

84 Ich will vor allen Dingen auf eines verweisen: Wir haben in Berlin den Wirtschaftssenator
85 gestellt, hatten Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern und stellen jetzt

86 in Brandenburg den Wirtschaftsminister. Sie alle können eine sehr erfolgreiche Politik
87 vorweisen. Harald Wolf hat in Berlin unter einer rot-roten Regierung endlich einen ein-
88 heitlichen Unternehmensservice geschaffen. Er hat außerdem in Berlin/Brandenburg eine
89 Clusterentwicklung gefördert. Und weil wir letzte Woche die Diskussion über die Frau-
90 enquote in Aufsichtsräten hatten: In Berlin hat Harald Wolf als Wirtschaftssenator und
91 zugleich Frauensensor den bundesweit höchsten Anteil von Frauen in Aufsichtsräten öf-
92 fentlicher Unternehmen erreicht. Das kann sich doch wirklich sehen lassen.

93 Jetzt habe ich eine umfassende Erfolgsgeschichte, muss aber leider wegen der Redezeit
94 abbrechen; ich weiß, Herr Präsident. Lassen Sie mich nur noch ein kleines Beispiel nen-
95 nen. Helmut Holter hat in meinem Bundesland ein Mikrodarlehensprogramm für Exis-
96 tenzgründer geschaffen. Die Welt – wirklich keine linke Zeitung – hat geschrieben, das
97 sei europaweit einmalig. Dieses Lob gehört hierher.

Paul Schäfer Bundestag Mai 2013 (DIE LINKE): PSB0513

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17240.pdf>

1 Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundestagspräsident hat zu Be-
2 ginn unserer Debatte an den deutschen Soldaten erinnert, der letzte Woche umgekommen
3 ist. Auch wir trauern um ihn. Nach den Momenten des Innehaltens stellen sich Fragen:
4 Warum? Wofür? Musste das sein? – Diese Fragen kann man nicht abweisen, man darf sie
5 nicht abweisen. Sie verbinden sich für uns damit, dass wir den Einzelfall beklagen, aber
6 zugleich alle Opfer eines Gewalteinsatzes, nicht zuletzt die zivilen Opfer des Krieges, in
7 den Blick nehmen. Daher geht es für uns immer auch um mahnendes Erinnern, nicht um
8 verklärendes.

9 Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden heute über den
10 Stand der Bundeswehrreform. Der Verteidigungsminister sagt gerne „Neuausrichtung der
11 Bundeswehr“. – In Wahrheit haben wir diese Ausrichtung seit 20 Jahren, und Sie wollen
12 nun das Tüpfelchen auf dem i anbringen: Die Rede ist vom Umbau der Bundeswehr von
13 einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee.

14 Sie schreiben, Herr Minister, die Neuausrichtung der Bundeswehr orientiere sich streng
15 an den sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und demografischen Rahmenbedingun-
16 gen. Nun ja, zunächst, was die Wirtschaft anbetrifft: Vor drei Jahren hieß es angesichts
17 der Wirtschafts- und Finanzkrise noch, dass auch die Streitkräfte ihren Beitrag zur Kon-
18 solidierung der öffentlichen Haushalte leisten müssten. Heute haben wir immer noch Fi-
19 nanzkrise; aber jetzt heißt es wieder: Sicherheit hat ihren Preis. – Der Verteidigungs-
20 haushalt soll im nächsten Jahr statt wie eigentlich geplant 27,6 Milliarden Euro jetzt doch
21 wieder 32 Milliarden Euro umfassen. Sie mögen sich das als Erfolg ans Revers heften,
22 Herr Minister; aber das geht alles zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Des-
23 halb bleiben wir bei dem Schluss: Die Bundeswehr ist und bleibt auch nach ihrem Umbau
24 überdimensioniert und entschieden zu teuer.

25 Das Merkwürdige ist: Gleichzeitig werden die Mittel für einen sozialverträglichen Um-
26 bau – also einen Umbau im Interesse der Soldatinnen und Soldaten – nicht ausreichen.
27 Warum? Weil das Geld an der falschen Stelle ausgegeben wird. Das jüngste Beispiel da-
28 für ist der Fall Euro Hawk: Über 600 Millionen Euro müssen als verbrannt gelten, weil

29 man jetzt beschließen musste, das Projekt dieser Riesenaufklärungsdrohne zu beenden.
30 Reichlich spät ist man auf die Idee gekommen, dass auch und gerade Drohnen eine Zu-
31 lassung für den zivilen Luftraum brauchen. Das hätte man früher wissen müssen. Man
32 hätte früher handeln müssen. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Politik zulasten der
33 Steuerzahler und zugunsten der Rüstungswirtschaft gemacht wird.

34 Man verspricht jetzt – wir haben es gestern im Ausschuss erlebt –, der Rüstungslobby
35 künftig weniger gutgläubig gegenüberzutreten zu wollen. Dieses Mantra kennen wir zur
36 Genüge. Passieren tut nichts, wird nichts. Man muss eben den ehrlichen Willen haben,
37 den Einfluss dieser starken Lobbygruppe nachhaltig zu beschneiden, und es wird aller-
38 höchste Zeit, dass das geschieht.

39 Was die sicherheitspolitische Einordnung betrifft, so schreiben Sie, Herr Minister de Ma-
40 izière – ich darf das einmal zitieren –: Da Bedrohungen für die Freiheit und Sicherheit
41 der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten heute nicht mehr vorrangig geographisch oder
42 militärisch definiert sind, müssen Streitkräfte im 21. Jahrhundert ein hohes Maß an Ein-
43 satzbefähigung in einem breiten Spektrum gewährleisten ...

44 Na, das müssen Sie uns und dem Wahlvolk näher erläutern. Also, weil die globalen Risi-
45 ken nicht primär militärischer Natur sind, reagieren Sie darauf mit qualitativer, breit an-
46 gelegter Aufrüstung? Diese Logik ist doch absurd, und sie ist gefährlich obendrein.

47 Ein zweites Beispiel: Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehört es – so ist es in Ihrem
48 Bericht zum Stand der Neuausrichtung der Bundeswehr, den wir jetzt diskutieren, zu le-
49 sen –, ... die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen zu reduzieren ...

50 Richtig, genau das ist eine der wichtigsten Ursachen für die konflikträchtigen und ge-
51 waltförmigen Entwicklungen, die es in der Welt gibt. Aber die Mittel, die notwendig sind,
52 um diese Kluft zu schließen, müssen doch irgendwo herkommen. Dafür braucht es nicht
53 zuletzt Abrüstung. Die Ausgaben der Welt für das Militär summieren sich auf mehr als 1
54 Billion Euro; das ist viel zu viel.

55 Im Klartext: Wir müssen aus der Rüstungsspirale raus. Sie aber wollen – siehe Kampf-
56 drohnen – in die nächste Runde einsteigen. Wir wollen das nicht.

57 Herr Minister, Sie leiten die Reform der Bundeswehr wieder einmal aus Ihrer Einschät-
58 zung der globalen Risiken und Bedrohungen ab. Sie stellen Behauptungen auf. Warum

59 man auf diese neuen Risiken militärisch reagieren müsse, das wird nicht plausibel be-
60 gründet, und das kann man auch nicht. Ich nenne Beispiele:

61 Kritische Infrastrukturen und Informationsnetzwerke seien gefährdet, sagen Sie in Ihrem
62 Bericht. Was, bitte, wollen Sie gegen Trojaner im Netz mit militärischen Mitteln ausrich-
63 ten? Oder will man vielleicht selber Schadware platzieren?

64 Nächstes Beispiel: Transnationale organisierte Kriminalität breite sich aus. Um dieser zu
65 begegnen, braucht man aber doch keine Panzer – das ist Sache der Polizei.

66 Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen drohe. Und Sie wollen der Verbreitung
67 dieser Waffen jetzt begegnen, indem Sie selber an der nuklearen Abschreckung festhal-
68 ten? Das Gegenteil ist doch richtig. Wir müssen diese Schreckensvorstellung beenden
69 und endlich aus der nuklearen Teilhabe der NATO heraus. Das ist doch die Aufgabe, die
70 sich stellt.

71 Der internationale Terrorismus bedrohe uns nach wie vor, wird dort gesagt. Wollen Sie
72 wirklich behaupten, die militärische Seite der Terrorbekämpfung hätte den gewünschten
73 Erfolg gebracht? Wenn wir jüngst wieder Soldaten entsandt haben, weil ein Terrorstaat
74 in Afrika drohte – ja, die Rede ist von Mali –, dann zeigt das doch, dass wohl eher einiges
75 schiefgelaufen ist.

76 Die Lehre heißt aus meiner Sicht vielmehr: Den militanten Dschihadismus bekämpft man
77 vor allem, indem man Entwicklungs- und Demokratisierungsprozesse nicht zuletzt in der
78 arabischen Welt fördert. Panzerlieferungen an Saudi-Arabien gehören ganz gewiss nicht
79 dazu.

80 Last, not least: der Dauerbrenner der gescheiterten Staaten, in denen wir – sprich: die
81 NATO oder die EU – den Staat wieder aufbauen müssten. Die Realität zeigt doch, dass
82 das, was wir nach westlichen Maßstäben gerne als „Failed“ oder „Failing States“ bezeich-
83 nen, eher der Normal- als der Ausnahmefall in der Welt ist. Ihre Schlussfolgerung kann
84 doch nicht ernsthaft lauten, überall militärisch intervenieren zu wollen.

85 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eines Forschungsprojekts an der FU Berlin,
86 die sich intensiv mit Afghanistan beschäftigt haben, sind zu dem Schluss gekommen, ex-
87 terne militärische Interventionen seien in der Regel nicht effektiv, weil ihnen meist auch
88 in den Augen der betroffenen Bevölkerung die Legitimität fehle, und oft trügen sie, weil

89 sie lokale Widerstände hervorriefen, zu mehr Unsicherheit und sogar zu mehr Gewalt bei.
90 Das ist ein Punkt, über den man nachdenken muss.

91 Ich setze noch eins drauf – ich weiß, der nächste Satz ist sehr plakativ; ich könnte das am
92 Beispiel der pleitegegangenen Kabul Bank aber durchaus aufzeigen –: Der aggressive,
93 auf Militär gestützte Export des neoliberalen Wirtschaftsmodells hat schon genug Scha-
94 den in den Ländern des globalen Südens angerichtet. So kann es nicht weitergehen. Nach-
95 haltige Fortschritte – auch das ist eine Konsequenz der Wissenschaftlerinnen und Wis-
96 senschaftler – sind nur zu erreichen, wenn sich Akteure vor Ort finden, die sich für die
97 Emanzipation und die demokratische Entwicklung ihres Landes einsetzen. Das ist der
98 Schlüssel, den man in der Hand haben muss.

99 Spätestens angesichts der gescheiterten Intervention in Afghanistan müssen Sie doch zu
100 ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt sein. In Afghanistan geht es jetzt um eine Verhand-
101 lungslösung, um den NATO-Truppenabzug und um den zivilen wirtschaftlichen Aufbau.
102 Dafür sind wir hier vor Jahren angegriffen und als naiv verspottet worden. Manchmal
103 wäre es nicht schlecht, auf die Linke zu hören.

104 Der Interventionismus ist gescheitert, aber Sie bauen die Instrumentarien für eine solche
105 Interventionsarmee aus. 10 000 Kampftruppen will man für künftige Einsätze bereithal-
106 ten, das Heer soll über mehr Kampfverbände verfügen, und die Division Schnelle Kräfte
107 wird zu einem Schlüsselement ausgebaut. Eine solche Interventionstruppe brauchen wir
108 nicht, und wir wollen sie auch nicht.

109 Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig: Wir müssen über die deutsche Sicher-
110 heitspolitik reden und darüber, welche Rolle die Bundesrepublik künftig international
111 spielen will. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat einen breiten Dialog dazu er-
112 öffnet. Das ist zu begrüßen. Dazu gehört für mich auch der kritisch-konstruktive Dialog
113 mit den Soldatinnen und Soldaten. Sie haben diesen Respekt verdient.

114 In diesem Kontext kommen jetzt immer auch Stimmen hoch – gestützt auf die neue deut-
115 sche Dominanz in der EU –, dass wir, Deutschland, jetzt endlich als europäische Füh-
116 rungsmacht auftreten müssen – auch militärisch. Die Bundesregierung hat hier bis-lang

117 eine eindeutige Positionierung vermieden. Sie reden wenig darüber, aber durch den Auf-
118 bau dieser militärischen Fähigkeiten schaffen Sie Fakten. Ich finde, darüber muss klar
119 gesprochen werden.

120 Selbst das, was ich als Schlingerkurs bezeichne – einerseits ein bisschen zurückhalten,
121 andererseits mitmachen, was man dann bündnispolitisch verbrämt –, ist schon alles an-
122 dere als harmlos und kann in einer gefährlichen Eskalationsspirale münden, wie wir am
123 Beispiel der Patriot-Stationierung in der Türkei sehen. Die Bundesregierung wäre gut be-
124 raten, hier so schnell wie möglich ein deutliches Zeichen zu setzen, dass man weder an
125 vorderster Front noch im Hinterland für eine Intervention zur Verfügung steht und im
126 Gegenteil alles unternehmen wird, um eine Deeskalation zu erreichen. Das fordern wir –
127 also auch den Abzug der Patriots aus der Türkei.

128 Ich habe es erwähnt: Es gibt eine beunruhigende Debatte darüber, dass – leider hat auch
129 der Minister einen entsprechenden Tonfall in seine Rede hineingebracht – sich Deutsch-
130 land künftig als Führungsmacht präsentieren sollte, an die sich dann die kleineren euro-
131 päischen Länder anlehnen könnten, dass es also sozusagen als Big Brother, als großer
132 Bruder, auftreten soll, auf den man sich auch aufgrund seiner militärischen Fähigkeiten
133 stützen kann.

134 Es ist altes Denken, dass sich Macht und Machtentfaltung in letzter Konsequenz in mili-
135 tärischer Potenz ausdrücken. Unser Gegenentwurf heißt: Deutschland als zivile Gestal-
136 tungsmacht. Deutschland kann sich künftig als globaler Partner für Konfliktprävention
137 und Wiederaufbau positionieren. Durch Abrüstung würden Mittel frei, die dafür ge-
138 braucht werden. Die Vereinten Nationen sind in ihren Bemühungen um Krisennachsorge,
139 um Peacebuilding chronisch unterausgestattet. Sie können in der vorbeugenden Friedens-
140 arbeit jegliche Unterstützung gebrauchen. Das ist eine Aufgabe, die sich stellt. Hier
141 könnte sich die Bundesrepublik Deutschland engagieren. Das ist unser Modell.

142 Ich höre schon wieder den Einwurf: deutsche Drückebergerei! George W. Bush hat im
143 Zuge des Irakkrieges geurteilt, die Deutschen seien nun einmal Pazifisten. Angesichts des
144 Desasters und der Verwüstung durch diesen Angriffskrieg frage ich: War es nicht richtig,
145 damals Pazifist zu sein?

146 Herr Präsident, ich komme zum Ende. – Die Linke ist für Deutschland als Zivilmacht –
147 nicht nur, weil das eine Konsequenz aus der deutschen Gewaltgeschichte ist, sondern weil
148 das grundvernünftig ist.

149 Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Dr. Gregor Gysi Bundestag Juni 2013 (DIE LINKE): GGB0613

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17251.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir meinen, dass die Menschen in Ost und
2 West einen Anspruch darauf haben, für die gleiche Lebensleistung endlich auch eine glei-
3 che Rente zu beziehen.

4 Jetzt werden wir zum 1. Juli im Osten einen stärkeren Anstieg der Renten als im Westen
5 erleben. Nun gibt es viele im Westen, die sich darüber ärgern. Ich sage nur: Hätten wir
6 endlich eine Angleichung der Rentenwerte, dann gäbe es nur noch eine gleiche Steige-
7 rung in Ost und West. Auch deshalb scheint mir die Angleichung notwendig zu sein.

8 In den alten Bundesländern unterliegen leider viele Menschen einem Irrtum: Mir wird
9 immer erklärt, die heutigen Rentnerinnen und Rentner im Osten hätten doch zu DDR-
10 Zeiten gar nicht in das Rentensystem der Bundesrepublik eingezahlt. Der Irrtum besteht
11 darin, dass viele denken, die Rentenbeiträge würden angesammelt. Aber alle Versiche-
12 rungsbeiträge, die im Mai gezahlt werden, werden spätestens im Juli ausgegeben. Deshalb
13 muss ich sagen: Als die Ostrentnerinnen und -rentner ihre Renten bezogen haben, haben
14 natürlich auch die Beschäftigten im Osten in die gesetzliche Rentenversicherung einge-
15 zahlt. Insofern ist das ein Irrtum.

16 Dann gibt es einen unglücklichen Vergleich durch die Bild-Zeitung und die Grünen. Die
17 meinen nämlich, dass die Ostrenten zu hoch seien. Die Bild-Zeitung und die Grünen ver-
18 gleichen den Durchschnitt der Ostrenten mit dem Durchschnitt der gesetzlichen Westren-
19 ten. Warum ist das falsch? Erstens berücksichtigen sie nicht, dass die Frauen im Osten
20 viel stärker erwerbstätig waren als Frauen im Westen, die selbstverständlich auch gear-
21 beitet haben, aber eben nicht in der Erwerbstätigkeit. Zweitens bedenken sie nicht, dass
22 im Osten 1990 sämtliche Betriebsrenten gestrichen worden sind, die im Westen selbst-
23 verständlich geblieben sind. Drittens bedenken sie nicht, dass im Westen viele eine Le-
24 bensversicherung abgeschlossen hatten. So etwas gab es im Osten vor dem Beitritt gar
25 nicht.

26 Dadurch müssen Ostrentnerinnen und Ostrentner ausschließlich von ihrer gesetzlichen
27 Rente leben. Das müssen natürlich auch viele im Westen, aber viele im Westen haben
28 auch drei oder wenigstens zwei Säulen. Dann kommt der größte Irrtum: Es gibt im Osten

29 keine Pensionen. Das heißt, der Institutsdirektor für Gerichtsmedizin bezieht eine hohe
30 gesetzliche Rente. Im Westen bezieht er aber eine Pension. Wenn Sie einen Durchschnitt
31 ermitteln, dann müssen Sie alle Pensionen mit einbeziehen und dann den Durchschnitt
32 berechnen. Dann sieht die Welt ganz anders aus.

33 Am 8. Juni 2009 hat Bundeskanzlerin Merkel auf dem Deutschen Seniorentag in Leipzig
34 Folgendes erklärt – ich zitiere –: Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von
35 Ost und West brauchen. Ich würde, wenn Sie mich nach dem Zeitrahmen fragen, sagen,
36 dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein
37 wird.

38 Die Linke war tatsächlich so stark, dass CSU, CDU und FDP miteinander vereinbart ha-
39 ben, diese Angleichung bis 2011 vorzunehmen. Aber wir waren noch nicht stark genug,
40 zu verhindern, dass das Wahlversprechen gebrochen und der Koalitionsvertrag an der
41 Stelle aufgekündigt wurde, was wirklich ein Skandal ist. Aber wiederum haben wir dank
42 unserer Stärke eines geschafft, nämlich dass jetzt alle Parteien in ihrem Wahlprogramm
43 etwas dazu sagen müssen. Auch das ist neu.

44 Was sagt die Union? Die Union sagt, sie wird gar nichts tun. Sie überlässt es einfach der
45 Lohnentwicklung. Ob das dann 2050 oder 2080 ist, ist ihr völlig wurscht. Das ist indis-
46 kutabel. Es ist eine Beerdigung erster Klasse.

47 Die FDP macht zwei unterschiedliche Aussagen. Die FDP sagt: Auf unabsehbare Zeit
48 wird es in Ost und West unterschiedliche Rentensysteme geben. – Das steht in Ihrem
49 Wahlprogramm. Dann schreiben Sie, die Vereinheitlichung sei ein Gebot der Fairness.
50 Deshalb frage ich: Was denn nun? Wenn wir eine Vereinheitlichung vornehmen, dann
51 gibt es nicht mehr auf unabsehbare Zeit unterschiedliche Rentensysteme in Ost und West.

52 Warum haben Sie im Übrigen in der Regierung diesbezüglich nie etwas getan? Auch
53 diese Frage müssen Sie beantworten. Dann komme ich zu den Grünen. Die Grünen wol-
54 len eine Angleichung der Rentenwerte in Ost und West. Die Ostrenten dürfen sich aber
55 nicht erhöhen. Im Antrag heißt es, sie sollen „konstant“ bleiben. Auf eine Höherwertung
56 der niedrigen Einkommen Ost soll verzichtet werden.

57 Es gibt aber die Kluft bei den Löhnen. Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel. Gerade ist für
58 die Gebäudereiniger ein Tarifabschluss gemacht worden: Mindestlohn West 9,31 Euro,

59 Mindestlohn Ost 7,96 Euro. Ich sage auch Arbeitgebern und Gewerkschaften: Ich finde,
60 das ist ein Skandal. Die Zeit ist vorbei. Das heißt, die Grünen haben das Prinzip der glei-
61 chen Rente für die gleiche Lebensleistung aufgegeben. Nun zur SPD. Die SPD hat fast
62 alles von uns übernommen – das ist positiv –, mit zwei Unterschieden: Wir wollen die
63 Angleichung schon 2016, Sie erst 2020.

64 Und Sie wollen die Höherbewertung der Einkommen nur bis 2020. Wir wollen sie, so-
65 lange man für die gleiche Arbeit im Osten eine niedrigere Entlohnung bezieht. Das ist der
66 Unterschied. Aber immerhin. Aber Sie müssen uns schon erklären, warum Sie in Ihrer
67 Regierungszeit nie etwas getan haben – darauf erwarte ich eine Antwort –, und weshalb
68 Sie alle diesbezüglichen Anträge unserer Fraktion im Bundestag abgelehnt haben, egal
69 ob es um die Angleichung der Rentenwerte ging oder darum, endlich die Lücken und
70 Diskriminierungen bei der Rentenüberleitung zu beseitigen. Denn das wollen Sie jetzt
71 auch, was ich ebenfalls positiv bewerte. Aber früher haben Sie es abgelehnt.

72 Was die Lücken und Diskriminierungen betrifft, kennen Sie unsere 19 Anträge. Es wird
73 Zeit, dass die Zusatzversorgungssysteme zum Beispiel für Akademikerinnen und Akade-
74 miker, für Beschäftigte bei Bahn und Post und für übernommene und nichtübernommene
75 Polizistinnen und Polizisten endlich berücksichtigt werden, dass die geschiedenen Ehe-
76 frauen aus der DDR, die keinen Versorgungsausgleich erhielten, endlich bedacht werden
77 und dass die mithelfenden Familienangehörigen in privaten Handwerksbetrieben das
78 ihnen zustehende Recht, das sie schon erworben hatten, endlich wieder bekommen. Wa-
79 rum die FDP sich nicht einmal darum kümmert, das müssen Sie mir erklären. Aber keine
80 Chance.

81 Dann gibt es noch eine Gruppe. Dazu haben wir auch einen Antrag verfasst. Darin geht
82 es um die Wiederherstellung des Vertrauensschutzes bei Rentenleistungen für alle aus der
83 DDR Geflüchteten, Abgeschobenen und Ausgereisten.

84 Liebe Union, es ist nicht zu fassen, dass Sie die deutsche Einheit benutzt haben, um diese
85 Personengruppe schlechter zustellen, sie vom Fremdrentengesetz auszuschließen und
86 wieder zu DDR-Bürgern zu machen. Das ist grotesk. Darüber, dass wir uns an Ihrer Stelle
87 darum kümmern müssen, sollten Sie einmal nachdenken. Für die nach 1937 Geborenen
88 mit diesem Schicksal gibt es ja richtige Rentenkürzungen – beschlossen von der Union.

89 Also wirklich! Ich will dazu gar nicht mehr sagen als das, was ich schon gesagt habe, aber
90 das war auch dringend nötig. – Hören Sie zu!

91 Ich habe eben über die Angleichung zwischen Ost und West gesprochen. Es geht aber um
92 noch etwas: Wir müssen natürlich das Rentenproblem insgesamt lösen. Ich weiß, das ist
93 heute nicht das Thema, aber ich will es ganz kurz ansprechen. Wir können uns Altersar-
94 mut nicht leisten. Wir müssen es schaffen, dass es wieder eine Rente ab 65 Jahren gibt.
95 Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Kürzungen, die im Bereich der Erwerbsminde-
96 rungsrenten vorgenommen wurden, wieder zurückgenommen werden.

97 Wie kann man das schaffen? Erstens, indem wir die alte Rentenformel wieder einführen:
98 zur Steigerung des Rentenniveaus, zur besseren Anrechnung von Ausbildungs-, Kinder-
99 betreuungs- und Pflegezeiten und zur deutlicheren Anbindung an die Lohnentwicklung.
100 Zweitens, indem wir der nächsten Generation sagen: Alle mit Erwerbseinkommen müs-
101 sen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, alle – auch Bundestagsabgeordnete,
102 auch Rechtsanwälte, auch Beamtinnen und Beamte, die aber nicht schlechter gestellt wer-
103 den sollen.

104 Dann müssen wir die Beitragsbemessungsgrenze streichen. Der nächste Ackermann muss
105 dann halt einen Beitrag aus seinen Millionen bezahlen. „Na und?“, kann ich nur sagen.
106 Weiter müssen wir für die Spitzenverdiener den Rentenanstieg abflachen. Dann sind alle
107 Probleme gelöst. – Meine Damen und Herren von der SPD, dass die auf der rechten Seite
108 des Hauses das alles nicht wollen, kann ich ja noch nachvollziehen, aber dass Sie mit dem
109 blöden Argument der Demografie kommen, anstatt die Produktivität im Auge zu haben,
110 nicht.

111 Früher hat eine Bäuerin acht Personen versorgt, heute versorgt sie 80! Wir können uns
112 doch eine Rente ab 65 leisten, wenn wir das gerecht gestalten. Außerdem brauchen wir
113 eine Mindestrente von 1 050 Euro, die zum Teil steuerfinanziert ist.

114 Herr Präsident, ich sage einen letzten Satz. Ich überlege, ob ich Ihnen drohe – passen Sie
115 auf! –, indem ich sage, dass ich vielleicht doch versuchen werde, so lange im Bundestag
116 zu bleiben, bis Frauen und Männer in Ost und West bei gleicher Arbeitszeit für gleiche

117 bzw. gleichwertige Arbeit endlich auch den gleichen Lohn und für die gleiche Lebens-
118 leistung die gleiche Rente erhalten. Wenn ich das androhte, sollte das doch wenigstens
119 ein gewisser Ansporn für Sie sein, das möglichst schnell zu erledigen.

Bernd Riexinger Elefantenrunde 2013: BRE13

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=WUU-eIJ7LMw>

1 **Herr Riexinger:** Also wir sehen uns gar nicht als Verlierer des heutigen Abends, son-
2 dern, wenn man bedenkt, wo wir herkommen, in den letzten 14 Monaten, dann hätte
3 glaube ich niemand gedacht, dass wir uns mit den Grünen ein Kopf an Kopf Rennen
4 liefern, um die zweitstärkste Oppositionspartei. Und wir haben große Chancen hier stär-
5 ker in den Bundestag einzuziehen. Wir haben darüber hinaus geschafft, was niemand
6 mehr geglaubt hätte: Dass wir in einem westdeutschen Flächenland, das dritte Mal hin-
7 tereinander in den Landtag reinkommen. Also ich glaube für die Linke, ist das heute ein
8 wirklich guter Abend.

9 **Herr Riexinger:** Ich glaube nicht, dass wir unerfüllbare Forderungen stellen.

10 **Herr Riexinger:** Naja. Auflösung der Nato können wir gerne diskutieren. Aber wir for-
11 dern 10 Euro Mindestlohn. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einem reichen
12 Land. Und wir fordern ein Rentenniveau, das den Lebensstandard sichert. Es gibt gar
13 keinen Grund diese Positionen der Linken als utopisch oder sonst etwas hinzustellen. In
14 einem reichen Land, wo wir leben, müsste das eigentlich alles selbstverständlich sein.

15 **Bernd Riexinger:** Also erstmal finde ich es nicht ganz angemessen, dass ich ständig hier
16 ausgelassen werde von Ihnen. Aber ich will gerne die Frage beantworten. Wir haben ja
17 gesehen, dass letzten Endes die SPD-Kampagne und auch eingeschränkt, die der Grünen
18 gescheitert ist. Sondern, dass sie sich freiwillig ins Gefängnis begeben und diesen Poli-
19 tikwechsel unmöglich macht. Wenn man kurz vor Wahl mit 10 Punkten Abstand immer
20 noch an einer Konstellation setzt, die keine Chance auf eine Mehrheit hat, wird man nicht
21 glaubwürdig. Und die große Frage der nächsten Jahre wird tatsächlich sein, ob es ein
22 wirkliches Alternativprojekt gegen die Politik von Frau Merkel gibt und wir an diesem
23 Alternativprojekt mitformulieren oder ob so weitergemacht wird. Und dann ist glaube ich
24 die beste Lebensversicherung für Frau Merkel was SPD und Grüne machen. Und ich
25 meine man verhandelt ja nicht jetzt vorher über Kompromisse. Aber man kann ja nicht
26 darüber hinwegsehen, dass in der sozialen Frage, in der Frage der Verteilungsgerechtig-
27 keit es durchaus ja Bewegung zu uns gegeben hat. Und wir diese Fragen, wenn sie ernst

28 genommen werden, könnten die Programme von SPD und Grüne zumindest stärker um-
29 gesetzt werden als mit der CDU oder gar mit der FDP, die ja jetzt gottseidank nicht mehr
30 drin ist.

Dr. Sahra Wagenknecht Bundestag Dezember 2013 (DIE LINKE): SWB1213

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18005.pdf>

1 Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, während der fast
2 drei Monate, in denen Sie mit der SPD um den Koalitionsvertrag gefeilscht haben, haben
3 sich in Griechenland aus Verzweiflung über ihre soziale Situation schätzungsweise 120
4 Menschen das Leben genommen. Während der gleichen Zeit haben in Spanien etwa 45
5 000 Familien ihre Häuser oder Wohnungen durch Zwangsversteigerungen verloren. Mehr
6 als 10 000 Unternehmer – vor allem kleine und mittlere – in den Krisenländern haben in
7 dieser Zeit den Kampf gegen die Wirtschaftskrise verloren und mussten Konkurs anmel-
8 den. Es gibt keine offizielle Statistik darüber, wie viele Menschen in dieser Zeit in Europa
9 gestorben sind, weil sie lebensnotwendige Medikamente nicht mehr bezahlen konnten,
10 und schon gar keine Statistik misst, wie viele junge Menschen mit dieser Gesellschaft
11 innerlich für immer abgeschlossen haben, weil sie bei einer Rekordjugendarbeitslosigkeit
12 von 60 Prozent nie eine Chance haben werden. Gut dokumentiert ist dagegen: In den
13 gleichen drei Monaten hat sich das Vermögen der europäischen Millionäre und Multimil-
14 lionäre wieder einmal erhöht: um fast 100 Milliarden Euro. So sieht Ihr Europa aus, Frau
15 Kanzlerin, so sehen die Folgen der Politik aus, die Sie ganz Europa diktieren, einer Poli-
16 tik, die Banker und Oligarchen mit Samthandschuhen anfasst, aber die kleinen Leute dazu
17 zwingen will, für die Zockerverluste der oberen Zehntausend zu bezahlen. Ich sage Ihnen,
18 Frau Kanzlerin: Das ist nicht christlich, das ist unmenschlich und brutal.

19 Ich habe noch gut im Ohr, wie uns – auch in diesem Hause – immer wieder weisgemacht
20 wurde, dass es gut und richtig sei, dass die weisen Finanzmärkte über die Zinsen entschei-
21 den, die ein Staat auf seine Schulden zu zahlen hat, und dass Regierungen auf Gedeih und
22 Verderb eine Politik machen sollen, mit der sie das Vertrauen der Märkte gewinnen. Seit
23 einiger Zeit weiß man nun etwas genauer, was es mit dieser Weisheit der Märkte auf sich
24 hat: Man weiß, dass zentrale Zinssätze wie zum Beispiel der Libor von einer Handvoll
25 Händler manipuliert wurden. Man weiß auch, dass wenige Investmentbanker die Wech-
26 selkurse gezielt gesteuert haben, und man weiß, warum solche Manipulationen möglich
27 sind: weil sogar auf einem riesigen Markt wie dem Devisenmarkt, wo jeden Tag 5 Billi-
28 onen Dollar umgesetzt werden, etwa vier Bankgiganten ungefähr die Hälfte des Markt-
29 volumens kontrollieren. Auf dem Derivatemarkt sind es etwa sieben Großbanken, die 90

30 Prozent des Marktes beherrschen. Und da glauben Sie im Ernst, dass die Zinsen für
31 Staatsanleihen auf einem neutralen Markt gebildet werden, der sachlich, weise und selbst-
32 los die Wirtschaftsdaten bewertet? Ich bitte Sie, so naiv kann heute gar niemand mehr
33 sein.

34 Wer die Finanzierung der Staaten von dieser Finanzmafia abhängig macht, der wird zum
35 Spielball ihrer Betrügereien und der hat sein demokratisches Gewissen ausverkauft. Ge-
36 nau so sieht die Politik in Europa aus: 4 500 Milliarden Euro sauer erarbeitetes Steuergeld
37 wurden seit 2008 für die Rettung maroder Banken und Finanzinstitute verpulvert. In
38 Deutschland ist die Staatsverschuldung allein wegen der Bankenrettung um 360 Milliar-
39 den Euro angeschwollen – ein Betrag, im Vergleich zu dem die Kosten eines flächende-
40 ckenden Ausbaus von Kindertagesstätten mit einem Platz für jedes Kind in diesem Land
41 eine lächerliche Summe bilden würden.

42 Sie wissen, dass die Leute es leid sind, für die abstrusen Geschäfte windiger Banker zu
43 bezahlen. Deswegen haben ja beide heutigen Großkoalitionäre im Wahlkampf Besserung
44 gelobt. Die SPD zum Beispiel hat in ihrem Regierungsprogramm wörtlich versprochen,
45 dass – ich zitiere – „Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ... nie wieder in Geiselhaut der
46 Banken und Spekulanten genommen werden“ dürfen.

47 Herr Steinbrück ist mit dieser Botschaft über die Marktplätze gezogen. Es hat zugegebe-
48 nermaßen nicht viel genützt; aber das ist noch keine Rechtfertigung dafür, drei Monate
49 nach der Wahl das Gegenteil dessen zu tun, was man vor der Wahl versprochen hat. Spä-
50 testens seit dem Treffen der EU-Finanzminister ist doch völlig klar: Das Versprechen,
51 dass kriminelle Wettbuden künftig für sich selber haften, ist keinen Pfifferling wert ge-
52 wesen.

53 In Art. 27 des ursprünglichen Richtlinienentwurfs wurde stattdessen eine Ausnahmere-
54 gelung vereinbart, die es bis einen Tag vor der Abwicklung einer Bank erlaubt, die Ei-
55 gentümer und Gläubiger mit Steuergeldern von jeder Verantwortung freizukaufen. Für
56 den Fall, dass Sie mir nicht glauben, zitiere ich den Inhaber des Lehrstuhls für Finanzie-
57 rung und Kreditwirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum, Professor Stephan Paul: Der
58 jetzige Richtlinienentwurf macht die Tür auf und ermöglicht es, für – so heißt es dort –
59 „gesunde Banken mit tragfähigem Geschäftsmodell“ auch vorher schon – also vor der

60 Haftung von Eigentümern und Gläubigern – Hilfszahlungen von staatlicher Seite zu ge-
61 wahren. Ich frage mich an der Stelle aber: Wenn eine Bank gesund ist, wenn sie ein trag-
62 fähiges Geschäftsmodell hat, wozu braucht sie dann staatliche Hilfszahlungen? So weit
63 Professor Paul.

64 Wenn Sie ihm nicht folgen wollen, überzeugt Sie vielleicht die Meinung von Markus
65 Ferber, Europaabgeordneter der CSU und Mitglied im Finanzausschuss des Europäischen
66 Parlaments. Ich zitiere: Mit diesem neuen Artikel wird eigentlich der Versuch unternom-
67 men, über die Hintertür wieder den Steuerzahler einzuführen, lange bevor Eigentümer,
68 nachrangige Gläubiger und Einleger betroffen sind.

69 In einem internen Positionspapier jubelt die Ratingagentur Standard & Poor's – ich zitiere
70 –: Neue EU-Richtlinie erlaubt Regierungen, Banken mit Steuergeldern zu retten. Auch
71 der von Ihnen vorhin zitierte Abwicklungsfonds schützt die Steuerzahler doch überhaupt
72 nicht. Dieser Abwicklungsfonds soll 2016 aufgelegt werden und nach zehn Jahren, also
73 2026, das grandiose Volumen von 55 Milliarden Euro erreichen. Ich erinnere noch einmal
74 daran: Die Finanzkrise hat die europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bis jetzt
75 4 500 Milliarden Euro gekostet. Das heißt, dieser Abwicklungsfonds wird, selbst wenn
76 er im Jahr 2026 vollständig gefüllt ist, gerade einmal ein Hundertstel dieser Summe ab-
77 decken.

78 Wir schreiben heute nicht 2026, sondern 2013, und es ist bekannt, dass heute immer noch
79 faule Kredite im Umfang von etwa 1 Billion Euro in den Bilanzen der europäischen Ban-
80 ken lagern. Im nächsten Jahr will die EZB ihre Stresstests durchführen, und jeder weiß,
81 dass dabei natürlich ein erheblicher Kapitalbedarf ermittelt wird. Deshalb frage ich Sie:
82 Wer soll den denn bezahlen, wenn es den Abwicklungsfonds überhaupt noch nicht gibt
83 und außerdem die Haftung von Eigentümern und Gläubigern in der Richtlinie auf 8 Pro-
84 zent der Bilanzsumme reduziert ist?

85 Das heißt, Sie wollen weiter Steuergeld verbrennen, und zwar für Banken, in Bezug auf
86 die Sie bis heute nicht das Kreuz haben, ihnen wenigstens vernünftige Regeln aufzuzwin-
87 gen, die sie dazu zwingen, ihre Aufgabe als Diener der Realwirtschaft, als Finanzier von
88 Innovationen und Investitionen endlich wieder einmal wahrzunehmen.

89 Sie wollen Steuergeld für Banken verbrennen, denen Sie bis heute noch nicht einmal ab-
90 verlangen, wenigstens ordentlich Eigenkapital zu bilden, damit sie vielleicht irgendwann
91 einmal in Zukunft für ihre Verluste haften können. Stattdessen sehen Sie seit Jahren zu,
92 wie diese Banken Boni und Dividenden nach Belieben ausschütten. Im Finanzsektor wird
93 bis heute das meiste Geld verdient. Die Zahl der Einkommensmillionäre in diesem Be-
94 reich ist längst wieder auf Vorkrisenniveau.

95 Sie haben den Banken ganze 3 Prozent Eigenkapital verbindlich vorgeschrieben. Ich sage
96 Ihnen: Wenn man als Unternehmen mit 3 Prozent Eigenkapital bei einer Bank vorspricht,
97 dann muss man damit rechnen, dass man relativ schnell aus der Filiale gejagt wird. Bei
98 den Banken soll das aber offensichtlich ausreichend sein.

99 Die Wahrheit ist doch: Wir brauchen keine Bankenunion, sondern wir brauchen endlich
100 eine ordentliche Bankenregulierung. Der Finanzinvestor Warren Buffett hat Derivate ein-
101 mal „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ genannt. Wenn ich mir ansehe, dass die
102 Deutsche Bank aktuell mit solchen „finanziellen Massenvernichtungswaffen“ im Nomi-
103 nalvolumen von 60 000 Milliarden Euro herumspielt, dann frage ich mich, wie Sie noch
104 ruhig schlafen können. Wir brauchen Regeln, die die Banken klein machen. Wir haben
105 doch nicht nur das Problem „too big to fail“, das heißt, die Banken sind nicht nur zu groß,
106 um zu fallen, sondern sie sind auch zu groß, um reguliert zu werden. Das ist doch das
107 Kernproblem: das Problem wirtschaftlicher Macht. Das ist das Problem, das einst Walter
108 Eucken als Vertreter des Ordoliberalismus ins Zentrum seiner Theorie gestellt hat. Er hat
109 gesagt: Wirtschaftliche Macht kann man nicht kontrollieren; man kann nur verhindern,
110 dass sie entsteht, oder man liefert sich ihr aus. – Sie haben uns den Banken ausgeliefert,
111 und genau so sieht Ihre Bankenunion jetzt auch aus.

112 Wenn man dann noch weiß, dass die Aufsicht über die europäischen Banken ausgerechnet
113 an den ehemaligen Investmentbanker und Goldman-Sachs-Mann Mario Draghi überge-
114 ben werden soll, dann kann man nur sagen: Gute Nacht. Ich stelle deshalb für meine
115 Fraktion fest: Diese Bankenunion ist eine Lebensversicherung für Schrottbanken und eine
116 schwere Hypothek für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das ist Wahlbetrug, ganz
117 klar Wahlbetrug und nichts anderes.

118 Sie von der SPD haben so schön plakatiert: „Das Wir entscheidet.“ Ich glaube, es wäre
119 ehrlicher gewesen, Sie hätten plakatiert: „Die Deutsche Bank entscheidet, und das Wir
120 bezahlt.“ Das ist nämlich die Politik, die Sie machen. Herr Steinmeier hat sich kürzlich
121 auf einer Veranstaltung des Arbeitgeberverbandes bitter beklagt, dass es die Wirtschafts-
122 bosse der SPD so wenig danken, dass sie sich mit ihrer Agenda 2010 so massiv für deren
123 Interessen ins Zeug gelegt hat. Herr Steinmeier, ich sage Ihnen voraus: Auch Ihren Kotau
124 vor den Interessen der Banker und Millionäre in der Europapolitik werden sie Ihnen nicht
125 danken. Das Einzige, was Sie mit dieser Politik erreichen, ist, dass die einst so stolze und
126 einflussreiche Partei Willy Brandts sich in der deutschen Politik mehr und mehr überflüs-
127 sig macht.

128 Ich komme nun zu einem weiteren Thema des EU-Gipfels, dem Wettbewerbspakt. Dieser
129 Wettbewerbspakt soll offenbar Griechenland zum Vorbild für die gesamte EU machen.
130 Die nationalen Regierungen sollen bilaterale Knebelverträge mit der Kommission ab-
131 schließen, in denen sie sich zu so tollen Maßnahmen wie der Senkung von Unterneh-
132 menssteuern, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Einschränkungen des Streikrechts,
133 Angriffen auf Tarifverträge und vielem Schönen mehr verpflichten. Um diese Politik ge-
134 gen die Mehrheit der Menschen abzusichern, sollen die Parlamente möglichst entmachtet
135 werden. Frau Merkel, da kann ich mir den Kommentar nicht verkneifen: Mir scheint Ihre
136 Sensibilität für demokratische Grundsätze da etwas selektiv zu sein. Undemokratische
137 Politik ist nicht nur in Russland ein Problem. Undemokratische Politik ist auch ein Prob-
138 lem, wenn sie mit Ihrer Zustimmung auf einem EU-Gipfel verabschiedet wird.

139 Dass es im zweiten Teil des Gipfels auch noch um Aufrüstung gehen soll, dass Sie sich
140 also in der schwersten Krise der EU offensichtlich auch noch darum sorgen, wie man
141 mehr Geld für Waffen aufbringen kann, das, finde ich, setzt dem Ganzen die Krone auf.

142 Ich komme zum Schluss. – Sie wollen das nicht hören; das kann ich mir schon vorstellen.
143 Sie müssen sich das aber anhören; tut mir leid. Dieser Koalitionsvertrag ist nicht nur in
144 der Frage der Bankenunion ein Koalitionsvertrag der gebrochenen Versprechen. Was sich
145 hier zusammengefunden hat, ist keine Koalition der großen Aufgaben, sondern eine Ko-
146 alition der großen Ignoranz gegenüber den anstehenden Aufgaben.

147 Wo tatsächlich die politischen Aufgaben unserer Zeit liegen, daran hat, während Sie über
148 so richtungweisende Probleme wie die Pkw-Maut für Ausländer gestritten haben, Papst
149 Franziskus in seinem jüngsten Apostolischen Schreiben sehr deutlich erinnert. Ich lege
150 gerade dem Teil des Hauses, der sich „christlich“ nennt, aber meines Erachtens aufgrund
151 der Wertevorstellungen seiner Politik damit nichts mehr zu tun hat, sehr nahe, diese Bot-
152 schaft einmal zu lesen. Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen. Das kann man
153 dort zum Beispiel nachlesen. Oder auch: Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt,
154 wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine
155 Baisse um zwei Punkte an der Börse Schlagzeilen macht.

156 Sie, sowohl CDU/CSU als auch SPD, tun mit Ihrer Europapolitik – da gab es auch in der
157 letzten Legislatur schon eine große Gemeinschaft – tatsächlich Ihr Bestes, dass die Zahl
158 der alten Menschen, die auf der Straße leben müssen, in Europa steigt und nicht sinkt. Sie
159 haben mit Ihrem Koalitionsvertrag den Deutschen Aktienindex, DAX, freilich nicht in
160 die Baisse getrieben, sondern ihn zu einem Jubelsprung angeregt. Es ist erschütternd, dass
161 Ihnen beides offenbar noch nicht einmal zu denken gibt.

162 Die Linke zumindest nimmt die päpstliche Botschaft ernst, und zwar nicht nur zu Weih-
163 nachten. Meine Fraktion sagt daher Nein zu dieser unverantwortlichen Europapolitik,
164 Nein zu einer Bankenrettung auf Kosten der Steuerzahler, Ja zu Demokratie und Sozial-
165 staat in Europa und deswegen Nein zur Politik dieser Großen Koalition. Ich danke Ihnen.